

Dritter Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

CDU

Berlin, 17. - 19. Oktober 1952

Zuverlässig, schnell und gründlich

**unterrichtet über alle Parteiarbeit
und die Politik der CDU/CSU im Bundestag
sowie in den Landtagen die**

„UNION IN DEUTSCHLAND“

**der parteioffizielle Informationsdienst
der CDU/CSU mit seinem umfassenden
Archivdienst für Redner, Schulungsleiter usw.**

**Die „Union in Deutschland“ erscheint zweimal wöchentlich
im Umfang von je 6 Seiten**

**Der Bezugspreis beträgt für Streifbandbezug 1,70 DM
und für Posteinweisung 1,63 DM einschl. aller Postgebühren**

**„DEUTSCHLAND UNION DIENST“
der täglich erscheinende Kommentardienst für die Presse
die aktuelle Stellungnahme der Partei zu den Tagesereignissen**

**Bestellungen erbeten an die
Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands
Bonn, Nassestraße 2**



*Bundeskanzler Dr. Adenauer dankt dem Parteitagpräsidenten
Bundestagsabgeordneten Dr. Robert Tillmanns, Berlin*



Dritter Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Berlin, 17.—19. Oktober 1952

Herausgeber:

Christlich - Demokratische Union Deutschlands, Bonn, Nassestraße 2 · Druck: Kölnische Verlagsdruckerei GmbH

Zum Geleit

„Ich glaube, wir sind von Gefühlen bewegt, wie noch auf keinem der beiden vorangegangenen Parteitage...

Wir sind vereint im Geiste, und wir werden eines Tages in Frieden und Freiheit auch wieder in Wirklichkeit vereint werden. Wir werden unseren Brüdern und Schwestern dort Frieden und Freiheit bringen...

Wir dienen unserer Partei, aber wir dienen darüber hinaus Europa. Wir dienen der Erhaltung eines christlichen Europas. Nur in einem in Wahrheit freien und christlichen Europa wird auch das deutsche Volk, dem unsere ganze Liebe gilt und dem unsere ganze Arbeit dient, wieder ein freies und glückliches Volk werden. Das walle Gott!“



(Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende in seinem Schlußwort)

Friede und Freiheit für ganz Deutschland

Das Ergebnis von Berlin

Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union in der früheren und zukünftigen Reichshauptstadt, in der heutigen Vorpostenstadt der westlichen Welt, in Berlin, war in seiner begeisterten inneren Geschlossenheit und in seiner Wirkung nach außen ein eindrucksvoller Erfolg. Die CDU hielt als erste deutsche Partei ihre Jahresversammlung in Berlin ab.

Der Parteitag stellte selbstverständlich an der Stätte, an der er stattfand, die politische und geistige Auseinandersetzung mit den dort brennendsten Fragestellungen beherrschend in den Vordergrund und verzichtete bewußt auf die Erörterung ebenfalls wichtiger, aber hier zurücktretender Aufgaben innerpolitischer Ordnung und Gestaltung. Dafür wird am Parteitag des nächsten Jahres in Hamburg Ort und Zeit reichlich gegeben sein, zu Beginn des Wahljahres 1953.

Ein stärker noch als sonst hervortretendes Bewußtsein der Kraft und Zuversicht äußerte sich in Berlin, entsprechend der dortigen politisch-menschlichen Atmosphäre, in immer erneuten spontanen Bekundungen der Zustimmung und des Vertrauens, vor allem in Verbindung mit der Person des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer. Der Mann, dem man von übelwollender Seite so gern eine ausgesprochene Westneigung unterschiebt, hat mit seiner klaren, nüchternen, oft humorvollen Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit das Herz der großen Stadt gewonnen. Die Kundgebungen in den Arbeitergegenden von Wedding und Neukölln haben das so eindrucksvoll gezeigt, daß Besucher aus dem Westen aufs tiefste davon ergriffen waren, weil sie ähnliches lange nicht erlebt hatten. Das Gesicht und die Worte des Kanzlers spiegelten wider, wie stark ihn selbst die ihm entgegengebrachten Empfindungen bewegten. Aus diesem politischen Klima heraus ergab sich die Wärme der Bekundung zur christlich-demokratischen Idee, zu ihrer stolzen Leistung in der praktischen Politik und ihrer politischen Gestaltwerdung in der Union. Beste Rechtfertigung für die Politik des Kanzlers war die unbestrittene Feststellung, daß die Mehrheit der Deutschen in der Sowjetzone in selbstverständlicher Geschlossenheit zu dieser Politik steht und nur von ihr die Rettung erwartet.

*

Die unbedingte Geschlossenheit der Partei fand ihren sichtbarsten Ausdruck in dem Ergebnis der satzungsmäßigen Neuwahl des Vorsitzenden und seiner unmittelbaren Vertreter. Die Berufung des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Friedrich Holzappel auf den Gesandtenposten nach Bern hatte einen neuen Wahlvorschlag notwendig gemacht. 302 von 307 in geheimer Wahl abgegebene Stimmen für den Parteivorsitzenden Dr. Adenauer und zugleich für den Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers

als den einen seiner Stellvertreter sind nicht nur eine Demonstration der politischen Geschlossenheit der CDU, sie widerlegen auch mit einem Schlage alles Geraune über angebliche konfessionelle Gegensätze. Erneut wird deutlich: In der CDU haben sich tatsächlich die Christen beider Konfessionen zu gemeinsamer politischer Arbeit gefunden, wobei das konfessionelle Eigenbewußtsein des Einzelnen in Klarheit und Sauberkeit innerhalb des religiösen Raumes bestehen bleibt. Konrad Adenauer und Hermann Ehlers sind in ihrer starken christlichen Personalität der überzeugendste Ausdruck dafür. Die selbstverständliche Wiederwahl Jakob Kaisers, des Mitbegründers der CDU, des Kämpfers für die Rechte der Arbeitnehmerschaft und die deutsche Einheit, ist ein sichtbares Zeichen dafür, daß die christliche Arbeitnehmerschaft an dem Mitglieder- und Wählerbestand der CDU einen prozentual so bedeutsamen Anteil hat.

*

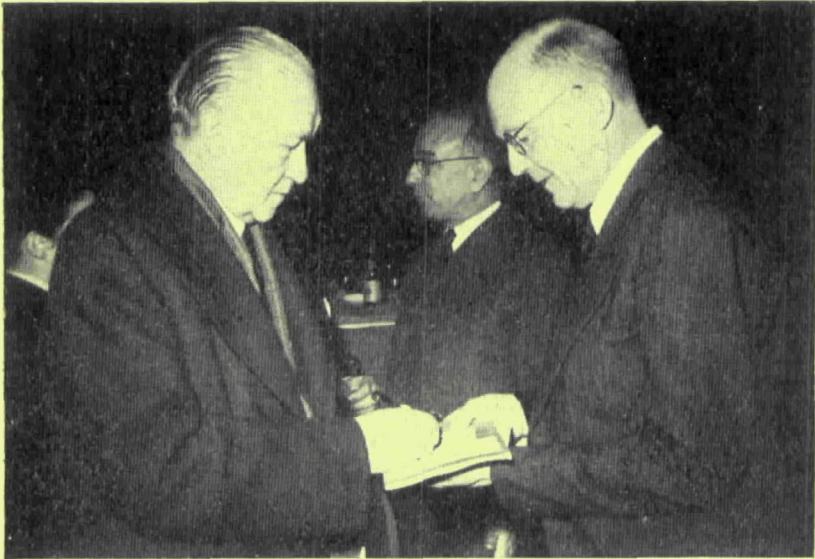
Die große Rede des Bundeskanzlers, die in ihrer zwingenden staatsmännischen Klarheit noch einmal das Ziel — vereinigtes Deutschland im freien Europa — und den Weg: Zusammenschluß der westlichen Welt zur Sicherung des Friedens — umriß, stand im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Viel bemerkt wurde in Presse und Rundfunk der Gedankengang, in dem der Bundeskanzler nachwies, daß und wie eines Tages die Möglichkeit zu friedlicher sachlicher Verständigung auch mit Sowjetrußland gegeben sein wird. Nämlich dann, wenn Sowjetrußland feststellen muß, daß weder kalter noch heißer Krieg zum Erfolg führen können und die Notwendigkeit zur Behebung der innerwirtschaftlichen Verelendung infolge übertriebener Rüstung sich zwingend durchsetzen wird. Einen anderen Weg, so stellte der Kanzler wiederum fest, gibt es nicht. Daher ist schnellste Ratifizierung der Verträge notwendig, im Lebensinteresse Deutschlands.

*

Die innerpolitisch-wirtschaftliche Auseinandersetzung wurde in der Kanzlerrede wie auch in anderen Referaten, zum Beispiel in den Ausführungen der Bundestagsabgeordneten Kiesinger und Dr. Schröder, mit der Frontrichtung gegen Kollektivierung und Entmenschlichung für das Recht der christlich-gebundenen Einzelpersonlichkeit geführt. Der Kanzler stellte fest, daß die an sich wünschenswerte 40-Stunden-Woche in der Lage des deutschen Volkes erst dann möglich sei, wenn die technische Weiterentwicklung die Beibehaltung und Steigerung der Produktion zur Wahrung des deutschen Lebensstandards sicherstellt. Er brachte in Erinnerung, daß die von sozialistisch-gewerkschaftlicher Seite erhobene Forderung nach der Sozialisierung der Grundproduktion durch das Mitbestimmungsrecht ein neues Gesicht bekommen hat.

*

Die geistige Fundierung der praktischen politischen Arbeit wurde in Referaten sehr erster psychologischer-wissenschaftlicher Analyse gegeben. Was zum Beispiel von Universitätsprofessor Dr. Köhler, Berlin, über den Menschen in der Sowjetzone und von Bundestagsabgeordnetem Kiesinger über die Stellung des Menschen im Staat ausgeführt wurde, berührte die Grundlagen einer christlichen Politik überhaupt. Hier zeigte sich, daß die CDU etwas anderes ist als ein Zweckzusammenschluß von Menschen, nämlich eine politische Erscheinung, die sich um den Menschen in seiner Wesenhaftigkeit bemüht. In gleicher Richtung lagen auch die Referate über die Jugend von Siegfried Dübel und Dr. Ehlers.



Dr. Adenauer und der Rektor der Technischen Universität, S. Magnifizenz Prof. Dr. Stransky

Das Präsidium der Tagung, an seiner Spitze Dr. Robert Tillmanns, verstand es, die Referate und die Aussprache zu einheitlichem Zusammenklang zu bringen. Hervor trat der unbedingte Wille zur Einheit Deutschlands in einem freien Europa und durch ein freies Europa, getragen von einer geistigen Konzeption, die in Schärfe der materialistischen Gegenkonzeption gegenübertrat. Es zeigte sich, daß dem harten bedingungslosen Marxismus der westlich revidierte, in den Zielen unklare, hoffnungslos im 19. Jahrhundert steckengebliebene und hilflos restaurative SPDismus niemals gewachsen sein wird. Dem östlichen materialistischen Kollektivismus muß das geistige Gegengewicht vom Menschen her und von den Geboten Gottes her entgegengestellt werden. Ein solches geistiges Bild hat die CDU in Berlin sichtbar gemacht. Es handelt sich darum, wie Ehlers ausführte, auf keinen Fall eine vordergründige Politik zu bieten. Die Deutschen und vor allem die Jugend müssen auch in der Politik etwas von der Bereitschaft der Herzen spüren und von dem, was christlich ausgedrückt „Nächstenliebe“ heißt. Aufschlußreich und kennzeichnend für die Auswirkung des Berliner Parteitages war ein Wort des aus Baden stammenden Tagungspräsidenten D i c h t e l, der offen erklärte, daß die Besucher aus dem Westen in Berlin viel mitgenommen und gelernt haben. Er sagte: **„Ich habe den Eindruck, daß wir im Westen es uns bisher doch etwas zu leicht gemacht haben.“** Dieses Wort allein war schon die beste Rechtfertigung für den Entschluß der CDU, in Berlin diesen Parteitag unter der Zielsetzung abgehalten zu haben:

Friede und Freiheit für ganz Deutschland!

Erster Tag: Freitag, 17. Oktober 1952

Das festlich geschmückte Eingangsportal der Technischen Universität am Steinplatz in Berlin, vor dem die Fahnen des Bundes und der Länder wehten, zeigte den Ort des diesjährigen Parteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands an. In den Räumen der Technischen Universität vollzog sich im wesentlichen dieser Dritte Parteitag mit seiner besonderen Aufgabe und seiner besonderen von Berlin her geprägten Atmosphäre.

Unmittelbar nach seiner Landung in Berlin-Tempelhof zu Beginn des Parteitages begab sich der Bundeskanzler in das Flüchtlings- und Durchgangslager „Askania“ in Mariendorf. Dort befinden sich Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die auf Abruf in die Bundesrepublik warten, darunter in großer Anzahl auch Kinder.

Der Bundeskanzler hatte Gelegenheit, sich sehr eingehend und längere Zeit mit den Flüchtlingen zu unterhalten und die zum Teil recht primitiven Unterbringungsmöglichkeiten kennen zu lernen. Besonderen Anteil nahm der Bundeskanzler an den Kindern, denen er auch Geschenkpäckchen von Bonbons und Schokolade gab und damit hellen Jubel erweckte.

Auch die Minister Dr. Lukaschek und Erhard unterhielten sich mit zahlreichen Flüchtlingen und gaben Auskünfte über die Lebensverhältnisse in Westdeutschland, nach denen sich die Flüchtlinge eingehend erkundigten. Ebenso hatten die Bundesminister die Möglichkeit, aus erster Hand Einzelheiten über die Zustände in der Sowjetzone zu erfahren.

Der Bundeskanzler, der längere Zeit im Lager verweilte, unterrichtete sich eingehend gerade auch über die jetzt zwischen der Bundesrepublik und Berlin schwebenden Probleme der Flüchtlingsversorgung.

Die Flüchtlinge waren sichtlich beeindruckt dadurch, daß sie Gelegenheit hatten, so maßgebende Persönlichkeiten der Bundesregierung kennen zu lernen und so offen mit ihnen sprechen zu können.

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach ebenfalls mit Frauen, die soeben aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen waren.

Der Eröffnung des Parteitages gingen voraus eine Sitzung des Bundesparteivorstandes und des Bundesparteiausschusses, in denen der Ablauf der Tagung noch einmal besprochen und die Gesichtspunkte der CDU-Politik herausgestellt wurden.

Am Abend des 17. Oktober stand die ehemalige Reichshauptstadt im Zeichen großer öffentlicher Kundgebungen, die nur einen Teil der Zutritt Begehrenden fassen konnten. Die Kundgebungen fanden statt in der Technischen Universität, Berlin-Charlottenburg, in den Berliner Kindl-Festsälen in Berlin-Neukölln und im Corso-Theater in Berlin-Wedding. In allen drei Kundgebungen sprach, vom zustimmenden Jubel der Bevölkerung getragen, Bundeskanzler Dr. Adenauer. Ferner ergriffen das Wort in der Technischen Universität: Dr. von Brentano, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard, in Neukölln: Bundesarbeitsminister Storch, Frau Dr. Weber, MdB, und Dr. Bucerius, MdB, in Berlin-Wedding: Ministerpräsident Arnold, Frau Dr. Brökelschen, MdB, sowie der Generalsekretär der CSU Strauss, MdB.

Das, was christlich ist, ist der Mensch in seinem Selbstsein für die Gemeinschaft. Und das, was kommunistisch ist, das ist der Mensch ohne sein Selbstsein aus der Gemeinschaft.

Professor Dr. Hans Köhler, Berlin

Zweiter Tag: Sonnabend, 18. Oktober 1952

Der Dritte Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands wurde um 9.15 Uhr durch den Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, im festlich geschmückten Auditorium der Technischen Universität eröffnet.

Das Thema des Parteitages „**Friede und Freiheit für ganz Deutschland**“ stand an der Stirnwand des Saales.

In den vorderen Reihen der aufsteigenden Bänke saßen die Delegierten, dahinter die Gastdelegierten, die Gäste und die Presse. Zu beiden Seiten der Rednertribüne hatten die Ehrengäste und die Bundesvorstandsmitglieder ihren Platz.

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Adenauer, forderte die Herren Dr. Tillmanns, MdB (Landesverband Berlin), Landtagspräsident Gockeln (Nordrhein-Westfalen), Herrn Dichtel (Nordbaden), Herrn Dr. Fay (Hessen), Frau Dr. Weber, MdB, Herrn Scharnberg, MdB (Hamburg), und Herrn Lemmer, MdB (Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin), auf, am Vorstandstisch Platz zu nehmen. Er wies dann auf die Notwendigkeit hin, die für den Rundfunk festgesetzte Zeit einzuhalten.

Nach dem Brandenburgischen Konzert Nr. 3 von J. S. Bach, vorgetragen durch das Berliner Streichorchester unter dem Dirigenten Richard Kayser, nahm das Wort

Dr. Konrad Adenauer:

Verehrte Gäste! Meine lieben Parteifreunde!

Der Parteivorstand und der Parteiausschuß schlagen Ihnen vor, Herrn Dr. Tillmanns, den Landesvorsitzenden des Landesverbandes Berlin, zum Präsidenten unserer Tagung zu bestimmen und als weitere Mitglieder des Präsidiums folgende Damen und Herren: Landtagspräsident Gockeln, Düsseldorf; Vorsitzender des Landesverbandes Nordbaden, Anton Dichtel, Freiburg; Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, Dr. Fay, Frankfurt; Frau Dr. Weber, Bundestagsabgeordnete; Herrn Scharnberg, Hamburg, Bundestagsabgeordneter; Herrn Lemmer, Berlin, Bundestagsabgeordneter. (Beifall)

Ich stelle Ihre Zustimmung fest und darf nun den Herrn Präsidenten Dr. Tillmanns bitten, die Leitung der Versammlung zu übernehmen.



Blick in den Plenarsaal

Präsident Dr. Tillmanns:

Mit aufrichtigem Dank, den ich zugleich im Namen der übrigen Mitglieder des Präsidiums ausspreche, übernehmen wir den Auftrag, den Sie uns soeben für die Leitung dieser Tagung erteilt haben. Wir tun dies in der Gewißheit, daß wir im Geiste unserer gemeinsamen Verantwortung zusammenarbeiten werden an der Erfüllung der Aufgabe, die wir uns mit diesem dritten Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gesetzt haben.

Als Vorsitzender des Landesverbandes der Christlich Demokratischen Union Berlins gebe ich unserer großen Freude und Dankbarkeit dafür Ausdruck, daß Parteivorstand und Parteiausschuß den Beschluß gefaßt haben, diesen Parteitag in Berlin abzuhalten (Beifall) und daß Sie alle in so großer Zahl hierher gekommen sind.

Dieser Parteitag steht unter dem Motto: „Friede und Freiheit für ganz Deutschland!“ Ihm ist die Aufgabe gesetzt, angesichts der großen und schicksalsschweren Entscheidungen, die mit der Verabschiedung der Bonner und Pariser Verträge vor uns stehen, noch einmal gemeinsam den Weg zu prüfen, den wir für unser Volk und den Frieden der Welt zu gehen haben, Rechenschaft abzulegen über die Beweggründe und Ziele unseres Handelns und vor allem Klarheit zu schaffen gegenüber mancherlei Verwirrung und Verleumdung.

Berlin ist in den letzten Jahren hart angefaßt worden, aber wir, die wir hier in Berlin leben, empfinden diese Härte beinahe als eine günstige Fügung. Hier tritt uns die politische Situation unseres Volkes und Europas in beinahe chemischer Reinheit und aufrüttelnder Schärfe entgegen. Die klare politische Luft Berlins macht es leichter als anderswo, das Wesentliche zu erkennen und vom Unwesentlichen zu unterscheiden, sich hindurchzufinden durch die Vielfalt der Meinungen und Empfindungen, die im Westen so vieles vernebeln. Deshalb dürfte kein anderer Ort zur Erfüllung der uns gesetzten Aufgabe geeigneter sein.

Es widerstrebt mir fast, zu sagen, daß die Wahl Berlins als Tagungsort zugleich das Bekenntnis zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit ist; denn das könnte so gedeutet werden, als sei das nicht selbstverständlich. Wir haben diesen Willen zur Einheit vom ersten Tage unserer politischen Gemeinschaft an so klar bekundet und die Bundesregierung hat diesen Willen so eindeutig zur Richtschnur ihres Handelns gemacht, daß erneute Versicherungen dieser Art überflüssig sind. Da aber immer wieder der Versuch gemacht wird, diesen unseren Willen in Zweifel zu ziehen und sogar zu behaupten, daß der von uns erstrebte Zusammenschluß Europas und seine Einfügung in die Gemeinschaft der Völker der freien Welt die Wiedervereinigung Deutschlands hindere, sind wir verpflichtet, darüber Klarheit zu schaffen, daß es keine Wiedervereinigung in Freiheit gibt ohne die gleichzeitige Überwindung alternativer Gegensätzlichkeiten in Europa. Wir wollen die deutsche Einheit in Freiheit und Selbständigkeit, d. h. in der Gemeinschaft der freien Völker dieser Erde.

Wenn wir in Berlin tagen, meine Freunde, so sprechen wir vor allem auch zu den Deutschen im sowjetischen Sektor dieser Stadt und in der Sowjetzone Deutschlands. (Beifall) Ihnen und damit der ganzen Öffentlichkeit geben wir gegenüber der verlogenen Propaganda des Kommunismus — die uns Kriegswillen und Aggression vorwirft — die feierliche Versicherung, daß die Erhaltung oder — besser gesagt — die Schaffung des Friedens oberstes Ziel aller unserer Bemühungen ist. (Beifall)

Friede aber auf dieser Erde ist nichts, was von selber wird. Man muß sich um ihn bemühen; man muß etwas dafür tun; man muß bereit sein, ihn durch gemeinsame Anstrengungen zu sichern.

In Berlin berühren sich die Kräfte der freien Welt unmittelbar mit der totalitären Macht des Kommunismus. In dieser Macht wird die private Sphäre des Menschen — so hat es der Bonner Theologe Gollwitzer formuliert — als ein Raub an der Gemeinschaft betrachtet. Der Mensch ist nichts als eine Funktion der Gesellschaft, und die Wahrung eines privaten Raumes für den Menschen bedeutet, daß er sich dem Ganzen verweigert. Dort muß der Mensch in seiner ganzen Existenz den Organen der Gesellschaft — d. h. ihrer totalitären Führung und Polizei — ohne Rest durchsichtig sein.

Das ist die unmittelbare Bedrohung der menschlichen Existenz überhaupt. Und von dieser Gefahr der Entpersönlichung und Kollektivierung durch die technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unserer Zeit sind auch die westlichen Länder keineswegs frei. Die Ordnung des Zusammenlebens der Menschen in sozialer Gemeinschaft, zugleich aber die Sicherung der Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der menschlichen Person ist die große konstruktive Aufgabe, die vor uns steht. Nur wenn es gelingt, sie zu lösen, wenn wir die soziale Gemeinschaft in Freiheit bauen, wenn wir so dem totalitären Kommunismus etwas Besseres, etwas Überlegenes entgegensetzen, werden wir die Zukunft gewinnen.

Hier in Berlin in der unmittelbaren Begegnung mit der kommunistischen Welt, die den Menschen in der Sowjetzone in der Gewalt hat, sind wir aufgerufen, zu bekunden, daß wir für diese bessere und überlegene Ordnung stehen — gerade auch für die Masse der arbeitenden Menschen — und zu zeigen, wie diese unsere Ordnung und die von uns vertretene politische und soziale Gestaltung die Existenz des Menschen in Staat, Familie und Betrieb sichert. Wir wollen uns dabei vor allem um das große Problem der Lebenschancen für die Jugend unseres Volkes bemühen und sie damit zur politischen Entscheidung aufrufen. Das ist die zweite Aufgabe, die diesem Parteitag gesetzt ist.

Wir tun dies als die Partei, die für die Politik der Bundesregierung in den vergangenen schweren Jahren des ersten Aufbaues die Hauptverantwortung getragen hat, und die das Ergebnis ihrer Arbeit für Staat und Volk in dem Bewußtsein, daß wir Großes und Entscheidendes erreicht haben, vertritt, die sich aber auch dessen bewußt ist, daß noch große, bisher nicht gelöste Aufgaben, insbesondere für die Einordnung der Opfer der hinter uns liegenden Katastrophe in das soziale Gefüge, vor uns stehen. Indem wir uns um diese aktuellen Aufgaben bemühen, legen wir zugleich den Grund für den Parteitag des nächsten Jahres in Hamburg, der die Forderungen erarbeiten wird, mit denen wir bei den kommenden Bundestagswahlen vor das deutsche Volk treten.

Indem ich diesen Parteitag eröffne, grüße ich zunächst alle, die von nah und fern hierher gekommen sind. Ich grüße die gewählten Delegierten dieses Parteitages, die Mitglieder des Bundesparteiausschusses und des Bundesparteivorstandes, an ihrer Spitze unseren verehrten ersten Vorsitzenden, den Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Anhaltender, stürmischer Beifall — Bundeskanzler Dr. Adenauer erhebt sich und begrüßt die Versammlung. — Der Beifall geht in anhaltende Ovationen über.)

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Ich brauche diesem Gruß der Versammlung nichts hinzuzufügen. Dieser Gruß und ebenso die begeisterte Zustimmung, die Ihnen gestern abend in drei überfüllten Massenkundgebungen durch die Berliner Bevölkerung entgegengeklungen ist, zeigen am allerklarsten und eindeutigsten, wie sehr unsere Verehrung und innerste Verbundenheit Ihnen gehört. Wir haben in den letzten Tagen einige Sorgen gehabt, weil wir von Bonn hörten, daß Sie in Ihrer Gesundheit sehr angegriffen sind. Ich darf im Namen aller hier Versammelten unsere tiefe Befriedigung darüber aussprechen, daß Sie wiederhergestellt sind und daß Sie trotz dieser eben erst überwundenen Erkrankung es sich nicht haben nehmen lassen, hier zu uns nach Berlin zu kommen. (Starker Beifall)

Ich begrüße mit den Delegierten dieses Parteitages — eigentlich als zu ihnen gehörig — unsere Freunde von der Christlich Sozialen Union Bayerns, vor allem unseren Freund Franz Josef Strauß. (Beifall)

Mein Gruß gilt zugleich den Mitgliedern der Fraktionen des Bundestages und der Landtage der Länder, die mit den Delegierten in großer Zahl zu uns nach Berlin gekommen sind. (Beifall)

Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit zahlreiche Freunde, die aus dem Sowjetsektor Berlins und aus der Sowjetzone Deutschlands hier unter uns sind. (Stürmischer Beifall) Ich begrüße unsere Freunde von der Saar. (Starker Beifall)

Mein weiterer Gruß gilt allen unseren Freunden, die in hohen Ämtern besondere Verantwortung tragen, in erster Linie unserem Freund, dem Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers. (Starker Beifall) Ich begrüße die Herren Bundesminister Dr. Lehr, Dr. Erhard, Dr. Lukaschek. (Starker Beifall) Ich begrüße unseren Freund Jakob Kaiser, der hier zu uns gehört. (Sehr starker Beifall und Zustimmung)

Entschuldigen Sie, ich werde darauf aufmerksam gemacht — bei Begrüßungen macht man bekanntlich immer Fehler —, daß ich vergessen habe, den Herrn Bundesminister Storch. (Beifall)

Ich begrüße den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Arnold. (Sehr starker Beifall und Zustimmung) Ich begrüße mit ihm die Mitglieder und Senatoren der Länder, die als unsere Freunde hier unter uns weilen. (Beifall)

Unserer Einladung hier zu diesem Parteitag ist eine große Zahl von Gästen und Ehrengästen gefolgt, die wir alle herzlich begrüßen, unter ihnen die Vertreter von Presse, Rundfunk und Film. Ich begrüße in der Reihe unserer Gäste auch Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Lebhafter Beifall)

Es ist unmöglich, die Zahl unserer Gäste und Ehrengäste alle persönlich und namentlich anzuführen, aber es obliegt mir, von den Ehrengästen wenigstens einige zu nennen und zu begrüßen, und zu begrüßen dieser Stadt Berlin, Herrn Bürgermeister Dr. Schreiber und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Dr. Suhr. (Beifall)

Ich begrüße weiter die Herren alliierten Kommandanten dieser Stadt, ihre Vertreter und die Chefs der in Berlin ansässigen ausländischen Missionen. (Beifall)

Ich begrüße herzlich Seine Magnifizienz Herrn Prof. Dr. Stránsky, den Rektor der Technischen Universität, den Herrn dieses Hauses, und spreche ihm in Ihrer aller Namen unseren Dank für die Gastfreundschaft aus, die wir hier in der Technischen Universität Berlins genießen. (Beifall)

Unter uns sind zahlreiche Vertreter der befreundeten und mit uns eng verbundenen politischen Parteien der europäischen Länder. Ihnen gilt unser ganz besonderer Gruß. Ich nenne unter ihnen unseren Freund aus Österreich, den Herrn Landeshauptmann Dr. Hermann Gleissner, (Starker Beifall) den Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Unter uns befindet sich als Vertreter der MRP Frankreich Herr Laurent, der Vizepräsident des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und Mitglied der Assemblée Nationale. (Beifall) Herr Laurent, Ihnen gilt unser besonderer Gruß und Dank dafür, daß Sie die weite und beschwerliche Reise hierher nach Berlin gemacht haben. Gerade wir Berliner dürfen in Ihrem Besuch den Ausdruck einer sich immer mehr festigenden und entwickelnden Freundschaft und Zusammengehörigkeit der europäischen Völker sehen. (Beifall) Ich begrüße als Vertreter der Parti Social Chrétien aus Belgien Herrn Senator de la Vallée - Poussin und Herrn de Spot. (Beifall) Ich begrüße als Vertreter der Katholischen Volkspartei Hollands den Vizepräsidenten Prof. Dr. Gielen und den Sekretär der Christlichen Volkspartei, Herrn Dr. v. d. Poel. (Beifall) Ich begrüße als Vertreter der Antirevolutionären Partei Hollands Herrn Professor Zuidma und Herrn Dr. Gosker. (Beifall) Und schließlich, aber nicht zuletzt in dieser Reihe begrüße ich Herrn Bondevik als den Vertreter der Christlichen Volkspartei Norwegens, der zum ersten Male hier in unserem Kreis als Gast unter uns ist. (Starker Beifall) Ihnen gilt unser besonderer Gruß.

Ich darf alle diese Grüße an unsere ausländischen Freunde und Gäste noch einmal dahin zusammenfassen — das ist schon beinahe Tradition geworden auf unseren Parteitagen —, daß wir diese große Zusammenarbeit der christlichen Parteien, die sich durch ihre Anwesenheit bekunden, als einen besonderen Ansporn und eine feste Basis für unsere politische Arbeit betrachten.

Unter uns sind zahlreiche Gäste aus Berlin. Ich begrüße die hohen Vertreter der Kirchen und der Jüdischen Kultusgemeinde. (Beifall) Ich begrüße die Vertreter der Berliner politischen Parteien, der gewerkschaftlichen Organisationen und der Wirtschaftsverbände. (Beifall)

Von einer großen Reihe eingeladener Gäste und Ehrengäste, die nicht unter uns sein können, sind Begrüßungen eingegangen. Ich darf von diesen folgende verlesen: Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard, Landesvorsitzender der Christlich Sozialen Union, schreibt: „In brüderlicher Verbundenheit wünscht die Christlich. Soziale Union in Bayern der Christlich Demokratischen Union einen guten und ersprißlichen Verlauf ihrer Tagung; Möge der Berliner Parteitag den Unionsgedanken in ganz Deutschland stärken, von dessen Erhaltung und Kräftigung die gesunde demokratische Entwicklung Deutschlands wesentlich abhängt.“ (Beifall)

Es ist ein Grußwort eingegangen vom evangelischen Bischof von Berlin, Bischof Dibelius. Es ist ein Schreiben eingegangen vom Bischof von Berlin, Herrn Westkamp. Ich darf dieses Schreiben verlesen: „Mit herzlichem Dank für die Einladung zum Bundesparteitag der CDU verbinde ich meine guten Segenswünsche für die Tagung, die in unserer Stadt Berlin dem Weitblick für die wesentlichen Dinge dienen möge. Möge die ernste und verantwortungsvolle Arbeit so vieler Köpfe und Herzen dazu beitragen, daß wir den Weg aus der mannigfachen Gefährdung in eine gesunde Zukunft und ein friedliches Leben und

Schaffen bauen können. Der Segen des Herrn möge über all Ihrer Arbeit ruhen!" (Beifall)

Es ist eingegangen ein Telegramm der Christlich Demokratischen Partei Italiens, unterschrieben von Herrn Guido Gonella. „Anlässlich des dritten Parteitages der CDU ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen im Namen der Christlich Demokratischen Partei unseres Landes unsere Grüße zu übermitteln. Mögen unsere gemeinsamen Kräfte zur Verwirklichung der gleichen Ideale für politische und soziale Gerechtigkeit zu einer Verbrüderung aller christlichen Demokraten führen. Wo auch immer diese Probleme von hohem Wert auftauchen, wollen wir christlichen Demokraten Italiens mit unseren Freunden der CDU zusammenstehen. Und dies sollen unsere besten Wünsche zu Ihrem Parteitag und zur Weiterentwicklung Ihrer Arbeit sein. Es bewegt tief unsere Herzen, daß Sie Berlin zum Tagungsort gewählt haben. Sie haben damit Ihr Vertrauen zu der Wiedergeburt eines vereinten Europas zum Ausdruck gebracht, eines vereinten Europas und eines demokratischen Deutschlands, das für den Frieden und die Freiheit Europas in der ganzen Welt bürgt. Im Sinne der christlichen Solidarität, die aus einer europäischen Einheit geboren ist, entbietet Ihnen seine Grüße und Wünsche Guido Gonella.“ (Beifall) Es ist ein Glückwunschtelegramm eingegangen von dem Präsidenten der Christlich Sozialen Volkspartei Luxemburgs, Emil Reuter, der es bedauert, wegen einer eigenen Parteitagung nicht hier sein zu können, und die herzlichsten Wünsche für einen guten Verlauf ausspricht und uns herzliche Gefühle christlicher Solidarität versichert. (Beifall) Es ist weiter ein Schreiben von Herrn Dr. Rosenberg, dem Generalsekretär der Christlich Konservativen Volkspartei der Schweiz, eingegangen. Er schreibt: „Aus verschiedenen Gründen ist es uns nicht möglich, eine Delegation zu entsenden. So bitten wir Sie, auf diesem Wege unsere besten Wünsche für ein gutes Gelingen Ihres Parteitages entgegenzunehmen. Wir verbinden damit unsere besten Wünsche für die weitere Fortsetzung der erfolgreichen und für Europa so entscheidenden und bedeutungsvollen CDU-Politik, die wir immer mit großer Anteilnahme verfolgen.“ (Beifall) Es sind weiter eingegangen ein Grußtelegramm der Litauischen Christlich Demokratischen Exilpartei, eine Grußbotschaft der Internationalen Christlich-Sozialen Vereinigung unseres Freundes Scharrer, und schließlich eine Grußbotschaft der Katholischen Arbeiterbewegung, unterschrieben von dem Verbandspräsidenten Dr. Schmitt, und von dem Vorsitzenden der Evangelischen Arbeitervereine, Herrn Oberregierungsrat Otto Klein aus Essen. (Beifall)

Damit ist die lange Reihe der Begrüßungen zu Ende. Ich bitte noch einmal, falls mir ein Fehler unterlaufen sein sollte, gütigst Nachsicht zu üben.

Die Christlich Demokratische Union ist die erste deutsche Partei, die ihren gesamtdeutschen Parteitag nach 1945 in Berlin abhält. (Sehr starker Beifall) Es war zu erwarten, daß das einigen Leuten nicht angenehm ist, (Heiterkeit) weil das ihre parteipolitischen Kreise stört. Man bemüht sich deshalb, diesen Parteitag — schon bevor er begonnen hat — zu kritisieren. Soweit das die Machthaber der Sowjetzone tun, ist es beinahe selbstverständlich und sollte uns nicht weiter berühren, auch wenn als ihr Sprachrohr die sogenannte CDU der Sowjetzone auftritt. Ihre Funktionäre tagen zu gleicher Zeit in dieser Stadt. Ihr Sprecher, Herr Nuschke,

bringt es fertig, uns als einen Parteitag ohne Diskussion und der uniformierten Meinungen zu bezeichnen. (Starke ironische Heiterkeit) Gleichzeitig nimmt er für seine Veranstaltung in Anspruch, daß die inneren und äußeren Probleme in freier Beratung erörtert werden. (Erneut lebhaft ironische Heiterkeit) Weiter geht's wohl nicht in der Verdrehung von Tatsachen. (Beifall) Aber nachdem diese Sowjetzonen-CDU sich vorgestern einschränkungslos als sozialistische Partei bekannt hat — und das heißt in der Terminologie der Sowjetzonen als kommunistische Partei —, ist das nicht verwunderlich.

Bemerkenswerter erscheint mir schon, daß auch das Organ der Berliner Sozialdemokratischen Partei geglaubt hat, unseren Parteitag — ich zitiere — als einen „Betrug an den Wählern“ hinzustellen. (Lebhafte Pfui-Rufe) Es hat dazu bemerkt, das sei eine offene Sprache, die man liebe. Nun, wir lieben auch, offen zu sprechen. Daß dieser CDU-Parteitag in Berlin der SPD, die so gerne das Bekenntnis zur deutschen Einheit oder zu Berlin für sich allein in Anspruch nehmen möchte, nicht gefällt, verstehen wir. Aber man sollte doch diese Verärgerung nicht so offen zum Ausdruck bringen; es wäre doch klug, wenigstens abzuwarten, was dieser Parteitag als politisches Ergebnis erbringt.

Wenn ein maßgebender Politiker der Berliner SPD erst vor einigen Tagen hier die Behauptung aufgestellt hat, als treffe die Schuld an den schweren sozialen Nöten dieser Stadt, vor allen Dingen die der Arbeitslosigkeit, eigentlich nur die Bundesregierung, so scheint mir auch diese Entgleisung nur zu erklären zu sein aus der Nähe unseres Parteitages. Wir sind hier, um so mehr aufgerufen im Geiste der Verantwortung, die uns eint, unsere gemeinsame Arbeit auszuführen.

Berlin, meine Freunde, hat in der jungen Geschichte der Christlich Demokratischen Union eine große Bedeutung. Hier haben sich 1945 unmittelbar nach Kampfe zu erstmalig Männer und Frauen aller Schichten und der verschiedensten früheren Parteien zusammengefunden zu der großen neuen politischen Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union. Sie kamen zum großen Teil aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. Und aus dem Erlebnis, wohin menschliche Willkür und schrankenlose Gewalt führt, einte sie die Ueberzeugung, daß der Bau unseres Staates nur gelingen kann, wenn wir auch in der Politik wieder lernen, daß wir in unserer gesamten Existenz ewigen Gesetzen unterworfen sind und uns in Gehorsam vor ihnen üben.

Aus dieser Anfangszeit, in der unter der Führung von Hermes, Schreiber, Kaiser und Lemmer die Christlich Demokratische Union Berlins und der Sowjetzone sich entwickelt hat, sind starke Bindungen mit den Menschen in der Sowjetzone entstanden, die bis heute feststehen. Diese Menschen, die heute zum Schweigen verurteilt sind, sehen ihre Sprecher nicht in der ihnen aufgezwungenen Führung der sogenannten Ost-CDU. Für sie sind wir die Vertreter ihres politischen Willens, und ihr Vertrauen gehört uns, wir sind ihre Hoffnung! (Lebhafter Beifall)

Wir beginnen unseren Parteitag in dem gemeinsamen Gruß an diese unsere Freunde in der Sowjetzone und im Sowjetsektor dieser Stadt. Wir geben ihnen die Versicherung unlöslicher Verbundenheit. Zugleich gedenken wir der großen Zahl der Opfer der Gewaltherrschaft des Kommunismus, die aufrechte Männer und Frauen in den Zuchthäusern und Gefängnissen festhält nur aus einem Grunde, weil sie ihre Gesinnung nicht verleugnen konnten.

Mit ihnen begrüßen wir am Beginn unserer Tagung alle Gefangenen und Kriegsgefangenen in nah und fern, die noch in der Unfreiheit auf ihre Rückkehr warten. (Starker Beifall)

Lassen Sie uns dessen eingedenk sein, daß vor allem unsere Freunde in der Sowjetzone und im Sowjetsektor dieser Stadt in diesen Tagen auf uns hören. Lassen Sie uns ihnen deutlich machen, daß wir — wie unser Freund Dr. Ehlers es kürzlich gesagt hat — nicht für 50 Millionen, sondern für 70 Millionen Politik machen. Lassen wir uns ihnen klar machen, daß uns mit ihnen das eine große Ziel verbindet: „Frieden und Freiheit für ganz Deutschland!“ (Starker Beifall)

Ich darf nun unseren Freund Herrn Dr. Schreiber, den Bürgermeister der Stadt Berlin, bitten, zu uns einige Worte zu sprechen.

Dr. Schreiber, Berlin:

Namens des Senats von Berlin heiße ich Sie in unserer Stadt auf das allerherzlichste willkommen. Der regierende Bürgermeister Berlins, Herr Ernst Reuter, ist heute in seiner Eigenschaft als Präsident des Städtetages in Düsseldorf zu einer Sitzung, die er leider nicht mehr absagen konnte. Er bedauert außerordentlich, daß er heute nicht selbst hier sein kann, um ein Grußwort an Sie zu richten, und er hat mich gebeten, Ihnen seine persönlichen Grüsse ausdrücklich zum Ausdruck zu bringen. (Beifall)

Sie werden es verstehen, wenn wir hier in Berlin in unserer relativen Abgeschiedenheit uns über jeden Besuch freuen, der zu uns kommt, um die geistige Verbindung mit uns und den Menschen in dem uns umgebenden mitteldeutschen Raum aufrechtzuerhalten. Diese geistige Verbindung brauchen wir nicht nur hier in Berlin und in der mitteldeutschen Zone, sondern in ganz Deutschland so nötig wie das tägliche Brot; denn nichts Schlimmeres könnte uns passieren, als daß dieses geistige Band und diese geistige Zusammengehörigkeit, dieses Verstehen untereinander, auch nur im geringsten gelockert wäre.

Wie wir uns über jeden Freund, der uns besucht, hier in Berlin freuen, so haben wir eine besondere Freude darüber, daß nun als erste Partei die Christlich Demokratische Union ihren Parteitag hier nach Berlin verlegt hat. Es kommt durch diese Tatsache aufs deutlichste zum Ausdruck, das Bekenntnis der größten deutschen Partei zu den Aufgaben Berlins und zu der besonderen Bedeutung, die unserem Gemeinwesen zukommt im gesamtdeutschen Kampf um Freiheit und Einheit unserer Nation. (Beifall) Diesen Kampf werden wir nur gewinnen, wenn alle zusammenstehen, die guten Willens sind, und wenn alle Kräfte in der Welt sich vereinen, für die die Freiheit das höchste Gut ist.

Wir hier in Berlin freuen uns darüber, daß Sie als Thema des Parteitages nicht in erster Linie die Ausarbeitung von Kampfparolen gegen den innenpolitischen Gegner sich gestellt haben, sondern daß Sie das Gemeinsame betonen, weil das gerade hier in Berlin ganz besonders am Platze ist, daß wir uns unserer gemeinsamen Aufgaben deutlich bewußt werden.

Ich glaube, daß hier in Berlin weit über die Grenzen der Partei hinweg die Überzeugung lebt, daß wir alle Zeit bereit sein müssen, jeden Schritt zu unternehmen, der uns praktisch dazu führen kann, die unerhörte Belastung, die auf der Welt, und zwar auf allen Völkern der Welt liegt, nach Möglichkeit zu entspannen, aber auf der anderen Seite sich nicht irgendwie

täuschen zu lassen von der furchtbaren Bedrohung, die von dem kommunistischen Imperialismus ausgeht. Wir hier in Berlin werden daher jeden Schritt der Bundesregierung unterstützen, der in diese Richtung führt. Für uns hier in Berlin gibt es über die Grenzen der Partei hinweg darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß wir diese feste Haltung einnehmen müssen und daß wir unseren geraden Weg gehen, der von der Bundesregierung beschrritten worden ist. Ich möchte die Gelegenheit, daß ich hier einige Minuten sprechen darf zu politisch aktiv tätigen Menschen aus der Bundesrepublik, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen aufrichtig dafür zu danken, was die Bundesrepublik und ihre Bevölkerung in den letzten Jahren für Berlin getan haben. (Beifall)

Wenn auch nicht jeder Wunsch, den wir hegten und für berechtigt hielten, erfüllt werden konnte, so wissen wir doch, daß es für viele Menschen auch in der Bundesrepublik heute nicht ganz leicht ist, die Unterstützung zu gewähren, die wir erbitten müssen. Ich hoffe, daß Sie, die Sie hier Umschau halten können, den Eindruck gewinnen werden, daß das, was Sie für Berlin geopfert haben, nicht vergeblich ausgegeben worden ist, daß wir wirtschaftlich — wenn auch nur ganz allmählich — vorankommen, daß unser Behauptungswillen unerschütterlich ist und daß wir hier jedenfalls in Berlin alle Zeit bereitstehen werden, für die deutsche Freiheit und für die deutsche Einheit zu kämpfen wie bisher. (Beifall)

Ich darf auf zwei Besonderheiten Berlins ganz kurz hinweisen. Berlin hat vor allen anderen Plätzen Deutschlands voraus, daß hier — und zwar nur hier — Menschen aus allen Teilen Deutschlands sich heute noch in größerer Zahl begegnen können. Wenn eine Tagung in der Bundesrepublik abgehalten wird, bekommt ja praktisch niemand aus dem sowjetisch beherrschten Raum eine Einreiseerlaubnis. Denken Sie an den Evangelischen Kirchentag, wo, glaube ich, ein Dutzend oder was weiß ich wieviel Menschen aus dem sowjetisch beherrschten Raum einen Ausweis bekommen haben, um nach Stuttgart zu reisen. Hier kann man sich begegnen mit den Menschen in der Sowjetzone; diese Menschen, die der Ermutigung bedürfen wie nur irgendeiner unter dem Druck, den wir täglich miterleben angesichts der besonderen Beziehungen, die wir zu den Menschen in Mitteldeutschland haben. Unter dem Druck ist es notwendig, daß wir durch eine Begegnung von Freunden und Verwandten hier in Berlin diesen Menschen immer wieder zeigen, daß sie nicht vergessen sind, daß wir alles tun werden, um für sie zu wirken und einzutreten, wo wir immer nur können. (Starker Beifall)

Das andere ist das, was Freund Tillmanns schon hat anklingen lassen. Ich weiß nicht, ob Sie sich bewußt waren, als Sie hierher gereist sind, daß Berlin der Geburtsort der Christlich Demokratischen Union ist. Als wir am 26. Juni 1945 bereits unseren Aufruf zur Gründung der Christlich Demokratischen Union herausgaben — den es auch heute noch lohnt, gelegentlich einmal wieder zu lesen —, (Beifall) da haben wir keine Handlung begangen für Berlin, sondern wir haben für ganz Deutschland gewirkt, meine verehrten Freunde! Und es ist doch schön, wenn man einmal wieder in seinem Geburtsort ist. (Heiterkeit) Der Geburtsort ist doch die eigentliche Heimat, wie mir scheint. Deswegen hoffe ich, daß Sie sich in ihrer Heimat alle recht wohl fühlen werden. (Beifall)

Unser Bundeskanzler Herr Dr. Adenauer hat einmal gesagt — ich begehe damit keine Indiskretion, wenn ich das in einem internen Parteiraum sage —: Jedesmal, wenn ich von Berlin komme, bin ich überzeugter Berliner geworden, als ich es vorher war. (Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß Sie auch darin dem Beispiel unseres Vorsitzenden folgen und daß Sie in Ihrer Heimat zurückkehren als überzeugtere Berliner. In diesem Sinne: herzlich willkommen! (Starker Beifall)

Präsident Dr. Tillmanns schlägt eine kleine Umstellung der Tagesordnung vor. Mit Rücksicht auf die Rundfunkübertragung der Rede des Bundeskanzlers ist es erforderlich, daß diese Rede jetzt beginnt. Weitere Gäste und Freunde, die noch ein Grußwort sprechen wollen, werden gebeten, dies nach der Rede des Bundeskanzlers zu tun. Dr. Tillmanns erteilt dann das Wort dem **Herrn Bundeskanzler**.

Friede und Freiheit für ganz Deutschland

Von der Versammlung mit langanhaltendem stürmischem Beifall begrüßt, nahm das Wort.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

Meine Damen und meine Herren! Liebe Parteifreunde! Bitte verwahren Sie sich etwas von dem Beifall für den Schluß meiner Rede. (Starke Heiterkeit)

Ich darf zunächst einige Ausführungen meiner beiden Herren Vordredner unterstreichen. Wir haben unseren Parteitag nach Berlin gelegt in ganz bestimmter Absicht. Wir wollten damit unseren Berliner Parteifreunden, unseren Freunden und allen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges und der ganzen Welt zeigen, daß wir mit ihnen allen für immer verbunden bleiben werden. (Beifall)

Weil dieser Parteitag eine Dokumentierung der Zusammengehörigkeit sein soll, darum gilt nochmals im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mein erster und herzlichster Gruß Ihnen, meine Parteifreunde aus Berlin, unseren Freunden in der Zone und insbesondere auch allen denen, die Opfer des Kommunismus geworden sind. (Beifall)

Damit der besondere Charakter dieses Parteitages klar und deutlich zutage tritt, dieses Bekenntnis des unverbrüchlichen Willens, Deutschland wieder zu einer Einheit in Frieden und in Freiheit zusammenzuführen, haben wir uns auf diese Aufgabe konzentriert.

Fragen der Innenpolitik

Wir haben große Aufgaben gemeistert; wir haben große Aufgaben vor uns. Wir werden auf dem Parteitag des Jahres 1953 — der Anfang Februar des nächsten Jahres in Hamburg stattfinden wird — einen Rechenschaftsbericht erhalten von unserer Bundestagsfraktion über das, was in den drei vergangenen Jahren geschaffen worden ist. Wir werden ebenfalls in Hamburg die Ziele und Aufgaben, die wir uns für die folgenden Jahre gestellt haben, klarlegen. Daher können wir uns auf diesem Parteitag darauf beschränken, Bericht zu erstatten über besonders wichtige Angelegenheiten des vergangenen Jahres. Als die beiden wichtigsten vom Bundestag verabschiedeten Gesetze des Jahres 1952 betrachte ich das Gesetz über den Lastenaus-

gleich und das Betriebsverfassungsgesetz. Sie alle, meine Freunde, wissen, daß im Bundestag — in seinen Ausschüssen — an dem Gesetz über den Lastenausgleich sehr ernst und sehr intensiv gearbeitet worden ist. Sie wissen, daß seine Fertigstellung eine schwere Aufgabe war; nicht nur eine schwere, sondern auch eine wenig dankbare Aufgabe; denn dem einen nehmen, um es dem anderen zu geben, das bringt in den seltensten Fällen Dankbarkeit. Es mußte genommen werden bis zur Grenze des wirtschaftlich Tragbaren. Über dieses Maß hinaus durften wir nicht gehen, weil eine schwere Schädigung der Gesamtwirtschaft eine Schädigung für das Ganze, auch für die Vertriebenen und Ausgebombten, gewesen sein würde. Wir haben uns redlich bemüht, diese Grenze zu finden. Ich hoffe, daß es gelungen ist. Es wird sich jetzt darum handeln, mit der größten Energie dieses Gesetz in die Wirklichkeit überzuführen. Auch das wird nicht leicht sein. Gegenüber aller Kritik kann ich nur nochmals wiederholen: Es ist nach bestem Wissen und Können geschehen, was geschehen konnte. Zwei Namen aus unserer Partei darf ich in diesem Zusammenhang besonders dankend hervorheben, das sind die Namen Kunze und Dr. Kather. (Beifall)

Ebenso umstritten wie der Lastenausgleich war das Betriebsverfassungsgesetz, das nunmehr in Kürze in Kraft treten wird. Auch hier handelt es sich um Neuland, nämlich darum, zwischen einander anscheinend widerstreitender Interessen den richtigen Weg und den richtigen Ausgleich zu finden. Sie wissen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund sich mit großer Energie gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes gewandt hat. Ich will nicht auf die unliebsamen Erscheinungen eingehen, die damals wohl bei jedem demokratisch Gesinnten ernste Besorgnisse hervorrufen mußten. (Zurufe: Sehr richtig!) Das Gesetz besteht. Ich glaube, es ist richtig, wenn nunmehr sowohl die Inhaber der Betriebe wie die Arbeitnehmer den ersten Versuch machen, das Gesetz so auszuführen, wie es dem allgemeinen Besten entspricht. (Beifall) Bei beiderseitigem guten Willen wird, davon bin ich überzeugt, ein großer Fortschritt erzielt werden. Der Inhaber des Betriebes, der Leiter, wird eine Arbeitnehmerschaft bekommen können, die gern und willig mitarbeitet, und die Arbeitnehmer werden sehen, daß der veraltete Standpunkt des „Herr im Hause“ vorüber ist und der Vergangenheit angehört, daß sie als Mitarbeiter geachtet und geschätzt werden. Wir bitten unsere Parteifreunde, die auf wirtschaftlichem Gebiete tätig sind — gleichgültig wo und in welcher Stellung —, sich mit ganzer Kraft und mit bestem Willen dafür einzusetzen, daß dieses Gesetz ein wirklicher Erfolg wird, daß es das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer festigt und eine soziale Befriedung herbeiführt.

Es ist wohl berechtigt, daß ich in Fortführung der Ausführungen des Herrn Bürgermeister Schreiber gerade auf diesem Parteitag und gerade gegenüber der Kritik, die hervorgehoben worden ist von unserem Präsidenten, über die Leistungen des Bundes gegenüber Berlin und über die Kräftigung Berlins etwas ausführlicher spreche:

Berlin hat erhalten im Rechnungsjahre 1950 aus den Haushaltsmitteln des Bundes rund 550 Millionen DM, im Jahre 1951 rund 770 Millionen DM, im Jahre 1952 wird es über 1000 Millionen DM erhalten. (Bravo-Rufe)

Dazu kommen die Maßnahmen des Bundes für die Berliner Wirtschaft. Zunächst haben die Umsatzsteuerrückvergütungen, dann die Befreiung der Lieferungen nach dem Bundesgebiet von Umsatzsteuern über-

haupt eine starke, ja eine schlagartige Steigerung der Lieferungen Berlins nach der Bundesrepublik zur Folge gehabt. Berlin hat sich aber — und wir erkennen das dankbar an — nicht auf die Hilfe des Bundes allein gestützt, sondern auch selbst alles getan, was in seiner Kraft stand, um die Berliner Wirtschaft zu heben. Infolge dieser gemeinsamen Arbeit zwischen dem Bund und Berlin ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin von Mitte Juni bis September um 34 000 gefallen. Seit dem Frühjahr 1950 sind rund 70 000 neue Arbeitsplätze in Berlin entstanden. Der Absatz der Berliner Erzeugnisse auf den westlichen Märkten hat sich verdreifacht. Das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer in Berlin ist von 189 Millionen DM im Jahre 1949 auf 240 Millionen DM im Jahre 1951 gestiegen, und für 1952 kann ein Aufkommen von über 300 Millionen DM erwartet werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin ist noch immer sehr hoch, aber ich glaube doch, man sollte auch diese Fortschritte Berlins, dieses Emporstieigen der Berliner Wirtschaft einmal klarlegen, um damit das Vertrauen der Berliner auf ihre Zukunft zu stärken und um dem Inland und Ausland zu zeigen, daß das Berliner Wirtschaftsleben alles andere als tot ist, daß es im Gegenteil sich kräftigt und weiter wächst. (Beifall) Die Berliner Wirtschaft und die Wirtschaft der Bundesrepublik stehen in engstem Zusammenhang. Die Hilfe, die wir Berlin angedeihen lassen können, hängt ab von der Kraft des wirtschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik.

Diese unlösbaren Zusammenhänge veranlassen mich, hier auf Ausführungen zurückzukommen, die auf dem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in dieser Woche hier in Berlin gemacht worden sind. Es ist dort von Herrn Fette die vierzigstündige Arbeitswoche verlangt worden. Es ist ausgesprochen worden, daß man bei kommenden Tarifverhandlungen die Erreichung dieses Zieles betreiben und im Auge halten müsse. Nun, meine Freunde, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die 48-Stunden-Arbeitswoche ein Axiom sei, ein Dogma, von dem man niemals und nimmer herunterkommen dürfe. Ich halte es für recht wohl möglich und wünschenswert, daß einmal eine Zeit kommen wird, in der man es verantworten kann, an eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu denken, (Beifall) aber es läßt sich diese für die gesamte deutsche Wirtschaft und damit für das gesamte deutsche Volk lebenswichtige Frage nicht so leichterhand entscheiden. Und man sollte nicht Hoffnungen durch die Proklamierung erwecken, die bis auf weiteres gar nicht erfüllt werden können. (Beifall) Denn ich bin überzeugt davon, daß niemand, auch nicht derjenige, der diese Forderungen erhoben hat, daran denkt, daß in den 40 Arbeitsstunden der Arbeitnehmer weniger verdienen sollte als bisher in 48 Stunden. Ich bin ebenso überzeugt, daß diejenigen, die die vierzigstündige Arbeitswoche fordern, nicht der Auffassung sind, auch gar nicht sein können, der Arbeiter könne bei dem heutigen Stand der Technik in 40 Stunden dasselbe schaffen wie bisher in 48 Stunden. (Sehr gut!) Eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden würde also unbedingt eine starke Minderung der Produktion mit sich bringen und eine erhebliche Verteuerung der geminderten Produktion. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir würden dann überhaupt nicht mehr in der Lage sein, nennenswert zu exportieren. Wenn wir aber nicht nennenswert exportieren können, dann können wir auch nicht die notwendigen Produkte für unseren Lebensunterhalt importieren. Und dann noch eins: Es arbeiten doch nicht nur Angehörige des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Deutschland! (Beifall)

Eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, wie sie verlangt worden ist, würde sich notgedrungen auswirken müssen auf die Arbeitszeit aller anderen Berufe in Deutschland, der Bauern, der Handwerker, der freien Berufe und der Beamten. (Zurufe: Sehr richtig!) Das gesamte wirtschaftliche Gefüge würde dadurch in seinen Grundfesten verändert werden.

Ich habe eben gesagt, daß die Beibehaltung der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche für immer und ewig für mich in keiner Weise feststeht; im Gegenteil, ich glaube und ich hoffe, daß bei fortschreitender technischer Entwicklung einmal eine Zeit kommen wird, die es gestattet, allgemein für alle Berufe und in allen Ländern die Arbeitszeit entsprechend herabzusetzen, und zwar herabzusetzen — und das muß uns der technische Fortschritt erst noch bringen — ohne Minderung der Produktion. (Beifall) Es handelt sich also hier um eine Frage, die nur gelöst werden kann bei einem Fortschritt der Technik, der so groß ist, daß er gestattet, eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu ermöglichen ohne Minderung der Produktion. Es ist das im übrigen auch eine Frage, die nicht nur sehr reiflich studiert und geprüft werden muß und zu deren Lösung geraume Zeit nötig ist, sie kann auch nur gelöst werden in wirtschaftlich ruhigen Zeiten. Ich meine daher, man sollte nicht jetzt diese Frage anschnitten und dadurch Hoffnungen und Forderungen hervorrufen, die zur Zeit einfach nicht erfüllt werden können, ohne die Existenz des gesamten deutschen Volkes, auch der Arbeitnehmerschaft selbst, zu gefährden. (Starker Beifall)

Nun möchte ich auch noch ein Wort sagen zu der verlangten Sozialisierung von Kohle und Eisen. Die Vergesellschaftung dieser Grundstoffindustrien ist seinerzeit verlangt und auch von einem großen Teil unserer Freunde gewünscht worden, weil man diese Grundstoffindustrien wegen ihrer entscheidenden Bedeutung für die Kriegsproduktion unter Kontrolle bringen wollte. Diese Grundstoffindustrien stehen aber nunmehr infolge des besonderen Mitbestimmungsrechtes, das wir für sie geschaffen haben, unter einer Kontrolle, so daß der von mir eben skizzierte Grund häufig geworden ist. Diese Industrien haben gerade den Entflechtungsprozeß hinter sich, der technisch und wirtschaftlich noch keineswegs von ihnen überwunden ist. Weiter ist die Montan-Union ins Leben getreten. Sie wird auch im Laufe schon von kurzer Zeit eine stärkere Einwirkung auf unsere Unternehmungen in Kohle und Eisen ausüben. Ich meine, es ist nicht richtig und nicht klug, jetzt ohne Not durch die Forderungen nach Sozialisierung wiederum Unruhe in diese ganze Sphäre hineinzubringen. (Zurufe: Sehr richtig!) Man sollte doch endlich einmal diese Unternehmungen in Ruhe arbeiten und produzieren lassen. Wenn ich sage: Unternehmungen, dann meine ich damit sowohl die Leiter der Unternehmungen wie die von uns gesuchten Kapitalgeber wie auch die Arbeitnehmerschaft. Prinzipiell stehen wir in unserer Partei auf dem Standpunkt, die Macht des Staates nicht noch weiter zu vermehren. (Starker Beifall)

Wir wollen, meine Freunde, Privateigentum schaffen für möglichst viele, aber nicht Monopoleigentum für den Staat. (Erneut starker Beifall)

Es läge nahe, da unser Parteitag so kurz hinter dem sozialdemokratischen Parteitag in Dortmund stattfindet, zu den Ausführungen, die dort gemacht worden sind, ausführlicher Stellung zu nehmen. Ich möchte das nicht tun; denn unser Parteitag hat ja nicht den Zweck, zu antworten, sondern unser Parteitag hat den Zweck, unsere Politik zu recht-

fertigen und Lösungen für die Zukunft zu geben. (Beifall) Daher werde ich zu den Ausführungen nur insoweit Stellung nehmen oder sie streifen, als sie dort zu wesentlichen Fragen der Außenpolitik gemacht worden sind.

In einer Zeit wie der unsrigen, meine Freunde, und in einer Lage wie derjenigen Deutschlands, sind

die außenpolitischen Vorgänge

entscheidend für unseren Wiederaufbau, aber nicht nur für den Wiederaufbau, sondern auch für die Existenz des deutschen Volkes. Als besonders wichtige Vorgänge auf außenpolitischem Gebiet darf ich zunächst erwähnen das Inslebentreten der Montan-Union, das Verschwinden der Ruhrbehörde, den stillschweigenden tatsächlichen Abbau des Besatzungsstatuts, das Londoner Abkommen und das Abkommen mit Israel. Das wichtigste, das entscheidende ist aber das große Vertragswerk, das gekennzeichnet ist durch die Namen: Deutschland-Vertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Ehe ich zu diesem Vertragswerk spreche, darf ich noch einiges sagen zu diesen anderen Vorgängen außenpolitischer Natur, die ich eben erwähnt habe, weil auch sie von außerordentlich großer Bedeutung sind.

Mit dem Inkrafttreten der Montan-Union ist das erste supranationale europäische Organ ins Leben getreten. Das ist ein Vorgang von außerordentlich großer Bedeutung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht. Noch vor wenigen Jahren hätte kein Mensch daran gedacht, daß in so verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch eine supranationale Behörde in Europa geschaffen werden könnte, der das besiegte Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied angehören würde. (Beifall)

Ich sagte eben, die Ruhrbehörde hat ihre Tätigkeit eingestellt. Ich erwähne auch dieses Ereignis in dem Zusammenhang, meine Freunde, um Sie daran zu erinnern, mit welchem Aufwand von Lungenkraft seinerzeit der Eintritt Deutschlands in die Ruhrbehörde innenpolitisch bekämpft worden ist, (Zurufe: Sehr richtig!) welche düsteren Prophezeiungen damals angesprochen wurden. Und wie ist alles gekommen? Haben sich diese Prophezeiungen auch nur irgendwie erfüllt? Schon jetzt nach wenigen Jahren ist die Entwicklung so weit fortgeschritten, daß die Ruhrbehörde sang- und klanglos ihre Tätigkeit eingestellt hat.

Wären wir damals den Rufen der Opposition gefolgt, wären wir nicht in die Ruhrbehörde eingetreten und hätten wir damit nicht zu erkennen gegeben, daß wir durch Mitarbeit Deutschland wieder die Gleichberechtigung verschaffen wollen, so wäre die Entwicklung zur Montan-Union niemals gekommen. (Beifall)

Der Mensch vergißt manchmal sehr schnell. Es ist gut, aber auch manchmal nicht gut. Und die innere Konstruktion des Menschen bringt es mit sich, daß er nur zu oft eine Besserung seiner Lage als eine Selbstverständlichkeit hinnimmt. So denkt kaum jemand in Deutschland noch daran, daß der Petersberg in aller Stille geräumt worden ist, (Beifall) daß der Abbau des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik infolge des Abschlusses des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft jetzt schon de facto in weitestem Umfang erfolgt ist.

Ich erwähnte eben das Londoner Schuldenabkommen, das noch einiger Ergänzungsabkommen bedarf, die aber das Zustandekommen des Ganzen in keiner Weise verhindern werden. Dieses Londoner Schulden-

abkommen ist für die Wiederherstellung unseres Kredites im Ausland und damit für die Festigung und Weiterentwicklung unserer Wirtschaft von absolut grundlegender Bedeutung. Nur derjenige, der sich müht, soweit er dazu instande ist, seine Schulden zu bezahlen, wird auch wieder kreditfähig. (Lebhafter Beifall)

Ich möchte hier auf das Abkommen mit Israel nachdrücklich hinweisen. Es ist richtig, wir hatten gegenüber dem Staat Israel keine finanziellen Verpflichtungen, aber es bestand doch eine ungeheure Schuld gegenüber dem gesamten Judentum in der Welt. (Beifall) Der Bundestag hat wiederholt die moralische Verpflichtung des deutschen Volkes anerkannt, nach Möglichkeit diese Schuld zu tilgen. Wir haben beim Abschluß des Luxemburger Abkommens mit Israel am 10. September dieses Jahres das getan, was das moralisch Gebotene war. (Beifall)

Ich bin der Auffassung, daß das moralisch Gebotene mindestens so verpflichtend ist wie das juristisch Gebotene. (Beifall)

Ich bin überzeugt, daß dieses Abkommen mit Israel mehr als manches andere dazu angetan ist, die Flecken von Deutschland abzuwaschen, die durch den Nationalsozialismus gemacht worden sind, und das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen. (Beifall)

Die Verträge

Lassen Sie mich nun zu den wesentlichsten und entscheidendsten Vorgängen auf außenpolitischem Gebiet kommen, zu Vorgängen, die auf unser inneres Gebiet übergreifen und für das Schicksal des deutschen Volkes, ja für das Schicksal Europas und nach meiner Meinung auch für den Frieden in der Welt von entscheidender Bedeutung sind. An dem großen Vertragswerk, das — wie ich eben schon sagte — gekennzeichnet wird durch die Worte Deutschland-Vertrag, Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Bündnisvertrag der EVG-Staaten mit Großbritannien, sind beteiligt die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik.

Der heutige Stand der Dinge ist folgender: Die Vereinigten Staaten haben den Deutschland-Vertrag bereits am 1. Juli genehmigt; Großbritannien hat den Deutschland-Vertrag und den Bündnis-Vertrag mit den EVG-Mächten — also auch mit uns — am 1. August genehmigt. Wir haben die Verträge zunächst beim Bundesrat eingebracht. Dann sind sie von diesem am 21. 6. dem Bundestag zugeleitet worden. Der Bundestag hat die Gesetze am 9. und 10. Juli in erster Lesung behandelt. Seit dieser Zeit werden diese Gesetze und wird diese Materie in sieben Bundestagsausschüssen beraten — oder nicht beraten. (Heiterkeit) In Frankreich soll das Gesetzeswerk in diesen Tagen den zuständigen Parlamentsausschüssen zugeleitet werden. Frankreich kennt keine erste, zweite und dritte Lesung im Plenum, sondern läßt der Verabschiedung durch das Parlament die Ausschlußberatungen vorangehen. Italien beabsichtigt, im Laufe des Novembers die Gesetzesvorlagen zu erledigen. Die Beneluxstaaten werden sich anschließen.

Bei der Beratung des Vertragswerkes mit den Vertretern der drei Westalliierten, mit den Hohen Kommissaren — die aber nicht als Hohe Kommission auftraten, sondern jeder für sich, für sein Land, und die oft entgegengesetzter Ansicht waren — ging man davon aus, daß bis zum 1. August alle Länder genehmigt haben würden. Lediglich Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben das fertiggebracht. Nach Lage der Dinge

ist es wohl klar, daß vor allem Deutschland mit der Genehmigung dieser Verträge allen anderen Ländern vorangehen müßte. (Beifall) Denn wenn auch alle Länder am Zustandekommen interessiert sind, das Schicksal keines Landes ist so auf Gedeih und Verderb mit dem Zustandekommen dieser Verträge verbunden wie das Schicksal Deutschlands. (Beifall)

Ich hoffe sehr, es wird gelingen, daß der Bundestag in den nächsten Wochen in zweiter und dritter Lesung die Gesetze verabschiedet. Ich kann nur darauf verweisen, was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in ihrem Bericht an ihrem Parteitag in Dortmund gesagt und was auch der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Professor Schmid, in diesem Ausschuß erklärt hat: „Abänderungsanträge zu diesen Verträgen können nicht mehr gestellt werden. Es handelt sich lediglich um die eine Frage, ob man dem Vertragswerk, das ein Ganzes bildet, zustimmt oder nicht.“ Ich bin der Auffassung, daß jeder einzelne Bundestagsabgeordnete sich in der Zwischenzeit doch wohl darüber klar geworden ist, ob er zustimmen will oder nicht. Ich halte es für eine Pflicht Deutschlands, über seine Stellungnahme der Welt durch den Beschluß des Bundestages baldmöglichst Klarheit zu geben. (Beifall) Der Schwebezustand, der jetzt hinsichtlich des Zustandekommens dieses Vertragswerkes besteht, ist ein Moment der politischen Unruhe für die ganze Welt. (Zurufe: Sehr gut!) Dieser Schwebezustand ermutigt Sowjetrußland, weiter alles zu tun, was es kann, um das Zustandekommen zu verhindern und damit die Integration Europas unmöglich zu machen und um Spannungen unter den drei Westalliierten hervorzurufen. (Zurufe: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich mit allem Nachdruck noch auf folgenden entscheidenden Gesichtspunkt hinweisen: Der strategische Verteidigungsplan gegenüber einem etwaigen sowjetrussischen Angriff hängt entscheidend davon ab, ob deutsche Divisionen dabei sind oder ob sie nicht dabei sind. Das liegt in der Natur der Sache. Und diese Planung der Verteidigungsstrategie ist zur Zeit im Gange. Wenn der Bundestag in den nächsten Wochen in zweiter und dritter Lesung dem Vertragswerk zustimmt, dann wird man bei dieser Planung mit unseren Divisionen rechnen. Die Planung wird dann so ausfallen, wie der Schutz unseres Landes es erheischt. (Beifall)

Wenn aber die Sache noch weiter hinausgezögert wird, dann besteht die sehr ernste Gefahr — da die Planung über die Dislozierung der Truppen baldigst gemacht werden muß —, daß die zuständigen Stellen sich bei der Planung nur nach dem richten, was sie als sicher betrachten können, d. h. nach den vorhandenen amerikanischen, britischen, französischen, holländischen und belgischen Streitkräften und nicht nach den deutschen Streitkräften. Ich betöne nochmals, diese Frage kann entscheidend werden für Deutschlands Zukunft. Nach meiner Meinung ist jeder Bundestagsabgeordnete — mag er nun pro oder kontra sein — in seinem Gewissen verpflichtet, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen. (Beifall)

Dieses Vertragswerk steht nicht nur in engstem Zusammenhang mit der Schaffung Europas — es ist die Schaffung Europas! Man kann es in seiner Bedeutung und in seiner Größe nur dann würdigen, wenn man die Lage Deutschlands und die Lage Europas sich immer wieder vor Augen hält.

Ich werde versuchen, sie Ihnen in kurzen Zügen zu schildern. Die Spannungen zwischen Sowjetrußland und den drei Westalliierten haben sich — Sie wissen es — schon in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Zusammen-

bruch Deutschlands gezeigt, und zwar sind sie offenbar geworden schon damals in der Frage der Behandlung Deutschlands durch die Alliierten, in der Frage der Zukunft Deutschlands. Die drei Westalliierten haben den von ihnen besetzten Teil Deutschlands wirtschaftlich gefördert, was wir — namentlich gegenüber den Vereinigten Staaten und Großbritannien — dankbar anerkennen müssen. (Beifall) Sie haben in ihren Zonen, dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik, eine politische und demokratische Entwicklung begonnen und begünstigt.

Was hat die Sowjetunion getan? Sie hat einen Teil ihrer Besatzungszone unrechtmäßigerweise Polen überantwortet, den anderen Teil nach und nach in eine Volksdemokratie umgewandelt, wenn auch die letzte Krönung, d. h. die Verleihung dieses ehrenvollen Namens, noch aussteht.

Das Ziel der sowjetischen Politik ist ganz klar: Sowjetrußland wollte und will ganz Deutschland in irgendeiner Form in die Hand bekommen.

Es hat vielleicht zeitweise die Gefahr bestanden, daß ein Ausgleich der zwischen den vier Mächten entstandenen Spannungen auf Kosten und auf dem Rücken Deutschlands herbeigeführt werden würde. Ich gestehe offen, ich habe als Bundeskanzler zeitweise die sehr ernste Sorge gehabt, daß eine solche Lösung der Spannungen eines Tages eintreten könnte. Für meine Politik war gerade die Beseitigung dieser Gefahr der Überantwortung ganz Deutschlands an Sowjetrußland eines der stärksten Motive. (Beifall) Aber ich bin nunmehr, und zwar seit geraumer Zeit, der Überzeugung, daß die von mir eben skizzierte Gefahr, wenn sie einmal bestanden haben sollte, nicht mehr besteht. Es mag möglich sein, daß in Frankreich, vielleicht auch in England, vielleicht auch in Deutschland, gewisse politische Kreise dem Gedanken zugeneigt haben — vielleicht auch jetzt noch zuneigen —, eine Verständigung mit Sowjetrußland um jeden Preis herbeizuführen. Diese Kreise in Frankreich und in Großbritannien könnten sich vielleicht mit einem gewissen Recht auf das Verhalten mancher deutschen politischen Kreise gegenüber dem Vertragswerk berufen, (Sehr gut! und Beifall) aber — und das ist meine feste Überzeugung — diese politischen Kreise in Großbritannien und Frankreich bestimmen nicht den Gang der Politik in diesen beiden Ländern.

Ich bin überzeugt davon, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten und die Regierungen der anderen beteiligten Länder absolut im Geiste der abgeschlossenen, wenn auch noch nicht ratifizierten Verträge handeln und diesem Geiste treu sind. Ich habe das aus dem eigenen Munde von Churchill und aus dem Munde der führenden Männer in der französischen Regierung. (Starker Beifall)

Im übrigen lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Wenn in Dortmund führende sozialdemokratische Politiker glaubten, der französischen Politik nicht trauen zu dürfen, und darauf hinwiesen, daß evtl. eine Verständigung zwischen Frankreich und Sowjetrußland auf unsere Kosten kommen würde, — nun, dann würde ich als ein solcher Politiker die sehr einfache und logische Konsequenz daraus gezogen haben und sagen: Bundesregierung und Bundestag, macht um Gottes Willen voran, daß die Gefahr vorübergeht! (Anhaltender sehr starker Beifall)

Ich beabsichtige nicht jetzt, den Inhalt der Vertragswerke im einzelnen wiederzugeben. Es ist schon soviel darüber geschrieben und gesprochen worden, und wer den Beratungen des Bundestages in der ersten Lesung gefolgt ist, kennt in großen Zügen den Inhalt der Verträge, aber es liegt

mir doch daran, Ihnen gerade hier in Berlin in der unmittelbaren Nähe des Eisernen Vorhanges die Situation Deutschlands noch einmal und die großen Gesichtspunkte klarzulegen, unter denen das Ganze betrachtet werden muß. Das gilt auch namentlich für die Mitglieder der Opposition, die am Rundfunk jetzt hören oder die später davon lesen, was ausgeführt worden ist.

Deutschlands geographische Lage ist denkbar ungünstig. Es liegt mitten in Europa mit ungeschützten Grenzen. Es hat keine Möglichkeit, sich gegen irgendeinen Angriff zu verteidigen, da es vollständig entwaffnet ist. Es hat weder die industriellen Anlagen noch die notwendige wirtschaftliche Kraft, um — selbst wenn es ihm von den Siegermächten gestattet würde — eine nationale Wehrmacht zu errichten, die ihm eine Verteidigung gegen einen Angreifer ermöglichen würde. Im Osten der Bundesrepublik liegt Sowjetrußland mit seinen Satellitenstaaten. Im Westen, auf deutschem Boden und westlich der Bundesrepublik stehen die Westmächte. Zwischen beiden Mächtegruppen bestehen größte Spannungen. In dieser Lage in der Welt ist die Existenz Deutschlands zur Zeit völlig ungesichert. Schon als Deutschland eine der ersten Großmächte der Welt war, zu Zeiten Bismarcks, hat dieser sich bemüht, Freunde für Deutschland zu finden, da nach seiner Meinung schon damals Deutschland eben wegen seiner geographischen Lage dauernde Sicherheit nur im Zusammengehen mit anderen Mächten finden konnte. Heute ist die Lage für Deutschland unendlich viel schlechter, als sie damals war, weil es ja doch völlig hilflos mitten in einem Spannungsfeld liegt. Deutschland ist um seiner Existenz willen absolut darauf angewiesen, aus seiner Isolierung und Wehrlosigkeit herauszukommen.

• Daß Deutschland nach unserer Lebensauffassung keinen Anschluß an den Osten suchen kann und darf, ist völlig klar. (Beifall) Wir Deutsche gehören aus weltanschaulichen und kulturellen Gründen und aus unserer ganzen Lebensauffassung heraus zum Westen, und nur durch den Anschluß an den Westen kann unsere Isolierung und Wehrlosigkeit ein Ende finden.

Nun wird von der sozialdemokratischen Opposition behauptet, das Zustandekommen des Vertragswerkes verhindere die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Opposition hat niemals und nirgendwo auch nur den Versuch gemacht, diese Behauptung zu beweisen. (Zurufe: Sehr richtig!) Sie wiederholt damit eine Behauptung, die von seiten der Machthaber der Sowjetzone in Schriften — die sie in Hunderttausenden von Exemplaren bei uns verbreiten — ebenfalls aufgestellt wird.

Ich möchte wirklich einmal gern wissen, wie sich die sozialdemokratische Opposition die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit denkt, wenn Deutschland so wie bisher hilflos und wehrlos zwischen den Mächtegruppen liegen bleibt. (Starker Beifall)

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit hängt ab — das ist richtig, und wir denken immer daran — von den vier Mächten: Sowjetrußland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Denken Sie einen Augenblick daran zurück, daß diese vier Mächte sich zuerst in Potsdam darüber einig waren, daß Deutschland seine Freiheit nicht wieder erhalten sollte, daß ihm ein Diktatfrieden auferlegt und daß es unter dauernder Kontrolle gehalten werden sollte. Durch den Deutschland-Vertrag haben sich von den vier Mächten drei verpflichtet, mit uns zusammen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und in Freiheit einzutreten. (Beifall)

Ich frage, ist das nicht ein Erfolg? Und ist das nicht etwas Bedeutendes, daß es uns gelungen ist, die drei Westmächte so auf unsere Seite, d. h. auf die Seite der Wiedervereinigung Deutschlands zu bekommen? (Beifall) Die vierte Macht, die Sowjetunion, muß noch gewonnen werden. (Ironische Heiterkeit und Lachen)

Ja, meine Freunde, lachen Sie nicht. Die Bäume wachsen für kein Land in den Himmel, auch nicht für die Sowjetunion. (Starker Beifall)

Sowjetunion und Westmächte

Es ist — und ich glaube, das darf man doch ruhig aussprechen — ganz klar, daß die Sowjetunion zur Zeit nicht für diese Wiedervereinigung in Freiheit ist. (Zurufe: Sehr richtig!) Es ging das für jeden unbefangenen Beurteiler schon unzweideutig aus den sowjetrussischen Noten hervor, die ja nur den Zweck hatten, das Zustandekommen des Vertragswerkes und damit die Integration Europas zu verhindern. Die Vorgänge der letzten Wochen, insbesondere die demonstrative Hervorhebung der Sowjetzone gegenüber den anderen Satellitenstaaten — wie sie sich u. a. in dem Besuch Schwerniks in Berlin zeigt — sind eine eklatante Rechtfertigung der Ansicht, daß Sowjetrußland zur Zeit nicht gesonnen ist, eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zuzulassen. (Zurufe: Sehr wahr!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Ausführungen machen über die letzte sowjetrussische Note und die Antwortnote der drei Westmächte. Bei diesen Noten hat es sich nicht um eine Frage der Etikette oder um eine Prestigefrage gehandelt, wie manche glauben oder zu glauben vorgehen. Es handelte sich nicht — in keiner Weise — um einen Streit über die formale Frage der Rangierung der Punkte der Tagesordnung. Bei der Tagesordnung eines Parlaments ist es vielfach gleichgültig, in welcher Reihenfolge die einzelnen Gegenstände auf die Tagesordnung kommen. Bei dem Vorschlag Sowjetrußlands in seiner letzten Note war es anders. Hier handelte es sich um einen Vorschlag zur Tagesordnung, der in seiner Konsequenz von entscheidender Bedeutung war. Sowjetrußland wollte zuerst entsprechend dem Potsdamer Abkommen eine Einigung der vier Mächte auf einen Friedensvertrag mit Deutschland ohne Zuziehung Deutschlands. Dann sollte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, gebildet von der Bundesrepublik und der Sowjetzone, ohne vorherige freie Wahlen kommen. Hierauf sollte der von den vier Mächten bereits beschlossene Friedensvertrag durch eine solchergestalt gebildete Regierung angenommen werden. Dann sollten freie Wahlen — oder was man darunter versteht — kommen; d. h. mit anderen Worten: Sowjetrußland wollte einen Diktatfrieden, und zwar gestützt auf die Grundsätze des Potsdamer Abkommens.

Die drei Westmächte aber wollten einen Verhandlungsfrieden, nicht gestützt auf die Grundsätze des Potsdamer Abkommens, über den mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt werden sollte. Daher ihr berechtigtes und im Interesse Deutschlands liegendes Verlangen, daß zunächst die Frage der freien Wahlen verhandelt und entschieden werden sollte. Auch in der letzten Antwort der drei Westmächte haben sich diese bereit erklärt, noch in diesem Monat Oktober zu einer Viererkonferenz über diesen Punkt zusammenzutreten.

Ich verstehe deshalb nicht recht, warum immer wieder von verschiedenen Seiten der Ruf erhoben wird, wir, die Bundesregierung — ich spreche in

verschiedenen Eigenschaften, meine Damen und Herren, zu Ihnen, also jetzt als Bundeskanzler — (Heiterkeit) sollten die Westalliierten drängen, eine Viererkonferenz abzuhalten. Die Viererkonferenz ist ja doch Sowjetrußland von den Westmächten mit unserer Zustimmung angeboten, und zwar noch für den Oktober. Ein Zusammentreten aber zu einer Viererkonferenz ohne Tagesordnung und ohne vorherige Klärung der in der Tagesordnung verborgen steckenden grundsätzlichen Fragen ist nach meiner Meinung sinnlos und zwecklos. Sie würde lediglich für Sowjetrußland ein billiges, aber gutes Propagandamittel sein, um Unruhe und Verwirrung bei uns und in der Welt zu schaffen. (Beifall)

Und nun — damit beantworte ich die ganz kleine Heiterkeit, die eben ausbrach — möchte ich zu der Frage kommen: wann halten Sie denn den Tag für gekommen, an dem die Sowjetunion zu echten, vernünftigen Verhandlungen bereit sein wird. Ich war immer der Überzeugung, daß die Sowjetunion dann zu solchen echten und vernünftigen Verhandlungen bereit sein wird, wenn sie einsieht, daß sie im Wege des Kalten Krieges in Europa keine weiteren Erfolge mehr davontragen wird. (Beifall) Solange sie nicht davon überzeugt ist, wird sie zu solchen Verhandlungen nicht bereit sein. Ich war und bin noch immer der Auffassung, daß die Sowjetunion zum Heißen Krieg nicht schreiten wird wegen der damit schon jetzt für sie verbundenen großen Gefahren. Ich glaube, daß die Ausführungen Stalins im „Bolschewik“ und die Verhandlungen auf dem sowjetrussischen Parteitag die Richtigkeit dieser Anschauung bestätigen.

Es wird jetzt von sowjetrussischer Seite erklärt, die kapitalistischen Staaten würden untereinander zum Krieg kommen. Damit sucht man die zweifellos auch in der Bevölkerung Sowjetrußlands vorhandenen Unruhen und Zweifel zu beschwichtigen. (Zurufe: Sehr wahr!) Von dieser These ausgehend versucht Sowjetrußland jetzt, auf jede mögliche Weise den vorhandenen Zusammenhalt der Westmächte zu lockern und das Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und deren Verbindung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu verhindern. Wir in der Bundesrepublik — ich sagte das eben schon — werden in einer geradezu unerhörten Weise mit sowjetrussischen Propagandaschriften überschwemmt. Ich als Parteivorsitzender der CDU beneide manchmal die Leute, die das machen, um die ungeheuren Geldmittel, die ihnen offenbar zur Verfügung stehen.

Nun geht Sowjetrußland in dieser Taktik ganz systematisch vor. Es verlangt die Abberufung des amerikanischen Botschafters aus Moskau. Dagegen schickt man nach London Gromyko, und ich glaube, man hat auf dem ganzen russischen Parteikongreß kein tadelndes Wort gegenüber Großbritannien und auch gegenüber Frankreich gefunden. Man behandelt den französischen Botschafter in Moskau mit der ausgesuchtesten Höflichkeit. Das Ziel Moskaus ist völlig klar: Die Vereinigten Staaten sollen von England und Frankreich getrennt, die europäische Integration soll gehindert werden. Churchill hat in seiner treffenden Art dieses Spiel Moskaus gekennzeichnet, als er erklärte: England wird nicht in diese Falle gehen. Ich weiß, daß die französische Regierung ebenso denkt; ich betöne: ich weiß das! (Beifall)

Es liegt jetzt an Deutschland

Jetzt liegt es vornehmlich an Deutschland, die europäische Integration weiterzutreiben; dann wird auch diese neueste sowjetrussische Hoffnung auf einen Zerfall der westlichen Front, der weitere Er-

folge im Kalten Krieg ermöglichen würde, sich als eine falsche und trügerische Hoffnung erweisen. Und dann ist der Tag für aussichtsreiche Verhandlungen mit Sowjetrußland in Sicht; denn — ich sagte es eben schon — auch in Sowjetrußland wachsen die Bäume nicht in den Himmel.

Sowjetrußland hat drückende innere Sorgen! Ich denke dabei an die Sorgen, die Sowjetrußland wegen des niedrigen Lebensstandards seiner Bevölkerung hat. Sowjetrußland hat, da weite Gebiete dieses ungeheuren Landes Steppe und Urwald sind, nicht genügend Ackerland, um seine Bewohner zu ernähren. Es muß in großem Umfange neues Ackerland schaffen. Sie haben neulich von dem Wolga-Don-Kanal gelesen. Dieser Wolga-Don-Kanal soll das Rückgrat einer weitverzweigten Bewässerungsanlage werden, die im Laufe der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre ein Gebiet von mindestens drei Millionen Hektar am Unterlauf des Dons und der Wolga in fruchtbares Getreideland umwandeln soll.

Es schweben noch größere derartige Projekte in Sowjetrußland, weil eben dort eine schleichende Hungersnot besteht, Projekte, die sich überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in dem erforderlichen Tempo durchführen lassen, wenn Sowjetrußland wie bisher seine Produktionskapazität für Aufrüstungszwecke verwendet. Es ist bekannt, daß die Wirtschaft der Sowjetunion seit Jahren eine völlige Kriegswirtschaft ist, daß daher die Konsumproduktion immer weiter zurückgeht und daß infolgedessen der Lebensstandard der breiten Massen in Sowjetrußland ständig sinkt. Auch für einen diktatorisch regierten Staat ist das kein erfreulicher, ja auf die Dauer ist es auch für ihn ein gefährlicher Zustand. Wenn die Sowjetunion einsieht, daß sie im Wege des Kalten Krieges — und zum Kalten Krieg gehört auch die Aufrechterhaltung einer großen und starken Wehrmacht, auch wenn man sie nicht einsetzt — nichts mehr erreicht, dann wird ihr auch die Einsicht dafür kommen, daß diese stärkste Bevorzugung der kriegswirtschaftlichen Produktion vor der Produktion der Konsumgüter nicht mehr lohnend erscheint, und dann wird sie aus eigenem Interesse zu einer Umstellung ihrer Politik bereit sein.

Wir — das ist die westliche Welt einschließlich der Bundesrepublik — müssen unsere Politik darauf richten, dieses Ziel zu erreichen: Sowjetrußland zu dieser Einsicht zu bringen. Dann kommen vernünftige und aussichtsvolle Verhandlungen, und dann wird auch die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und in Freiheit kommen. (Beifall)

Kein anderer Weg möglich

Ich sehe trotz aller Mühe, die ich mir damit gebe, keinen anderen Weg als den von mir gekennzeichneten. Die Herren Ollenhauer und Ihr Regierender Bürgermeister Reuter — ich führe diesen Titel an, damit er nicht verwechselt wird mit einem anwesenden anderen Herrn Reuter — haben auf dem SPD-Parteitag in Dortmund meine Außenpolitik sehr scharf kritisiert. Herr Reuter hat erklärt, meine Ansichten seien unrichtig und illusionistisch, (Hört-Hört-Rufe) aber er hat sich dabei einer — na, vorsichtig ausgedrückt — sehr starken Entstellung meiner These schuldig gemacht. Er hat behauptet, meine These sei, daß die Sowjetunion nach der Aufrüstung des Westens unter dem Eindruck seiner Stärke die Ostzone preisgeben werde. Ich erkläre Ihnen sehr nachdrücklich, daß ich das niemals gesagt, auch überhaupt nicht einmal gedacht habe. Ich wiederhole, was ich vorhin und schon immer gesagt habe: die Sowjetunion wird dann zu vernünftigen

Verhandlungen bereit sein, wenn sie einsieht, daß weder im Heißen noch im Kalten Krieg Erfolge für sie weiter zu erreichen sind. (Beifall) Es sind aber dann keine Erfolge mehr für die Sowjetunion zu erreichen, wenn der Westen stark und geschlossen ist. Ein totalitärer Staat — wir wissen es doch aus unserer Geschichte — hält es nicht für der Mühe wert, mit irgendeinem kümmerlichen Land überhaupt zu sprechen, aber er spricht auch vernünftig mit einem starken Land. Deswegen muß der Westen stark sein, nicht um mit seiner Stärke der Sowjetunion zu imponieren oder einen Zwang auszuüben, sondern um die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Ich möchte noch eins sagen. Herr Ollenhauer hat auf dem SPD-Parteitag in Dortmund erklärt: Wenn wir an die Macht kommen — das wollen wir übrigens verhüten, meine Damen und Herren —, (Stürmischer Beifall und Zustimmung) werden wir eine andere Methode anwenden und einen anderen Weg einschlagen. (Zurufe: Welche?)

Nun, ich habe dasselbe gefragt, was Sie auch fragen; welche? Und dann habe ich sehr sorgfältig weitergelesen, ungewöhnlich sorgfältig, weil ich dachte, jetzt würde doch einmal der Schleier des Geheimnisses (Heiterkeit) gelüftet. Ich war bereit — das muß man immer sein —, auch vom politischen Gegner zu lernen; denn jeder von uns hat das Recht, klüger zu werden! Das gilt auch für Parteien; auch für die Sozialdemokratische Partei! (Beifall) Aber der Schleier ist nicht gelüftet worden, der über diesem Geheimnis schwebt. Nun meine ich, wir sind doch wirklich in Deutschland in einer scheußlichen Situation. Da wäre es doch eigentlich nicht mehr wie recht und billig, wenn nun mir mal gesagt würde, welchen Weg und welche Methode man da anwenden will. (Beifall)

Opposition bestärkt Sowjetunion

Aber, meine Freunde — und jetzt spreche ich sehr ernst —, ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrer absoluten Negation dazu beiträgt, der Sowjetunion eine Einstellung zur politischen Lage zu vermitteln, die diese zu vernünftigen Verhandlungen bereit macht. (Starker Beifall) Die Haltung der Opposition bestärkt im Gegenteil die Sowjetunion in ihrer Meinung, daß der Zusammenschluß des Westens nicht absolut fest und sicher sei, bestärkt sie in ihrer Hoffnung, daß mit der Zeit die westliche Front doch bröckelig werden könnte und daß daher sich doch auf die Dauer die Fortsetzung des Kalten Krieges für die Sowjetunion lohnen werde, und ungewollt — ich unterstreiche das „ungewollt“ — schiebt deswegen die Opposition mit dieser negativen Kritik den Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit hinaus! (Starker Beifall)

Wir bemühen uns mit aller Kraft, diesen Zeitpunkt so schnell wie möglich näher zu bringen und den Weg dahin schnellstens zu gehen, und dann wirft man uns vor — insbesondere mir —, daß ich der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht die Aufmerksamkeit schenke, (Pfui-Rufel!) die ihr geschenkt werden müsse. (Zurufe: Unerhört!) Umgekehrt ist die Sache richtig! (Lebhafter Beifall und Zustimmung) Wenn man das Interesse der Partei über das Interesse des ganzen deutschen Volkes stellt, wenn man aus Propagandabedürfnis, aus Agitationsbedürfnis nicht mitarbeitet und nicht mithilft, dann schiebt man den Tag der Wiedervereinigung ins Ungemessene hinaus. (Beifall)

Es hat eine Zeit gegeben, in der diese Haltung einer so großen Partei wie der Sozialdemokratischen Partei zu dieser entscheidenden außenpoli-

tischen Frage im Ausland eine gewisse Besorgnis hervorgerufen hat. Es würde völlig unrichtig sein, anzunehmen, daß diese ständige Opposition etwa mir bei den Verhandlungen mit den Westalliierten geholfen habe; genau das Gegenteil ist der Fall. Und es sind manche Bestimmungen in diesen Vertrag hineingekommen aus Besorgnis wegen der Haltung der Sozialdemokratischen Partei. (Hört, hört! und Pfui-Rufe)

Ich möchte auch noch Stellung nehmen zu den Erklärungen, die auf dem Parteitag der SPD in Dortmund zu der europäischen Integration gemacht worden sind. Ich halte mich auch dazu für verpflichtet wegen der Wirkung solcher Ausführungen im Ausland. Es ist erklärt worden, daß die SPD Klein-Europa ablehne; man hätte die Zusammenarbeit aller demokratischen Regierungen Europas einschließlich Englands, Schwedens, Dänemarks und Norwegens herbeiführen müssen. Auch hier habe ich den bescheidenen, aber verständlichen Wunsch, daß die Opposition einmal sagt, wie man denn diese genannten Länder zu einer europäischen Föderation schon jetzt hätte bringen können.

Großbritannien hat — und das haben mir Mitglieder der Labour-Regierung und Mitglieder der konservativen Regierung gesagt — erklärt, daß es im Hinblick auf sein Commonwealth an einer europäischen Integration, obgleich es ihr sehr wohlwollend gegenüberstehe, nicht teilnehmen könne. Und ich sage Ihnen, ich habe diesen Standpunkt Großbritanniens verstanden, wenn ich auch denke, daß im Laufe der Zeit auch da noch manches sich ändern wird. Aber nun möchte ich doch einmal hören, wie die sozialdemokratische Opposition es fertigbringen will, die Labour-Partei und die Konservative Partei von diesem Standpunkt abzubringen. Was die nordischen Länder angeht, so ist es doch wohl klar, warum diese zur Zeit glauben, nicht in der Lage sein zu können, an der europäischen Integration teilzunehmen. Ich glaube, darüber brauche ich gar kein Wort zu verlieren.

Aber alles in allem genommen, ich für meine Person finde es richtiger, zunächst einmal mit sechs europäischen Staaten anzufangen, als überhaupt nichts zu tun, (Stürmischer Beifall) theoretische Reden zu halten und dabei Europa einfach verkommen zu lassen. Hier und da, meine Freunde, hat man doch die Katze aus dem Sack gelassen, und ich glaube, wenn nicht zufällig in Italien Herr de Gasperi an der Spitze wäre und nicht zufällig Herr Schuman in Frankreich den Quai d'Orsay leitete und wenn nicht zufällig hier in der Bundesrepublik dieser dreimal verfluchte Bundeskanzler (Leichte Heiterkeit) wäre, dann würde die Sozialdemokratische Partei nicht mehr über Klein-Europa sprechen, sondern sie würde triumphal sagen: Seht, wir sind doch die internationalen Leutel — was sie jetzt in keiner Weise sind. (Beifall)

Diese 6 Staaten umfassen 160 Millionen Menschen; sie haben eine außerordentlich große wirtschaftliche Kapazität. Und es ist doch wohl schon der Mühe wert, diese 160 Millionen Europäer zusammenzufassen, auch wenn man von Klein-Europa auf einem sozialdemokratischen Parteitag spricht!

Die zweite und dritte Lesung des Vertragswerkes im Bundestag stehen vor der Tür. Seit der ersten Lesung im Juli ist es — ich habe mir erlaubt, eben schon darauf hinzuweisen, und möchte es jetzt aus ganz bestimmten Gründen nochmals tun — klar geworden, daß Sowjetrußland eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zur Zeit nicht

will. Es ist ferner durch die Ausführungen Stalins und die Redner auf dem sowjetrussischen Parteikongreß klar geworden, daß neuerdings Sowjetrußland seine ganze Hoffnung auf eine Spaltung und auf ein Auseinanderfallen des Westens setzt. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn diese beiden neuen Momente seit der ersten Lesung der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Anlaß gäben, ihre bisherige Haltung gegenüber dem Vertragswerk einer Nachprüfung zu unterziehen. (Beifall) Es wird im Bundestag eine Entscheidung von denkbar größter Bedeutung für das deutsche Volk und für Europa fallen. Ich würde es aufs tiefste bedauern, wenn eine Partei wie die Sozialdemokratie, die infolge ihrer Größe — auch wenn sie in der Opposition ist — Mitverantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes trägt, (Beifall) bei der bisherigen verneinenden Haltung bliebe, obwohl ihr die Entwicklung der russischen Politik seit der ersten Lesung allen Anlaß geben muß, ihre bisherige Haltung einer Nachprüfung zu unterziehen.

Bei der Beurteilung des Vertragswerkes achtet man, soweit der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Frage kommt — und das ist bei weitem der wichtigste —, zu ausschließlich auf seine Bedeutung für die Abwehr der augenblicklich vom Osten her drohenden Gefahr. Man übersieht zu leicht, daß dieser Vertrag nicht nur dazu bestimmt ist, in der gegenwärtigen gefährvollen Lage einen Angriff Sowjetrußlands zu verhindern, daß er vielmehr auch den weiteren und noch größeren Zweck hat, auf die Dauer einen Krieg in Europa unmöglich zu machen, insbesondere einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich. (Beifall)

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie sie geschlossen ist, große Konsequenzen ziehen für die Wirtschaft und die Politik eines jeden der daran beteiligten Länder. Und schon in wenigen Jahren wird sie eine solche Übereinstimmung im Denken und in der Politik der beteiligten Länder hervorrufen, daß kriegerische Auseinandersetzungen zwischen ihnen dann überhaupt nicht mehr denkbar sind. Wenn nur dieses Ziel erreicht würde, d. h. die Verhinderung von Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich, so wäre das schon allein für sich betrachtet ein Erfolg, für den sich jeder Deutsche, der wahrhaft den Frieden und die Wohlfahrt seines Volkes will, mit ganzer Kraft einsetzen muß. (Beifall)

Demgegenüber — ich muß das aussprechen — ist das Gerede von Klein-Europa ein leeres und hohles Gerede und nichts weiter.

Wir sind mit unserer Politik auf dem einzig möglichen und erfolgversprechenden Wege: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeizuführen, Europa, seine Kultur und seine christlichen Grundlagen für die europäischen Völker und für die Welt, die dieses Europa braucht, zu erhalten. Wir werden diesen Weg klar und folgerichtig weitergehen. Wir werden Berlin von seiner Umklammerung befreien (Stürmischer Beifall); wir werden ihm und allen anderen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang Freiheit und Frieden bringen, auf daß in ganz Deutschland dann wieder herrsche: Einigkeit und Recht und Freiheit!

(Langanhaltender brausender, teilweise stürmischer Beifall, in Ovationen übergehend. — Die Versammlung singt spontan stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. — Anschließend erneute Ovationen und langanhaltender rauschender Beifall.)



*Dr. Adenauer dankt für die Ovationen am Schluß seiner großen Rede.
(Zu seiner Rechten: die Bundesminister Dr. Lehr und Prof. Erhardt, zu seiner Linken:
Dr. Tillmanns und Dr. von Brentano.)*

Präsident Dr. Tillmanns:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Die Versammlung hat Ihnen für Ihr großes Referat ihren Dank ausgesprochen. Ich mache mich noch einmal zum Dolmetsch dieses Dankes. Ihre klaren, ich möchte sagen, in ihrer Einfachheit so überzeugenden Ausführungen, so scheint mir, haben diesem Parteitag eine feste Grundlage für seine weitere Arbeit gegeben. (Starker Beifall)

Die Aussprache über das Referat wird eingeschlossen sein in der Aussprache der Nachmittagssitzung. Wegen der fortgeschrittenen Zeit mache ich den Vorschlag, daß wir nunmehr ohne Unterbrechung die Grü ß e entgegennehmen, die uns noch entboten werden sollen.

Ich bitte Herrn Werner Jöhren, als erster das Wort zu nehmen. Er wird uns eine Erklärung verlesen von Unionsfreunden und Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union, die heute in der Sowjetzone Deutschlands leben. (Beifall)

Grüßworte

Jöhren (Exil-CDU):

Vertreter aus allen Bezirken der sowjetischen Besatzungszone haben sich im Oktober in Berlin zusammengefunden, um dem Bundesparteitag der CDU folgende Gr u ß b o t s c h a f t zu übermitteln:

„Wir, die wir noch heute zu dem Gründungsaufwurf der CDU in seinem ursprünglichen Sinne stehen, erklären, daß die Parteileitung der sowjetisch besetzten Zone das Recht verwirkt hat, im Namen der Christlich-Demokratischen Union zu sprechen. (Beifall) Der in diesen Tagen in Ostberlin zusammengetretene Parteitag der Nuschke-CDU ist nichts anderes, als eine Funktionärkonferenz; ihre Beschlüsse sind daher für uns nicht bindend. (Zurufe: Sehr gut!)

Nachdem die Führungsstellung der SED auch in den neuen Satzungen der Nuschke-Partei verankert ist, lebt in der Sowjetzone die wahre Union nur noch in der Stille. (Zurufe: Sehr gut!)

Die weitaus größte Zahl aller Parteifreunde der SBZ steht hinter uns in der Ablehnung der Meißener Thesen des sogenannten ‚Christlichen Realismus‘. (Beifall) Wir erblicken in diesen nur den Versuch, das Christentum in den Dienst des bolschewistischen Materialismus zu stellen. (Zurufe: Sehr richtig!)

Wir freuen uns, in der Exil-CDU unter Jakob Kaiser unsere legale Vertretung auf diesem Bundesparteitag zu haben. Wir erklären hiermit, daß wir uns als einen Teil der gesamtdeutschen CDU betrachten und nur sie das Recht hat, in unserem Namen zu sprechen. (Beifall) Wir bekennen uns zu der von ihr vertretenen Politik und wissen, daß eine Wiedervereinigung in Freiheit nur möglich ist durch die vom Bundeskanzler erstrebte gemeinsame Anstrengung der freien Völker Europas.

Wir danken der Bundespartei für den Entschluß, als erste deutsche Partei der Bundesrepublik ihren Parteitag in Berlin abzuhalten. Dieser Kongreß erhält deshalb seine besondere Bedeutung, weil zu gleicher Zeit in derselben Stadt Nuschke seine Funktionärgruppe zum Satelliten der SED und der KPdSU und damit des Kremls macht.

Am Rundfunk werden wir euren Reden und Beschlüssen folgen in der Zuversicht, daß der oberste Leitsatz eurer Politik die Wiedervereinigung in Freiheit sein wird. (Beifall) Am Tage freier gesamtdeutscher Wahlen werden wir in aller Öffentlichkeit für unsere gemeinsamen Ziele eintreten. Bis dahin halten wir in der Zone des Schweigens und Terrors aus, und ihr sprecht für uns.“ (Starker Beifall)

Präsident Dr. Tillmanns:

Es spricht zu uns als Vertreter des bayerischen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. Ehard, unser Freund, der Bundestagsabgeordnete

Franz Josef Strauß:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, ich darf genau wie im letzten Jahr in Karlsruhe auch heuer für mich als Vertreter der CDU dieses Wort gebrauchen. Ich möchte als Vertreter der Christlich-Sozialen Union in Bayern unsere Grüße und Wünsche für den

Bundesparteitag der CDU in Berlin zum Ausdruck bringen. Ich möchte das ganz besonders tun im Namen und im Auftrage des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, des bayerischen Ministerpräsidenten, der die enge Verbundenheit unserer Partei in Bayern mit den Nöten und Sorgen Berlins, der deutschen Ostzone und Gesamtdeutschlands durch seine Rede in Berlin am Gedenktag des deutschen Volkes, am 7. September dieses Jahres, zum Ausdruck gebracht hat.

Das Thema des Parteitages der CDU „Friede und Freiheit für ganz Deutschland“ ist auch für uns von der CSU das oberste politische Anliegen, in dem wir mit Ihnen natürlich und zutiefst verbunden sind. (Starker Beifall) Ganz besonders will ich mit diesen Begrüßungsworten aber auch zum Ausdruck bringen, daß wir Parteifreunde von der Christlich-Sozialen Union in Bayern im Herzen, in der Gesinnung und in einer engen Gemeinschaft uns verbunden fühlen mit den Anhängern des echten christlich-demokratischen Gedankens aus der Ostzone, und daß wir vom Alpenrand bis hinauf zur Zonengrenze in Bayern das Anliegen „Friede und Freiheit für ganz Deutschland“ auch als ein echtes bayerisches Anliegen sehen. (Starker Beifall)

Seit über drei Jahren stehen wir von der Christlich-Sozialen Union in Bayern mit unseren Freunden von der Christlich-Demokratischen Union in einer gemeinsamen Verantwortung in der Fraktion der CDU/CSU, der stärksten des Bundestages. Wir haben in diesen Jahren gemeinsame Verantwortung getragen; wir haben gemeinsam die Sorgen getragen und im Kampfe zusammengestanden. Was wir gemeinsam geschaffen haben, kann nur parteipolitische Demagogie bestreiten oder herabsetzen; es spricht für sich selbst. (Beifall)

Manche, die das politische Gras wachsen hören — und deren gibt es viele unter uns Zeitgenossen — glauben immer wieder, sich bemühen zu müssen, trennende Momente zwischen der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union zu finden. Mag es so sein, daß die Bayern in der Politik einen besonders harten Schädel haben, — ich glaube, daß das aber auch andere für sich in Anspruch nehmen; (Heiterkeit) mag es sein, daß der Herr Bundeskanzler sich besonders bemühen muß, uns noch immer wieder eigens zu überzeugen — es gelingt ihm ja doch in sehr vielen Fällen! —

Als ich heute hier den Saal betreten habe, sah ich — ich weiß, es war nicht Absicht, aber wenn es auch nicht Absicht war, so kann man es doch auf das Plus-Konto buchen —, daß das Motto dieses Bundesparteitages „Friede und Freiheit für ganz Deutschland“ in den Landesfarben meiner bayerischen Heimat hier an der Wand vertreten war. (Beifall)

Der Herr Bundeskanzler hat, als er in München im April 1950 gesprochen hat, die Karikatur, als eine Entartung unseres Lebens bezeichnet, die leider die echte Kunst verdränge. Ich darf aber hier, um meine Ausführungen in gemütlicher und humorvoller Weise abzuschließen, an eine Karikatur eines der besten deutschen Karikaturisten erinnern, die im Juli in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist, wo „Generalissimus Adenauer“ den Vorbeimarsch der bayerischen Hilfstruppen in Lederhosen und Morgenstern (Heiterkeit) abgenommen hat, flankiert auf der einen Seite von seinem Generalstabschef Lehr und auf der anderen Seite von seinem politischen Ia, dem Staatssekretär Hallstein, und wo darunter und darüber stand: Lieb' Konrad, du magst ruhig sein, trotzdem, wir Bayern treten für dich ein! (Lebhafte Heiterkeit und starker Beifall)

Als Vertreter der Österreichischen Volkspartei spricht, von starkem Beifall begrüßt,

Landeshauptmann Dr. Gleissner (Österreich):

Ich empfinde in diesem Augenblick wirklich eine große Auszeichnung darin, daß ich hier am Parteitag die Grüße und Wünsche der österreichischen Schwesternpartei überbringen kann. Es wollte unser Bundesparteiobermann Minister Julius Raab selbst kommen; die Flugkarte hat er bereits in der Tasche gehabt, aber Politik ist die Kunst des Möglichen, und die harten und sehr schwierigen Verhandlungen über das Budget haben in diesen Tagen seine Anwesenheit in Wien erfordert. Er schickt durch mich seine persönlichen und die Grüße der Österreichischen Volkspartei in aufrichtiger und inniger Verbundenheit. (Starker Beifall).

Ist es nicht auch ein friedlicher Fortschritt, daß wir diese alte Herzlichkeit in unseren Beziehungen wieder betonen können? (Beifall) Wir wissen alle, man darf einem Lande seine freie Funktion, die aus Geschichte, Landschaft und Kultur erwächst, nicht nehmen. Und in dem Augenblick ist nicht nur die Normalisierung, sondern die Freundschaft wieder da, die wir in der Österreichischen Volkspartei und weit darüber hinaus in Österreich für Deutschland empfinden. (Beifall)

Darf ich diese Verbundenheit nur mit zwei Gedanken unterstreichen: Wien und Berlin — durch lange Jahrhunderte rivalisierende Hauptstädte in Verwirrung und Kampf und Krieg gegeneinander; heute ist die Geschichte darüber hinweggegangen und hat beiden Städten die gleiche Rolle übertragen. Diese Gemeinsamkeit ist jetzt nicht nur im gesamtdeutschen, sondern auch im gesamteuropäischen Interesse begründet. (Beifall) Diese Schicksalsstädte können in ihrer Behauptung oder in ihrem Verlust nicht nur das Schicksal für die Millionen, die dort wohnen, bestimmen, sondern es reicht ihre Behauptung und ihr Verlust weit hinaus über unsere beiden Staaten. Vielleicht ist auch dieses Beispiel gut anzuwenden: Oft, wenn man nahe bei einem Obild steht, sieht man nur die Farbkleckse, wenn man aber weiter wegsteht, sieht man das Bild in seiner Schönheit. Ich darf Ihnen sagen: Für uns in Österreich ist die Selbstbehauptung Berlins der größte Friedensbeitrag Deutschlands seit dem Kriegsende. (Starker Beifall)

Wenn wir sagen, Österreich wird sich unter den schweren Verhältnissen, die es jetzt mitmacht, nie aufgeben, dann schöpfen wir Trost, Mut und Stärke aus dem Verhalten, dem inneren Gleichmut und aus der festen Entschlossenheit der Berliner Bevölkerung. (Beifall)

Die zweite Verbundenheit, die uns in dem Chaos unserer Zeit erfüllt, ist die, daß wir in unseren Christlichen Volksparteien den gleichen Weg zur Rettung der Welt und zur Rettung des Menschen gehen. Es wird kein Staat allein mit Kanonen die Bedrohung der persönlichen Freiheit jedes Menschen verhindern; verhindern wird er es nur, wenn er daran festhält, daß die Einheit des christlichen Geistes allein die Grundlage bildet, auf der eine freie Ordnung unter Menschen überhaupt möglich ist. (Beifall) Dieses freie Zurechtfinden des einzelnen Menschen in einer Ordnung, die vom Gewissen und von der Verantwortung diktiert ist, ist der Weg und das Ziel, die wir gemeinsam zu erreichen bestrebt sind.

Es gibt keine Probleme und es gibt keine Gefahren, die nicht gemeinsame Probleme und gemeinsame Gefahren sind. Deswegen meine tiefe innere Bewegtheit in diesem historischen Augenblick, wo die CDU in Deutschland ihren Weg für Europa und den Frieden weitergeht, die ich jetzt empfinde. Deswegen meine herzlichen Wünsche, daß Ihnen dieser Weg nicht zu

schwer gemacht wird, und daß Sie es zustande bringen, dieses große Ziel zu erreichen, das nicht nur Deutschland, sondern durch die Wiederherstellung der freien Funktion Europas auch dem Frieden der Welt dient.

Lassen Sie mich schließen mit einem Wort — weil es mir eben einfällt —, das in der letzten Woche ein einfacher Vertrauensmann uns gesagt hat. Er sagte zu seiner Frau, einer Bäuerin, heute ist der erste schöne Tag, ich kann nicht zur Vertrauensmännerversammlung hingehen, ich muß meine Kartoffeln herausnehmen. Und die Bäuerin antwortete ihm: Du gehst zu dieser Vertrauensmännerversammlung; denn wenn du nicht hingehst, hast du vielleicht im nächsten Jahr nicht mehr die Wahl, ob du hingehen willst oder nicht. (Starker Beifall) Besser als eine lange Rede ist diese Einstellung der einfachen Bauersfrau.

Machen wir es so, daß wir immer noch die Wahl haben, frei unser Leben nach unserem Gewissen zu führen! (Sehr starker Beifall)

Das Wort nimmt, mit starkem Beifall begrüßt, der Vertreter der „Mouvement Républicain Populaire“,

M. Laurent (Frankreich):

(Seine Rede wird durch Fräulein Zimmerschmied wie folgt übersetzt:)

Herr Laurent von der MRP Frankreich bittet zunächst um Entschuldigung, daß er das Wort nicht in deutscher Sprache an Sie richten kann; denn er spricht nicht genug Deutsch, um sich in den Worten Schillers und Goethes verständlich zu machen. Er übermittelt herzliche Grüße der Freunde aus Frankreich. Diese Grüße sollen die herzliche Verbundenheit der beiden Parteien zum Ausdruck bringen, eine Verbundenheit, die sich auf das christlich-soziale Ideal stützt. Es gibt in dieser Welt zwei große Strömungen; nirgendwo zeigen sie sich deutlicher als hier in Berlin. Durch unsere Strömung soll den Völkern die Würde des Menschen erhalten bleiben. Vor allem wird der Berliner Bevölkerung die uneingeschränkte Bewunderung der westlichen Nachbarn zum Ausdruck gebracht. Die Ausdauer Berlins ist nicht unbeachtet geblieben in den übrigen Ländern. Dies möchte Herr Laurent hier noch einmal ausdrücklich unterstreichen. Die Würdigung des Menschen muß uns über den engen Kreis des Partikularismus hinausheben. Unsere größte Aufgabe ist es, ein einheitliches Europa zu schaffen. Unsere beiden Länder und unsere beiden Parteien mit den gleichen Zielen und der gleichen Weltanschauung werden sich den kommunistischen Mächten entgegensetzen. Durch unsere gemeinsamen Kräfte und Interessen wollen wir die Zivilisation unserer Länder retten.

Herr Laurent möchte vor allen Dingen nicht versäumen, zum Ausdruck zu bringen, wie sehr man in Frankreich unseren verehrten Herrn Bundeskanzler und auch die CDU zu schätzen weiß. Man ist davon überzeugt, daß nur auf diesem Wege der CDU eine Rettung Europas zustandekommen kann, und daß ein weiterer Ausbau der diplomatischen und freundschaftlichen Beziehungen zum Wohl beider Völker dient.

Herr Laurent wünscht dem CDU-Bundesparteitag eine fruchtbringende Arbeit und eine weitere Stärkung in seiner Kraftentfaltung, um die Ziele der CDU zu verwirklichen, und alles das im Dienste der Gerechtigkeit und Freiheit! (Beifall)

Es spricht von der Antirevolutionären Partei Hollands

Professor Zuidma (Holland):

Ich möchte zu Beginn recht herzlich danken für die Einladung, welche Sie uns zur Beiwohnung dieses Parteitages der CDU schickten. Diesen Dank spreche ich nicht nur im Namen der protestantischen Antirevolutionären Partei Hollands, welche ich heute vertrete, aus, sondern auch im Namen der Katholischen Volkspartei unseres Vaterlandes.

Berlin ist doch heute das Symbol für Deutschland in dem bewußten, energischen und vielfach schmerzreichen demokratischen Widerstand gegen jede totalitäre Bedrohung. Erlauben Sie mir, Ihnen zu versichern: Berlin ist nicht weniger für ganz Westeuropa das bedeutungsvolle Symbol dafür, daß die Freiheit der europäischen Völker bedroht, aber nicht verloren, gefährdet, aber nicht verschwunden ist. Nicht ohne tiefen Grund begrüßen wir den Kontakt, der glücklicherweise schon mehrere Jahre zwischen der CDU und unseren beiden christlichen Parteien in Holland besteht. (Beifall)

Im Kampf um die Erhaltung und Gestaltung unserer abendländischen Kultur gibt es zwischen uns eine Geistesgemeinschaft auch auf politischem Gebiet, welche in der gleichen christlichen Überzeugung ihr Fundament und einheitliches Prinzip findet. Es hat uns außerordentlich gut getan, in Ihrer Schrift „Die CDU gibt Rechenschaft“ einen Artikel zu lesen mit der Überschrift „Das christliche Prinzip in der Politik“. Von ganzem Herzen bejahen wir das Wort von Herrn Endres: Alle politischen Probleme unserer Zeit sind im Grunde religiöser Natur. (Beifall) Auf dem Boden einer gemeinschaftlichen christlichen Weltanschauung und unseres christlichen Glaubens erblicken wir im falschen Dogma der Souveränität des Menschen die Wurzel der schrecklichen Not unseres Abendlandes. Darum freut es uns am tiefsten, daß hier in Deutschland die CDU in prinzipieller christlicher Bereitschaft die Christenheit mobilisiert, damit sie nicht in einer pseudo-christlichen Weltflucht eine Zuschauerrolle spielt, sondern im vollen Bewußtsein ihrer christlichen Verantwortung auf dem politischen Gebiet arbeiten soll.

Es gibt keine Rettung für Europa aus immanent menschlicher Kraftanstrengung; es gibt keine Rettung ohne den Glauben an den lebendigen Gott und ohne das christliche Gewissen, das verantwortungsvoll nicht im menschlichen Monolog, doch in menschlicher Antwort auf den Ruf Gottes vor Gottes Angesicht steht.

Schon viele Jahrhunderte lang wird das Abendland vom machiavellistischen Gedanken geführt: Macht ist Recht! Wir haben alle die gewaltige Anziehungskraft dieses gottlosen Prinzips auf dem Gebiete der Politik erfahren für die Idee eines totalitären Staates und auch für die Idee des Staatssozialismus, welche die Rechtsstaaten in Machtstaaten verwandeln, wobei es dann zu einer Machtanbetung kommt. Es ist unser Wunsch, daß die CDU in Deutschland und die christlichen Parteien in den Nachbarländern dieser Verführung nicht unterliegen, sondern sie mit der Kraft Gottes im Herzen bestreiten.

Wir sind uns auch im Ausland oft nicht genug bewußt der großen Aufgabe und Verantwortlichkeit, welche Ihre Partei hier in Deutschland von Gottes wegen empfangen hat. Aber es ist mir ein innerliches Bedürfnis, Ihnen zu versichern, daß wir für Ihre Partei beten, daß Gott Ihre

Arbeit segne. Wir sind uns bewußt, daß Ihre Arbeit nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und damit für die ganze Christenheit in Europa bedeutungsvoll, ja vielleicht entscheidend ist. (Beifall)

Zum Schluß sei es mir erlaubt, Ihnen auch zu sagen, daß Sie Ihre Kraft und Ihre Weisheit nicht in technisch-politischem Vermögen oder in politischer Klugheit allein suchen mögen, sondern in erster Linie in der christlichen Religion. Was würde eine christliche politische Partei bedeuten, wenn sie nicht immer aufs neue lebt aus der Gemeinschaftsübung ihrer Glieder, die sich stärken an dem dreieinigen Gott, dem Vater, dem Sohne und dem Heiligen Geist. Auch Ihre wie unsere Hilfe sei im Namen des Herrn, der Himmel und Erde schuf, und der in seiner unaussprechlichen Gnade uns Menschen als seine Instrumente, ja, als seine Mitarbeiter brauchen will. (Beifall)

Als nächster Redner spricht, mit Beifall begrüßt, der Vertreter der Parti Social Chrétien aus Belgien, Mitglied der parlamentarischen Vertretung des Europarates und Präsident der Europäischen Bewegung,

Senator de la Vallée-Poussin (Belgien):

Gestatten Sie mir, meine Begrüßung mit einer persönlichen Erinnerung einzuleiten. Ich habe in dieser Stadt als Student vor dem Kriege einen Teil meiner Jugend verbracht. Ich habe das Berlin von damals gekannt, die Lebensfreude und die Schönheit einer Großstadt, wie es nur wenige gab in der ganzen Welt, und besonders die sprichwörtliche Herzlichkeit und Gastfreundlichkeit des Berliners. (Beifall) Ich hatte mir vorgestellt, daß ich diese Stadt — diese große Dame, — an die ich so oft gedacht habe, ganz verändert und beinahe erledigt wiedersehen würde. Ich möchte Ihnen sagen, wie sehr das Bild des heutigen Berlins mich getroffen hat; trotz des schweren Leidenswegs, den Sie hier durchgemacht haben, ist Berlin noch immer das wahre Berlin geblieben und ist insbesondere der Berliner noch stets das, was er immer gewesen ist. Der Mut und die Lebenslust der Berliner Bevölkerung sind nicht nur ein Vorbild für ganz Deutschland, sondern auch ein Vorbild für die ganze freie Welt! (Beifall)

Ich bringe Ihnen den Gruß Ihrer Schwesterpartei in Belgien, der Christlichen Volkspartei. (Beifall) Unsere Partei hat in Belgien im Jahre 1950 in den schweren Umständen, die Sie kennen, ganz allein ohne Koalition die Verantwortlichkeit der Regierung übernommen. Seitdem ist es uns gelungen, in zwei Jahren Belgien eine politische, soziale und wirtschaftliche Orientierung zu geben, die nicht nur unserer christlich-sozialen Auffassung entspricht, sondern die auch das allgemeine Wohl unserer ganzen Bevölkerung gewährleistet hat. Wir sind in Belgien alle fest entschlossen, diese Regierungsverantwortlichkeit weiter zu tragen.

Wir christlich-sozialen Parteien befinden uns in Europa vor einer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe. Niemand von uns kann noch daran zweifeln, daß wir die einzigen sind, die die europäische Kultur und unsere Weltanschauung retten können. (Beifall) Es besteht zwischen uns allen eine derartige Verbundenheit, daß der Untergang des einen auch der Untergang des anderen bedeutet, (Zurufe: Sehr wahr!) aber daß auch jeder Erfolg einer christlichen Partei der Erfolg von uns allen ist. (Beifall)

Ich wünsche der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands einen glänzenden Erfolg bei ihrem Parteitag für eine große Zukunft eines endgültig vereinigten Deutschlands und für eine große Zukunft eines endgültig vereinten Europas. (Beifall)

Als Vertreter der Christlichen Volkspartei Norwegens spricht

Bondevik (Norwegen)

Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Einladung, die auch meine Partei, die Christliche Volkspartei in Norwegen, erhalten hat. Trotz des großen Abstandes des Raumes, trotz Verschiedenheit der Lebensweise und des Volkscharakters hoffe ich, daß wir in Geist und Anschauung eine gemeinsame Grundlage und ein gemeinsames Sprungbrett haben oder finden werden, damit wir uns nach denselben Linien bewegen und arbeiten können, um unseren Völkern das Glück zu bringen. (Beifall) In einem solchen gemeinsamen Bestreben hege ich den Wunsch, daß wir Nutzen und Erfahrungen im politischen Wirken und Treiben voneinander ziehen können. Es ist heutzutage eine unbedingte Notwendigkeit, Gedanken auszutauschen, besonders weil die Welt in höherem Maße als zuvor eine Einheit bildet. Ich denke ganz besonders an die westliche Welt. Was für den Nachbarn gilt, gilt auch für uns und darüber hinaus für die ganze Welt.

Nach meiner Meinung ist das einzige, was die unglückliche Welt erretten kann, eine Demütigung vor dem Gesicht Gottes und eine Anerkennung seiner Prinzipien. Nur die Gesetze Gottes sind heilig und vollkommen; sie dürfen nicht verletzt werden, sonst geht es den Völkern schlecht. Was wir tun und ausführen können, muß sich nach dem Willen des Höchsten richten. Streben wir danach, die Wege Gottes im Leben der Völker zu finden und ihnen zu folgen!

Alles, was wir tun und denken, muß von seinem Geist durchdrungen sein. Fast überall spüren wir in der zivilisierten Welt einen sittlichen Verfall, der den Völkern mit Vernichtung droht. Die Entwicklung ist hier und da weit fortgeschritten. Es bedarf einer christlich-sittlichen Erneuerung, die den Menschen wahre Hoffnung und ewige Ziele verschafft. Bauen wir in unserer Arbeit immer auf den festen Grund unseres Heilandes. Das wird uns Glück und Hilfe bringen in allen Lagen und Schwierigkeiten. Auch die materialistische Politik muß in der Gesinnung des Herrn geleitet werden. Dann können wir uns dem einst erhobenen Ziel nähern: Freiheit, Gleichheit und Bruderschaft. In einer sündigen Welt wird es uns nie gelingen, das hohe Ideal zu erreichen. Aber besinnen wir uns darauf, und es wird uns gut gehen!

Unsere Kinder müssen im christlichen Glauben erzogen werden, sonst wird das Dasein ziellos und ohne Wert. (Lebhafter Beifall) Mit diesen einfachen Worten begrüße ich die Tagung der CDU und wünsche Ihnen Glück in der wichtigen und schwierigen Arbeit, der Bundesrepublik christlichen Einfluß und christliche Lebensbedingungen beizubringen. (Starker Beifall)

Am Schluß der Begrüßung überbrachte Dr. Ney die Grüße und Wünsche der (nicht zugelassenen) Christlich-Demokratischen Union an der Saar. Er betonte, daß die Vertreter der Saar sich keinesfalls als „Ehrengäste“ fühlten, sonder dazugehörig. Unter starkem Beifall forderte er die Wiederherstellung der demokratischen Zustände an der Saar im Hinblick auf die kommenden Wahlen und warnte davor, mit der Saar Experimente fragwürdiger Art vorzunehmen. Er schloß mit einem Dichterwort, das ein Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande war.

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich darf den Freunden und Gästen, die zu uns gesprochen haben, gemeinsam danken. Trotzdem gilt dieser Dank jedem einzelnen von Ihnen. Ich danke, wir haben in dieser letzten Stunde hier in diesem Saal doch etwas davon gespürt, wenn vielleicht auch diese und jene Spannung in Erscheinung getreten ist, daß Europa im Werden ist. Ich möchte das als gemeinsamen Ausdruck des Dankes aufgreifen, was unser Freund Dr. Gleissner gesagt hat: Gesamtdeutsche Politik und gesamteuropäische Politik sind oder sollten wenigstens keine Gegensätze sein, sondern wir sollten sie empfinden als ein und dasselbe, als zwei zueinander gehörende Dinge.

Ich bitte, mir zu erlauben, am Schluß dieser Grußworte, die wir gehört haben, gerade unseren Freunden aus den europäischen Nachbarländern eines zu versichern: Es ist verständlich, daß man etwa bei unseren westlichen Nachbarn gelegentlich immer noch zu der Auffassung kommt, als wollten wir, wenn wir von der Vereinigung Deutschlands sprechen, irgendwelche Politik alten nationalen Machtstrebens in Europa wieder aufnehmen.

Ich sage, das mag verständlich sein, wenn man aus den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte so denkt, aber ich meine wenigstens — ich bitte, diese Einschränkung richtig zu verstehen — für die Menschen in Berlin und in der Sowjetzone Deutschlands, d. h. dem Teil Deutschlands, der von der Geschichte hier noch so etwas in dem Geruch steht, daß hier nationales Denken zu Hause gewesen sei, sagen zu können: Der Einschnitt, den das Schicksal für uns seit 1945 gebracht hat, und das, was wir seitdem erlebt haben, ist so tief und das, was uns heute bewegt und bekümmert, ist so total verschieden von dem alten nationalen Streben, daß ich meinen möchte, wenn wir von Gesamtdeutschland sprechen, dann meinen wir gar nichts anderes als den Wunsch nach Heimkehr zu Europa, d. h. für uns ist unser Wunsch zur Wiedervereinigung Deutschlands schlechthin identisch mit dem Wunsch und dem Willen, daß wir zur gemeinsamen Wahrung der Werte europäischen Lebens uns endlich zusammenfinden.

Auch im Westen Deutschlands und noch weiter im Westen hört man oft die Frage, was hat denn dieses Europa überhaupt noch zu verteidigen? Ich glaube, unsere Menschen in der Sowjetzone und in Berlin stellen diese Frage nicht; denn sie haben es erlebt, was das bedeutet. (Starker Beifall.)

Es hat einmal einer geschrieben, der aus sechs Jahren russischer Gefangenschaft zurückkam, daß ihm seine Heimatstadt München, als er zum ersten Male wieder durch die Straßen ging, vollständig fremd vorkam. Und dann ging es ihm schließlich auf, was ihm an dieser Stadt fremd vorkam, nämlich daß er hier in einer halben Stunde in München mehr lachende und fröhliche Gesichter gesehen hat als in russischen Städten in sechs Jahren: Ich frage, ob uns das ein gemeinsamer Wert ist! Ich meine, daß wir heute morgen in den Begrüßungen und Grußworten etwas gespürt haben, daß dieser gemeinsame Wert uns alle wieder zusammenführt.

Ich möchte unseren Freunden die Versicherung mitgeben, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands in diesem Streben der Zusammenfügung Europas entschlossen weitergehen wird. (Beifall.)

Ich bitte noch um wenige Minuten Geduld. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, zur Prüfung der Mandate der hier anwesenden Delegierten, Herrn Dr. Fay und Frau Dr. Gröwel, zu beauftragen. Die Herren Landesverbandsvorsitzenden werden gebeten, sich mit diesen beiden möglichst bald in Verbindung zu setzen.

Es ist weiter empfehlenswert, daß wir zur Überprüfung etwa eingehender Entschließungsentwürfe einen Ausschuß beauftragen. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, daß dieser Ausschuß außer den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes aus folgenden Mitgliedern bestehen soll: die Herren Simpfendorfer, Dr. Strickrodt, Albers, Dr. Krone und Frau Dr. Gröwel. Wenn sich kein Widerspruch erhebt oder keine anderen Vorschläge gemacht werden, darf ich feststellen, daß die Delegierten mit diesen Vorschlägen einverstanden sind.

Wir setzen unsere Tagung um 15 Uhr fort. Damit schließe ich die Sitzung.
Ende der Sitzung 12.55 Uhr.

Nachmittagsitzung

Wiederbeginn: 15.15 Uhr

Präsident Gockeln:

Ich halte es für zweckmäßig, daß wir mit unseren Beratungen beginnen, auch dann, wenn hier die Nebenplätze des Präsidiums erst gleich aufgefüllt werden können, weil die meisten Teilnehmer dieses Kreises unterwegs sind.

Ich bitte weiter davon Kenntnis zu nehmen, daß die Deutsche Liga für Menschenrechte uns ein Grußtelegramm zugesandt hat folgenden Inhalts:

„In dem Bewußtsein, mit Ihnen im Kampf um die Menschenrechte vereint zu sein, grüßen wir Ihren diesjährigen Parteitag in Berlin.“ (Beifall.)

Der Ablauf des heutigen Nachmittags ist Ihnen heute morgen durch die Mitteilung des Präsidenten bekanntgegeben worden, d. h. daß die Themen, die heute nachmittag vorgetragen werden, zur Aussprache stehen und in diese Diskussion gleichzeitig die Aussprache über das Referat des Kanzlers von heute morgen eingeschlossen ist.

Wir haben heute morgen eine Stunde erlebt, d. h., was sich in diesem Saale zutrug, war ein Zusammenklang der Herzen der Teilnehmer, die hier als Delegierte aus allen deutschen Landschaften sich zusammenfinden konnten in dem Wort und dem Programm, das der Bundeskanzler vortrug. Er hat von Ihnen und von uns eines verlangt: die außenpolitischen Entscheidungen als vorrangig zu betrachten. Sie wissen, und wir in unserer Generation haben es miterlebt, daß es schon einmal einen sehr bekannten und befreundeten Bundeskanzler gab, der darum kämpfte, daß die deutsche Politik den Vorrang der außenpolitischen Entscheidung anerkenne und sich nicht in den innerpolitischen Streitigkeiten verfangen. Das Wort ist damals zu unserem Unglück wohl gehört, aber nicht befolgt worden. Eine gleiche Dringlichkeit und eine gleiche Notwendigkeit scheint mir in unseren Wochen und in diesen Monaten aufgegeben zu sein. Der Kanzler hat gesprochen über Friede und Freiheit für ganz Deutschland und hat dargelegt, daß der außenpolitische Weg, der versucht wird, und der gegangen werden soll, die Voraussetzung dafür schafft. Friede und Freiheit sind aber nicht unsubstantielle Werte.

Als die erste Themenstellung für den Berliner Parteitag herausgebracht wurde, haben einige Gegner behauptet, damit würden die konkreten Fragen

umgangen, weil man nur ein so allgemeines Thema wie „Der Mensch und seine Rettung“ wählte. Auf dem Boden von Berlin bekommt jeder eine plastische Vorstellung von dem, was Frieden heißt, und eine ebenso deutliche Vorstellung von dem, was Freiheit heißt. Darum ist das, was hier in Berlin gesprochen wird, kein Verzicht auf die Substantiierung dessen, was diese Werte in sich schließen: Der heutige Nachmittag dient dazu, um das, was Freiheit ist, in den einzelnen Lebensbereichen, zum umschreiben.

Sie haben heute morgen das Bekenntnis des Kanzlers, als er an einer Stelle den außenpolitischen Vertrag berührte, mit starkem Beifall unterstrichen, weil er sagte, daß Politik die Anerkennung, die Befolgung von moralischen Prinzipien auch zu enthalten habe. Das ist lange in der deutschen Politik nicht mehr gesagt worden, in den Jahren, wo Macht und Brutalität als Maßstab politischen Geschehens allein galt. Dieses Wort von heute morgen, daß die moralischen Prinzipien der politischen Wirtschaft anerkannt werden, gilt auch für die Themen des heutigen Nachmittags, in denen wir uns um den Menschen in seiner Freiheit kümmern, wenn wir ihn sehen in der Sowjetzone, wenn wir den Kampf des Menschen darstellen, um seine Wahrung der Menschenrechte im Betrieb, in der Familie und im Staat. Sie sehen, damit sind Kampf und die Lebensweise in die Betrachtung und Erörterung eingeschlossen, die wir mit dem Wort von „Freiheit“ verbinden.

Zu dem Thema

„Der Mensch in der Sowjetzone“

nahm mit Beifall begrüßt das Wort

Professor Dr. Hans Köhler

von der freien Universität Berlin.

Pestalozzi hat einmal gesagt: „Wir wollen keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates“. Lassen Sie mich von diesem Wort ausgehen, wenn ich heute zu Ihnen über das Thema „Der Mensch in der Sowjetzone“ spreche. Was wir dort seit sieben Jahren erleben, ist der Versuch, jene Verstaatlichung des Menschen — man könnte auch sagen seine Vergesellschaftung — durchzuführen. Das Wissen um diesen Versuch führt uns zu einer ersten bedeutsamen Einsicht. Wollten wir vom Menschen in einem freien Land sprechen, so müßten wir zuerst ein recht vielgestaltiges Bild zeichnen und müßten uns dann bemühen, die übereinstimmenden Züge herauszufinden. Wir könnten also wirklich vom Menschen ausgehen, um dann seine kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensformen zu betrachten. In der Sowjetzone dagegen müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß alle Menschen unter einem Anspruch stehen, der sie und ihre Lebenswirklichkeit zu bestimmen versucht. Dieser eine Anspruch geht vom Staate aus. Der Staat fordert die Totalität. Allerdings muß dabei sofort betont werden, daß wir unter Staat auch nicht das verstehen dürfen, was wir in der freien Welt auf dem Boden unserer Tradition darunter begreifen. Der Staat ist für die Sowjetzone nicht allein eine Ordnungsmacht, das ist er auch dort, und das wird er überall sein müssen, weil es zu seinem Wesen gehört.

Aber in der Sowjetzone ist der Staat in allererster Linie Funktionär der Partei-Ideologie, die hinter ihm steht, die ihn trägt, und die ihn auch in seinem Wesen als Ordnungsmacht bestimmt.

Auch als Ordnungsmacht — das sollten wir, glaube ich, auch im Westen wieder allmählich begreifen lernen — bedarf der Staat einer Idee, in deren Dienst er steht. Ordnung allein ist ein formaler Begriff, der einer inhaltlichen Erfüllung bedarf. Dieser Inhalt ist für den Osten die Idee des Kommunismus. Der Mensch in der Sowjetzone steht also unter der Forderung des kommunistischen Menschenbildes, das die Partei repräsentiert, und auf das hin der Staat mit seiner Gewalt ihn formen soll. Welcher Art ist nun dieses Menschenbild des Ostens? Es ist das Bild, das der Osten selbst versteht unter dem Begriff des Sowjetmenschen.

Wir müssen uns klarmachen, was mit diesem Begriff gemeint ist. Er ist als solcher ein mythologisierte Begriff. Das drückt sich recht deutlich in dem Wörtchen „wie“ aus, das fortwährend gebraucht wird: Kämpfen wie Lenin, lernen wie Stalin, planen wie Stachanoff, arbeiten wie Bykow usw. Sie alle, diese Personen, die der Bevölkerung ständig auf Transparenten gezeigt werden, sind Menschen, die auf dem Wege zur Verwirklichung jenes Ideals sind. Ihnen soll der Mensch der Zone nachstreben. Fragen wir aber des näheren nach dem Inhalt dieses mythologisierten Bildes vom Sowjetmenschen, so kann uns dabei eine Formulierung weiterhelfen, die Marx und Engels gebraucht haben. Der Mensch ist nach ihrer Auffassung „ein gesellschaftliches Wesen“. Allerdings muß auch dieser Begriff sofort gegen jenen abgegrenzt werden, den wir in unserer europäischen Tradition vorfinden. Auch in ihr wird vom Menschen als einem gesellschaftlichen Wesen gesprochen, Aristoteles beispielsweise redet vom Zoon politikon. Er verstand darunter den Menschen, der sich organisch in das Ganze einer Gesellschaft einordnet, der also seine Eigenart behält und sie in den Dienst der Gemeinschaft stellt, so, wie die Glieder eines Körpers in ihrem Eigensein in der Gesamtheit des Organismus mitwirken. Thomas von Aquino hat vom Menschen als „mens sociale“ gesprochen; er versteht darunter den Menschen, der gerade durch Gottes Erlösungstat in Christus seine Personalität zurückgewonnen hat und sie in einem Akt der Liebe in den Dienst der Gemeinschaft stellt. Der Mensch ist hier also gesellschaftliches Wesen in dem Sinne, daß er sein Eigensein, das immer wieder grundsätzlich anerkannt wird, nicht in der Form des Individualismus gegen die Gemeinschaft behauptet, sondern daß er es für die Gemeinschaft in den Dienst stellt. Diese Haltung ist im Letzten nur deshalb möglich, weil der Mensch sich durch Gottes Liebeswillen in seinem Eigensein absolut geborgen weiß und aus dieser Geborgenheit heraus das Wagnis einer Hingabe an die Gemeinschaft vollziehen kann. Der Mensch als gesellschaftliches Wesen ist demnach in der Auffassung unserer europäischen Tradition der Mensch in seinem Selbstsein für die Gemeinschaft. Davon müssen wir nun grundsätzlich scheidend das, was Marx und Engels darunter verstehen, und das, was heute der Kommunismus unter dem Begriff eines gesellschaftlichen Lebens begreift. Für ihn ist der Mensch nicht das Wesen in seinem Eigendasein für die Gemeinschaft, sondern für ihn ist der Mensch gesellschaftliches Wesen aus der Gemeinschaft heraus. Also der Mensch stammt aus der Gemeinschaft und kann nur Mensch sein, wenn er das erkannt hat und sein Eigensein grundsätzlich dieser Gemeinschaft wieder opfert. Deshalb steht am Anfang dieser kommunistischen Auffassung von Menschen und der Geschichte das Bild von der urkommunistischen Gesellschaft.

Es ist auch dieses Bild, darüber müssen wir uns immer wieder in der Auseinandersetzung mit dem Osten klar sein, ein mythologisiertes Bild. Es ist ein Mythos, der vom Sowjetmenschen spricht, es ist auch ein Mythos, der von dieser urkommunistischen Gesellschaft spricht. Denn bei allen Bemühungen ist es bis heute noch nicht gelungen, auch nur ein einziges wirklich historisches Beispiel dieser urkommunistischen Gesellschaft aufzuweisen. Aus welchem Grunde also jene Theorie, die dem Menschen drüben immer wieder eingehämmert wird, die auch den Kindern bereits in der Schule vermittelt wird. Einfach aus dem Grunde, weil man einen Ausgangspunkt braucht, von dem man diese These aufstellen kann, daß der Mensch das gesellschaftliche Wesen ist, das aus der Gemeinschaft kommt und das aus diesem Grunde nur aus der Gemeinschaft heraus leben kann.

Was also ist von da aus gesehen das Selbstsein des Menschen? Das ist das, was seine Eigenart ausmacht. Marx gebraucht dafür den Begriff einer Selbstentfremdung des Menschen. Das heißt also, die Selbstentfremdung des Menschen besteht in seinem Eigensein, besteht in seiner Individualität, und diese Selbstentfremdung des Menschen ist also die Entfernung aus der urtümlichen Gemeinschaft, es ist der Abfall des Menschen von der Gemeinschaft, es ist das, was man getrost sagen könnte, das, was der Marxismus als den Sündenfall dieser Menschheit bezeichnet.

Deshalb sagt man, es manifestiert sich nun dieses Selbstsein des Menschen auch darin, daß der Mensch Eigentum besitzt. Was also ist von da aus gesehen das Ziel des Marxismus? Es ist die Ueberwindung der Selbstentfremdung, es ist die Zurückführung des Menschen in jene Gemeinschaft, aus der er stammt, es ist die Aufhebung des menschlichen Selbstseins. Das dokumentiert sich äußerlich in seiner Forderung nach der Aufhebung des Privateigentums. Ich brauche auf diese Seite der Wirklichkeit der Sowjetzone nicht mehr einzugehen. Denn das ist ja das, was Ihnen allen bekannt ist. Das ist das, was die Zone seit nunmehr sieben Jahren erlebt: diese Tatsache einer wirtschaftlichen Enteignung. Ich brauche Sie nur an solche Dinge zu erinnern: die Bodenreform, die Enteignung des Industriekapitals, an die Enteignung der mittleren Unternehmer bis hin zu jenem Aufbau des Sozialismus, den Ulbricht jetzt vor wenigen Monaten proklamiert hat.

Aber bitte begreifen Sie einmal, daß das, was dort an äußerer Enteignung vor sich geht, nur das Sinnbild ist für das, was in der sowjetischen Zone nun eben an Menschen geschieht. Ich darf so sagen: jene äußere Enteignung ist eigentlich nur der Hinweis auf die innere Enteignung des Menschen, die nun ebenfalls seit sieben Jahren dort in der Sowjetzone vollzogen werden soll, die innere Enteignung, die den Menschen wieder zum gesellschaftlichen Wesen machen soll, d. h. die den Menschen einordnen soll in jene zukünftige Gesellschaft, die Marx einst die klassenlose genannt hat.

Vielleicht wird uns das noch ganz besonders deutlich daran, wenn wir uns erinnern, daß Lenin einmal für diese Gesellschaft, die man dort in der Sowjetzone zu schaffen versucht, und die man genau so gut in der Sowjetunion und in allen volkdemokratischen Ländern anstrebt, das Bild des Termitenstaates gebraucht hat. Der Termitenstaat ist der Staat, in dem nicht mehr das einzelne Wesen in seinem Selbstsein, nicht mehr in seiner Individualität tätig ist, sondern in dem das einzelne Wesen zentral bestimmt, und gelenkt ist, indem es nichts anderes zu tun hat, als jene Funktionen auszuüben, die von der Zentrale aus bestimmt werden.

Vielleicht kommt das noch deutlicher zum Ausdruck in zwei Worten, die heute in der Zone gebraucht werden. Das eine ist das russische Wort vom „Apparatschik“ und das andere ist das deutsche Wort — oder das deutsche Fremdwort —: der Funktionär. Das, was der Kommunismus anstrebt, und der Anspruch, unter dem der Mensch in der Sowjetzone lebt, ist der, daß der Mensch verwandelt wird zum Apparatschik, zum Funktionär, d. h. also, daß er vollständig eingebaut wird in jenen Staatsapparat. Das ist also die Apparatisierung des Menschen, die wir dort vor uns haben. Ich glaube, das ist ein Problem, das uns alle angehen mag, die wir in der freien Welt leben, einfach deshalb, weil hier nicht etwa nur eine Umformung der Staatsform, nicht etwa eine andere Ordnung der Wirtschaft stattfindet, sondern weil hier der Versuch unternommen wird, den Menschen als solchen umzuformen und damit eine ganz andere Seite des Menschseins zu schaffen, d. h. also eine Weise des Menschseins, in der der Mensch im letzten Grunde nicht nur ein Mensch ist, der Eigenwesen ist, sondern der Mensch eingeordnet ist in diesen Apparat. Der Apparat als solcher muß eben funktionieren. Deshalb muß der Mensch Funktionär werden, muß jener kleine Teil des Apparates werden, der einfach mitläuft, der nicht mehr seinen eigenen Willen hat, sondern der das geworden, was ein Gedicht in einem ostzonalen Lesebuch einmal so drastisch ausgedrückt: „... der geworden ist ein Faktor in dem großen Plan.“ Der Versuch, der heute von den Machthabern der Zone unternommen wird, ist die Gestaltung des eingeplanten Menschen. Eingeplant wird eben alles, was zu diesem Menschen gehört: sein Leib, seine Seele, seine Arbeitskraft, die Existenz, Intelligenz, letzten Endes auch sein Wille. Man könnte in Abwandlung eines uns allen bekannten Wortes sagen: die Parole, die für die Zone gilt, lautet eben: „Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles.“ Dies ist der grundsätzliche Anspruch, unter dem der Mensch in der Sowjetzone steht.

Es scheint mir doch angebracht, daß wir an dieser Stelle, wenn wir uns zuerst einmal diese grundsätzliche Tatsache deutlich gemacht haben, hinweisen auf einen Irrtum, der immer und immer wieder auch im Westen auftaucht, der nun heute im Osten von der östlichen CDU in einer besonderen Weise ausgenutzt wird, nämlich jener Irrtum, daß man erklärt, das Ziel, das der Kommunismus verfolgt, also jene Vergesellschaftung des Menschen, jene Einordnung des Menschen in die Gemeinschaft sei ja im Grunde genommen auch das Ziel des Christentums. Das ist ja die These, die von einigen irrgeliteten Theologen aufgestellt wird und selbst übernommen worden ist von der östlichen CDU in ihrer Verkündigung des sogenannten christlichen Realismus. Mit dieser These versucht man nun eben, den Menschen, auch den christlichen Menschen für den ostzonalen Staat zu gewinnen. Man versucht auf diese Weise die These aufzustellen, jene klassenlose Gesellschaft des Kommunismus sei im Grunde genommen das Reich Gottes, nur werde dieses Wort vom Reich Gottes in einer verweltlichten Form ausgedrückt; die Kirche habe eben im Laufe der letzten Jahrhunderte versagt, man habe dem Menschen ihre Botschaft nicht mehr mit aller Deutlichkeit nahebringen können, nun atmeten die Menschen auf, daß der Kommunismus ihnen diese Botschaft vom Reich Gottes, von der idealen Gemeinschaft wirklich sage.

Lassen Sie mich auf das eine noch einmal hinweisen. Ich hoffe, daß das, was ich vorhin in bezug auf Aristoteles und Thomas von Aquino sagte, auch deutlich geworden ist. Das, was der Kommunismus will, und sein Idealbild, das er sich vorstellt, haben absolut nichts zu tun mit dem, was das Christentum unter „Reich Gottes“ versteht. (Beifall.)

Es hat auch nichts zu tun mit jenem Bild des Menschen, wie es uns das Evangelium zeigt. Man sollte sich nicht damit zufrieden geben, daß man dann nur sagt: nun schön, wir fühlen uns mit den Kommunisten im Ziele einig, nur mit ihrem Weg sind wir nicht einverstanden. Ich werde Ihnen noch aufzuweisen haben, daß diese Verschiedenartigkeit des Weges nun eben durch die Verschiedenartigkeit der Zielsetzung bedingt ist.

Halten wir deshalb jetzt das eine für uns fest, wenn wir auf den Menschen der Sowjetzone blicken von unserer christlichen Sicht aus, von unserer Wirklichkeit der westlichen Welt her: Das, was christlich ist, ist der Mensch in seinem Selbstsein für die Gemeinschaft. Und das, was kommunistisch ist, das ist der Mensch ohne sein Selbstsein aus der Gemeinschaft. Diese beiden Begriffe müssen uns deutlich vor Augen stehen. Nur wenn uns das klar wird, werden wir auch unseren christlichen Freunden und Brüdern gegenüber in der sowjetischen Zone das richtige Wort finden. Ich darf sagen, daß diese Menschen heute in der Gefahr sind, mit theologischen Begriffen irreführt zu werden. (Zurufe: Sehr wahr.) Es kommt nun einfach darauf an, daß wir auch hier vom Boden des christlichen Glaubens her das rechte Wort ihnen gegenüber finden und daß wir durch unseren Dienst an ihnen aus der Klarheit der Sicht über das Ziel des Staates dort drüben und über das Ziel des Menschenbildes verhelfen.

In welcher Form wird nun dieser Anspruch des Staates gegenüber den Menschen in der Sowjetzone durchgesetzt? Bitte lassen Sie mich an dieser Stelle auf eine Seite des Lebens im kommunistischen Herrschaftsbereich verweisen, die meines Erachtens wieder in unserer westlichen Welt ein wenig zu kurz kommt. Hier muß ich auf die eine Tatsache verweisen, daß der Kommunismus dieses sein Ziel zuerst einmal nicht verkündet nur mit Angst und Schrecken, sondern er verkündet es mit einem Versprechen. Sie malen dem Menschen dort drüben aus, daß das, was sie mit ihm planen, das Glück sowohl für den einzelnen Menschen, als auch das Glück für unser ganzes Volk sein werde. Ich kann mich noch gut daran erinnern: Im Jahre 1945 klebten in Leipzig in jedem Straßenbahnwagen Plakate der Kommunisten, und zwar waren darauf abgebildet eine Frau und ein Mann; die Frau trug ein Kind auf dem Arm, der Mann hatte das Kind an der Hand gefaßt, und darunter standen die Worte: „Glückliches Deutschland — der Kommunisten Ziel“. Wir müssen uns klarmachen, was diese Propaganda und dieses Versprechen bedeutet. Man appelliert an das normale Verlangen des Menschen nach Glück. Man versucht also den Menschen in einem natürlichen menschlichen Streben zu schaffen und ihn damit reif für das zu machen, was man mit ihm vorhat.

Dem dient auch das ganze Prämien system innerhalb der Zone. Der Mensch, der sein Soll erfüllt oder übererfüllt, der sich in die kommunistischen Organisationen einreihet und in ihnen aktiv mitarbeitet, wird belohnt. Es beginnt mit äußeren Auszeichnungen, steigert sich in Geldprämien und Beförderungen hinein und verschafft dem gehorsamen Funktionär in der Tat eine materielle Besserung seiner Lage. Wir dürfen diese Seite des kommunistischen Systems nicht übersehen, denn sie wendet sich an ein natürliches Verlangen des Menschen. Der Mensch kann ohne eine Hoffnung nicht existieren; und die Kommunisten versuchen jetzt, ihm eine Hoffnung zu geben, ja, sie malen dieses Zukunftsbild recht genau aus; sie erklären ihm, daß dieses Ziel auf alle Fälle erreicht werden wird, daß die Geschichte mit einer Notwendigkeit darauf hinausläuft.

Ich darf Sie daran erinnern, daß erst vor kurzem Stalin wieder in seiner Publikation zum 19. Kongreß der KPdSU wieder erklärt hat, das kommunistische Wirtschaftssystem werde „ganz von selbst“ unsere westlichen Systeme überflügeln. Dahinter steht dieser Glaube, der immer wieder an die Menschen herangetragen wird, an ein mechanisches Gesetz der Geschichte, das mit absoluter Notwendigkeit zu jenem Ziel führen muß, das die Kommunisten verkünden. Man preist dies den Menschen nur zum Teil als sozialistischen Glauben an; im allgemeinen betont man, dies sei eine wissenschaftliche Erkenntnis, der sich niemand entziehen könne. Bitte, machen Sie sich einmal das eine deutlich. Dort drüben leben Menschen, die im Laufe ihres Daseins Enttäuschungen erfahren haben, denen Versprechungen gemacht wurden und die vielleicht Versprechungen gegenüber einmal skeptisch geworden sind. Nun, jene andere These, das, was wir euch versprechen, ist nicht ein leeres Wort, sondern tritt ein, nicht weil wir solche befähigte Politiker wären, nicht weil wir Leute sind, die euer besonderes Vertrauen verdienen, sondern einfach deshalb, weil das der notwendige Gang der Weltgeschichte ist, und wir, die Vertreter der Partei, haben in dem Plan der Weltgeschichte ein gewisses Ziel festgelegt; auf dieses Ziel könnt ihr euch verlassen. Deshalb ist der, so wird verkündet, nur klug, der dieses Ziel erkennt und der sich ihm entsprechend verhält.

Verstehen Sie daher, daß viele Jugendliche besonders dieser Verlockung erliegen. Es ist ein Appell an den jugendlichen Einsatz- und Opferwillen, der hier gerichtet wird, ein Appell an den jugendlichen Idealismus, der sich für eine Gemeinschaft einsetzen will. Der einzige Preis für die Erlangung dieses Zieles und all der Belohnungen, die die DDR schon heute als Anzahlung auf diesen wertvollen Preis zu vergeben hat, ist ja nicht mehr als die Preisgabe des menschlichen Selbstdaseins. Deshalb sollten wir von vornherein uns hüten, etwa jenen jungen Menschen, die diesem Versprechen glauben, die sich mit einem Idealismus für die Erreichung dieses Zieles einsetzen, von vornherein ein Mißtrauen entgegenzubringen. Ich würde sagen: für uns kommt es darauf an, daß wir diesem Ziel, das der Kommunismus ihnen vorgaukelt, ein echteres und besseres Ziel entgegensetzen müssen. (Beifall.) Dieses echteres und bessere Ziel muß eines sein, in dem ihr Selbstsein der Menschenwürde gewahrt wird, in der sie diese Menschenwürde und ihre Freiheit nicht preiszugeben brauchen, sondern in der sie denselben Idealismus, den sie heute für jenes Ziel einsetzen, wieder betätigen können. Wir wollen von alledem, was dort an gutem Willen in der Jugend ist, nichts zerstören. Wir wollen nicht etwas tun, was im Grunde genommen den Menschen ihre beste Kraft nimmt. Es kommt darauf an, daß wir diesen Menschen ein Ziel zeigen, für das der Einsatz dieser Kraft lohnt. (Beifall.)

Sie werden die Frage stellen: wie kommt es aber nun, daß, auch ausgenommen von jungen Menschen, Menschen überhaupt dieser kommunistischen Ideologie vom gesellschaftlichen Wesen des Menschen erliegen? Ich glaube, daß wir einen wesentlichen Grund der Erklärung finden können in der Gesamtsituation unserer selbst. Bitte, seien wir uns dessen bewußt, daß wir aus einer Zeit des 18. und 19. Jahrhunderts kommen, in der der Mensch zwar in der europäischen Geschichte seine Freiheit gewonnen hat, in der aber, so glaube ich, die Möglichkeit des Menschen in der Freiheit gewaltig überschätzt worden ist. Das 20. Jahrhundert hat uns eines Besseren belehrt. Wir haben erfahren müssen, daß Freiheit dem Menschen nicht kostenlos in den Schoß fällt. Wir haben erfahren müssen, daß das Selbstsein des Menschen mit Wagnis und Opfer verbunden ist. In den beiden Weltkriegen haben wir die Bedrohung unserer leiblichen Existenz

erlebt. In den Wirtschaftskrisen der Inflation und Arbeitslosigkeit haben wir die Bedrohung unseres wirtschaftlichen Daseins erfahren. Im Relativismus und Skeptizismus des 20. Jahrhunderts kam zum Ausdruck die Bedrohung unseres seelischen und geistigen Seins. (Sehr richtig!)

Diese letzte Krise, so glaube ich, ist in ihrer tiefsten Form eine Krise des Glaubens. Es ist eine Krise, die damit zugleich auch Krisis des zwischenmenschlichen Vertrauens geworden ist. Sie geht in die Tiefe und auch jene Krise, die sich vielleicht in einem Erlebnis äußert, daß doch, so meine ich, für unsere Zeit kennzeichnend geworden ist, nämlich in dem Erlebnis der Angst. Unsere Welt ist eine Welt geworden, in der die Angst eine Mächtigkeit gewonnen hat. Nun mag es schon sein, daß die Angst als solche zu unserem Wesen als Menschen, als Kreaturen, dazugehört. Aber ich glaube das eine, daß wir heute eine solche Aktualisierung der Angst durch einige wirtschaftliche, soziale und politische Ereignisse erfahren haben, daß man wahrhaftig sagen darf: der Mensch von heute, und zwar der Mensch in Ost und West, lebt in der Angst.

Nun darf ich es so ausdrücken: solange der Mensch in dieser Angst lebt, ist er anfällig für autoritäre Lösungen der Fragen. (Beifall.) Der Mensch in der Angst ist der Mensch, der unsicher geworden ist seinem Selbstsein gegenüber. Es ist der, der bereit ist, die Freiheit als eine Last anzusehen und bereit ist, diese seine Freiheiten wegzuerfen, wenn ihm ein starker Mann entgegentritt und dieser starke Mann ihm verspricht, für ihn alle Verantwortungen und alle Lasten zu tragen. Deshalb glaube ich, sollten wir auch dieses Phänomen drüben im Osten sehen. Das Wesen dort drüben ist, glaube ich, nur erklärbar aus dem Phänomen der Angst heraus, weil auf der anderen Seite ihnen nicht der Weg gewiesen wurde für eine echte überwindende Angst, für ein echtes Ertragen der menschlichen Situation und damit der Weg zu einer realen Freiheit. Gerade das, was wir dort im Osten sehen und Wirklichkeit geworden ist, ist etwas, was uns mahnen möchte auch an unsere Situation im Westen. Es mag sein, daß der Westen vielleicht heute nicht bereit ist, einem roten Totalitarismus zu verfallen. Es kann sein, daß er zu große Schreckwirkungen ausübt.

Aber seien wir uns einmal darüber klar, daß wir nicht eher zu einer wirklichen Demokratie kommen, nicht eher zu einer Gemeinsamkeit im Staate, bevor nicht die Gefahr des Totalitarismus und bevor nicht die Angst als solche ausgeschaltet sind. Deshalb das, was ich vorhin andeutete: Es geht darum, daß dieser Angst nun entgegengesetzt wird eine echte Hoffnung. Das ist nun etwas, was uns jetzt gerade wieder die Situation so deutlich werden läßt. Der Kommunismus weiß im Grunde, daß das, was er den Menschen verspricht, keine echte Hoffnung ist. Er weiß, daß er den Menschen sein Selbst raubt; er weiß, daß er den Menschen Seele und Geist raubt, vielleicht sogar auch den Leib; er weiß, daß er im Grunde genommen damit den Menschen auf die Dauer nicht halten kann.

Und deshalb: wo beginnt die Praxis und die Weiterführung dieser Praxis, und worin besteht sie? Ich darf sagen, sie besteht zuerst einmal darin, daß der Kommunismus in der Zone bestrebt ist, jede Konkurrenz weltanschaulicher Art anzuschalten. Darin liegt nun die Bedeutung des Eisernen Vorhangs. Was bedeutet dieser Eiserner Vorhang? Maßgebend ist dabei durchaus nicht etwa der äußere Eiserner Vorhang. Aber das, was für den Menschen dort drüben noch viel notwendiger ist, ist der innere Eiserner Vorhang. Mancher würde sicherlich gerne einmal nach Westdeutschland fahren, oder gern einmal die Zonengrenze überschreiten. Aber ich glaube nicht, daß das die große Not ist, weil er das nicht kann. Vielleicht wür-

den die Menschen der Zone sich damit abfinden, daß es schwer ist, den Weg über die Werra dort hinüber zu nehmen, wenn nicht auf der anderen Seite jenes Phänomen stehen würde, das nämlich eine erste Praktizierung dieser inneren Enteignung ist, die absolute Abriegelung von jeder Informationsmöglichkeit außerhalb der kommunistischen Informationsmöglichkeit.

Es geht also das Bestreben des Ostens darauf, eine Bewußtseinsbildung zu erzeugen, die von vornherein dem Menschen den Gedanken geben soll, es gebe im Grunde genommen gar nichts anderes als das, was der Kommunismus den Menschen anzubieten hat. Es ist die intellektuelle Abschneidung der Zone einerseits und auf der anderen Seite die fortgesetzte suggestive Beeinflussung. Das betrifft nicht nur die Presse oder Literatur, sondern das betrifft alles, was überhaupt dem Menschen als Information dienen könnte.

Dazu tritt als zweites Moment die fortgesetzte Beeinflussung in der Weise einer Suggestion. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang jetzt einmal hinweisen auf jene Plakatierungsaktionen, die wir in der Zone fortlaufend finden. Der Mensch der Zone ist der, der fortlaufend mit Parolen überschüttet wird, der immerzu von Plakaten und Transparenten angesprochen wird. Es steht der Gedanke dahinter „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Es ist im Sinne der Kommunismus durchaus kein sinnloser Papierverbrauch, der hier getrieben wird. Denn allmählich prägen sich die Parolen ein. Je häufiger sie angeboten werden, desto weniger kann man sich ihnen entziehen. Lassen Sie mich vielleicht als Beispiel dazu ein persönliches Erlebnis sagen, das uns gerade deutlich machen kann, wie diese Plakatierungsaktion betrieben wird. Ich ging einmal in Leipzig durch eine Straße, die rund 1 km Länge hat. Ich stellte fest, daß auf dieser Straße ein Plakat neben dem anderen klebte, und zwar mit der großgedruckten Überschrift: „Werkmeister Schulze meint.“ Mich interessierte absolut nicht, was der Werkmeister Schulze meinte. Aber ich schaute mir die Plakate so an und stellte fest, daß ein Plakat neben dem anderen angebracht war. Zuerst dachte ich mir: hier war es eine Bequemlichkeit des Klebers. Aber dann fing ich unwillkürlich an, die Plakate zu zählen. Es waren auf 1000 m etwa 150 Stück. Am Ende — jetzt bemerken Sie bitte die Wirkung — sagte ich: ja, wenn hier 150 Stück kleben, was wollen die denn eigentlich. Ich ging hin und las das Plakat. Damit möchte ich sagen, ist der erste Effekt erreicht, und zwar dadurch, daß man aufmerksam gemacht wird. Man muß sich also mit den Plakaten auseinandersetzen.

Dazu tritt der zweite Effekt, daß nun versucht wird, langsam aber sicher den Inhalt der Dinge zu infiltrieren. Dazu dient nun neben der Plakatierungsaktion etwas anderes. Dieses andere scheint mir zu liegen in der politischen Schulung. Bitte, seien wir uns darüber klar, wenn wir von Menschen der Zone sprechen, daß es der Mensch ist, der berufstätig ist und Woche für Woche dieser politischen Schulung ausgesetzt wird. Nun, wir haben über die Schulung und seine Ziele gehört. Wir wissen von Menschen der Zone, daß diese Schulung eine sichere, langweilige Angelegenheit ist und die Mehrzahl der Leute etwas ironisch von dieser Rotlichtbestrahlung spricht. Aber bitte verkennen wir nicht die Wirkung, die dennoch von dieser Schulung ausgeht. Sie besteht darin, daß einmal dieselben Parolen und Gedanken geäußert werden.

Das zweite Moment, das über die Plakatierungsaktion hinausgeht, ist das, daß der Mensch der Zone dazu veranlaßt wird, innerhalb dieser Schulung Referate zu halten. Das heißt also, er hat jetzt die Aufgabe, in diesen Referaten das wiederzugeben, was vorgetragen worden ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß wir Menschen im allgemeinen doch einfach zu diesen unseren

Worten, die wir selber sagen, stehen sollen. Wenn wir also die Dinge dort vortragen, dann sagen wir es eben mit unseren Worten. Dadurch, daß wir es mit unseren Worten sagen, dringen zunächst die Begriffe, die dort gebraucht werden, in uns ein. Damit dringen allmählich auch die Denkformen ein.

Ich darf hier wieder aus eigener Erfahrung heraus sagen: Ich habe, als ich 1951 nach dem Westen kam, deutlich empfunden, daß man selbst dann, wenn man innerlich dieses System ablehnt, ständig in der Gefahr ist, seine Begriffe zu gebrauchen und daß man sich erst allmählich in diese westliche Begriffswelt wieder hineinleben muß. An dieser Tatsache, daß wir diese Begriffe gebrauchen, muß Ihnen deutlich werden das langsame Einsinkern der Begriffe und der damit verbundenen Denkformen und Vorstellungen. (Beifall.)

Das dritte Moment, das darin besteht, daß jetzt nicht nur diese Schulung an einer Stelle einsetzt, sondern daß von dieser dritten Seite aus versucht wird, nun im Rahmen dieser intellektuellen suggestiven Beeinflussung auch das gesamte Leben der Zone von dieser kommunistischen Seite her zu überfremden. Ich wies vorhin auf die Tatsache der erschwerten Informationsmöglichkeit hin. Bitte, betrachten Sie jetzt den Menschen, der ein solches Referat halten muß. Dieser Mensch braucht Literatur. Sie wird ihm in Massen angeboten. Aber es ist eben nur die östliche Literatur. Die Bibliotheken werden fortlaufend gesäubert. Die Buchhandlungen werden fortlaufend überwacht. Es ist keine Möglichkeit, auf irgendeinem Gebiete wirklich freiheitliche Literatur zu bekommen. Auf der anderen Seite haben wir das Angebot der kommunistischen Literatur, und zwar die Literatur, die nicht nur die Politik betrifft, sondern die alle anderen Wirklichkeitsgebiete auch betrifft. Vielleicht ist das am allerdeutlichsten in der Erziehung zu finden, in jener Weise, in der die Kinder, die Jugend der Zone, in der Schule angesprochen werden. Da steht im Mittelpunkt das Fach der Gegenwartskunde, in der die Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion gelehrt wird und in der die Lehren des historischen und dialektischen Materialismus gelehrt werden. Dieses Fach beginnt in den frühesten Schuljahren, es begleitet den Schüler durch die Berufsschule, durch die Oberschule und durch die Universität. In der Geschichte wird alles nur betrachtet unter dem Gesichtspunkt einer Geschichte des Klassenkampfes. Der Geographieunterricht läuft hinaus auf eine Politökonomie. Der Deutschunterricht dient der Einprägung sogenannter fortschrittlicher Parolen und der Verherrlichung sowjetischer Literatur. Der Sprachunterricht ist zugeschnitten auf die russische Sprache, die wiederum vom 5. Schuljahr an obligatorisch durch alle Schuljahre hindurchläuft und weitergeht durch das gesamte Studium aller Fakultäten hindurch. Ja selbst der Mathematikunterricht ist nicht frei von dieser politischen Schulung. Denn auch die Textausgabe des Mathematikunterrichts ist aus der Welt des Sozialplanes entnommen. Ich darf dazu sagen, daß selbstverständlich auch der Biologieunterricht nur ausgerichtet ist auf dem Boden der Lehren von Mitschurin und Lyssenko.

Jener Versuch, der gerade jetzt im Osten unternommen wird, jener Versuch, nun auch die Kirchen in diese Welt einzuordnen, dient dazu, daß auch das letzte Fach, das noch frei von Kommunismus ist, der Religionsunterricht, der aber heute ein Schattendasein fristet, in dieser Weise auf „Linie“ zu bringen.

Das ist also das dritte Moment, das wir jetzt nennen müssen, diese Tatsache, daß der Mensch auf allen Gebieten unter diesen Einfluß gestellt wird, aber nicht nur auf dem politischen Gebiet.

Nun noch ein viertes Moment, nämlich das der intellektuellen Beeinflussung, verbunden mit der Fortkommensmöglichkeit. Man könnte sonst sagen, wenn uns überall dieses Angebot gemacht wird, dann können wir vielleicht mit dem linken Ohr hinhören und mit dem rechten alles wieder hinausgehen lassen. Es steht aber das eine fest, daß diese Ideologie in den Menschen der Zone hineingepreßt wird, mit der Verheißung eines Fortkommens und andererseits mit der Drohung der Zerstörung der Zukunftsmöglichkeiten. Das Kind weiß ganz genau, wenn es in der Schule eine schlechte Note in der Gegenwartskunde bekommt — die Zensur gibt ja nicht allein der Lehrer, denn er muß 2 FDJ-Angehörige mitwirken lassen —, daß es dann keine Chance hat, an die Oberschule zu kommen. Das Kind weiß ebenso genau, daß es Gefahr läuft, bei der Lehrstellenvermittlung schlecht abzuschneiden. Die Lehrstellen können wiederum nur volkseigene Betriebe vermitteln. Die volkseigenen Betriebe legen Wert auf die sogenannte gesellschaftliche Beurteilung. Der Oberschüler weiß, daß er ohne eine gute Beurteilung im Politischen keine Chance hat, jemals zu studieren. Der Student der Zone weiß wiederum, daß er vor Ablegung seines Fachexamens erst das politische Examen, das Examen in der russischen Sprache abzulegen hat. Wenn er das nicht besteht, wird er zum Fachexamen überhaupt nicht zugelassen. Auch der Mensch, der im Beruf steht, weiß das eine, daß von seiner Bewährung in der politischen Schulung sein weiteres berufliches Fortkommen abhängig ist. Wer dort von der Betriebsgewerkschaftsleitung schlecht beurteilt wird, hat kaum die Möglichkeit zu einer Verbesserung seiner Lage.

Machen wir uns das einmal deutlich. Das besagt, daß der Mensch also in dieser Weise diesem System ausgeliefert ist. Wenn ich vorhin sagte, es wird auf der einen Seite von der Angst her argumentiert und der Mensch wird angesprochen in der Angst mit jener falschen Hoffnung des Kollektivs, darf ich jetzt sagen, wenn Sie jetzt einmal an diese intellektuelle Beeinflussung denken, so ist sie letztlich wieder darauf gerichtet, künstlich Angst zu erzeugen, damit man dem geängstigten ausgelieferten Menschen diese Hoffnung des Kollektivs vorgaukeln kann. Hier liegt die ungeheure Gefahr, daß der Mensch der Zone auf diese Weise langsam aber sicher in jene Ideologie hineingetrieben wird, d. h. also, daß hier jene Verfälschung des Menschentums zum gesellschaftlichen Wesen Schritt für Schritt Wirklichkeit wird.

Aber lassen Sie mich noch auf ein weiteres Moment hinweisen, nämlich darauf, daß jede Beeinflussung des Menschen der Zone, jener Anspruch des Staates nicht nur ausgetragen wird auf dem intellektuellen Wege, sondern daß er ebenso stark ausgetragen wird auf dem Boden des Gefühlsmäßigen, des Emotionalen. Auch hier das Phänomen der Ausschließlichkeit. Keine andere Organisation wird neben der kommunistischen geduldet. Das Ziel ist, daß jeder Mensch der Zone organisiert wird. Das gehört zum Wesen des Apparatismus dazu. Erst wird man einmal organisatorisch erfaßt. Aber diese organisatorische Erfassung ist ja nur Mittel zum Zweck. Das Ziel ist, daß der Mensch in seinem Fühlen und Wollen erfaßt, in ihm ergriffen wird. Nicht nur sein Denken, sondern auch sein Fühlen soll vollständig auf diese Linie gebracht werden. Daraus soll sich in der Zone dann ein neues Ethos entwickeln. Aber dieses Ethos ist von dem unseren vollkommen verschieden, auch wenn es die gleichen Begriffe verwendet. Es ist, wie jedes Ethos, maßgebend von seinem Ziel her bestimmt. Das Ziel aber bleibt die Vergesellschaftung des Menschen. Alles, was diesem Ziel dient, ist gut. Dieses Ethos aber will man im emotionalen Menschen verankern. Es ist das Ethos des Kollektivs. Der Mensch soll sein Selbstsein preisgeben; er soll es als

gefährlich empfinden; er soll sich geborgen wissen im Kollektiv. Und damit tritt das Kollektiv an die Stelle Gottes. Ich sagte vorhin: Der christliche Mensch weiß sich frei zum Dienst der Liebe, weil er sich in Gottes Liebe geborgen weiß. Der Kommunist sucht diese Geborgenheit statt in der Liebe Gottes im Kollektiv. Das ist eben der Unterschied. Gott kann uns Freiheit gewähren, das Kollektiv kann es nicht. Deshalb muß es das Selbstsein des Menschen auflösen und zerbrechen. Dem dient in erster Linie wieder der Rausch. Ich glaube, man kann hier in dieser Kategorie nur noch sprechen: der Kommunismus, der dort auftritt und der den Menschen formen will, tritt als Ersatzreligion auf. Zu dieser Ersatzreligion — es ist wahrhaftig eine heidnische Religion — tritt nun die Ekstase. Zu ihr gehört der Rausch. Dem dienen die Aufmärsche und Demonstrationen. Ob es die Marschmusik ist oder der Rhythmus der sowjetischen Tanzgruppe, ob es die Sprechchöre sind oder die zweifellos mitreißenden Rhythmen der Komsomolzenlieder, ob es das Marschieren in Reih und Glied oder das Leben im Ferienlager ist, auf jeden Fall soll der Mensch hineingerissen werden in den Rausch des Kollektivs und soll das Empfinden haben, daß er der Macht dieses Kollektivs nicht mehr gewachsen ist, auch hier wieder emotional. Es soll das Erlebnis der Ausgeliefertheit, der Isolierung erzeugt und, auf der anderen Seite die Illusion einer Kraft dieses Kollektivs den Menschen vorgegaukelt werden.

Bitte verstehen Sie auch einmal von dieser Seite her diese sogenannten einmütigen Resolutionen, die man dort faßt. Verstehen Sie von dieser Seite auch jene merkwürdigen Wahlresultate mit 99 %. Man hat mich einmal gefragt, warum sagt man nicht gleich hundert. Das hat seinen sehr guten psychologischen Grund: Jeder, der dagegen gestimmt hat, soll das Gefühl haben, du gehörst zu dem einen Prozent; dort drüben stehen die 99 anderen, und du bist der Ausgestoßene, der von ihnen Verachtete. Man soll das Gefühl haben, am Ende doch unrecht zu haben. Wenn diese 99 mitmarschieren, diese Lieder mitsingen und diese Resolution fassen, vielleicht bin ich doch im Irrtum mit dem, was ich für richtig halte; dann soll ich mich ausgeliefert fühlen und das Gefühl haben, wehe, wenn diese Menge von 99 über mich als einzelnen herfällt, dann bin ich vielleicht innerlich reif, um zum mindesten erst einmal zu steigen. Wenn ich erst einmal steige, dann bin ich reif, daß es mich eines schönen Tages mit hineinreißt in dieses Kollektiv und ich nolens volens doch mitmarschiere. Ich sage das, was hier geschieht. Das ist mit den Mitteln dieser Ekstase, mit den Mitteln des Aufnehmens des Emotionalen, die Hineinführung des Menschen in jenes Menschenbild des Kommunismus, zu erreichen. Ich sagte, es ist Ersatzreligion. Das, was dort geschieht, ist auch ein regulärer Kult. Ich darf dabei daran erinnern, daß dieser Kult erst bei der Jugend aufgebaut wird. Aber wie lange wird es dauern, daß man dort drüben versuchen wird, diesen Kult auch zu einem Staatskult zu machen? Ein Beispiel: Da steht irgendwo ein Tisch, auf dem Tisch eine blaue Fahne der FDJ darübergespannt. Auf diesem Tisch steht ein Bild Stalins mit goldenem Rand, dahinter eine rote Fahne; darauf in goldenen Buchstaben irgendwelche, ich muß schon sagen, messianischen Sprüche wie „Stalin — der Erlöser der Arbeiterklasse“, „Stalin — der beste Freund des deutschen Volkes“, „Stalin — der größte Wissenschaftler aller Zeiten“, „Die Sowjetunion — die größte Friedensmacht“ und was sonst noch. Dann werden zu dieser Feier Stalin-Kantaten gesungen, deren Texte teilweise genau biblischen Psalmentexten nachgebildet sind und deren Melodien zum Teil einfach Johann Sebastian Bach entnommen sind. Weiter werden Lesungen veranstaltet, aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Dann

müssen die jungen Menschen an den Tisch vortreten und eine Art Gelübde ablegen, die sogenannte Selbstverpflichtung, in der sie meinetwegen versprechen, in ein Langaktiv in der Schule einzutreten oder in irgendein Arbeitsaktiv zusätzlich hineinzugehen. Man mache sich klar, daß das die emotionale Bindung des Menschen ist. Dahinter steht die Drohung: das nächste Mal mußt du Rechenschaft ablegen; wenn du es nicht so getan hast, wie du es versprochen hast, dann mußt du Selbstkritik üben und dir die Bußleistung des Kollektivs auferlegen lassen. Das ist die Form der Ersatzreligion, das ist die Form der Depravierung echter Religion und das, was die jugendlichen Menschen in diese außerordentlich schwierige Position bringt. So geht nun der Versuch weiter. Dazu gehört auch die Auflösung der Familie.

Was ist die Familie für die Zone noch? Was ist die Familie für den Kommunismus? Sie ist der Ort, an dem die Kinder zur Welt gebracht werden. Aber die Kinder, so behauptet der Staat, gehören ihm. Er erhebt diesen Anspruch auf die Kinder nicht nur theoretisch, er erhebt ihn vielmehr praktisch, und zwar so, daß man dort drüben beispielshalber die Kindergartenpflicht einzuführen bemüht ist. Man soll sie bereits vom dritten Jahre an unter staatliche Führung stellen. Auf der anderen Seite versucht man, Vater und Mutter in den Arbeitsprozeß einzuspannen, um die Kinder damit von ihnen wegzubringen und sie unter den Einfluß des Staates zu bringen. Das ist wieder nichts anderes als der Versuch, mindestens die junge Generation völlig zum Typ des gesellschaftlichen Menschen umzuformen.

Wie steht es drüben mit der Arbeit? Es ist dasselbe. Auch Arbeit ist Ausschaltung des Selbstseins. Das zeigt sich schon bei der Lehrstellenvermittlung. Es geht nicht mehr darum, was der einzelne wünscht, sondern darum, wofür ihn der Staat braucht. Er ist nicht mehr Eigenmensch, er ist nur noch Mittel zum Zwecke der staatlichen Produktion. Was bedeuten alle die vielen Worte vom Klassenkampf? Diese werden im Westen angewendet. Da propagiert man soziale Gerechtigkeit. Aber drüben, wo das Kollektiv herrscht, ist alles das vergessen. Ich erinnere hier noch einmal an das Ethos: Gut ist, was dem Kollektiv dient. Wenn das Kollektiv eben verlangt, daß die Menschen mehr als 8 Stunden arbeiten, dann ist das gut. Wenn das Kollektiv verlangt, daß Sonntagsarbeit geleistet wird und Sonderschichten eingelegt werden, dann ist das gut. Wenn das Kollektiv verlangt, daß der Mensch im Uranbergbau seine Gesundheit ruiniert, dann ist das gut. Das Kollektiv fordert, und der Mensch hat sich ihm einzufügen. Wenn der Mensch zum Arzt kommt, dann geht es nicht danach, wer am bedürftigsten für die Hilfe ist. Ich darf hier erinnern an einen Fragebogen, den die Sozialversicherungskasse an die Aerzte verschickt hatte. Da stand drin, in welcher Reihenfolge Menschen zum Erholungsurlaub zu schicken sind. Da kommt an der ersten Stelle der Aktivist, dann kommt der Arbeiter der sowjetischen Aktiengesellschaft, dann der Arbeiter aus dem volkseigenen Betrieb, dann der Funktionär der Parteien und dann kommt vielleicht einmal der Mann, der im Privatbetrieb arbeitet. Der alte oder kranke Mann kommt überhaupt nicht an die Reihe; er kann warten. Es geht gar nicht um die Frage, welcher Mensch ist krank und welchem Menschen ist zu helfen. Die These lautet: welcher Mensch ist für uns nützlich. Solange er nützlich ist, gilt er. Ist er nicht nützlich, dann wird er beiseite geworfen. Der Mensch ist nur gesellschaftliches Wesen. Nur sein gesellschaftlicher Nutzen ist letztlich für den Staat maßgebend.

Von dieser Seite her wird der Mensch in diese Form gepreßt. Es wird ihm gesagt: ja, du mußt das Opfer bringen. Ueber das Opfer führt das

Glück von übermorgen, jenes kommende Glück, das der Kommunismus verheißt. Deshalb in diesem Sinne Formen, die wir in der Familie, in der Arbeit und im Gesundheitsleben haben, die die ganze soziale Wirklichkeit der Zone prägen. Schalten Sie alles das, was Sie je im Westen über Sozialismus gehört haben, dabei aus (Beifall.); alle jene programmatischen Forderungen, die die Kommunisten im Westen stellen, sind nichts anderes als Klassenkampfparolen. Im Moment, wo sie an der Macht sind, gelten diese Parolen nicht mehr (Beifall.); es gilt nur noch der Wille des Kollektivs. Ich sagte, das Kollektiv verfügt über den Menschen. Wenn heute die These drüben vom gerechten Krieg vertreten wird, in dem man alles einsetzen muß, dann ist es ja im Grunde genommen auch nichts anderes. Wenn dieses Kollektiv den Krieg beginnt, dann ist er eben gerecht. Jeder andere Krieg ist ungerecht. Daher heute die Forderung, sich in die Nationalarmee einzureihen. Man wagt diese Forderung nämlich zu stellen, weil man glaubt, man habe den Menschen innerlich schon in dieser Weise zerbrochen, daß dieser Mensch gar nicht mehr in der Lage ist, ernsthaften Widerstand zu leisten.

Ich habe Ihnen jetzt diese Situation geschildert. Nun mag vielleicht die eine Frage auftauchen, das ist der Anspruch, unter dem der Mensch lebt, die Wirklichkeit, die an ihn herantritt und das, was man aus ihm machen will. Sie mögen jetzt als Westdeutsche fragen: ist der Mensch der Zone diesem Anspruch erlegen? Ich wage nicht, mit einem einfachen Nein zu antworten. Denn wir müssen die Dinge hier sehr nüchtern sehen. Auf der einen Seite darf ich sagen, es gibt eine Gruppe — es ist vielleicht die kleinste —, die nun wirklich der Ideologie erlegen ist. Ich sagte schon, es ist jene Gruppe, die in der Jugend vertreten ist, die noch mit einem Idealismus sich berauschen läßt von diesem kommunistischen Anspruch auf intellektuellem und emotionalen Gebiet. Daneben steht die viel größere — ich glaube die größte — Gruppe von Menschen, das sind die, von denen ich sagen möchte: sie sind innerlich gelähmt. Es sind die Menschen, die sagen, das wollen wir nicht. Sie empfinden noch die Gefahr, die von diesem Kollektivgedanken ausgeht; sie spüren noch, was dort an sie herantritt und was ihrer Geschichte und Menschenwürde zuwider ist. Das schlimme ist, daß sie eigentlich nur noch negieren können. Sie sind innerlich gelähmt, und ihr Gedanke ist immer nur: ja, wenn wir das doch endlich los wären, wenn wir doch einmal frei würden. Da ist es zunächst einmal, das müssen wir sehr sachlich sehen, ein frei von etwas, frei von diesem Druck, frei von dem Gewissenszwang, frei von dem Terror, frei von dem, was für uns Verbrechen ist und wir nicht mitmachen, davon wollen wir frei sein. Das ist aber eben nur ein Negativum. Das ist das, was wir sehen müssen, was in sieben Jahren Eisernen Vorhangs wirklich drüben erreicht worden ist, daß den Menschen weitgehend jetzt der klare Blick für das fehlt, was nun eigentlich an die Stelle der Wirklichkeit treten sollte. Das sind die Menschen, denen unsere ganz besondere Fürsorge gilt, die wir ansprechen müssen (Beifall), und zwar einfach aus dem Grunde heraus, weil sie heute in der Gefahr sind, keinen Weg zu gehen. Wenn man keinen Weg findet, gerät man in die Gefahr, zu resignieren. Wenn man resigniert, dann ist man langsam reif für das Kollektiv.

Ich darf Ihnen nicht verschweigen, daß es andere Menschen gibt, die die Dinge durchschauen. Das ist einmal die Gruppe älterer Leute, die wirklich Erfahrung haben, die wirklich politisch denken gelernt haben und die noch unterscheiden können, die eben um eine bessere Hoffnung als die kommunistische wissen. Das ist zweifellos die Gruppe bewußter Christen,

jene Menschen, die ihren Halt im christlichen Glauben finden, die nicht bereit sind, sich ohne weiteres diesem System zu unterwerfen.

Es gibt noch eine dritte Gruppe, die wir auch nicht übersehen dürfen, nämlich deren Glaube an das Kollektiv schon zerbrochen ist. Es sind jene Menschen, die die Enttäuschung schon erlebt haben und die nur danach ausschauen, daß ihnen etwas anderes und besseres gegeben wird. Nun sage ich wieder: Diese Menschengruppen, unter diesen die dritte, stehen heute unter dem Terror. Ich habe bisher wenig vom Terror gesprochen. Ich habe gesprochen von intellektueller, von emotionaler Einwirkung und von jenen Menschen, die erst dort geförmt werden. Ich darf nur das eine sagen: Der Terror ist für den Kommunismus das Mittel zum Zweck. Er soll die zerbrechen, welche gegen das kommunistische System stehen. Der Terror soll den anderen, wenn man ihn nicht ausschalten kann, durch Informationsmangel, zerbrechen; deshalb die Schaulprozesse und all diese fürchterlich schweren und harten Strafen. Sie sollen abschreckend wirken und den Menschen sagen: es hat doch keinen Zweck mehr zu widerstehen. Darin liegt vielleicht die gefährlichste Form des Terrors, nicht nur, daß er Zwang ausübt, sondern darin, daß er wieder dieses Gefühl der Ausweglosigkeit und des Ausgeliefertseins erwecken will, um damit den Menschen reif zu machen für die falsche Hoffnung des Kollektivs.

Das also ist das Bild des Menschen in der Sowjetzone: der Mensch in der Angst, der Mensch unter der Verheißung des Glückes im Kollektiv, der verlockt wird, sein Menschsein preiszugeben, der Mensch unter der intellektuellen Schulung, der Mensch ohne Information und damit ohne Urteilsfähigkeit, der Mensch, der nur noch lernt und nicht mehr denkt, der Mensch, der mitgerissen werden soll durch den Rausch des Kollektivs, der Mensch, über dem die Drohung der Vernichtung seines Selbst steht, wenn er widersteht. Das ist der Mensch der Sowjetzone, der Mensch, der — um es mit Pestalozzi zu sagen — verstaatlicht werden soll. Wie können wir ihm helfen? Darüber wird an dieser Stelle nachher noch manches gesagt werden. Lassen Sie mich nur als Mensch in der Zone das eine jetzt noch sagen: Der Antikommunismus und der Antisowjetismus allein tun es nicht. (Beifall.) Es ist sinnlos, die Augen vor jener Wirklichkeit der Zone zu verschließen. Aber es ist auch sinnlos, nur Schrecken zu empfinden und vielleicht auf die Idee einer reinen Gewaltlösung zu kommen. Dieser Kommunismus ist eine Idee, aber eine un menschliche Idee. Um des Menschen willen müssen wir ihm eine bessere Idee entgegensetzen. Welche kann das sein? Es ist die, die den Menschen in seiner Menschlichkeit anerkennt, die als oberstes Ziel die Erhaltung des menschlichen Selbst ansieht. Es ist jene Idee, die von da aus nicht den Individualismus, sondern den freiwilligen Dienst des Individuums für die Gemeinschaft fordert, jenen Dienst, der noch größere Opfer und eines noch größeren Idealismus fähig ist als die Kommunisten. Es ist jene Idee, die den Menschen nicht verbirgt, daß die Freiheit Wagnisse in sich birgt. Ich glaube, es ist der wirkliche Realismus, der aussagt, daß wir nirgends in der Welt Geborgenheit finden, auch nicht im Kollektiv, sondern daß wir als Menschen nur einmal zur Freiheit, zum Wagnis der Liebe gerufen sind. Wir müssen jener Angst, die der Nährboden für den Kollektivismus jeder Prägung ist, den Mut entgegensetzen, aber nicht jenen Mut, der sich im Kriegerischen erschöpft, sondern den Mut zum Leben, den Mut zur Liebe und den Mut zur Verantwortung.

In dieser Haltung, die wirklich demokratisch ist, dürfen wir uns nicht irre machen lassen; aus ihr heraus müssen wir den Kontakt zu unse-

ren Brüdern in der Zone suchen, müssen durch das brüderliche Wort, die brüderliche Schrift jenen Eisernen Vorhang um die Seelen zerbrechen, müssen durch Zuführung geistiger Nahrung ihnen die Möglichkeit zur Information und zur Bildung von Denk- und Urteilkraft geben und müssen durch unser Beispiel des Mutes ihnen die Kraft vermitteln, in ihrer viel schwereren Lage nicht zu verzagen, sondern ebenfalls Mut zu haben. (Beifall.)

Aber können wir das alles? Können wir durch unseren Mut den Rausch der Ohnmacht brechen und die Menschen dort wieder zu Menschen machen, zu Wesen, die frei denken und urteilen können? Zu diesem Mut gehört der Glaube. Wir wollen christliche Demokraten sein. (Beifall.) Verkennen wir nicht die Verlockung der Geborgenheit im Kollektiv; wir haben ihr keine andere innerweltliche Geborgenheit entgegenzusetzen; denn jede andere würde ebenfalls den Menschen seines Menschseins berauben. Wir haben ihr nur die Geborgenheit in Gott entgegenzustellen; aber weil wir deren in Jesus Christus gewiß sein dürfen, weil Gott seinen Sohn für uns, obwohl wir Sünder sind, sterben und auferstehen ließ, deshalb haben wir diese Gewißheit der Geborgenheit in seiner Liebe, und nur deshalb können wir auch den Mut zur Freiheit und den Mut zur Brüderlichkeit haben. (Beifall.)

Gottes Wille ist der Mensch; das sei uns Verpflichtung gegenüber unseren Brüdern in der Zone; wie wollten wir ohne den selbständigen und freien Menschen je eine Demokratie erbauen? Um dieser freien, auf Recht und Menschenwürde gegründeten Demokratie des ganzen Deutschlands willen wollen wir heute den Menschen der Zone in seiner Not sehen, aber wir müssen versuchen, ihm zu helfen; denn wir brauchen auch ihn im Deutschland der Zukunft. Solange wir zu ihm die Brücke jenes Glaubens, der wahrhaftig die Angst und damit die Welt überwindet, schlagen können, wissen wir uns mit ihm, darin verbunden, wecken wir seinen Glauben angesichts der Bedrohung des Kollektivismus für sein Menschsein; wenn die Menschen dort drüben den Glauben an Gott und den Glauben an sich selbst als Gottes Kinder nicht verlieren, dann werden diese Menschen der Zone an jenem Tage der Freiheit, die sie heute ersehnen, und die sie innerlich im Glauben erhalten müssen durch den Glauben, einen wertvollen Beitrag zu einer Demokratie auf christlicher Grundlage leisten können.

Wir können heute nur den einen Wunsch und die eine Bitte aussprechen: Mag der Westen in seinem Glauben Mut und Kraft finden, nicht nur sich selbst zu erhalten und auszurichten, sondern diesen Dienst der Brüderlichkeit an den Menschen der Zone zu tun. Mag dieser Glaube die Einheit sein, die kein Terror und keine Verführung zerstören können, sondern die uns verbindet über Zonengrenze und Eisernen Vorhänge hinweg und die uns damit die Gewißheit gibt, daß am Ende das bessere Ideal und der Mut der Persönlichkeit dem Kollektiv gegenüberstehen, zum Segen für unser Volk und damit auch zum Segen und zur Freiheit für den Menschen der Zone, die die Zukunft in ihrer Hand halten mögen.

(Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Gockeln:

Sie haben Herrn Professor Köhler gedankt und damit gleichzeitig die Frage entschieden, daß es gut war, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. (Beifall.)

Wenn ironisierende Gegner gemeint haben, das sei das Thema eines Kirchentages, so muß ich sagen, das war ein sehr lebensnaher Professor. (Beifall.) Sie haben aus eigenem Erlebnis und eigener Erfahrung berichten

können, Herr Professor. Doch haben Sie Dinge gesagt, die jeder spürt und jeder sieht, der das zur Grundlage seines Urteils und seiner Beurteilung macht, nämlich die Tiefe, die Wahrheit und den Mut. Auch in diesem Sinne sind Sie ein echter Professor. Wir wollen jeder Universität gerne das schöne Wort verleihen, daß sie eine freie Universität ist, wenn unser Volk immer Professoren hat, die die Tiefe, die Wahrheit und den Mut so verbinden, wie Sie es in dieser Stunde hier getan haben. (Starker Beifall.)

Professor Köhler hat an einer Stelle gesagt: Es genügt nicht das Nein zu der Welt, die uns ein Grauen bedeutet, sondern wir müssen auch eine eigene Welt haben, die lebenswert und glaubhaft ist. Die nächstfolgenden Themen machen den Versuch, von uns aus zu dieser Forderung einen Beitrag zu liefern. Unser Kampf um den Menschen im Staat, Betrieb und in der Familie, so lauten die Themen. Das sind Beiträge, die dem Ziel, das der Vorredner gefordert hat, dienen sollen.

Geist läßt sich nicht kontingentieren, wohl aber muß das parlamentarische Leben eine echte Ordnung haben. So haben wir den Referenten 30 Minuten zugedacht für die Behandlung des Themas, zu dem sie aufgerufen sind.

Unser Kampf für den Menschen

Wir beginnen mit den Darlegungen unseres Kollegen Kiesinger.

Unser Kampf für den Menschen im Staat

Bundestagsabgeordneter Kiesinger:

Das Dasein jedes Staates, so sollte man meinen, wird durch die umfassende Sorge für das Wohl seiner Bürger gerechtfertigt. Aber sowohl der Liberalismus wie der Sozialismus in ihren radikalen Ausprägungen haben dies geleugnet. Der Liberalismus alter Schule vertrat die These, daß die Aufgabe des Staates Rechtsschutz und nichts mehr sein sollte. Alles andere werde sich im Kräftefeld der Gesellschaft frei und harmonisch gestalten. Der radikale Sozialismus ging weiter. „Wir setzen uns als letztes Ziel, den Staat zu zerstören“, sagte Lenin. Es gehört zu den wunderlichen Einfällen der Geschichte, daß die Begründer des mächtigsten und gefährlichsten Staatskolosses in Lehre und Zielsetzung bis auf den heutigen Tag den Staat verneinen. Der Staat ist, nach Lenin, nie etwas anderes als „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“. Davon nimmt er auch den vermeintlichen kommunistischen Übergangstaat nicht aus, wenn es auch in diesem Zustand nur noch eine Unterdrückung, wie er meint, der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten sei. Auch dieser Staat soll nach der marxistischen Lehre schließlich absterben, je mehr sich die klassenlose Gesellschaft verwirkliche. Diese These, die von Friedrich Engels stammt, schränkte Stalin allerdings bedeutsam ein. Er sagte: Sie gelte nur, wenn nahezu alle Länder kommunistisch geworden seien, andernfalls bedürfe das kapitalistisch eingekreiste kommunistische Land einer starken Staatsgewalt zu seiner Verteidigung. Damit ist etwas Bedeutsames geschehen. Entweder ist die marxistische These des im Kommunismus absterbenden Staates aufgegeben, oder aber der Sieg der kommunistischen Weltrevolution als eine Frage von Sein oder Nichtsein des Kommunismus überhaupt postuliert.

Wir haben guten Grund, uns diese Gedankengänge, so theoretisch sie uns anmuten mögen, in die Erinnerung zu rufen, in dieser Stadt, die

äußerste Vorhut ist der freien Welt und durch die zugleich die Grenze schneidet, welche die freie Welt von der des Bolschewismus trennt. Aus solchen Gedankengängen ist ja diese höchst reale und gefährliche Gegenwart entstanden.

Das warnende Beispiel des Bolschewismus und der nationalsozialistischen Diktatur haben in unserem Land die Sorge erneut auf das Problem des Schutzes des Menschen vor der Allmacht eines totalitären Leviathans gelenkt. Hier kann die Parole nur heißen: Nie wieder, wenn uns Freiheit und Würde des Menschen nicht nur Worte, Schall und Rauch bedeuten sollen.

Aber ich greife das Wort meines verehrten Vorredners auf: Damit ist es nicht getan! Mit der Abwehr des totalen Zwangsstaates ist der Kampf für den Menschen im Staat keineswegs bestanden. Das Problem der Selbstbehauptung des Menschen besteht auch im Staat der freiheitlichen Demokratie. Diese entwickelte sich seit dem ersten Weltkrieg zum modernen Wohlfahrtsstaat, der mit allen seinen Schwächen und Gefahren ein Teil des Schicksals unserer Generation geworden ist. Es wäre aber auch ein böser Irrtum, wenn wir das Problem der Selbstbehauptung des Menschen, etwa die Wahrung seiner Freiheit, nur auf das Verhältnis zum Staat beschränkt sehen.

Der Staat ist nur ein Teil des modernen Leviathans. Die Gefahr der technisch-industriellen Massenzivilisation besteht ja eben darin, daß die Freiheit des einzelnen nicht nur vom Staat, sondern von einer Fülle anderer Mächte, Organisationen, Institutionen, technischen Zwangsabläufen und genormten Lebensvorgängen beschränkt und bedroht wird.

Aber man muß selbst über diese Feststellung noch hinausgehen: Wir unterstellen zu selbstverständlich Menschen, die frei sein wollen und können, und denen dieser Wille die Kraft gibt, sich gegen die umschlingenden Polypenarme des modernen Massenwesens zu wehren. Wir wissen aber, daß der moderne Vermassungsprozeß den Menschen nicht nur äußerlich bedroht. Er dringt zerstörend in die Gehirne und Herzen der Menschen ein. Die Kollektivierung des einzelnen, seines Geistes- und Gefühlslebens, der wachsende Einfluß einer Kollektivpsyche, die den einzelnen, ob er es weiß oder nicht, von innen bedroht, unmittelbar bestimmt und lenkt, bedeutet einen viel gefährlicheren Verlust der Freiheit als den, den wir herkömmlich zu fürchten gewohnt sind. Wer nicht mehr frei sein kann, oder im Wahne frei zu sein, in Wahrheit doch nur von den Regungen der Massenpsyche bestimmt und gelenkt wird, wird zum unheimlichen Zerrbild des Menschen. Mit solchen Wesen wird auch die Demokratie zum Gespenst. Fügen wir hinzu, daß diese Bedrohung eine Menschheit trifft, die nach Jahrhunderten eines „ruchlosen“ Fortschrittsoptimismus und eines pseudo-religiösen Glaubens an den Gleichlauf des technischen und des geistig-moralischen Fortschritts nun in den Trümmern ihrer Welt heimatlos ausgesetzt ist. Es ist das Ende des Glaubens an den autonomen Menschen, dem wir gegenüberstehen. So werden selbst die vorsichtigsten Beurteiler unserer Situation zu der Feststellung gezwungen, daß der Mensch in seiner innersten Substanz überall auf dieser Welt noch nie so gefährdet war wie heute. Die Auslagen unserer Buchhandlungen „Vom Untergang des Abendlandes“ oder dem „Aufstand der Massen“ bis zu den beschwörenden oder verzweifelten Bemühungen der Existenzphilosophie schreien es uns ja förmlich entgegen.

Ich will nicht mißverstanden werden. Die Vermessenheit der Untergangsprophezeiung liegt mir ebenso fern wie der leichtfertige Optimismus des beständigen Fortschritts. Der Mensch hat in der Tat wunderbare Möglichkeiten, und ich stimme einem unserer Existenzphilosophen, Karl Jaspers, zu, der schon im Jahre 1930 schrieb:

„Eine Welt vollkommener Glaubenslosigkeit zu denken, in ihr die Maschinenmenschen, die sich und ihre Gottheit verloren haben . . . , das ist nur formal einen Augenblick möglich. So, wie es der inneren, unbedingbaren Würde des Menschen widersteht, zu denken, er sterbe, als ob er nichts gewesen wäre, so auch, es würden Freiheit, Glaube, Selbstsein zugrunde gehen, als ob es gerade so gut mit einem technischen Apparat ginge. Der Mensch ist mehr, als er sich in solchen Perspektiven vor Augen führt, . . . was geschehen wird, sagt keine zwingende Antwort, sondern das wird der Mensch, der lebt, durch sein Sein sagen. Die erweckende Prognose des Möglichen kann nur die Aufgabe haben, den Menschen an sich selbst zu erinnern.“

Nach diesen theoretischen Ausführungen: Genau an diesem Punkt fällt auch die wichtigste Entscheidung unseres Kampfes für den Menschen im Staat. Ein deutscher Gelehrter hat jüngst im Hinblick auf die Situation des Menschen gemeint, es sei ein Jammer, daß diejenigen, die im Hinblick auf die Situation des heutigen Menschen die Dinge sähen, nicht die Macht hätten, das Problem zu lösen, und andererseits die Machträger nicht die Fähigkeit hätten, die Probleme zu sehen. Nun, wir versuchen, diese Probleme zu sehen und zu lösen.

Ich rede nicht nur von der äußeren Daseinsfürsorge als einer Aufgabe des Staates in seinem Kampf für den Menschen. Wir haben das oft und oft ausgesprochen. Der frühe Liberalismus, mitunter auch der heutige, hatte gewiß unrecht, wenn er glaubte, das freie Spiel der Kräfte werde für einen gerechten Ausgleich sorgen. Die christliche Soziallehre hat diesen Irrtum niemals geteilt. Der Staat muß planen und handeln, den allgemeinen Wohlstand fördern und hilflose Not nach Kräften lindern. Eine Fülle von unausweichlichen Aufgaben drängt sich ihm daher in den weiten Gefilden der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Wir teilen aber mit dem Liberalismus die tiefe Abneigung gegen den alles bevorzughenden sozialistischen Wohlfahrtsstaat (Beifall), auch wenn er nicht marxistischer Herkunft wäre. Dieser sozialistische Wohlfahrtsstaat kann nach unserer Überzeugung weder erfüllen, was er sich vornimmt, noch gerät er den Menschen sonst zum Heil. Er erstickt den Unternehmungssinn, bürokratisiert das ganze Leben und gefährdet, wie manche Sozialisten ehrlich zugestehen, die Freiheit. Die These des „freiheitlichen Sozialismus“, die wir von dem Dortmunder sozialdemokratischen Parteitag her vernommen haben, betrachteten wir mit Rührung, mit einer gewissen Sympathie sogar, aber zugleich mit einer großen Skepsis. Nach unserer Meinung wird ein Getränk nicht dadurch bekömmlich, daß man einen tüchtigen Zuschuß von Wasser zusetzt. (Beifall.)

Und ein unverdächtiger Zeuge, Josef Schumpeter, ein sozialistischer Zeuge, hat gesagt, der sozialistische bürokratische Wohlfahrtsstaat werde — man höre — „eher faschistische als demokratische Züge tragen“. (Hört-Hört-Rufe.)

Ich rede auch nicht von der schwierigen Aufgabe der Außenpolitik, die unsere Grenzen schirmen, die staatliche Einheit unseres Volkes, wiedergewinnen, den Frieden erhalten und in Eintracht mit den Gutgesinnten aller Völker, der Völker Europas im besonderen, die unselige Epoche der

machtstaatlichen Anarchie und des ewigen europäischen Bruderkrieges beenden helfen soll. Dies alles sind Voraussetzungen für die größere Aufgabe, die auch den Staat, über die äußere Daseinsfürsorge hinaus, unter das große Gebot des „Rettet den Menschen“ stellt, das jüngst auf dem Kirchentag in Stuttgart ausgesprochen wurde. Kein Gedanke daran, daß der Staat etwa allein imstande wäre, das Rettungswerk zu vollbringen. Aber der Staat kann helfen, mehr und kräftiger als manche glauben wollen. Er kann dadurch helfen, daß er alle Rettungsmächte unserer Zeit aufruft, ermutigt, fördert und sich mit ihnen gegen das menschenfeindliche Massenwesen verbündet. Was ihm allein nicht gelingen könnte, ja, was seines Amtes entschieden nicht ist, das kann im Bunde mit diesen Mächten glücken. Darum, meine Freunde, haben wir uns ja christliche Demokraten genannt, denn die größte Rettungsmacht ist und bleibt das Christentum. (Beifall.) Wir möchten hoffen und wünschen, daß diese Einsicht endlich auch bei denen wächst, um ihres eigenen Heiles willen wächst, die immer noch glauben, gegen das Christentum mit den Ressentiments des vergangenen Jahrhunderts ankämpfen zu müssen. (Beifall.)

Darum mühen wir uns um die Durchsetzung des Prinzips der Subsidiarität, jenes Prinzips, wonach der Staat nur solche Aufgaben übernehmen soll, die ihm ein- und nachgeordnete Gemeinschaften nicht selbst bewältigen können, damit er sich nicht übernehme und damit er das, was seines Amtes ist, um so besser ausführen könne. Darum kämpfen wir um die materielle, rechtliche und geistige Sicherung der Familie. Darum streiten wir für alles, was den anonymen, nivellierenden, zerstörenden, kollektiven Kräften Widerstand entgegengesetzt.

Die Arbeiterfrage? Es geht uns nicht nur darum, daß der Arbeiter für sich und die Seinen Nahrung und Sicherheit habe, sondern vor allem darum, daß er in den Stand gesetzt werde, ein freier und fröhlicher Mensch zu sein, Glied oder Haupt einer gesunden Familie, verbunden und verwachsen mit seinem Betrieb, ein tätiger, selbstbewußter, nicht von Ressentiments und Mißtrauen, sondern von Verantwortungswillen und Verantwortungsfreude erfüllter Bürger seiner Gemeinde und seines Staates. Darum müssen wir kämpfen. Es geht um die Seele des Arbeiters. (Beifall.) Wir wissen wohl, daß, solange eine große Zahl unserer Arbeiter noch davon überzeugt ist, daß ihr materielles und geistiges Wohl in einer sozialistischen Ordnung aufgehoben sei, sie solange eben für diesen Sozialismus kämpfen werden. Wir müssen ihnen durch Wort und durch Tat klar und überzeugend machen, daß ihr Heil anderswo liegt. (Beifall.)

Unsere Agrarpolitik? Es geht uns nicht nur darum, daß die Ernährung unseres Volkes, soweit der deutsche Boden sie gewähren kann, gesichert und dem deutschen Bauern der gerechte Lohn seiner Arbeit beschieden sei. Es ist wahr, daß kaum ein anderer Stand den zerstörenden Kollektivkräften soviel Widerstand entgegenzusetzen vermag wie der Bauernstand, wenn er sich nicht nur um Vieh und Scholle kümmert, sondern auf seine im edelsten Sinne des Wortes volkstümliche Weise sein Verhältnis zur Welt des Geistes und der Religion bewahrt und vertieft. Dann dürfen wir das Wort vom Bauerntum als den Gesundbrunnen des Volkes getrost übernehmen. (Beifall.)

Unsere Mittelstandspolitik? Es geht uns nicht nur um die Rettung eines im Industriezeitalter in schwere Bedrängnis geratenen Standes unseres Volkes, einer Schicht, deren Sympathien wir uns etwa für die Wahlen erhalten wollen. Nein! Diese Schicht muß bewahrt werden, gemeinsam mit dem Bauerntum, als Ausgleich und Übergang zwischen

den Riesenmächten des großen Unternehmertums und der Industriearbeiterschaft, als Wurzelboden vieler kleiner und selbständiger Existenzen, die im Kampf um ihre Selbstbehauptung Fleiß, Unternehmungsgeist, Sparsinn und Redlichkeit im eigenen Verantwortungsbereich zu bewähren haben. Das sind Fähigkeiten und Tugenden, die dem Massenwesen stracks zuwiderlaufen. (Beifall.)

Unsere Politik für die Heimatvertriebenen? Wir werden niemals aufhören, das unverzichtbare Recht des Menschen auf seinen Heimatboden zu verteidigen. Wir gestehen niemanden, am wenigsten den Handlangern des Bolschewismus, das Recht zu, auf dieses Recht für sie zu verzichten. (Starker Beifall.) Das Schicksal unserer Heimatvertriebenen zeigt beredter als alles, wie weit die Achtung vor den Menschen in unserer Zeit geschwunden ist. Man verfügt über sie wie über leblose Dinge. (Zurufe: Sehr wahr!)

Aber da niemand sagen kann, ob und wann sie ihre Heimat wiederfinden werden, dürfen sie für uns nicht als lästige Kostgänger gelten, sie dürfen nicht Heimatlose bleiben. Unsere Heimat ist auch die ihrige. Wir werden auch nach dem Gesetz über den Lastenausgleich noch viele und schwere praktische Probleme zu bewältigen haben. Aber gestehen wir es uns nur zu: Die eigentliche Lösung liegt nicht im Organisatorischen, sondern in der Herzensbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, den Heimatvertriebenen ein gleiches und volles Heimatrecht zu geben. (Starker Beifall.)

Aus der geschilderten Situation des Menschen in dieser Zeit ergibt sich auch die große Linie unserer Kulturpolitik. Sie ist Ländersache, gewiß, und es ist gut so. Aber ihre allgemeine Richtung zu bestimmen, ist dennoch unsere gemeinsame Aufgabe. Hier vor allem muß der Staat den Bund mit den großen Rettungsmächten des Geistes und besonders den religiösen Kräften schließen. Denn sie vermögen das, was der Staat niemals kann: am Ort der Entscheidung zu wirken. Denn der Ort der Entscheidung ist die Seele des einzelnen Menschen. Der Staat selbst kann nur vorbereiten, Wege bahnen, erleichtern. Ich frage mich; ob wir dieses weite Feld schon genügend bestellt haben, insbesondere das weite Feld der Erziehung unserer Jugend. Ich glaube, wir haben da manches nachzuholen und besser zu machen. Die Rücksichtnahme nur auf die vielberühmten praktischen Anforderungen des Lebens in allen Ehren, aber wichtiger scheint mir, daß wir unseren Kindern helfen, von früh auf den kollektiven Mächten zu widerstehen und Mensch zu bleiben. (Beifall.) Die reine Wissensschule erreicht dieses Ziel ganz bestimmt nie.

Wir sollten aber auch, was in unseren Zeiten selten geschieht, einmal der allgemeinen Lage der Dichtung, der Musik und der Künste in unserem Vaterlande gedenken. Seit Jahrhunderten pflegt man doch die Gezeiten der Kultur eines Volkes am Stande der Künste zu messen. Nur wer durch die technisch-industrielle Entwicklung geblendet ist, kann übersehen, daß wir wenig Grund zur Freude und Genugtuung haben. Manche mögen meinen, daß die Musen eben auch im kalten Kriege schweigen. Aber ich finde, ein Anlaß zur Sorge besteht dennoch. Der Himmel behüte uns vor einer Staatskunst totalitärer Prägung. Sie ist Fratzenwerk, weil sie einem Götzen dient. Hier hilft nur gärtnerische Pflege und Geduld. Aber ich finde, sie würde sich lohnen. Die wirklichen Begabungen, die heute in Deutschland zu dichten, zu komponieren, zu malen, zu bauen und zu bilden wagen, sollten diese pflegenden Hand spüren. Auch die Kunst geht ja nach Brot, und viele Künstler in Deutschland frieren heute vor Einsamkeit. Wir waren einmal stolz darauf, daß eine große Französin uns das Volk der

Dichter und Denker genannt hat. Ich finde, wir sollten diesen Ehrentitel nicht leichten Herzens preisgeben.

Es ist nicht Aufgabe meines Referates und dieses Parteitages, wie schon gesagt wurde, einen Rechenschaftsbericht über das Geleistete und ein genaues Programm unserer zukünftigen Arbeit zu geben. Dies wird die Aufgabe des Parteitages sein, den wir zu Beginn des kommenden Jahres in Hamburg halten werden. Warum sind wir hierher nach Berlin gegangen? Hierher, meine Freunde, sind wir gegangen, weil wir in unmittelbarer Konfrontierung mit der Welt des Ostens unser zentrales Anliegen mit allem Ernst und aller Klarheit aussprechen wollten, für alle vernehmlich und für uns alle verpflichtend.

Der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei hat auf dem Dortmunder Parteitag folgendes gesagt: „Ein Europa, das in seinen bestimmenden Kräften konservativ und restaurativ in die große Auseinandersetzung... mit dem Totalitarismus eintritt, begibt sich von vornherein einer der größten Chancen des Sieges für Freiheit und Gerechtigkeit.“

Nun, wir glauben nicht, daß die Chancen eines Sieges in der Auseinandersetzung des revidierten Sozialismus mit dem radikalen Sozialismus des Ostens liegen wird. (Beifall.) Der revidierte Sozialismus würde in diesem Kampf sicherlich den kürzeren ziehen. (Zurufe: Sehr richtig!) Aber gewiß sind wir der Überzeugung, daß eine bloß restaurative Politik zum Scheitern verurteilt wäre. Was sage ich: sie ist längst gescheitert. Denn es ist ja immer noch der Glaube an die Welt des autonomen Menschen, es sind ja doch immer noch die vergilbten Rezepte des versunkenen Jahrhunderts, die uns da als etwas Neues und Zukunftsträchtiges angepriesen werden. Begreift man denn drüben immer noch nicht, worum es geht? Daß man zum zentralen Problem vorstoßen muß, zur Wirklichkeit des Menschen, die sehr viel schwieriger, verwickelter und gefährlicher ist, als man sie in jenen Konzeptionen wahr haben möchte. Wir hören mit Aufmerksamkeit auch auf ein kritisches Wort des politischen Gegners, aber der Vorwurf des Restaurativen trifft uns wahrhaftig nicht. Ich frage mich, ob nicht manchmal sozialdemokratische Politiker im stillen Kämmerlein selbst ihre Politik als reichlich restaurativ empfinden. (Beifall.) Die Etiketten, die man uns aufkleben will, haften nicht. Wir wollen eines unter allen Umständen retten und bewahren: den Menschen, seine Freiheit und seine Würde in einer menschenfeindlichen Zeit. (Beifall.)

Wir wissen, daß dazu neue Gedanken, neue Mittel, kühne Versuche aufgeboten werden müssen, und wir werden sie wagen. Aber es gibt auch ewige Wahrheiten, die nicht veralten. An ihnen halten wir fest. Und weil wir finden, daß diese alten Wahrheiten sich nach der Katastrophe zweier Weltkriege und allem, was mit ihnen zusammenhängt, erneut als Rettungskraft erwiesen haben, fühlen wir uns im Bunde mit ihnen jung und zukunfts offen.

Wir wollen alles stärken, was Wurzeln hat; wir wollen alles hegen und pflegen, was hilflos und gefährdet ist. Wir wollen allem unseren Zuspruch geben; was nach Persönlichkeit und Personenhaftigkeit strebt. Das ist das Problem, vor dem alle Rettungsmächte dieser Zeit, auch der Staat, unser Staat, stehen.

Gott hat es zugelassen, daß nach dem zweiten Weltkriege dem deutschen Volke, und nur ihm, ein zweifaches politisches Schicksal beschieden wurde, als ob es in einem besonderen Sinne auserwählt sei, als ob es in jedem der beiden politischen Bereiche, in die die Welt heute geteilt ist, sich erproben und bewähren sollte. Wir beugen das

Haupt in Ehrfurcht und Liebe vor dem leidenden und dulddenden Teiles dieses unseres Volkes jenseits der Zonengrenze. Niemand von uns vermag zu sagen, ob nicht dereinst ihre Kraft des Duldens und des Leidens stärker zum Siege beigetragen haben wird, als das uns zugefallene Teil des freien politischen Strebens und Arbeitens. (Beifall.)

Wir haben aus dem Munde meines verehrten Vorredners gehört, in welcher Lage sie sich befinden, wie sie gefährdet sind in der Haft des Leviathans. Alles, was wir tun und lassen, hat auch Bedeutung für sie und für die Kraft, die sie aufbringen werden, diesem Leviathan Widerstand entgegenzusetzen bis zu dem Tage, der sie befreit. Wie bitter müßten wir uns vor ihnen schämen, wenn wir, die wir die große Chance der Freiheit haben, nicht jede Chance und jede Anstrengung entfalteteten, um sie zu nützen. Denn das, was sonst immer droht, wenn man die Chance der Freiheit vertut und verspielt, ist für uns ja nicht eine vage, ungewisse Gefahr der Zukunft, sondern sie ist leidvolle, bittere Gegenwart drüben bei 18 Millionen Menschen in der Sowjetzone. Ihr Leiden, der stumme, unaufhörliche Anruf dieser Millionen, muß uns ein Stachel sein im Fleische, der uns nicht absinken läßt in ein spießbürgerliches, sattes Behagen. (Beifall.)

Wenn unserem unablässigen Bemühen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands beschieden sein wird, dann sollen sie drüben aus der Haft des Leviathans nicht entlassen werden in eine schäbige, verpfuschte, verhaderte und verlotterte politische Heimat. Wir wollen dafür sorgen, daß über dem Tor, durch das sie bei uns einziehen werden, die großen Worte „Freiheit und Menschenwürde“ nicht vergeblich stehen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Präsident Frau Dr. Weber:

Ich danke Herrn Kiesinger für seinen Vortrag „Unser Kampf für den Menschen im Staat“. Sie haben wohl gespürt, wie der Nachdruck auf der großen Frage des Menschlichen in den Gemeinschaften ruht.

Ich bitte nun, zu sprechen über

„Der Mensch in der Familie“

Frau Braukslepe, MdB:

Ausschau haltend nach der Völkerfamilie Europa empfinde ich das Privileg zu unserem „Kampf um den Menschen in der Familie“ vor diesem Kreis und vor dieser Stadt etwas aussagen zu dürfen, in doppelter Hinsicht als dankenswert und wegweisend: einmal, weil das Thema eingeschlossen ist, umrahmt von den beiden großen Themen „Mensch im Staat“, „Mensch im Betrieb“, wodurch die große Gemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union eindeutig dokumentiert, daß die Familie die Mitte, der zentrale Punkt ist, in der in jeder Generation der Mensch für die soziale Ordnung von morgen vorbereitet wird. (Beifall.) Ohne die Anerkennung dieser Herzmitte eines Volkes wäre eine noch so große Schau auf den Menschen im Staat oder den Menschen im Betrieb sinnlos, denn alles Öffentliche muß familiebezogen sein.

Zum zweiten, weil in dieser Stadt mit ihrer einzigartigen Haltung und großen beispielhaften Zähigkeit die ersten großen Scheinwerfer gestellt wurden auf jenes Europa, um dessen Einswerdung wir uns heute in einer solch entscheidenden Phase des Kampfes befinden. Von dieser Stadt aus

wissen wir erneut — erhellt an dem Schatten, der sich ständig zu verdunkeln droht —, daß das „Ja“ zu den großen Vertragswerken kommen muß. Wir werden ratifizieren, nicht, weil ein Hauptquartier es befiehlt, nicht mit dem kollektiven „Ja“, sondern ein jeder von uns nach ernster Überprüfung. Dazu glaube ich allerdings sagen zu dürfen, daß heute für jeden politisch tätigen Mann und für jede politisch tätige Frau das Alleingespräch mit Gott noch nie so schwer und bis ins Letzte aufwühlend ist wie jetzt und in dieser Stunde. Wir werden mit unserem „Ja“ zu den großen Verträgen die äußere Sicherheit Deutschlands und Europas um des Friedens und der Freiheit willen gewährleisten. Die innere Sicherheit aber für Deutschland und Europa wird in hohem Maße davon abhängig sein von der Zahl der opferbereiten Väter und Mütter und von der Zahl der gesunden Familien in unserem Vaterland. (Beifall.)

Haltung und Gesinnung, wie sie in gesunden, lebensbejahenden Familien zum Ausdruck kommen, sind die beste Garantie für die positive Erfüllung dessen, was uns zur Stunde noch zutiefst beunruhigt. Berge von Vorurteilen, Bedenken und Mißverständnisse fallen zusammen und werden bedeutungslos in einer Stadt wie Berlin, in der jeder einzelne sich täglich und stündlich im Kampf um die Freiheit zu bewähren hat. Und in dieser Stunde der ersten Überprüfung, der Bestandsaufnahme dessen, was die Union an Positivem aufzuweisen hat, wenn sie von ihrem Kampf um den Menschen in der Familie spricht — der an Gottes Schöpferkraft teilhabenden Familie spricht — sei es mir erlaubt, gegenüber den auseinanderstrebenden Bewegungen unserer Zeit auf die Bedeutung der bindenden Kraft, der verwandelnden Kraft der Frau und damit der Familie hinzuweisen. Hier liegt ein noch weithin unausgewertetes Reservoir, eine potentielle Kraft, die — richtig eingeordnet — tragkräftig und zukunftsweisend den Kern unseres Volkes ausmacht. Keine Partei kann heute politischen Einfluß ausüben, ohne daß sie die Frau und über sie die Familie gewinnt. Da aber die Frau es nie wird fassen können, daß der Mensch für den Staat da sei, daß er ihm die Bestimmung über sein Wirken, sein Leben in dem ureigensten Bereich der Familie überlassen soll, unter Entbindung von persönlicher Entscheidung und Verantwortung, wird sie stets leidenschaftlich die Überzeugung dartun: daß für sie — die Frau — der Staat für den Menschen da ist. Er ist dazu da, dem eigentlichen menschlichen Leben, dem Leben der Freiheit, Sicherheit und Raum zu geben. Neben die Politik des Mannes als Sicherung und Entfaltung der Macht wird die Frau eine Politik der Sicherheit und Entfaltung der Freiheit stellen. Noch nie ist eine solche Politik, eine solche gemeinsame Politik von Mann und Frau, von Vätern und Müttern, so wichtig gewesen wie in der geistigen Lage, in der sich unser Volk, Deutschland und Europa heute befinden, da ein großer Teil der Welt dieser Freiheit beraubt ist.

Die Mitarbeit der Frau, so gesehen, und auch ihren Anteil innerhalb der Familie, macht vielleicht die tiefe Weisheit des Wortes sichtbar, das vor Jahren einmal Frau Schlüter-Hermkes einem großen Werk als Leitwort mit auf den Weg gab: „Die Hand, die die Wiege bewegt, bewegt die Welt.“

Dem Hereinbrechen der Gegner, die von der Freiheit und dem Frieden sprechen, während sie beides in tausend Beispielen nachweislich mit Füßen treten, werden wir auf die Dauer nicht standhalten können, wenn wir ihnen nicht eine größere Gestaltungskraft entgegensetzen. Weder Wirtschaft, Politik oder Hilfe der freien Welt allein, auch nicht und erst recht nicht etwa gegenwartsfremde Ideologien von Pazifismus oder Neutralismus, nichts, gar nichts wird unsere Zukunft wirklich sichern, noch in der Lage sein,

einen Schutzwall nach innen aufzuwerfen. Die einzig wirkliche Zukunftssicherung stellt das Volk in der durch die Familien geschützten und gepflegten Generationskraft dar. Dies ist die einzige Potenz, die das Ringen um die Zukunft durchzuhalten vermag. Von hier aus können und müssen wir unsere Überlegenheit beweisen, indem wir die Kraft der in den gesunden Familien geborgenen seinsmäßigen Ordnung schützen und stärken, durch die in unserer Politik bereits dokumentierten Gesetze und jene, die in familienförderndem Geist wir zu verabschieden noch vor uns haben. Das, was bisher von unserm Bundeskanzler für die Hebung und wirtschaftliche Besserung der Familien unseres Volkes geleistet wurde, gehört bereits als ein unauslöschliches Blatt der Geschichte der Nachkriegszeit an. (Beifall.)

Das Viele, das noch zu tun vor uns liegt, wird unabirrbar der gleichen Zielsetzung dienen: der Sicherung und friedlichen Geborgenheit der gesamten Familie.

Uns ist die große Aufgabe gestellt, eine Aufgabe von geradezu historischer Bedeutung, Europa von der Familie her gegen das Überspültwerden vom Osten lebenskräftig zu halten. Staatsautorität und Gesetzgebung sind und werden — wie bisher — auch in Zukunft für uns, die wir als Christen in der Politik stehen, hingeordnet auf die Stütze und Pflege der Familie. Neben unserer sicherlich notwendigen Arbeit an der Rettung und gesetzlichen Hilfe des gefährdeten Einzelnen, werden wir als unbeugsame Verteidiger der Familie dafür sorgen, daß die gesunde Familie stärker in den Vordergrund tritt. Die Familie bedarf heute mehr denn je einer größeren Öffentlichkeit, denn sie ist ja mehr als die Summe ihrer Angehörigen oder ihrer Funktionen innerhalb der Gemeinschaft. Sie ist letzten Endes die Quelle der geistigen und materiellen Kraft eines Volkes, die Gewähr für die Überwindung der Zukunftsangst.

Darum kämpft die Christlich-Demokratische Union in ihrer gesetzgebenden Tätigkeit dafür, daß die natürlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die übernatürlichen Dinge wieder mit den Dingen dieser Welt in ein ausgewogenes Ordnungsverhältnis zu bringen. Auf diesem Hintergrund zeichnet sich überzeugend unsere grundsätzliche Ablehnung der kollektivistischen Daseinsfürsorge ab, denn sie führt nicht zum Wohlstand, sondern zur Proletarisierung der Familie. Hier liegt z. B. auch die Ursache dafür, daß sich die Union in Beratungen zur Familienausgleichskasse rückhaltlos und leidenschaftlich zur privaten Lösung bekennt, über die Wirtschafts- und Berufsverbände und die gesunde Entwicklung, wie sie bei Kohle und Erz bereits nachweislich erprobt wurde. Eine staatliche Lösung lehnt sie ab. (Beifall.)

Darüber hinaus ist unsere Wohnungspolitik ein eindeutiger Beweis für unser ständiges Bemühen, die natürliche Verwurzelung des Menschen durch Heim und Eigentum zu schaffen, auf daß wieder die menschliche Ordnung an die göttliche angeknüpft werden kann. Tausend Wohnungen täglich erstellt zu haben, mag wie eine große Zahl klingen. Diese Zahl zu nennen bedeutet nicht die Berechtigung zum Ausruhen. Unermüdet und unabhängig von Lob und Tadel und entgegen aller Behauptung: weite Kreise unseres Volkes wären nicht mehr bereit, um des eigenen Heims oder des Eigentums willen mit der gesamten Familie auf Jahre hin auf manches Vergnügen und Bequemlichkeiten zu verzichten, werden wir auf diesem Weg weitergehen. Denn für die Heimfähigkeit und heim-schaffenden Kräfte, die trotz Trümmer und Vernichtung in den Herzen vieler Frauen unversehrt geblieben sind, gibt es landauf, landab zahllose

Beispiele. Wir werden diesen Weg weitergehen, weil uns eben diese Wohnungspolitik mehr ist als ein Vorgang wirtschaftlich-technischer Natur. Wir wissen doch, daß jede Heimstatt, jedes Eigentum — und wäre es noch so klein — eine lebensfähige Familie bedeutet und damit eine Quelle volklicher Lebenskraft ist und, was heute mehr bedeutet, eine uneinnehmbare Bastion gegen den Kollektivismus! (Beifall.)

Mit aller Zähigkeit werden wir daher — wie bisher — mit der gesunden Familie um die Gesundung der Familie kämpfen. In der gesunden Familie wird gesunde Subjektivität gehütet und ihre Mitwirkung in unserm gegenwärtigen Ringen, in dem Heilungsprozeß unseres Volkes ist von tiefer Bedeutung. Diese gleiche Grundtendenz, derselbe sittliche und religiöse Ernst, die hinter unserer klaren Wohnungspolitik stehen, gelten für die gesamte Familiengesetzgebung innerhalb unserer parlamentarischen Arbeit.

Neben allen andern dringlichen Aufgaben, werden wir nicht aufhören, die Prinzipien einer gesunden und familiengerechten Steuergesetzgebung durchzuführen und von der Wirtschaft weiterhin zu fordern, daß sie den familienhaften Bedürfnissen und Empfindungen weitgehend Rechnung trägt. Jede kommende innerpolitische Entscheidung — auch die über die Stellung der Frau im Familienrecht — gewinnt vor dem Hintergrund, den wir heute von dieser Stadt her erneut ausstrahlen, eine Zukunftsbedeutung, die uns als Christen mehr denn je verpflichtet, zu überprüfen, inwieweit das kommende Recht der Frau innere Freiheit oder Versklavung, Mitverantwortung oder Entbindung von der Pflicht des Mittragens bedeutet. In großer Sorge werden wir darüber wachen, inwieweit ein solches Gesetz familiensprengend oder familienfördernd sein wird. Alles das wird der Maßstab sein müssen, wenn der Beitrag der Frau und der Familie zur Gesundung unseres Volkes zum endgültigen geistigen Sieg über den Bolschewismus führen soll. (Beifall.)

Ausgehend von der Erkenntnis, daß eine Studie der Familie immer den gleichzeitigen Zustand der Gesellschaft, enthüllt, wird auch das Ergebnis einer Untersuchung des Europas, zu dem wir unterwegs sind, sich erst dann als tragfähig erweisen, wenn es die potentielle Kraft seiner gesunden Familien in Bewegung bringt. Die Sorge jeder Familie um den Frieden ist das Gemeinsame, das Europa über alle noch vorhandene politische Zerrissenheit hinaus bindet. In dieser gemeinsamen Sorge der Familien unseres Volkes und der Nachbarvölker wird der überzeugende Friedenswille Europas sichtbar, den uns die Machthaber des Ostens — die da glauben, sie hätten diesen Friedenswillen für sich ganz allein gepachtet — in unerhörter Verdrehung aller Tatsachen absprechen wollen. (Zurufe: Sehr richtig!) Es gibt keine gesunde Familie, die Unruhe und Brandstiftung wünschen könnte, weil damit unweigerlich ihr geheiligter Verband zerrissen werden müßte. So hoch und ernst ist unseren Familien der Friede, daß wir das „Ja“ zu den europäischen Vertragswerken aussprechen werden, weil — nach menschlichem Ermessen — der Krieg dadurch unmöglich gemacht wird. (Beifall.)

Dieses „Ja“ wird groß und bedeutend sein. Wenn aber etwas Großes ausgesprochen wird, hat es erst Aussicht verwirklicht zu werden, wenn etwas Kleines getan wird, hier und jetzt und hundertmal in den kommenden Monaten in all den Lebensgemeinschaften, die letztlich den Baustoff für Europa liefern, in eben jenen Familien, die noch zu Millionen in unserm Volk und in den Nachbarvölkern bereitstehen, die auch den schwersten Alltag bejahen, da sie gespeist werden aus der Quelle des Glaubens. In solchen tiefgläubigen Familien wachsen die Staats-

bürger auf, deren wir morgen bedürfen. Dort liegt die ganze Lebenskraft und innere Sicherung der Völkerfamilie von morgen. Und sie sind noch vorhanden und unser Staat wird sie schützen und tragen, weil dort seit je und allen Zeiten der Hort des Glaubens, der Sitte und der Erziehung zum Christentum verborgen liegt. Diese Familien machen den jungen Menschen von morgen gemeinschaftsfähig, sozial und gefeit gegen den hereinbrechenden Materialismus. Wir lassen ihn heranwachsen zu einer Persönlichkeit, deren wir heute so sehr bedürfen, wobei wir mit der Persönlichkeit den Ursprung dieses Wortes vor Augen haben, bei dem noch der Sinn des Durchtönens, des Hindurchschimmerns und des Durchleuchtens gemeint ist.

Solange wir hier im Westen über jene Kraftquellen verfügen, sie tausendmal und immer wieder im kleinen erproben, können wir hier gut und gerne auf ein „Gesetz zum Schutz des Friedens“ verzichten, das da strotzt von Gefängnisstrafen und Drohungen. Wenn sich in babylonischer Sprachverwirrung die Parolen des Friedens — aus verschiedenen Befehlsquellen kommend — über uns und unsere Familien ergießen, werden wir ernstlich überprüfen, ob darin gesichert ist die Rettung dessen, was das Abendland letztlich ausmacht:

Der Raum des nicht angetasteten Gewissens, die freie christliche Persönlichkeit und der Schutz der Familie.

Im Lichte dieser drei Forderungen, dieses Kriteriums, klärt sich vieles, was als Friedensbotschaft angeboten wird und nichts anderes ist als ein Trümmerfeld toter Hoffnungen. Hier werden all unsere Familien unüberhörbar ihre Stimmen erheben, weil alle jene schweigen müssen, deren Frieden nicht den Raum des unangetasteten Gewissens, nicht die Entfaltung der freien christlichen Persönlichkeit und nicht den Schutz der Familie beinhaltet. Wir werden, unabhängig vom Geschrei derer, die den Zusammenschluß verneinen und ebenso unbeeinflußt von gleichlautenden Briefen einer gerade flutähnlichen Briefkampagne, uns zusammenschließen mit all jenen, die diesen Wurzelgrund der gesunden Familien gemeinsam haben, und sich von daher in der Sorge um den Weltfrieden eins wissen mit all jenen Familien, deren Lebensgemeinschaft ein Spiegelbild göttlicher Ordnung ist. Wir werden uns vereinen, um all derer willen, die man von uns trennte.

Es ist an der Zeit, daß wir unseren Brüdern im Osten beweisen, daß wir nicht nur über Einheit reden, sondern im Westen die Kraft zu neuem Aufbruch, zu neuem Leben und zur Einigkeit in uns vorhanden ist. Und wir tragen sie in uns aus dem unversiegbaren Kraftquell der Millionen gläubigen Familien, deren Mitte Gott und deren Weg seine Nachfolge ist. (Beifall.)

In diesem Glauben sind Millionen mit uns einig, gehören zu uns, ringen mit uns um einen geordneten Staat, in dem Eigentum, Familie und Staat die sozialen Ordnungsmächte sind, die einander bedingen. Solange wir noch Familien haben, in denen die Subjektivität gehütet wird und die an den ständig erfüllten ungeschriebenen Gesetzen der Gastlichkeit und der Liebe das stumpfe Gewissen schärfen, ist der Geist lebendig, der seit Jahrhunderten das Gesicht des christlichen Abendlandes geprägt hat. Wachsam gegen den Irrtum und helfend ohne viel Aufhebens gilt in jenen Familien noch, wenn die Nacht hereinbricht, das Gebet. „Und unsern kranken Nachbarn auch“, nämlich die große Gebetsgemeinschaft, die alle umfaßt, auch jene, die durch sinnlose, willkürlich gezogene Grenzen von uns äußerlich getrennt sind.

In diesem Geist, den inneren Frieden sichern in dem kleinen Sektor, in den wir als einzelne gestellt sind und dessen Consecration der ewige Auftrag des echten Christen in dieser Welt bleibt, das ist der namenlose Anteil der Familie und der Frau in der Familie in dieser geschichtlichen Stunde unseres Volkes. Das ist ihr ungenannter Beitrag, tausendmal im kleinen gesendet, um so die Erreichung des großen Zieles zu sichern. Auf dem Weg zu diesem Ziel fürchten wir den Irrtum nicht, solange wir die geistige Freiheit haben, diesen Irrtum zu bekämpfen. (Beifall.)

Wir gehen diesen Weg, ahnend, daß uns keine Station dieses Kreuzweges erspart bleibt. Die Christen aller Zeiten haben den Kreuzweg des Herrn — als seine Nachfolger — wiederum gehen müssen. Und auf dem ersten Passionsweg des Herrn war es ein Mann, der eine Viertelstunde lang das Kreuz auf seine Schultern legte, um ihm damit diesen Passionsweg zu erleichtern. Aber es war auch da eine Frau, die sich durch die Gasse der Spötter, der Gaffer, der Schmähenden hindurchdrängte, eine Frau, die frei von Menschenfurcht sich einen Weg bahnte, um dem Herrn in Güte und Mitleid ein Tuch zu reichen. In dieses prägte er — für alle Zeiten — das Antlitz des Erbarmens. Dessen wollen wir eingedenk sein, wenn wir unseren Weg mühsam gehen. In dem Maße, wie wir frei von Menschenfurcht handeln, werden wir frei sein von Furcht. In dem Maße, wie wir uns in der Tat der Not unserer Brüder helfend neigen, wird sich der Herr unseres Volkes und der Völker erbarmen! (Beifall.)

Das ist in uns allen, die wir geeint sind in unserem Glauben, eine strahlende Glaubensgewißheit. Sollten wir da noch bangen um das Heute? Sollten wir den morgigen Tag fürchten?

Über die Sorgen von Heute und Morgen spanne den segnenden Bogen der Tat!

(Starker, langanhaltender Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. Weber:

dankt Frau Brauksiepe für ihren Vortrag und macht darauf aufmerksam, daß nach dem Vortrag von Dr. Schröder die Wahlen für die drei ersten Vorsitzenden stattfinden. Das Wort nimmt zu seinem Vortrag:

„Der Mensch im Betrieb“

Dr. Gerhard Schröder (MdB):

Ich habe den Eindruck, daß vier Referate an einem solchen Nachmittag reichlich viel sind. (Beifall.) Ich habe früher in Berlin oft einen berühmten Kanzelredner gehört — ich glaube, er ist auch heute noch hier —, der pflegte am Ende seiner Rede zu sagen: Die Grundgedanken der Predigt, die ich soeben gehalten habe, finden Sie gedruckt am Ausgang zum Mitnehmen! (Heiterkeit und Beifall.)

Aber in dem Wettlauf mit dem Urzeiger und Ihrer sicherlich recht großen Beanspruchung wollen wir doch versuchen, ob wir vielleicht nicht auch noch das vierte Referat hinter uns bringen können.

Familie, Wirtschaft und Staat sind die drei großen Themen, die im Brennpunkt unserer gesamten politischen Arbeit stehen und gestanden haben. Vor einem Jahr haben unsere Parteifreunde, Arnold und Holzapfel, in Karlsruhe die Grundgedanken der CDU über den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands referiert. Wir sind im vergangenen Jahr nicht in Deklamationen steckengeblieben, sondern haben bei dem sozialen

und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands neue und überzeugende Erfolge zu verbuchen.

Seit Karlsruhe haben wir das große Vertragswerk über den Schumanplan verabschiedet, die supranationalen europäischen Institutionen der Montanunion sind mitten in ihrer Arbeit, ja in Straßburg ist unter dem Vorsitz unseres Freundes Brentano die Constituante für die politische Verfassung Europas zusammengetreten. Das Lastenausgleichsgesetz, über das wir in Karlsruhe noch debattierten, ist verabschiedet; das Betriebsverfassungsgesetz, lange und heftig umkämpft, ist ebenfalls verabschiedet. Und schließlich stehen wir vor der Ratifizierung des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, zweier Vertragswerke, die ebenfalls ein großes Stück Wirtschafts- und Sozialpolitik beinhalten und für die künftige Struktur der Bundesrepublik überragend wichtig sind. Wir wissen also, daß wir damit die schicksalsschwersten Probleme mutig angefaßt haben. Für diese Akte der deutschen Politik ist die CDU die Trägerin der größten Verantwortung. Sie hat die charakteristischen Züge dieses politischen Abschnitts weitgehend geprägt.

Die große Aufgabe, die uns in unserer Zeit gestellt ist, läßt sich, wie mir scheint, zusammenfassen in die Forderung: eine Gemeinschaft in Freiheit zu schaffen und die Freiheit in der Gemeinschaft zu erhalten. Und wenn wir nun hier unter diesem Blickwinkel vom Menschen im Betrieb sprechen, dann meinen wir in der Tat alle: den Arbeiter sowohl wie den Angestellten, den Unternehmer und den Mann im freien Beruf, den Handwerker und den Bauern, den Menschen im öffentlichen Dienst. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, in den Kreis unserer Sorgen und Überlegungen die große Masse jener einzubeziehen, die durch Alter, Invalidität oder Krankheit darauf angewiesen sind, nun durch die Arbeit anderer und aus ihren früheren Beiträgen und Ersparnissen versorgt zu werden.

Unser Bild vom Menschen

Unser Kampf für den Menschen im Betrieb braucht als Ausgangspunkt ein ganz bestimmtes Bild vom Menschen. Auf dem Boden der CDU — das scheint mir heute nachmittag schon sehr nachdrücklich zum Ausdruck gebracht worden zu sein — bedarf es keiner langen Erörterung darüber, welches denn unser Bild vom Menschen ist. Wir wollen den frei verantwortlich handelnden Menschen, der in Gott und Gottes Geboten gebunden ist. Wir sind nicht blind gegenüber der Tatsache, daß der Mensch unserer Zeit vom Materialismus weithin erschüttert oder gefährdet ist und daß er aus diesem Grunde in großer Anfälligkeit zwischen der Anarchie und der Massendiktatur lebt. Seit 40 Jahren ist in den Geisteswissenschaften die Revision der falschen Menschenbilder des 19. Jahrhunderts im Gange. Vor uns stehen zwei Zerrbilder vom Menschen: Auf der einen Seite der absolut gesetzte *homo oeconomicus*, das Idol des wirtschaftsexpansiven Bourgeois, auf der anderen Seite der *klassenkämpferische Proletarier*. Beide Menschenbilder, meine verehrten Freunde, sind einseitig materialistisch bestimmt. Sie beide stehen in schroffem Gegensatz zu unserer Auffassung. Aber wir haben mit ihnen zu rechnen, und wir müssen in der Lage sein, ihnen nicht nur ein anderes Bild, sondern auch eine andere Wirklichkeit gegenüberzusetzen. (Beifall.)

Professor Dempf, im vorigen Jahre Redner in Karlsruhe, hat erklärt, daß es für die europäische Gesellschaft kein wirksameres Heilmittel gebe als die Predigt der Nächstenliebe. Mit ihm stimmen moderne Soziologen

in der Erkenntnis überein, daß die sozialen Probleme in letzter Instanz nur religiös gelöst werden können. Ich glaube, daß diese Ergebnisse einer modernen soziologischen Betrachtung sich im Kern mit unserer Auffassung decken. Daraus folgt, daß bei unserem politischen Kampf für den Menschen im Betrieb und um den Menschen im Betrieb die Kirchen unerläßlich sind. Das Christsein kann und darf nicht eine Art Existenz abseits der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit sein, (Beifall.) sondern muß immer wieder neu ein aktuelles Programm des täglichen Lebens darstellen. Die Kirchen wissen das. Ein Beweis dafür ist der breite Raum, den die Kirchentage beider Konfessionen in den letzten Jahren der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeräumt haben. Vor wenigen Wochen noch hat Papst Pius XII in einer Rundfunkbotschaft an den österreichischen Katholikentag in Wien zur Überwindung des Klassenkampfes Stellung genommen. Er hat darauf hingewiesen, daß der erste Teil der großen sozialen Aufgabe, die an der modernen Arbeiterschaft zu leisten war, durch die Standwerdung des Arbeiters im wesentlichen vollzogen sei, und daß sich in diesem Bereich nun eine zweite Phase anzuschließen habe, nämlich diese: „die Überwindung des Klassenkampfes durch die organische Koordinierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Bewahrung der Einzelpersönlichkeit und der Familie vor dem Strudel, der sie in Gestalt der Sozialisierung zu verschlingen drohe, einer Sozialisierung, an deren Ende das erschreckende Bild des Leviathan furchtbare Wirklichkeit würde.“

Der Papst führte weiter aus: „Die Kirche wird diese Schlacht mit der äußersten Entschlossenheit kämpfen. Es handelt sich um die Würde des Menschen und das Seelenheil. Es ist dies der tiefste Grund, warum die Päpste der sozialen Enzykliken und warum Wir verneint haben, daß aus der Natur des Arbeitsvertrags unmittelbar oder mittelbar für den Arbeiter das Recht des Mitbesitzes am Kapital des Unternehmens und infolgedessen sein Recht auf Mitbestimmung sich ergibt. Wir mußten es verneinen, weil sich dahinter das andere noch viel schwerere Problem auf-tut. Das Recht, das der einzelne und die Familie auf das Eigentum haben, kommt ihnen unmittelbar aus ihrem Person-Sein zu; es ist ein Recht, das zur Würde der menschlichen Person gehört; ein Recht sicherlich, mit dem soziale Verpflichtungen verbunden sind, ein Recht also, und nicht bloß eine soziale Funktion.“

Kann man im Betrieb noch Mensch sein?

Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß für uns im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und staatlichen Geschehens der Mensch stehen muß und daß es unsere Aufgabe ist, ihm im wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Geschehen seine Menschenwürde zu sichern. Dabei wird mit Recht die Frage gestellt, ob man denn im Betrieb noch Mensch sein könne, eine Frage, die von einem Arbeiter aus einem großen süddeutschen Betrieb kürzlich dem Landesbischof Haug vorgelegt worden ist und auf die der Landesbischof geantwortet hat. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß die Not der Arbeit am laufenden Band nicht nur für das industrielle Schaffen kennzeichnend ist, sondern daß sie weithin für den überbeanspruchten, gehetzten und nervösen Arbeitsgang anderer Bereiche ebenso gilt. Der Notschrei „Wer wird mich von diesem Räderwerk erlösen?“ beschränkt sich nicht auf den Industriearbeiter. Die Frage nach dem Sinn der Arbeit und der Möglichkeit eines christlichen Berufsethos läßt sich nicht mit leichter Hand abtun angesichts der Wirklichkeit, daß sich der

Mensch weithin zum Sklaven seiner eigenen Einrichtungen und Unternehmungen gemacht hat. Bei aller Nüchternheit der Erkenntnis, daß die Massenhaftigkeit unseres Daseins nicht rückgängig gemacht werden kann und daß der einzelne in der modernen Wirtschaftsgesellschaft des „Kollektivs“ einfach bedarf, sind das doch die Fragen, die die christliche Sozialethik bewegen. Besonders im Hinblick auf den Großbetrieb sind wir zum Nachdenken herausgefordert, welche Möglichkeiten geschaffen werden können, einer Zeit der Versachlichung und Entpersönlichung und der Vermassung wieder stärker persönliche und menschliche Züge zu geben. Das Problem Mensch und Maschine, ja der Maschinenpessimismus, sind durchaus noch aktuelle Fragestellungen. Dabei ist bemerkenswert, daß auf der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam gerade die Vertreter junger Kirchen die positive Bedeutung der Technik stark betont und darauf hingewiesen haben, daß die Technik den Menschen auch oft von mancher Arbeitslast befreit hat. Sicher bietet aber die technische Entwicklung von heute im Vergleich zu früher sehr viel größere und bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten einer betrieblichen Dezentralisierung und läßt mancherlei andere Möglichkeiten offen, negative Folgen für den einzelnen zu lindern. Als solche Möglichkeiten sei hier auf die Arbeitsplatzgestaltung, die Auflockerung der Betriebseinheiten, die Arbeitszeitverkürzung, die Lehrlingsbetreuung, die Werksfürsorge, die Familienbetreuung, die Freizeitgestaltung usw. hingewiesen. Der Taylorismus, meine Damen und Herren, ist inzwischen durch die Erkenntnisse abgelöst worden, daß die soziale Atmosphäre des Betriebes ebenso wichtig wie ein gutes Lohnsystem und wie wissenschaftliche Zeit- und Bewegungsstudien ist. Die Hebung des Selbstbewußtseins des Arbeiters bleibt ein besonderes Anliegen. (Beifall.) Er muß das Gefühl bekommen, nicht Zahnrad, sondern bei aller Mechanisierung der Arbeit ein menschlicher Faktor zu sein. Hier liegt die große Bedeutung des Gedankens der sozialen Partnerschaft, die den Kern der Problematik des Mitbestimmungsrechts in sich birgt. An dieser Stelle, auch das muß man einmal deutlich aussprechen, werden allerdings auch die Grenzen der politischen Bemühungen klar sichtbar. Die Politik und die Gesetzgebung sind zwar in der Lage, einen gesetzlichen Rahmen für die Entfaltung der sozialen Partnerschaft zu schaffen; dieser Rahmen kann aber nur von den Menschen im Betrieb, von hüben und drüben und von oben und unten, ausgefüllt werden. (Beifall.)

Soziale Leistungen der Betriebe

In den letzten Wochen haben wir umfangreiche Untersuchungen und Veröffentlichungen über die freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen in die Hände bekommen. Lassen Sie mich einige wenige Zahlen nennen:

1949 hat die Wirtschaft in ihren Betrieben außerhalb von Lohn und Gehalt nicht weniger als 4 Milliarden Mark für soziale Nebenleistungen aufgebracht. Davon sind mehr als 2½ Milliarden freiwillige Leistungen gewesen. Im Durchschnitt stellen diese sozialen Nebenleistungen der Betriebe mehr als zwei Monatseinkommen pro Empfänger dar und machen rund 33 % der Lohn- und Gehaltssumme aus. Die Leistungen bestanden teils in bar, teils im Wohnungsbau, teils in zusätzlicher Altersversorgung. Eine neuere Untersuchung über die Frage, wer eigentlich am Gewinn beteiligt sei, hat das Bruttobetriebsergebnis repräsentativer Gesellschaften zu Grunde gelegt. Dabei hat sich gezeigt, daß

vom Bruttobetriebsergebnis über 40 % auf Steuern entfallen und daß rund 19 % soziale Nebenleistungen darstellen. Das letztere war sechsmal mehr als an die Aktionäre ausgeschüttet wurde, wobei die freiwilligen Leistungen allein das Dreifache der Dividende betragen. Eine andere Untersuchung, die sich auf 173 Aktiengesellschaften im Jahre 1951 erstreckte, hat gezeigt, daß mehr als 11 % des Kapitals — das wird als die unterste Grenze bezeichnet — für freiwillige Sonderleistungen aufgewendet worden sind. Diese Zahlen und solche Untersuchungen müßten wohl alle diejenigen nachdenklich stimmen, die den „Südendungen des Aktionärs“ als ein Hauptcharakteristikum unserer Wirtschaftsverfassung ansehen möchten. Bei diesem Stand der Dinge drängt sich, wie ich glauben möchte, doch die Einsicht auf, daß der „Klassenkampf von oben“, wie Herr Dr. Schumacher das zu nennen pflegte und wie Herr Ollenhauer es seinerseits tut, und daß „zynische sozialrestaurative Umtriebe“ — das ist eine Formulierung, die von Herrn Fette stammt — doch wirklich Begriffe aus der Mottenkiste der sozialistischen Kampfzeit sind. (Beifall.)

Wir haben immer wieder gefordert, daß die im Betrieb begründete soziale Gemeinschaft eine weitere Untermauerung durch Miteigentum, Anteilseigentum und durch eine Gewinnbeteiligung erfährt, kurzum dadurch, daß das bloße Lohn-Arbeitsverhältnis in eine festere Beziehung abgewandelt wird. In unseren wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaften ringen wir um die beste Lösung dieser Probleme. Wir sind uns jedoch darüber klar, daß angesichts der gewaltigen Vielzahl von Betrieben, ihrer quantitativen, qualitativen und strukturellen Unterschiede, ein Schema für unsere Forderungen nicht entwickelt werden kann und nur schädlich sein würde. Deswegen erheben wir von dieser Stelle aus erneut die Forderung und den Ruf an alle in der Wirtschaft Tätigen, mit individuellen Lösungen voranzugehen, die dem jeweiligen Betrieb angemessen sind. (Beifall.)

Damit ist bereits ein großer Teil der konkreten Ansatzpunkte in unserem Kampf für den Menschen im Betrieb gekennzeichnet. Wenn wir uns zusammenfassend die Frage vorlegen, was haben wir bisher zur Erfüllung unserer Forderungen und Absichten für den Menschen im Betrieb getan, so lautet die Antwort wie folgt:

Wir haben den Menschen Arbeit gegeben und einen hohen Beschäftigungsstand entwickelt,

wir haben bessere Löhne und eine allmählich ansteigende Produktivität erreicht,

wir haben die betrieblichen Sozialleistungen weit über das bisher Mögliche und Übliche gesteigert, und

schließlich haben wir durch das Betriebsverfassungsgesetz einen gesetzlichen Rahmen geschaffen, in dem sich die soziale Partnerschaft im Betrieb weiter entfalten kann.

Es erscheint kaum nötig, daß wir unsere Auffassungen und unsere Erfolge ausdrücklich kontrastieren mit jenen, die in der Sowjetzone Geltung erlangt haben. Es ist aber, glaube ich, doch sehr eindrucksvoll, hier auf das Wort des Präses Dr. Kreyssig auf dem Kirchentag in Stuttgart hinzuweisen, der dort ausgeführt hat: „Mancher Zeitgenosse von Karl Marx würde die soziale Frage als gelöst betrachten, wanner heute einen Industriebetrieb in Stuttgart oder eine Arbeiterwohnung in der Nähe Stuttgarts sehen könnte. (Zurufe: Sehr gut!) Kein Mensch kann heute mehr in der west-

lichen Welt nach Willkür über eine Fabrik oder eine Gutswirtschaft verfügen. Voraussetzung für eine neue soziale Ordnung ist jedoch eine Gesinnungsänderung der Menschen durch die Rückwendung zur Gebundenheit an Gott.“ (Beifall.)

Ausgewogenes Betriebsverfassungsgesetz

Das bedeutendste sozialpolitische gesetzgeberische Ereignis im Rahmen unseres Themas ist die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes im Juli dieses Jahres gewesen. Der Weg zu diesem Gesetz führte über den Bochumer Katholikentag von 1949 und über die Erklärungen des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland auf dem Essener Kirchentag 1950. Im Ergebnis decken sich die Meinungen und Empfehlungen beider Kirchen mit dem Gesetz in seiner heutigen Gestaltung. Die Lösung mußte möglichst unschematisch sein, und sie mußte Raum lassen für das organische Hineinwachsen der Beteiligten in die neuen Aufgaben und für freie Vereinbarungen. Das Schwergewicht der neuen Rechte mußte bei den Betriebsangehörigen selbst liegen, und diese Rechte mußten sich aus der Sache heraus zwischen sozialem, personellem und wirtschaftlichem Mitbestimmungsrecht differenzieren. Über allem hatte das Ziel zu stehen, die gesetzliche Grundlage für eine echte Partnerschaft zu entwickeln, eine Partnerschaft, die auf der Anerkennung des privaten Eigentums und seiner sozialen Verantwortung und auf der richtigen Bewertung der unternehmerischen Initiative beruht.

Wir sind überzeugt, daß das Gesetz eine ausgewogene Lösung darstellt. Es schafft ein Privileg für die Betriebsangehörigen und hält das außerbetriebliche Kollektiv in seinen natürlichen Schranken. Die Kontroverse mit der sozialdemokratischen Opposition in der Debatte vom 19. Juli 1952 zeigt deutlich, wie wirklichkeitsfremd die sozialistische Politik in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage ist. Herr Ollenhauer warf uns vor, daß wir keinen grundsätzlichen Wandel in der beherrschenden Position des Großunternehmens wollten. Wir machten, so sagte er, einen letzten Versuch, eine überholte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu galvanisieren und den arbeitenden Menschen ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Wirtschaft zu verweigern.

Herr Fette ist noch darüber hinausgeschossen und hat uns „zynische sozialrestaurative Umtriebe“ zum Vorwurf gemacht. Diese Haltung ist schwer zu verstehen und richtet sich im Licht der Tatsachen selbst. Wir haben demgegenüber darauf verwiesen, daß das Betriebsverfassungsgesetz einen Markstein sozialpolitischer und allgemeinpolitischer Entwicklung gelegt hat und daß seine praktische Bewährung ausschlaggebend sein müsse. In unseren Augen — wir haben das im Bundestag gesagt, und ich wiederhole es hier — ist das Betriebsverfassungsgesetz eines der kühnsten sozialen Experimente in der Welt und findet seinesgleichen weder innerhalb noch außerhalb Europas. (Beifall.) Das ist eine Tatsache, die im übrigen in den anderen Ländern durchaus anerkannt wird, wie wir aus zahlreichen ausländischen Äußerungen der letzten Wochen und Monate wissen. Ich glaube, daß die sozialdemokratische Opposition und die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes dem sozialen Frieden in Deutschland keinen guten Dienst geleistet haben, indem sie nicht die Sachlichkeit aufgebracht haben, die zu einer gerechteren Würdigung eines so einschneidenden sozialpolitischen Fortschritts geboten war. (Zurufe: sehr richtig!)

Neues Programm der SPD?

In diesem Zusammenhang sei eine Bemerkung zum Dortmunder Parteitag der SPD gestattet. Es ist erstaunlich, wie dort das Sozialisierungsprogramm verringert und die Zentralverwaltungswirtschaft abgelehnt worden ist. Im Vordergrund stand die Proklamierung eines „freiheitlichen Sozialismus“, der zwar kein festes Programm besitzt, aber für das Schwanken zwischen dem Kollektiven und dem Individuellen bezeichnend ist. Diese Haltung der Sozialdemokratischen Partei ergibt sich offenbar aus der Notwendigkeit, gegenüber dem Kommunismus eine glaubhafte programmatische Trennungslinie zu finden, und der Einsicht, daß gegenüber den offensichtlichen Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft eine Revision der sozialistischen Vorstellungen unumgänglich war, wenn sie nicht den Erfahrungen, die jeder einzelne seit 1948 hat machen können, dauernd zuwiderlaufen wollten. (Beifall.) Wir verzeichnen diese Haltung als einen Beweis dafür, daß durch die Wirklichkeit ad absurdum geführte sozialdemokratische Theorien dem Anfang einer besseren Erkenntnis gewichen sind. Ein Blick in das sozialistische Lager zeigt aber zur Genüge, wie wenig einheitlich die Ansätze einer neuen Konzeption dort sind.

Parteilpolitische Neutralität des DGB

Unser Thema läßt sich nicht abschließend behandeln, ohne das Verhältnis zu den Gewerkschaften; insbesondere der größten Gewerkschaft, dem DGB, anzusprechen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir wenig Anlaß zur Zufriedenheit mit der bisherigen Entwicklung der Einheitsgewerkschaft haben. (Beifall.) Ich brauche nicht zu wiederholen, daß wir die Gewerkschaften grundsätzlich bejahen und sie für unbedingt notwendig halten. Es erfüllt uns aber mit ernster Sorge, daß der DGB und ein Teil der angeschlossenen Industriegewerkschaften sich mit ihrem Schrifttum und auf Tagungen und Kongressen offen zur Sozialdemokratischen Partei bekennen und die SPD als die Partei herausstellen, die allein die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Der Kongreß der IG Metall und der Parteitag der SPD in Dortmund vor allem, haben für diese Behauptung überzeugende Beweise gegeben. Wir können uns nicht mit einer Art „Zauberformel der parteipolitischen Neutralität“ begnügen, wenn die Tatsachen weithin eine andere Sprache sprechen. (Beifall.) Die parteipolitische Neutralität des DGB wird auf die Dauer nur dann mehr als eine gut klingende Formel sein können, wenn sich die Gewerkschaften in ihren Zielen eindeutig begrenzen. Eine Identität der Forderungen des DGB zur Veränderung der gesellschaftlichen Struktur mit dem Aktionsprogramm der SPD macht deutlich, wo überhaupt die möglichen Grenzen einer parteipolitischen Neutralität liegen. Diese setzt nach meiner Meinung bereits begrifflich voraus, daß der DGB als Organisation keine Ziele verfolgt, die zu den Auffassungen großer Parteien, zu deren Wählern beträchtliche Kreise der Arbeiterschaft gehören, in Widerspruch stehen. Je stärker also der DGB in den staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Raum vorstößt, um so mehr muß sich seine parteipolitische Neutralität zu einer Formel entwerten, die vielleicht noch für festliche Ansprachen geeignet ist, aber zur inneren Unwahrhaftigkeit verleitet und führt. (Beifall.)

Das wird in zwei Bereichen überaus deutlich: Die Gewerkschaften haben vor einigen Wochen in Recklinghausen ein europäisches Gespräch über das Thema „Die Gewerkschaften im Staat“ veranstaltet. Die Ge-

sprächsbeiträge lassen deutlich erkennen, daß der DGB für sich eine Rolle im politischen Leben beansprucht, die weit über das hinausgeht, was ihm als einer der großen Korporationen in unserem Staat zugebilligt werden kann. (Zurufe: Sehr richtig!) Politische Gewalt in unserem Staat kann nur das allgemeine politische Parlament sein. (Beifall.) Die politische Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie ist nicht anders als durch allgemeine Wahlen und die Mehrheits- und Regierungsbildung im Parlament und durch das Parlament möglich. Dem Parlament gegenüber kann es bei der politischen Willensbildung keine irgendwie gearteten Sonderkräfte oder Sonderorganisationen, gleichviel woher, geben. Wollte man anders verfahren, hieße das von vornherein die parlamentarische Demokratie auflösen. Es kann also keinen „politischen Führungsanspruch“ des DGB geben. Soll das hohe Gut einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gewahrt bleiben, wird hier eine grundsätzliche Klärung erfolgen und praktiziert werden müssen. (Sehr gut!) Ob die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen dafür heute gegeben sind, läßt sich sicher nicht abschließend beurteilen. Auf der anderen Seite möchte ich nicht unterlassen hervorzuheben, daß die Gewerkschaften ohne Zweifel nach Haltung und Absicht eine Kerntruppe für die Festigung des demokratischen Gedankens in Deutschland darstellen können und dann auch darstellen werden, wenn sie sich in ihrer politischen Programmatik stärker begrenzen, als sie das bisher getan haben. (Beifall.)

Wir müssen aber weiter mit kritischer Offenheit anmerken, daß die auf unserer Seite bei der Verwirklichung des Mitbestimmungsgesetzes Kohle und Eisen gesammelten Erfahrungen ebenfalls nicht angetan sind, von der „Zauberformel der parteipolitischen Neutralität“ gedeckt zu werden. Wir müssen vielmehr feststellen, daß die praktische Durchführung dieses Mitbestimmungsgesetzes bisher ein solches Übergewicht von sozialdemokratischen Positionsgewinnen zeigt, daß auch die Gutwilligsten unter uns diesen Zustand nicht als die Verwirklichung eines Ideals ansehen können, das viele von uns geteilt haben.

Was liegt vor uns?

Noch ein kurzer Blick auf die weiteren allgemeinen Aufgaben: Leistungswettbewerb und Monopolkontrolle sind in unseren Augen nach wie vor die Voraussetzung und Garanten einer positiven und sozialen Weiterentwicklung. Dem Bundestag wird in den nächsten Monaten die sehr schwierige Aufgabe obliegen, dem Antimonopolgesetz eine Fassung zu geben, die dieser unserer Zielsetzung gerecht wird, ohne dabei wirtschaftliche Schäden anzurichten. Wir weisen ferner auf die notwendige Steuerreform und die Förderung des Kapitalmarktes und der Kapitalbildung hin. Wenn wir eine weitere Ausdehnung der Wirtschaft, eine höhere Produktivität und eine Steigerung des Sozialprodukts erzielen wollen, die mit Rücksicht auf die zunehmenden Anforderungen des Verteidigungsbeitrages zwingend sind, so werden wir nicht umhin können, auf diesen eben angesprochenen Gebieten mutige Wege zu beschreiten. Wir wissen, wie eng sich im Raum unseres überbeanspruchten staatlichen Haushalts die Dinge stoßen. Aber gerade deswegen müssen wir das Äußerste versuchen. Es ist besser, so scheint mir, hier einige Risiken zu laufen, als die weit größeren Gefahren der Schrumpfung des Sozialprodukts auf uns zu nehmen. Trotz unserer überaus beengten Haushaltsmöglichkeiten, die Lage der Beamten und aller anderen Bezieher von Einkommen aus öffentlichen Kassen mit direkten und indirekten Mitteln zu bessern, ist für uns eine staatspolitische Notwendigkeit. (Beifall.)

Die Förderung der Schaffung von Eigentum für alle, in erster Linie von Wohnungseigentum, unter Vermeidung des gewaltigen Anwachsens kollektiver Eigentumsbildung, habe ich bereits hervorgehoben. Hier liegt die entscheidende Einbruchsstelle in die zunehmende Kollektivierung und Vermassung. Nur wenn es uns gelingt, diesen Einbruch zu erzielen und ihn laufend zu verbreitern, werden wir eine gesunde Veränderung der wirtschaftlichen Struktur erreichen können, deren enge Verbindung mit einer neuen Arbeits- und Wirtschaftsgesinnung noch einmal nachdrücklich unterstrichen werden muß.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU muß gerade im Angesicht des Ostens ihre Bemühungen um den Menschen sichtbar machen. Kein Akt der deutschen Politik darf ohne eine gesamtdeutsche Betrachtung vorgenommen werden. Das ganze Deutschland und seine zukünftige wirtschaftliche und soziale Struktur sind heute wie morgen der Gegenstand unserer Überlegungen und Bemühungen. (Beifall.)

Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik sucht die Grundsätze einer geordneten Freiheit zu verwirklichen und ein verantwortliches sozialverpflichtetes Eigentum zu schaffen und zu erhalten. Auf diesem Boden allein ist das Kernproblem unserer Zeit, die Schaffung einer neuen, besseren Gemeinschaft in Freiheit und die Erhaltung unserer Freiheit in dieser Gemeinschaft, zu lösen. Wir müssen uns dabei allerdings bewußt bleiben, daß die Menschen, für die wir mit den Mitteln der Politik kämpfen, nicht allein in der Wirtschaft und von der Wirtschaft leben, sondern daß sie eines ständigen Ansporns bedürfen, der nur aus Vertrauen und Hoffnung bestehen kann. So stellt sich unser Kampf für den Menschen im Betrieb letztlich als die Verfolgung eines moralischen Anliegens dar, dem wir mit unserer besten Kraft bisher gedient haben und morgen und übermorgen weiter dienen werden. (Stärker, langanhaltender Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. Weber

dankt Dr. Schröder für sein Referat und noch einmal allen Rednern, daß sie so zuchtvoll und klug die Abgrenzung ihres Vortrages der Zeit nach innegehalten haben.

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich finde, daß wir zunächst alle eine kleine Erholung verdient haben. (Beifall.) Damit uns diese Erholung zuteil wird, möchte ich Ihnen vorlesen, was der ADN, das Nachrichtenbüro der Sowjetzone, über unsere gestrigen Kundgebungen, in denen die Berliner Bevölkerung den Herrn Bundeskanzler sowohl hier wie in Neukölln wie im Wedding begeistert empfangen hat, zu berichten hat:

„Werktätige des Westberliner Arbeiterbezirks Wedding erteilten dem Bonner Kriegskanzler Adenauer bei seiner Propagandarede in den Corso-Lichtspielen am Freitagabend eine gehörige Abfuhr. (Ironische Heiterkeit.) Bereits bei der Anfahrt wurde Adenauer von der Bevölkerung mit lauten Sprechchören wie „Adenauer raus!“ und „Nieder mit dem Generalkriegsvertrag!“ empfangen.“

Kein Mensch hat etwas davon gehört. —

„Über die ablehnende Haltung“ — jetzt wird es ganz schön — „der Westberliner Bevölkerung war Adenauer sichtlich betroffen. (Große Heiterkeit.) Er sprach stockend und nervös. Obwohl Eintrittskarten zur Kundgebung allein über die Parteien der Räuberkoalition und die

faschistischen Agenten-Organisationen ausgegeben wurden, fand Adenauer nur spärlichen Beifall. (Lebhafte Heiterkeit.) Bei der Abfahrt wurde er von einer empörten Menschenmenge mit faulen Eiern beworfen.“ (Große Heiterkeit, starkes Gelächter.)

Ich glaube, das ist ein außerordentliches und lehrreiches Beispiel zu dem Thema des heutigen Nachmittags über den Menschen in der Sowjetzone.

Nun aber müssen wir zurück zum Ernst des Daseins bzw. zu unserem Parteitag. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß wir genügend Raum und Zeit haben müssen für Aussprachen. (Zustimmung.) Wir sind durch äußere Umstände veranlaßt worden, unsere Tagung auf 2 Tage zusammenzudrängen. Das erfordert nun einmal von uns allen eine gewisse — erlauben Sie mir, daß ich das sage — gemeinsame Disziplin in der Abwicklung der Arbeit. Wenn wir uns alle darum bemühen und gemeinsam danach trachten, wird uns das auch gelingen.

Alles Leben der Menschen und ihre Bereitschaft, sich zu entscheiden, hängt davon ab, ob sie spüren, daß hinter dem Handeln und Reden über die Dinge der großen Politik eine innere Verantwortung steht, der es um den Menschen, ja wirklich um den Menschen geht.

Dr. Hermann Ehlers

Die Vorstandswahlen

Dr. Tillmanns fährt fort:

Nun komme ich auf die Frage, die ich Ihnen vorzulegen habe. Ich meine, ob wir die Wahlen, die auf der Tagesordnung stehen, jetzt oder morgen vornehmen, ändert nichts an dem Zeitraum der Aussprache; denn wenn wir sie jetzt vornehmen, haben wir entsprechend mehr Zeit morgen. Man braucht also die Frage des Zeitpunktes der Wahlen nicht unter diesem Gesichtspunkt des Raumes für die Aussprache zu sehen.

Nun zu den Wahlen selbst. Nach § 5 unseres Parteistatuts ist es Aufgabe des Parteitages, den Bundesparteivorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen. Die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes werden vom Parteiausschuß gewählt. Dieser Parteitag steht vor der Aufgabe, diese Wahl vorzunehmen, weil der erste Bundesparteitag in Goslar die Wahlen, die er damals tätigte, für zwei Jahre vorgenommen hat. Diese Frist ist abgelaufen. Deswegen ist der Punkt „Wahlen“ auf die Tagesordnung gesetzt worden, und zwar für morgen nachmittag um 15 Uhr.

Die Tagesleitung ist davon unterrichtet worden, daß einige unserer Delegierten, insbesondere aus dem Rheinland, mit Blick auf die Kommunalwahlen drüben und ihre daraus erwachsende Verpflichtung wahrscheinlich morgen nachmittag nicht mehr hier sind. Daraus entsteht der Wunsch, evtl. diese Wahlen vorzuziehen.

Das ist die Lage. Auf der anderen Seite hat man von hier aus den Eindruck, daß auch heute nachmittag eine ganze Reihe von Delegierten nicht da ist. (Frau Dr. Weber: Das kann man sagen!) Es entsteht die Frage, ob diese Delegierten nicht irgendwelche Einsprüche daraus herleiten könnten, daß sie erklären: Bitte, das steht ja auf der Tagesordnung für morgen. (Unruhe und Widerspruch.)

Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, daß dieser Parteitag selbst darüber entscheidet, ob er mit Rücksicht auf den Umstand, den ich vorhin genannt habe, jetzt wählen will (Zurufe: Ja!), oder ob er den Wunsch hat, morgen zu wählen. (Zurufe: Jetzt wählen!)

Bevor wir uns darüber entscheiden, scheint es mir richtig zu sein, daß ich Ihnen ein ganz kurzes Referat erstatte über das Ergebnis der im Parteivorstand und im Parteiausschuß zur Frage der Wahlen gepflogenen Verhandlungen. (Zuruf: Erst abstimmen!)

Lassen Sie mich doch Ihnen erst die Situation klarmachen. Ich glaube, daß Sie dann die beste Voraussetzung haben für die Entscheidung, ob Sie jetzt wählen wollen oder morgen.

Die Situation ist so, daß im Parteivorstand zunächst gestern von den Landesverbänden Westfalen und Rheinland Antrag auf Vertagung der Wahlen gestellt worden ist, d. h. die Wahl überhaupt nicht mehr vorzunehmen auf diesem Parteitag. Die Beratungen darüber haben dazu geführt, daß dieser Vertagungsantrag zurückgezogen worden ist. Parteivorstand und Parteiausschuß sind also einmütig der Auffassung, daß die Wahlen auf diesem Parteitag vorgenommen werden sollten.

Zur Frage, welchen Vorschlag Ihnen Parteivorstand und Parteiausschuß machen, kann ich mich auf einen endgültigen Beschluß dieser Organe im Augenblick nicht berufen, da gestern, als diese Organe tagten, noch einige Umstände offen waren. Da sie inzwischen geklärt sind, glaube ich, im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Parteivorstandes und des Parteiausschusses Ihnen jetzt folgendes berichten zu können:

Es ist im Parteivorstand und im Parteiausschuß Einmütigkeit darüber, zunächst Ihnen, diesem Parteitag, vorzuschlagen für das Amt des Bundesparteivorsitzenden die Wiederwahl des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer. (Sehr starker Beifall: — Bundeskanzler Dr. Adenauer erhebt sich. — Stürmischer Beifall und jubelnde Zustimmung.)

Es war weiter Einmütigkeit darüber, Ihnen vorzuschlagen, auch unseren Freund, den Bundesminister Jakob Kaiser, als stellvertretenden Vorsitzenden wieder zu wählen. (Starker Beifall.)

Zu gewissen Überlegungen hat Anlaß gegeben die Frage des anderen stellvertretenden Parteivorsitzenden, der bisher unser Freund Dr. Holzappel war. Sie wissen, daß er das große und verantwortungsvolle Amt des Gesandten der Deutschen Bundesrepublik in Bern übernommen hat.

Die Auffassung von Parteivorstand und Parteiausschuß nach längeren Überlegungen geht dahin, daß wir Ihnen einen Mann vorschlagen sollten, der nicht durch ein Amt, das er im Auslande auszuüben hat, verhindert ist, praktisch diese seine Funktion wirklich wahrzunehmen. (Zurufe: Sehr richtig.)

Es bestand Einmütigkeit darüber im Parteivorstand und im Parteiausschuß, daß wir für dieses Amt vorschlagen sollten einen evangelischen Freund unserer politischen Gemeinschaft. (Beifall.)

Bei den Beratungen innerhalb des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ist dafür bisher nur ein Kandidat vorgeschlagen worden, nämlich der Bundestagspräsident Dr. Ehlers. (Starker Beifall.)

Das ist der Bericht, den ich Ihnen zu erstatten habe. Ich stelle nunmehr die Frage, ob wir diese Wahlen jetzt vornehmen wollen, (Zurufe: Ja!) oder, wie es vorgesehen ist, morgen. Ich stelle zur Entscheidung und frage zunächst, ob dazu das Wort gewünscht wird?

Das Wort hat Herr Minister Dr. Zimmer. Darf ich bitten, von hier aus zu sprechen!

Minister Dr. Zimmer (vom Platze aus):

Ich habe nur eine kurze geschäftsordnungsmäßige Frage aufzuwerfen. Es liegt uns doch daran, daß die Wahl mit sehr eindrucksvollen Ziffern zustandekommt. Sie haben eben selbst gesagt, Sie hätten den Eindruck, daß viele Delegierte fehlen. — (Widerspruch im Saal, — Unruhe.) Wenn nach Ihrer Auffassung genügend Delegierte da sind, habe ich meinerseits keine Bedenken, daß sofort die Wahl vorgenommen wird. Ich möchte nur feststellen, ob sie auch ausreichend da sind!

Dr. Tillmanns (fortfahrend):

Wir haben keine genaue Gewißheit darüber, ob nicht morgen nachmittag noch weniger da sind. Ich glaube, es gibt keinen anderen Weg, als daß zunächst dieser Parteitag jetzt darüber entscheidet.

Ich bitte diejenigen, die jetzt diese Wahl vornehmen wollen, ihren Delegiertenausweis zu erheben! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Wer enthält sich? —

Soweit ich sehe, hat der Parteitag sich gegen drei Stimmen entschieden, die Wahl jetzt vorzunehmen.

Ich habe nun die weitere Frage zu stellen, in welcher Weise gewählt werden soll. (Zuruf: Satzungen!)

Die Satzungen enthalten über den Modus dieser Wahl keine Bestimmung. Es heißt: Der Parteitag wählt den Bundesparteivorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende.

Ich frage zunächst bezüglich der Wahl des ersten Vorsitzenden unserer Partei, (Zuruf: Per. Akklamation!) ob der Parteitag bereit ist, diese Wahl durch Akklamation vorzunehmen (Zurufe: Ja!) oder ob geheime Abstimmung gewünscht wird. (Zuruf: Jawohl!)

Ich mache darauf aufmerksam, daß es gute Übung ist, wenn einer nur den Wunsch nach geheimer Abstimmung äußert, daß wir dann diesem Wunsche entsprechen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich glaube, wir sind uns darüber klar. Ich frage also, wer hat den Wunsch, daß diese Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt? — (Zuruf: Ja!)

Es wird geheime Abstimmung gewünscht. (Unruhe und Widerspruch.) Der Fall ist erledigt!

Ich stelle folgende Situation fest. (Unruhe, — Glocke des Präsidenten. — Zuruf: Ich bitte ums Wort!) Ich bitte um Ruhe! Es ist eine alte Erfahrung, daß es bei Wahlen relativ bewegt zugeht. Ich bitte, daß wir uns um so größerer Ruhe belfleißigen.

Wir haben beschlossen, die Wahl jetzt vorzunehmen. Wir werden diese Wahl in geheimer Abstimmung vornehmen. Ich bitte Sie also, von diesem weißen Stimmzettel, den Sie alle in Ihren Tagungsunterlagen haben, (Zurufe: Welche Nummer?) den Stimmzettel Nr. 1, unten rechts, zu nehmen und auf diesen Stimmzettel den Namen desjenigen zu schreiben, dem Sie Ihre Stimme geben wollen für das Amt des Bundesparteivorsitzenden. Ich möchte dazu noch bemerken — jedenfalls mache ich diesen Vorschlag —, daß wir ebenso wie in Goslar wieder diese Wahl jetzt für zwei Jahre vornehmen. (Unruhe. — Zuruf: Zur Geschäftsordnung!) — Entschuldigen Sie, Sie haben noch nicht das Wort! Sind noch weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung da? — Bitte schön!

Goch, Berlin: Ich erlaube mir den Vorschlag, zur Vereinfachung alle drei Wahlen auf einmal vorzunehmen. Das kann auf getrennten Stimmzetteln geschehen.

Präsident Dr. Tillmanns:

Es ist der Antrag gestellt, alle drei Wahlen in einem Wahlgang vorzunehmen. (Unruhe und Widerspruch. — Zuruf: Auf drei Zetteln!)

Ich wiederhole: Es ist der Antrag gestellt, die Wahl der drei Bundesparteivorsitzenden in einem Wahlgang vorzunehmen. Ich würde mir das so vorstellen, daß wir auf den Stimmzettel Nr. 1 den Namen des ersten Vorsitzenden schreiben, auf den Stimmzettel Nr. 2 den Namen des ersten Stellvertreters und auf den Zettel Nr. 3 den Namen des zweiten Stellvertreters, wobei zwischen dem ersten und zweiten Stellvertreter selbstverständlich keinerlei Rangordnung gilt. Es gibt nur zwei gleichberechtigte Stellvertreter. Trotzdem gibt es keine andere Möglichkeit, als den Namen des einen auf den Stimmzettel Nr. 2 und den Namen des anderen auf den Stimmzettel Nr. 3 zu schreiben.

Dieser Antrag ist gestellt. Ich frage, ob der Parteitag die Wahl in dieser Weise vornehmen will (Zurufe: Jawohl!) oder ob jeder der drei Vorsitzenden einzeln gewählt werden soll? (Zurufe: Nein!)

Wer dem Antrag von Herrn Goch zustimmen will, wer also dafür ist, daß wir die Wahl in der eben gekennzeichneten Weise in einem Wahlgang vornehmen mit den Stimmzetteln 1, 2 und 3 und zusammen abgeben, den bitte ich, seinen Delegiertenausweis zu erheben! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Dann hat der Parteitag beschlossen, daß nunmehr die Delegierten auf dem Stimmzettel Nr. 1 den Namen des Parteivorsitzenden, auf den Stimmzetteln 2 und 3 die Namen der beiden

stellvertretenden Parteivorsitzenden, dem sie ihre Stimme geben wollen, aufschreiben. Besteht darüber völlig Klarheit? Darf ich fragen, ob sämtliche Delegierten (Abg. Diel: Zur Geschäftsordnung!) im Besitz dieser Stimmzettel sind? (Zurufe: Nein!)

Diese Stimmzettel sind mit den Tagungsdrucksachen verteilt worden. (Abg. Diel: Darf ich zur Abstimmung ums Wort bitten?)

Augenblick, ich bin noch nicht fertig. Ich habe Ihre Wortmeldung gehört.

Es liegen bei den Tagungsunterlagen grüne Stimmzettel, die an sich für die Mitglieder des Bundesparteiausschusses gedacht sind. Ich glaube, es bestehen keine Bedenken, wenn ersatzweise diese grünen Stimmzettel Nr. 1, 2 und 3 benutzt werden.

Zur Geschäftsordnung hat ums Wort gebeten der Herr Abgeordnete Diel.

Abg. Diel:

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß sicher nicht nur meine Wenigkeit, sondern auch andere Delegierte ihre Abstimmungszettel jetzt nicht mitgebracht haben. Das spielt keine Rolle, wenn wir uns darüber einig sind, daß von den überzählig vorhandenen Stimmzetteln die betreffenden Zettel beschrieben werden, so daß als handschriftlich die Nummern 1, 2 und 3 aufgeschrieben werden. (Dr. v. Brentano: Sehr gut!)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich glaube, dagegen bestehen keine Bedenken. Wir verfahren also so, daß diejenigen, die nicht im Besitz der Stimmzettel 1, 2 und 3 sind, andere Stimmzettel nehmen, die aufgedruckte Nummer durchstreichen und mit Bleistift die Nummern 1, 2 und 3 draufschieben. Ist das völlig klar? (Unruhe.) Besteht zu dem Wahlgang noch irgendeine Frage? (Zuruf: Zur Geschäftsordnung: Das geht doch nicht! Ich kann doch nicht meine ganzen Zettel beschreiben!)

Ich glaube, Sie haben recht. Es wird darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren, das eben auf Antrag von Freund Diel angenommen worden ist, die Möglichkeit enthält, daß der eine oder andere in dieser Weise sämtliche Zettel vollschreibt. Ich bin der Auffassung, daß in unserer Gemeinschaft ein solches Bedenken keine Rolle spielen darf. (Zurufe: Sehr richtig!)

Außerdem bitte ich, den Einsammlern den Delegiertenausweis vorzuzeigen. (Zuruf: Und drei Zettel!)

Wünscht jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich nunmehr, die Stimmzettel einzusammeln.

(Die Stimmzettel werden eingesammelt.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Darf ich bitten, daß die Delegierten die Plätze einnehmen. — Ich wiederhole meine Bitte an die Delegierten, die Plätze einzunehmen. Darf ich fragen, ob sämtliche Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben haben. Das scheint der Fall zu sein. — Dann ist die Wahl damit geschlossen. (Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Entschuldigen Sie, im Augenblick habe ich noch das Wort! Wir haben noch, bevor wir mit der Auszählung beginnen, eine Wahlkommission zu wählen, d. h. diejenigen Freunde, die die Auszählung vornehmen. Die Tagesleitung schlägt Ihnen dafür vor die Freunde Schneider, Konstanz, Herrn Johnen und Herrn Heller. Ich bitte, ebenfalls damit einverstanden zu sein, daß an der Auszählung sich die Herren der Bundesgeschäftsstelle beteiligen. Darf ich fragen, ob der Parteitag mit dieser Regelung einverstanden ist? (Zustimmung.)

Das ist der Fall. Dann bitte ich, mit der Auszählung zu beginnen.

Aussprache

Präsident Dr. Tillmanns:

Nach der Tagesordnung beginnt nunmehr die Aussprache über die gehörten Referate. Mir ist eine ganze Reihe von Wünschen hier vortragen worden dahingehend, daß wir das jetzt nicht mehr tun möchten. Dagegen besteht das Bedenken, daß wir wertvolle Zeit verlieren. Ich wiederhole nochmals meine Bitte — das gehört dazu, wenn man zu einem Parteitag kommt —, daß man auch gewisse Dinge auf sich nimmt, die vielleicht nicht so ungeheuer angenehm sind. (Beifall.)

Ich könnte mir auch denken, daß Sie den Wunsch haben, das Ergebnis der eben vorgenommenen Wahl noch zu erfahren. Schon daraus würde sich für mein Gefühl ergeben, daß wir jetzt zusammenbleiben und in die Aussprache eintreten. Aber ich möchte der Entscheidung des Parteitages hier in keiner Weise vorgreifen. Wird der Antrag gestellt, jetzt die Aussprache nicht zu beginnen? (Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir mit der Aussprache über die gehaltenen Referate. Das Wort hat zu dem Vortrag des Herrn Bundeskanzlers

Georg Schneider (Exil-CDU):

Ich möchte zu dem Vortrag des Herrn Bundeskanzlers und auch zu den Ausführungen des Herrn Dr. Schröder einige Anmerkungen vom Standpunkt eines Gewerkschafters machen, und zwar, wie er mir persönlich eigen ist. Der Herr Bundeskanzler und zum Teil auch Herr Dr. Schröder haben goldene Worte vielfach nach der sozialen Seite hin gesprochen. Denjenigen, denen es ernst ist mit dem Programm der Christlich-Demokratischen Union, war es an sich keine neue Offenbarung. Trotzdem haben diese Ausführungen deshalb ein so großes Gewicht, weil sie einmal von unserem Parteichef ausgesprochen worden sind, zum anderen von einem Mann, der nicht zum Gewerkschaftskreis gehört, und schließlich auch, weil sie auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin ausgesprochen wurden.

Ich bin sehr erfreut darüber, daß beide Herren Redner, insbesondere der Herr Bundeskanzler, ein grundsätzliches Bekenntnis zum Gedanken des Betriebsverfassungsgesetzes abgelegt haben. Es ist Ihnen ja nichts Neues, daß die Gewerkschaften nicht in jeder Beziehung mit dem Gesetz zufrieden sind. Das soll man aber nicht allzu tragisch nehmen, weil es wohl noch niemals ein Gesetz gegeben hat, das die besonders an dem Gesetz Interessierten voll befriedigt hätte.

Goldene Worte waren es aber weiterhin, als der Herr Bundeskanzler sich auch zu dem Gedanken einer organischen Fortentwicklung der Betriebsverfassung in Form des Gesetzes bekannte und er an beide sogenannte Sozialpartner die Mahnung gerichtet hat, von dem Gesetz, wie es nun einmal jetzt vorliegt, erschöpfend Gebrauch zu machen, und zwar nicht nur nach der formellen Seite hin, sondern daß sie auch innerlich zu den Gedanken und dem Inhalt des Gesetzes stehen. Er hat auf die großen Möglichkeiten hingewiesen, die sich schon jetzt aus dem — wie gesagt, von gewerkschaftlicher Seite nicht voll befriedigenden — Gesetz herleiten lassen.

Daß der Herr Bundeskanzler sich für eine organische Weiterentwicklung dieses Gesetzes eingesetzt hat, ist wohl für uns als christliche Demokraten selbstverständlich; denn gerade wir sind ja auch auf allen anderen Lebensgebieten immer für den Gedanken der organischen Entwicklung eingetreten

und haben uns immer wieder damit abgefunden, daß Menschenwerk niemals vollkommen sein kann, sondern daß es vielmehr darum geht, sich grundsätzlich zum Gedanken des organischen Fortschritts zu bekennen.

Ebenso waren es goldene Worte, die der Herr Bundeskanzler zur Vierzigstundenwoche gesagt hat. Er hat sich nämlich — für manche vielleicht überraschend — zu dem Gedanken der Vierzigstundenwoche bekannt. Das begrüße ich ganz besonders. Was für Bedingungen er an die Verwirklichung dieses Gedankens knüpfte, waren an sich auch Selbstverständlichkeiten. Aber diese Erklärungen gewinnen ihren hohen Wert dadurch, daß eben unser Parteichef diese Gedanken ausgesprochen hat.

Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wird man nicht etwa die Forderung aufstellen wollen, daß durch einen — ich möchte sagen — revolutionären Akt und in schematischer Weise die Vierzigstundenwoche für alle in Arbeit stehenden Menschen zur Einführung kommt, sondern daß es sich auch hierbei um eine organische Entwicklung wird handeln müssen, wobei selbstverständlich einmal zu berücksichtigen sein wird die notwendige produktive Gesamtleistung der Nation, zum anderen aber auch die Vielfältigkeit der einzelnen Branchen und innerhalb der Gewerbezweige der einzelne Betrieb. So denke ich mir persönlich die Entwicklung — wenn auch vielleicht in schnellerer Zeitfolge — in ähnlicher Weise wie die Entwicklung zu dem heute selbstverständlichen Achtstundentag zur 48-Stunden-Arbeitswoche, die ja auch von Anfang an von gewerkschaftlicher Seite als Forderung aufgestellt worden ist und die auch — nach gewerkschaftlicher Auffassung vielleicht allzu langsam — schließlich zur Tat wurde.

Deswegen werden es die Gewerkschaften immer als ihre Aufgabe ansehen, mitzuarbeiten an der Schaffung der Voraussetzungen um die Einführung der Vierzigstundenwoche möglich zu machen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, wie sie als Forderung von der SPD aufgestellt wurde und wie sie auch — wenn auch nicht in Form der Sozialisierung, aber in Form der Überführung dieser Industrien in Gemeineigentum — von der CDU vor Jahren als Forderung aufgestellt worden ist, neuerdings abgelehnt aus Gründen, die ich nicht zu wiederholen brauche.

Um so wichtiger wird es sein müssen, daß die Betriebsvertretung und die Gewerkschaften als die eine Seite der sozialen Partnerschaft herangezogen werden zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, damit auch von dieser Seite her nichts unversucht bleibt und alle Kräfte zusammengefaßt werden, daß der Weg zur Verwirklichung der Vierzigstundenwoche in der von mir angedeuteten organischen Weise besritten werden kann und die Erfüllung nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt. (Zurufe: Kürzer fassen! — Unruhe.) Ich habe mir mit Geduld die vielen, zum Teil sehr langen Vorträge auch angehört, (Unruhe — Glocke des Präsidenten) und ich möchte deshalb für diejenigen, die zur Debatte sprechen, ein Wort einlegen.

Wenn der Herr Bundeskanzler die Sozialisierung oder die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum abgelehnt hat, dann gewinnt aber der Gedanke der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an dem Substanzwert der Betriebe eine um so größere Bedeutung. Die soziale Frage — soweit sie überhaupt menschlich lösbar ist, ist nach meinem persönlichen Dafürhalten überhaupt nur zu lösen, wenn eine gewisse Rückentwicklung im günstigen Sinne in bezug auf die Eigentums-träger einsetzt. Die soziale Frage in ihrem großen bedrohenden Ausmaß ist doch zum guten Teil dadurch entstanden, daß ein immer größerer Teil der Menschen — das gilt auch von Deutschland — im Wege der gän-

zen wirtschaftlichen Entwicklung mehr oder weniger enteignet worden ist, daß die Zahl der Träger persönlichen Eigentums immer geringer wurde und daß heute die Masse unserer Bevölkerung an Kapital nichts anderes besitzt als die Arbeitskraft. Auch diese Arbeitskraft kann sich nicht in allen Fällen auswirken, nämlich dann nicht, wenn kein Arbeitsplatz da ist. Sie kann sich aber auch dann nicht auswirken, wenn vorübergehend oder endgültig der oder die Betreffende aus dem Arbeitsprozeß aus körperlichen Gründen ausscheiden muß.

Diese Situation hat eine überaus große Unsicherheit in die wirtschaftliche Existenz der breiten Schichten hineingetragen. Ausdruck dieser wirtschaftlichen Unsicherheit, dieser Fragwürdigkeit der wirtschaftlichen Existenz ist eben die soziale Gärung, die sich insbesondere auch in Deutschland breitmacht.

Ich bitte Sie, einmal von diesem Gesichtspunkt aus die Dinge zu verfolgen. Deswegen kann es auf die Dauer nicht so sein, daß der Arbeiter und Angestellte ausschließlich in der Form von Lohn und Gehalt abgefunden wird, sondern so, daß für seine Arbeitskraftthergabe noch etwas Zusätzliches geschieht, indem man ihm persönliches Eigentum am Betrieb zugesteht, das er dann zur Sicherung seiner Existenz, insbesondere im Alter, verwenden kann. Es handelt sich hier also um den Teil des Betriebsertrages, der nicht mobilisierbar ist im Augenblick, weil er eben für die Fortführung und Fortentwicklung des Betriebes im Betrieb verbleiben muß, von dem aber die Arbeiter und Angestellten einen Besitzteil haben möchten, und zwar nach einem Verfahren, das als gerecht anerkannt werden kann.

Ich würde es deshalb begrüßen, wenn die CDU recht bald in einer programmatischen Erklärung sich zu diesem Gedanken bekennen würde. Das wäre um so notwendiger einmal aus christlichen und allgemein menschlichen Erwägungen, nicht zuletzt aber auch aus Nützlichkeits Erwägungen heraus. Wenn Sie bedenken, daß sich — nach Befragung der sogenannten demoskopischen Institute — 54 % der Wählerschaft der CDU aus Arbeitern und Angestellten zusammensetzt — (Zuruf: Und Bauern!)

Ich habe diese Feststellung nicht getroffen. Das müssen Sie dem Institut sagen, daß das nicht wahr ist! Dann sollte die CDU auch klug genug sein, den Wünschen dieser Schichten Gehör zu schenken.

Ich möchte die Frage der Montan-Union kurz streifen. Die Gewerkschaften haben sich — ich möchte einflechten, daß ich nicht für den Deutschen Gewerkschaftsbund spreche; ich gehöre der Deutschen Angestelltengewerkschaft an — zu dem Gedanken und zu dem Gesetz der Montan-Union zustimmend erklärt. Ich hätte nur gewünscht, daß sich auch diejenigen organisatorischen Gemeinschaften, die ihrer ganzen Geschichte und Tradition nach immer den internationalen Gedanken in ihrem Programm herausgestellt haben, zum Gedanken und Gesetz der Montan-Union bekannt hätten.

Abschließend möchte ich folgendes sagen: Die goldenen Worte, von denen ich sprach, sind gut, und ich schöpfe auch keinen Verdacht, daß diesen Worten etwa nicht die Taten folgen werden; denn aus den Zahlen, die uns Herr Dr. Schröder zeigte, ist u. a. bekannt geworden, was nach dieser Seite mit Hilfe der CDU getan worden ist. Ich möchte aber sagen, daß die soziale Tat in erster Linie darin bestehen muß, all den Menschen zu helfen, die leider nicht mehr die Kraft haben, um ihre Nöte und Forderungen in Massenorganisationen zu manifestieren, d. h. also für alle Menschen, denen es nicht mehr möglich ist, aus der Arbeit ihr Einkommen zu schöpfen. Diesen

Ärmsten der Armen unseres Volkes muß geholfen werden! Es soll aber auch all den Menschen geholfen werden, die mit der Hand oder mit dem Kopf in abhängiger Stellung ihr Brot verdienen müssen. Beides braucht durchaus nicht zu verhindern, daß die CDU sich für die gerechten Forderungen aller übrigen Schichten und Stände unseres Volkes einsetzt, die in gleicher Weise für unser gesellschaftliches Leben und für unser nationales Leben wichtig, ja unentbehrlich sind.

Ein zweites noch zum Schluß. An unsere Bundestagsabgeordneten, aber auch an die Abgeordneten in den Länderparlamenten möchte ich den Appell richten, bei allen Gesetzen, die sie machen oder beeinflussen können, alles zu tun, daß gegenüber den Tendenzen der Vermassung und Nivellierung die CDU einen Damm errichtet und daß sie in weitgehendem Maße sich für eine organische Gliederung alles dessen einsetzt, was sich im staatlichen, im öffentlich-rechtlichen, aber auch im privaten Leben gestaltet.

Das gilt insbesondere auch für die Einrichtungen der Sozialversicherung, damit auch hier alles getan wird, um zu verhindern, daß Mammutgebilde entstehen, die nicht mehr übersehbar sind, wo der Abstand zwischen dem Menschen — der zu betreuen ist — und der Apparatur allzu groß ist, so daß der Mensch gar nicht mehr, auch beim besten Willen des Bürokraten, gesehen wird. Ich glaube, mit diesen Ausführungen immerhin einige Gedanken vorgetragen zu haben, über die nachzudenken auch nicht unfruchtbar zu sein braucht. (Beifall.)

Präsident Dichtel:

Wir haben bewußt bei der Eröffnung der Diskussion davon abgesehen, Ihnen seitens des Präsidiums eine Redezeit vorzuschlagen. Es sollte damit nicht der Eindruck erweckt werden, daß jetzt etwa die Aussprache eingeengt und eingeschränkt werden sollte. Wir sind allerdings dabei von der Disziplin des einzelnen ausgegangen. (Beifall.) Wir haben damit praktisch etwas von dem erreicht, was heute hier als Leitwort aufgestellt worden ist: wir wollen keine Nivellierung. Es ist möglich, daß einer weniger als fünf Minuten braucht; es kann aber auch der eine oder andere, der Wertvolles sagt, einige Minuten mehr gebrauchen. Ein Antrag liegt bereits hier vor: „Ich beantrage, die Redezeit auf drei bis fünf Minuten zu beschränken.“ (Widerspruch.)

Ich würde Ihnen vorschlagen, zunächst diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir wollen noch einmal an die Disziplin des einzelnen appellieren, und wir bitten dabei — darauf kommt es an —, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen und sich zu bescheiden. (Zustimmung.)

Als nächster spricht zum alliierten Vertragswerk

Dr. Prüfer (Rheinland):

Es geziemt sich wohl, daß wir in diesem Kreise auch über außenpolitische Probleme sprechen, die uns tiefe Sorgen bereiten, wenn auch nicht Hoffnungslosigkeit; denn wir sind ja die Partei des politischen Optimismus. Wir wollen aber die Probleme, die uns bedrängen, nicht verschweigen. Ich meine in der Außenpolitik die schwere Frage der deutsch-französischen Beziehungen. Jeder Tag und jede Stunde zeigen uns deutlich, wieviel Hindernisse und Steine hier noch aus dem Wege zu räumen sind.

Die Junge Union, für die ich hier vielleicht auch sprechen darf, hat sich dieser Sorge von ganzem Herzen angenommen. Ich glaube, wir alle tun gut daran, wenn wir etwas ausstrahlen von den Gedanken, mit denen wir an dieses Problem herantreten. Wenn wir unseren Freunden draußen

klarmachen, daß das geschichtliche Problem der deutsch-französischen Beziehungen eine Frage von schwerwiegender Bedeutung für beide Länder war und ist und daß wir mit der ganzen Verantwortung unserer christlichen Politik an diese Dinge herantreten müssen, dann werden wir jenes leichtsinnige Gerede von links und rechts abschütteln können; wo man uns zu ruft: Ihr seid ja mit eurer Integrationspolitik schon im ersten Stadium der Verwirklichung auf unüberbrückbare Schwierigkeiten gestoßen.

Dieser Parteitag steht unter dem Motto: „Friede und Freiheit für ganz Deutschland!“ Wir wissen, daß dieser Weg über Europa führt. Dieser Zusammenschluß kann doch nichts anderes bedeuten als hier Frankreich und hier die Bundesrepublik, und beide in voller Verantwortung für das Schicksal der europäischen Zukunft zur Kompromißbereitschaft und zu einer Toleranz aufzurufen im Sinne der Wohlfahrt Europas und im Sinne des Wohles der Menschheit schlechthin. (Beifall.)

Zum Thema „Der Mensch im Betrieb“ ergreift das Wort

Johannes Albers, „MdB, Köln.“

Der Herr Bundeskanzler hat heute früh auf die zwei wichtigsten Gesetzeswerke des letzten Jahres verwiesen: auf den Lastenausgleich und auf das Betriebsverfassungsgesetz. Er hat den Dank ausgesprochen unseren Freunden Kunze und Kather. Ich weiß, es hat nicht in seiner Absicht gelegen, die weiteren Mitarbeiter und Hauptverantwortlichen, die für das Betriebsverfassungsgesetz zeichnen, hier nicht besonders zu erwähnen. Ich werde das für unseren alten Oberbürgermeister von Köln, den Herrn Bundeskanzler, jetzt nachholen, und ich glaube auch wohl in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich unserem Freund Sabel Dank und Anerkennung ausspreche. (Beifall.)

Es wäre vielleicht angebracht gewesen, nach den vier Vorträgen des heutigen Nachmittags einen fünften folgen zu lassen, und zwar von einem Manne, der aus der Sicht des Betriebes manche politischen, sozialen und auch allgemeinen Dinge zu behandeln weiß; vielleicht von einem Manne, der jahrzehntelang in der Gewerkschaftsbewegung steht oder gestanden hat, sich um die Dinge bemüht und vielleicht auch eine andere Sicht hat, wie sie heute nachmittag vorgetragen wurde. (Beifall.)

Ich hoffe, daß auf dem Bundesparteitag in Hamburg das, was heute hier fehlt, nachgeholt wird und daß vor allen Dingen auch die Leute, die draußen in den Betrieben und in den gewerkschaftlichen Organisationen diese große Verantwortung tragen, hier ihre Meinung zu diesen Dingen klar und eindeutig zum Ausdruck bringen. (Beifall.)

Wenn ich diese Bitte noch besonders vortrage, dann hoffe ich vor allen Dingen, daß unser verehrter Herr Bundesparteivorsitzender, der Herr Bundeskanzler, für diese Meinung weitestes Verständnis hat und auch die entsprechende Unterstützung zuteil werden läßt.

Das Wort „Gewerkschaften“ ist heute nachmittag verschiedentlich behandelt worden. Ich glaube, Sie sind neugierig darauf, meine Stellungnahme zu den ganzen Fragen der Gewerkschaftsbewegung und Bundeskongreß zu erfahren. (Zurufe: Ja!)

Nach einer Beratung, die wir gestern mit Kaiser, Arndgen, Sabel und Arnold sowie mit anderen Freunden gehabt haben, stehen wir auf dem Standpunkt, etwas abzuwarten und dann unsere Stellungnahme zu beziehen, wenn die Entwicklung im Deutschen Gewerkschaftsbund so gehen soll, daß die breiten Schichten aus der christlich-demokratischen Arbeit-

nehmerschaft nicht mehr ein Ja zu dieser Entwicklung finden können. (Starker Beifall.)

Wenn wir dieses Wort sprechen, werden wir es tun aus der Verantwortlichkeit heraus, die wir gegenüber der Arbeiterschaft und der Angestellten-schaft zu tragen haben, aus der Verantwortung heraus, daß wir letztendlich — die wir aus der Christlichen Arbeiterbewegung kommen und heute noch in der Gewerkschaftsbewegung mehr oder weniger aktiv tätig sind — dann auch das Richtige im entscheidenden Augenblick zu sagen wissen. Be-gnügen Sie sich mit diesen Erklärungen. Ich meine, es ist richtiger, wenn wir die Frage der Gewerkschaften und alles das, was damit zusammen-hängt, auch den Männern und Frauen überlassen, die aus diesen Schichten kommen. (Beifall.)

Nun muß ja jede Diskussionsrede mit einem Positivum schließen. Wir haben heute morgen auch plötzlich noch einige gute Gedanken gehabt und deswegen haben wir uns heute morgen die Frage vorgelegt, nach welcher positiven Seite hin auch dieser Bundesparteitag enden muß. Ich will Ihnen einen Entschlie ß u n g s e n t w u r f vorlesen, der sowohl die Unterschrift von den Kollegen Kaiser, Arnold, Sabel, Arndgen und anderen Freunden als auch von Dr. Wuermeling, Dr. Strickrodt und Etzel gefunden hat. Die-ser Entschließungsentwurf hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesparteitag 1952 möge beschließen:

„Das Mitbestimmungsgesetz bei Kohle und Eisen hat die Verwirklichung des im Ahlener Programm verankerten machtveteilenden Prinzips eingeleitet. Die im Ahlener Programm aufgestellten Richtlinien für eine gesellschaftliche Neuordnung sind jedoch noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Zur baldigen Verwirklichung des machtveteilenden Prinzips sind jedoch folgende Maßnahmen unverzüglich vorzubereiten und in Angriff zu nehmen:

1. Nachdem in den Grundstoffindustrien wirtschaftliche Entscheidungen nicht mehr allein von der Kapitalseite getroffen werden können, gilt es, neben dieser kollektiven Sicherung die persönliche Sicherung des einzelnen Arbeitnehmers zu festigen.

2. Diese wirtschaftliche Sicherung soll erreicht werden durch die Verwirklichung des bereits auf dem Karlsruher Parteitag von Karl Arnold geforderten Miteigentums der Arbeitnehmerschaft.

3. In welcher Form diese Miteigentümerschaft am geeignetsten durchzuführen ist, ob durch Beteiligung am eigenen Betrieb, durch Beteiligung an fremden Betrieben, durch Wohnungseigentum oder durch andere geeignete Maßnahmen, soll unverzüglich geprüft werden.

4. Diese Überprüfung soll durch einen Sonderausschuß, der sich aus Vertretern des Wirtschafts-Ausschusses, des Ausschusses für Sozialpolitik und aus Vertretern der Sozial-Ausschüsse zusammensetzt, erfolgen.

5. Der Parteitag beschließt, diesen Ausschuß sofort zu berufen mit dem Auftrage, die Ergebnisse dem Bundesparteitag 1953 vorzulegen. (Beifall.)

Sie haben davon gehört, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag Herr Ollenhauer das Gesetz über die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum ankündigte. Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen in seiner Rede auf einen gravierenden Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und unserer Auffassung besteht, nämlich in dem einen Punkte — und das ist der entscheidende Punkt —: wir haben kein Interesse daran, dem Staate noch mehr Verfügungsgewalt zu geben, weil wir aus der Zeit des Nationalsozialismus wissen und es auch in der jetzigen Zeit in der

Sowjetzone ersehen, was es heißt, wenn der Staat alleiniger Besitzer der großen Wirtschaftsvermögen und alleiniger Arbeitgeber ist. (Starker Beifall.)

Wir haben aus diesen Dingen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen sind nach der Seite hin von uns ganz klar aufgezeichnet. Wenn wir das eine nicht wollen, müssen wir von uns aus konstruktive Pläne entwickeln, um das Bessere an die Stelle des einen zu setzen, nämlich dem einzelnen Verfügungsgewalt und Eigentum geben. Das ist der Sinn dieses Antrages. Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben! (Beifall.)

Das Wahlergebnis

Präsident Dr. Tillmanns:

Inzwischen hat die Wahlkommission das Wahlergebnis vorgelegt.

Es sind insgesamt abgegeben worden 307 Stimmzettel, d. h. 307 mal 3 Zettel. Das stimmt nicht ganz, weil einmal nur zwei Zettel abgegeben worden sind.

Unter den abgegebenen 307 mal 3 Zettel befinden sich insgesamt 24 leere Zettel, die sich auf verschiedene Nummern 1, 2 und 3 verteilen.

Es sind abgegeben worden für Herrn Dr. Adenauer 302 Stimmen, (Rauschender Beifall. — Dr. Adenauer winkt der Versammlung zu. — Der Beifall steigert sich zu einer längeren Ovation.)

für Herrn Dr. Ehlers 302 Stimmen, (Sehr starker Beifall.)

und für Herrn Kaiser 281 Stimmen. (Erneut starker Beifall.)

Damit hat der Parteitag Herrn Dr. Konrad Adenauer zum ersten Parteivorsitzenden und Herrn Dr. Ehlers und Herrn Kaiser zu den zwei stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

Ich darf zunächst Herrn Dr. Adenauer fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen? (Heiterkeit.)

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl bekunden, und ich verspreche Ihnen, daß ich wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft mein Bestes tun werde für unsere Partei und für unser deutsches Vaterland. (Stürmischer Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Herr Dr. Ehlers, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen? (Heiterkeit.)

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

Ich tue das nicht ohne schwere Sorgen. Aber, meine verehrten Parteifreunde, ich tue es, weil ich in dieser Wahl Ihren Willen und die Verpflichtung sehe, das, was heute wiederholt ausgesprochen worden ist von der christlichen Verantwortung, im konkreten bei den evangelischen und katholischen Menschen in ihrer Zusammenarbeit zu verwirklichen. Dazu bitte ich um Ihre Hilfe! (Sehr starker Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich frage dann Herrn Jakob Kaiser, ob er die Wahl annimmt?

Bundesminister Jakob Kaiser:

Es wird mir nichts anderes übrig bleiben, als zu sagen: ich nehme die Wahl an. (Sehr starker Beifall.)

Ich werde weiterhin meine Pflicht zu erfüllen suchen in dem Geiste, in dem wir 1945 in dieser Stadt Berlin die Christlich-Demokratische Union gegründet haben. Wir tagen diesmal in Berlin. Ich wünsche, daß der Tag kommt, an dem wir einen Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in einer Stadt der heutigen Sowjetzonenrepublik durchführen können, weil es kein größeres Gebot für uns gibt und keine Ordnung für Gesamtdeutschland und keine Lösung der europäischen Frage, wenn nicht die deutsche Frage in der Einheit unseres Volkes und Vaterlandes ihre Lösung findet. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Es bleibt mir als dem Vorsitzenden dieses Parteitages die Pflicht, unseren neugewählten Vorsitzenden die herzlichsten Glückwünsche dieses Parteitages auszusprechen und ihnen zu versichern, daß wir alle unsere Kräfte zusammenschließen werden, um ihnen zu helfen und mit ihnen gemeinsam daran zu arbeiten, daß wir die großen Aufgaben, die uns gestellt sind, durchführen können.

Ich glaube, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hat mit dieser Wahl ein gutes Werk getan. Man spricht so oft in der deutschen Öffentlichkeit von allen möglichen Erscheinungen innerhalb der CDU, als sei da irgend etwas von Flügeln oder von Gegensätzlichkeit, von konfessionellen oder sonstigen Unterschiedlichkeiten zu merken. Bei allen diesen Überlegungen, die gelegentlich angestellt werden, ist meistens der Wunsch der Vater des Gedankens. (Zurufe: Sehr richtig!)

Es ist nun einmal so, daß in Deutschland sich eine ganze Reihe von Geistern, die noch immer an veralteten Vorstellungen hängen, nicht damit abfinden können, daß es diese große politische Gemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union gibt. Ich meine, wir haben heute durch die Wahl in überzeugender Weise bekundet, wie fest und geschlossen diese politische Gemeinschaft zusammensteht. Das soll uns mal erst eine andere Partei nachmachen, (Starker Beifall.) in einer solchen Einmütigkeit eine solche Wahl vorzunehmen.

Wir können nunmehr an die großen Aufgaben, die das nächste Jahr — insbesondere die Bundestagswahl — uns stellt, mit einem wirklich guten Mut und einem guten Vertrauen herangehen; denn diese drei Männer, die wir heute zu Vorsitzenden gewählt haben, Herr Dr. Adenauer, Herr Dr. Ehlers und Herr Kaiser, sind für uns gleichzeitig auch das Symbol dieser festen Gemeinschaft, die sich in der Christlich-Demokratischen Union gefunden hat.

Dieser Parteitag kann sich beglückwünschen zu dieser Wahl, die er vorhin getätigt hat. (Beifall.)

Wir werden diesen Wahlakt nicht abschließen, ohne daß wir unserem bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Dr. Holzapfel, der für die Christlich-Demokratische Union von ihrem ersten Anbeginn an, vor allen Dingen in den ersten schweren Jahren in der britischen Zone, eine große und wirklich erfolgreiche Arbeit für uns geleistet hat, unseren tiefgefühlten und herzlichen Dank aussprechen. (Starker Beifall und Zustimmung.)

Ich bitte Sie, mich zu bevollmächtigen, daß ich diesen Ihren Dank Herrn Dr. Holzapfel mitteile. (Beifall.)



Bundestagspräsident Dr. Ehlert wurde mit Minister Kaiser zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU gewählt

Schmerbeck zur Geschäftsordnung: Meine Damen und Herren! Ich würde es jetzt nicht für zweckmäßig halten, in der Aussprache weiter fortzufahren. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir können uns für den heutigen ersten Tag keinen glücklicheren Abschluß vorstellen als diesen Beweis des Vertrauens, den wir in der Wahl unserer Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht haben. (Beifall.) Ich bitte daher, mit der Wahl und dieser Vertrauenskundgebung den heutigen Tag zu beschließen. (Starker Beifall und Zustimmung.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich hatte die Absicht, Ihnen denselben Vorschlag zu machen. Ich entnehme aus Ihrem Beifall, den Sie dem Geschäftsordnungsantrag gespendet haben, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt schließen.

Aus dem Kreise unserer Freunde aus der Sowjetzone ist an das Präsidium dieses Parteitages die Anregung ergangen, daß wir an dem Mal, das hier auf dem Steinplatz zum Andenken an die Opfer des Stalinismus errichtet wurde, im Namen dieses Parteitages einen Kranz niederlegen. (Beifall.)

Ich sehe an Ihrer Zustimmung, daß Sie dafür sind. Das Präsidium wird morgen vormittag um 10.20 Uhr — 10 Minuten vor Beginn des Parteitages — die Kranzniederlegung vollziehen. Wer in der Lage ist, teilzunehmen, ist herzlich dazu eingeladen. Ich schließe damit die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.36 Uhr.

Dritter Tag: Sonntag, 19. Oktober 1952

Der Sonntag wurde durch die gemeinsamen Gottesdienste eröffnet.

Der evangelische Gottesdienst fand statt um 9 Uhr im Gemeindehaus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Die Predigt hielt Generalsuperintendent D. Dr. Jacobi.

Der katholische Gottesdienst fand statt um 9.30 Uhr in der Sankt-Thomas-Kirche. Die Predigt hielt Pfarrer Dr. Oppermann.

Die Plenarsitzung begann um 10.30 Uhr im Großen Physiksaal der Technischen Universität.

Präsident Dichtel:

Wir haben sehr oft aus der unmittelbaren Nachbarschaft des Sowjetsektors viele Schauspiele erlebt. Wir erleben dort Schauprozesse, wir erleben dort auch politisch gestellte Schauspiele. Wir, in der Christlich-Demokratischen Union, bemühen uns um die echte Persönlichkeit, um den Menschen, um die echte Willensbildung.

Wir haben infolgedessen heute die Aussprache über die Vorträge von gestern und die Fortsetzung des Programms des zweiten Tages unseres Berliner Parteitages auf der Tagesordnung.

(Der Parteitag entschied sich mit überwältigender Mehrheit zunächst für die Fortsetzung der Referate.)

Präsident Dichtel:

Wir kommen damit zu dem Thema II, das wir uns heute gestellt haben. Wir haben am gestrigen Tage zunächst einmal das wichtigste Anliegen unseres Berliner Parteitages zum Ausdruck gebracht: „Frieden in Freiheit.“ Wir haben uns dann im zweiten Vortrag sehr ausgiebig mit den Problemen unserer Freunde in der Sowjetzone beschäftigt, und das Zeugnis dürfen wir doch wohl dem Herrn Redner ausstellen, daß er sich seine Aufgabe nicht leicht gemacht hat, daß hier mit einer psychologischen Gründlichkeit gearbeitet worden ist, um gerade diesem Problem frei von allen Schlagworten in seiner Tiefe nachzugehen. Anschließend ist gestern dann der Mensch behandelt worden, der Mensch, der als Ebenbild Gottes in seinen Rechten heute in Gefahr ist, anderen Mächten untergeordnet zu werden.

Heute wollen wir in folgerichtiger Fortsetzung dieses Gesprächsthemas uns mit der

Stellung des jugendlichen Menschen in unserer Zeit und der Umwelt

insbesondere den Gefahrenelementen, auseinandersetzen. Damit wird, glaube ich wohl, heute eine der entscheidendsten Fragen mit behandelt für unsere Jugend, wie sie für uns gewonnen werden kann, wie sie in lebendigen Kontakt gebracht werden kann zum politischen Geschehen, zum Staat und zur Umwelt, wie man sie zu einer christlichen Führung bringen kann, und das sollte doch wohl für Staat und Zukunft die entscheidende Frage bedeuten. Gerade aus dieser Verantwortung heraus sind diese beiden Themen gestellt worden.

„Die Jugend in der Sowjetzone“

Das Wort erhielt

Siegfried D ü b e l :

Wenn man über die Jugend in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands referiert, so bedeutet das, daß man von jenem Teil der deutschen Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhanges spricht, der am stärksten dem Bolschewisierungsdruk ausgesetzt ist, weil er infolge seines noch Nichterwachsenseins und seiner mangelnden Lebenserfahrung mit einer notwendig geringeren Widerstandsfähigkeit — so scheint es wenigstens — zunächst diesem Druck am schutzlosesten preisgegeben ist. Wenn man von Natur wegen zusieht, wie diese Jugend bereits heute in ihrem Erscheinungsbild sich erschreckend dem Vorbild der sowjetischen Jugend anlehnt und gleicht, dann erhebt sich selbst für denjenigen Beobachter, der die Chance einer Wiedervereinigung Deutschlands günstig beurteilt, doch die bange Frage: wo wird diese Jugend einmal stehen, wie wird diese Jugend einmal handeln, wenn an sie das politische Geschehen und die politische Verantwortung übertragen sein wird? Eine endgültige Antwort, meine Damen und Herren, kann man auf diese Lebensfrage des deutschen Volkes von hier und an dieser Stelle nicht geben; aber, soviel glaube ich, darf gesagt werden, wie diese Antwort ausfällt, das hängt in einem sehr hohen Maße davon ab, wie wir, wie die freie Welt sich zu dieser Jugend stellt, und wie es uns gelingt, diese Jugend von unserem Geiste und von unseren Ideen und unserem Denken zu überzeugen; und noch von einer zweiten Sache wird es abhängen, von dem Maße an Verständnis und von dem Maße an psychologischer und politischer Klugheit, die wir dieser Jugend entgegenbringen.

Die Sowjets haben die Jugend nicht nur deshalb zu ihrem bevorzugten Teil auserwählt, weil sie den Punkt des geringsten Widerstandes bietet, sondern weil sie ein ganz bestimmtes System der Bolschewisierung mit nach Deutschland gebracht haben. Jugend ist noch plastisch, Jugend ist noch gestaltbar, und an der Jugend kann man versuchen, das neue Menschenbild, das das Sowjetsystem erarbeitet hat, auszuprobieren und in seiner ersten Form in die Realität umzusetzen. Der Bolschewismus ist doch nicht nur eine Wirtschafts- und eine Staatstheorie, sondern eben auch eine Anthropologie, d. h. eine Lehre vom Menschen und man muß, wenn man die Lage der Jugend in der Sowjetzone verstehen will, dieses Menschenbild des Sowjetsystems kennen, da sich nach diesem Bilde die gesamte pädagogische und politische Beeinflussung der Jugend richtet. Im Schlagwort gesprochen handelt es sich dabei um den Sowjetmenschen, von dem gestern bereits gesagt worden ist, daß es sich um einen demythologisierten Begriff handelt.

Aber ich glaube, man muß einige Aussagen über diesen Sowjetmenschen machen. Der evangelische Theologe Gollwitzer hat einmal gesagt: „Ein Marxist muß rationalistisch denken, weil ihm der Marxismus Glaubenselement, also Religion ist.“ Und Maxim Gorki sagte einmal von Lenin, er sei der einzige heutige — d. h. damalige — Mensch, der die künftige Erde wie gegenwärtig vor Augen sehe, reslos durchorganisiert wie durchsichtiger Kristall. Im Gegensatz etwa zu Nietzsches Triebmenschen, der blonden Bestie, zeigt die neue Lehre den Menschen befreit von allen Triebkräften und allem Dämonischen, ausgezeichnet durch eine glasklare Logik als Herrn der Welt, der Natur und auch der Wirtschaft und des

Staates, ja, dieser Mensch zeigt sich im weltlichen Sinne als erlöst von Trieb und Fleisch. Sogar die Naturgesetze, und das ist entscheidend, verlieren vor der sowjetischen Menschenlehre und vor dem Sowjetmenschen ihre uneingeschränkte Gültigkeit. Die Sowjets, diesen Satz werden Sie überall in der Ostpresse lesen, verändern die Natur, und deswegen drängt die Sowjetforschung nicht auf eine Feststellung der Natur, wie sie ist, sondern auf Veränderung. Genau wie für Marx die Philosophie die Aufgabe hatte, die Welt nicht zu interpretieren, sondern zu verändern. Und wenn Stalin einmal die Dichter als „Ingenieure der Seele“ bezeichnet, so heißt das nicht nur, daß sie Techniker sind, sondern dies bedeutet zugleich das Ingenieure, d. h. der Dichter soll dadurch, daß er dichtet, neue Kräfte erfinden und einen neuen Menschen, nämlich den Sowjetmenschen, bauen. Aus dieser Übermenschensicht heraus wird es verständlich, daß eine Partei z. B. darüber beschließen kann, ob erworbene Eigenschaften vererbt werden oder nicht. Es stört die Sowjets gar nicht, daß das Menschenbild, das hier entwickelt wird und das sie der Jugend aufdrängen wollen, im Widerspruch zur menschlichen Natur steht. Sie werden diese Natur einfach verändern. Das Mächtigkeitsein über die Welt ist für die Sowjets alles, ist für sie Wahrheit, Recht und folglich Politik. Die Unterschiede in den Geschlechtern verlieren dadurch ihre Gültigkeit, und nun kann die Frau auch gleichberechtigt Kohle und Erz im Uranbergbau abbauen, und die Kinder und Jugendlichen sind nicht anders als die Erwachsenen, sondern sie sind, wenn die Partei es will, wenn sie die Macht über die Welt ausübt, dann sind sie kleine Erwachsene, die schon vormilitärische Ausbildung machen, und die Mädchen marschieren genau so wie die Jungen das müssen. Man überlege: Aus dieser Überlegenheit über die Ordnung der Welt, aus diesem Gesetz heraus, aus dieser Freiheit, die an diesem Punkte zur Willkür wird, kann man nun auch verstehen, warum die kommunistische Parteilehre sich in der großen Politik ständig wandelt.

Welche Konsequenzen zu ziehen sind über die Gültigkeit von Verträgen, die die Sowjetunion abschließt, und über die Glaubwürdigkeit von Versprechungen, die sie abgibt, überlasse ich Ihrem eigenen Denken. Es hat den Anschein, als wenn das alte Descartesche Wort heute eine neue Formulierung gefunden hat: „Stalin denkt es, also ist es so.“

Die bolschewistische Praxis scheint jedoch zu dieser Theorie in einem großen Gegensatz zu stehen. Denken wir nur an die Erziehung zum Haß gegen die Klassenfeinde, oder an das Prinzip der Parteilichkeit im gesamten Bildungswesen, an die Verachtung des Andersdenkenden und an die überschwengliche, ja, fast an Anbetung grenzende Liebe der Menschen zu ihren neuen Götzen und Götzenbildern. Ich glaube, hier finden wir im Gegensatz zu der ratio einen ständigen Appell an das Triebleben, an den Affekt. Dieser Widerspruch löst sich für die Bolschewisten dialektisch erst, wenn der aufgepeitschte Affekt auf dem Höhepunkt angelangt ist und durch seine Hilfe der Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft erreicht ist. Erst dann schlägt er um und wird das Gegenteil in der Freiheit vom Affekt.

Das hat eine sehr wichtige soziologische und jugendpolitische Folge: Aus diesem Grunde denkt die kommunistische Partei gar nicht daran, dem Arbeiter in seinen sozialen Nöten zu helfen, da erst die auf die Spitze getriebene Ausbeutung den Umschlag herbeiführen kann, und deswegen untergräbt die kommunistische Partei jede Hilfe, jede soziale Leistung, und deshalb treibt sie in der Sowjetunion eine Entjugendlichung

des jungen Menschen. Man behandelt die Jugendlichen mit Absicht als Erwachsene. Man sieht in ihnen schon ein Stück des zukünftigen Sowjetmenschen. Die Jugend wird zu einer Jugend erzogen, die in Wirklichkeit gar keine innere und menschliche Jugend mehr hat. Wir sehen: Das ganze bolschewistische Denken ist dadurch gekennzeichnet, daß immer ein Stück Zukunft bereits in die Gegenwart hineingenommen ist. Die Erwachsenenwelt wird in das Kind und den Jugendlichen hineinprojiziert. Gollwitzer berichtet einmal an einer Stelle seines berühmten Buches „Und führe mich, wohin du willst“ aus seiner Gefangenschaft von einem Ingenieur, der zerlumpt und dreckig unter einem entzweigegangenen Wagen hervorgekrochen kommt und angesichts der Panne auf den schlechten Straßen freudig ausrief: „Macht gar nichts, nitschewo, morgen wird die kommunistische Gesellschaft sein!“ Dieses Absehen von der Wirklichkeit, dieses gebannte Starren auf eine fragwürdige Idee in der Zukunft, die aber bereits jetzt in den Köpfen einiger weniger kommunistischer Funktionäre als wirksam und geschichtsgestaltend angesehen wird, das ist im Grunde eine idealistische Weltanschauung.

Mit diesem unter der Schale des äußeren Materialismus verborgenen Idealismus kommt die Sowjetunion und ihre Politik der Jugend entgegen. Der junge Mensch nimmt freudig und gern Entbehrungen auf sich, wenn er vor sich eine hellere Zukunft sieht. Das Visionäre, das Idealisierte und vor allem das imperative „so soll es sein“, dieses „so soll es einmal werden“, das ist es, was die Jugend bis zu einem gewissen Grade gewinnt und oft sogar fasziniert. Ich möchte ein Lied der FDJ kurz zitieren, einen Vers: „Du hast ja ein Ziel vor den Augen, damit du in der Welt dich nicht irrst, damit du wirst, was du sein sollst, damit du einmal besser leben wirst.“ Wieder der Blick in die Zukunft, wieder das gebannte Starren auf ein Ziel, das man anstrebt, und das völlige Absehen von der Wirklichkeit. Man nennt etwas Frieden und fragt nicht, ob das wirklich schon Frieden ist, sondern setzt es einfach als solchen fest. Die Marxsche alte These, daß die ökonomischen Umstände es wären, die das Geistige bestimmen, wird bei Stalin genau auf den Kopf gestellt; denn die Einführung des Sozialismus in der Sowjetunion sowie in der deutschen Sowjetzone hat nicht automatisch den Sowjetmenschen hervorgebracht. Es beginnt für die Sowjetmachthaber ein ungeheurer Kampf um das Bewußtsein. Und dieser Kampf um das Bewußtsein wird zunächst auf dem Rücken der deutschen Jugend geführt. Darum diese unendliche und nicht abreißende Kette von Schulungen, Aufmärschen, Reden, Liedern, Fahnen und Parolen. Das Ziel dabei ist das Bewußtsein als Volkseigentum oder besser als Parteieigentum. Die wörtliche Übersetzung von Sowjetmensch heißt ja auch Volksmensch, oder besser volkeigener, oder noch klarer, ein seines privaten, geistigen und seelischen Kapitals enteigneter Mensch. Und wenn eben darüber gesprochen wurde, daß der Sowjetmensch der begierde- und triebfreie, in glasklarer Logik planende Übermensch sei, so darf man nicht denken, daß damit ein Nachdenken und logisches Durchdenken von Problemen gemeint wäre, ganz im Gegenteil, es ist ein Glaube an die ratio, keine Wissenschaft, sondern eine Wissenschaftsgläubigkeit. Es ist kein Gebrauch der Vernunft, sondern ein Glaube an die Vernunft, es ist eine säkularisierte Religion. Denn nur ein Glaube und kein Materialismus kann Berge versetzen und Naturen verändern.

Auch beim Stachanowsystem — und das ist wichtig für die Beurteilung dieser Menschen, die innerlich von der Richtigkeit dieses

Systems überzeugt sind — schwingt in den Menschen etwas mit vom Glauben an die Allmächtigkeit der Natur, so daß man kraft seines Sowjetmenschentums, kraft seiner Allmächtigkeit selbstverständlich seine 600 vH erfüllen kann. Dieses Faustische, dieses „Du mußt, du mußt, und koste es dein Leben“, das ist im Sowjetsystem zu einer erneuten und tragischen Auswirkung gekommen. Und weil bei einem Zuruhekommen des Menschen eine Ernüchterung und ein gesunder Verstand einsetzen würden, deswegen muß diese Dosis Effekt immer mehr gesteigert werden, und deswegen handelt es sich im kommunistischen Denken darum, daß man im Grunde ein mystisches Rauschgift verabreicht, und mit diesem mystischen Rauschgift wird die Jugend in der Sowjetzone systematisch vergiftet. Sie wird mit Sentiments und Ressentiments angefüllt.

Die Ausdrücke „ständig bereit“, „ständige Wachsamkeit“, das „die Hände über dem Kopf zusammenschlagen“, der in Stärke und Höhe stets gesteigerte Ton der Stimmen, das alles sind doch Symptome eines Versuches, die Jugend von der Wirklichkeit abzulenken, sie ihr zu entrücken und sie mit den Phantasiebildern eines sozialen Paradieses der Zukunft zu umgaukeln. Auch die Hetze gegen den Westen und gegen alles Andersdenkende dient vor allem diesem Zweck, den Menschen zu verhetzen und ihn nicht zu A t e m r u h e u n d U b e r l e g u n g k o m m e n z u l a s s e n . Auf jeden Affekt wird noch ein neuer draufgesetzt, so daß die Affektkurve ständig steigt und sich überschlägt, und es in den jungen Menschen oft zu Verkrampfungen, ja, zu einer förmlichen Hysterie kommt, und ich glaube, man darf formulieren: Dieser politische Rauschgifthandel der sowjetischen Machthaber, das ist das größte Verbrechen, das sie auf sich geladen haben (Beifall). Das ist Schmutz und Schund in einem Ausmaß, meine Freunde, wie es der Westen trotz eines wahrlich reichen Angebotes zweifelhafter Literatur niemals gekannt hat.

Sie müssen nur einmal in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ diesen patriotischen Schund und Schmutz lesen, diese Geschichten, in denen von jugendlichen Helden bei der Bekämpfung angeblicher Sabotage geschrieben wird. Der Sinn dieses ganzen Aufgebotes einer Affekthysterie ist die Verhinderung der Bildung der Persönlichkeit und damit im für das System positiven Sinne die Freilegung des Weges zum seelenlosen Mechanismus, zum willkürlich funktionierenden Parteisystem. S i m o n o w , der Verfasser des dramatischen Leitartikels „Die russische Frage“, hat auf die Frage eines Pressevertreters nach der Wirkung des Kriegserlebnisses auf den sowjetischen Menschen geantwortet: „Von einem eigentlichen Kriegserlebnis — bitte beachten Sie das, meine Damen und Herren — kann man beim Sowjetmenschen gar nicht reden, da er ständig in das gesellschaftliche Leben eingeflochten ist und eine private Absonderung nicht kennt.“ So ist z. B. auch im Unterricht an die Stelle der Arbeitsschule, in der der Stoff selbständig erarbeitet wird, schon lange wieder die alte L e r n s c h u l e L e n i n s c h e n S t i l s getreten, und es gibt Abzeichen für gutes Wissen und Zuchthaus für freies und selbständiges Denken. Und dieses Lernen soll dann möglichst im Kollektiv geschehen, damit ja niemand einmal auf einen eigenen oder gar privaten Gedanken kommt. So endet der sowjetische Versuch der Änderung der menschlichen Natur in nichts weiter als einer Vergewaltigung der Natur.

Sicher gibt es im Laufe der Weltgeschichte seelische und strukturelle Änderungen des Menschen, aber die sind nicht willbar und nicht durch Parteibefehle erzwingbar. Es gibt in der sowjetischen Pädagogik keinerlei Rücksicht auf wirkliche Jugendentwicklung, keinerlei Rücksicht auf die

mannigfachen Formen der kindlichen und jugendlichen Persönlichkeitsbildung. Verfrühungen sind an der Tagesordnung, gleichgültig, ob es sich um Kinder handelt, oder ob es sich um die Ausbildung vierzehn- und fünfzehnjähriger Jungen und Mädchen handelt. Es gibt nur eines, eine gewissenlose Ausbeutung dessen, was im jungen Menschen an Idealismus und Ehrgeiz, an Gläubigkeit und Hingabebereitschaft und an Härte gegen sich selbst von Natur aus drinsteckt. Vor allem wollen die Machthaber noch eines, das ist die Zerrissenheit des Jugendlichen. Jeder Mensch macht eine gewisse Sturm- und Drangzeit durch, eine Periode, in der man etwas skeptisch zwischen den Weltanschauungen hin und her wechselt, in der man stürmt und drängt und sich in seiner Haut nicht so wohl fühlt. Und hier gibt es eine echte Erlösungssehnsucht des jungen Menschen. Sie kennen das. Sie haben alle einmal früher Dramen geschrieben oder Geschichten (Heiterkeit), das nutzt der Russe aus. Er streift den jungen Menschen in diese Form, die ihn von allen Bestrebungen, Interessen, Begierden, Trieben usw. erlöst.

Daraus müssen wir im Westen einige sehr klare politische Folgerungen ziehen. Diese Jugend und gerade auch der Teil der Jugend, der dem System in einem gewissen Grade verfallen ist, darf nicht der kommunistischen Partei gleichgesetzt werden. Sie sind nicht Verbrecher, sondern Opfer des Verbrechens, nicht Verführer, sondern Verführte (Beifall). Ich glaube, in diesem Raum richtig verstanden zu werden, daß man unter diesem Aspekt auch einen Philipp Müller mit zu den Opfern des Stalinismus rechnen soll. Ich nenne dieses Problem bewußt, weil hier die kritische Stelle ist, an der auch der Westen angegriffen wird. Ein BDJ-Mann hat mir einmal erklärt, als ich auf die Frage zu sprechen kam, „es hat den Richtigen getroffen“. Nein, es war nicht der Richtige! Der Richtige saß in Berlin und heißt Honegger und hat die Strippen gezogen (Beifall). Wenn wir bei der Jugend in der Zone eine Chance haben wollen, dann müssen wir diese Jugend der Zone distanzieren und müssen diejenigen, die Opfer des Systems geworden sind, nicht mit den Verfechtern und den Führern gleichsetzen (Beifall).

Und etwas zweites ist zu folgern. Diese ständige Aufwühlung der Affekte durch die sowjetische Erziehung verleitet und verführt die Jugend zu impulsivem Handeln, sowohl im Sinne des Staates, wie das Beispiel der Ermordung des westdeutschen Zöllners bei Mellrichstadt vor einiger Zeit bewiesen hat, als auch gegen den Staat. Sehen Sie, diese Jugend drüben will etwas gegen diesen Staat tun, ob das gut ist oder negativ, darüber können wir uns nachher noch sehr eingehend unterhalten; aber wir müssen eines sehen, daß dieser Wille zur Aktivität und die damit verbundene Selbstgefährdung der Jugend ein Kind des oder dieser bolschewistischen Beeinflussung ist. (Beifall.)

Es ist richtig, daß man im Westen diesem Drang nach Impulsivität etwas weniger entgegenkommen sollte, etwas weniger leicht und manchmal etwas weniger leichtfertig nachgeben sollte. Man sollte lieber versuchen, die Verkrampfungen in den jungen Menschen zu lösen, die Wogen zu glätten und vernebelte Geister aufzuklären. Wer aktive Ostpolitik treiben will, darf nie vergessen, daß seine oberste politische Funktion der Aufgabe eines Arztes gleichkommt, der eine ungeheure Infektion zu heilen hat und eine von den östlichen Machthabern mit Vorbedacht aus den Angeln gehobene Menschennatur ins richtige Gleichgewicht zurückbringen muß. (Beifall.) In diesem Punkte tut das gute Buch, von einem guten Freund in die Zone geleitet, oft mehr als manche Gegenpropaganda. Was

die Jugend drüben braucht ist vor allem ein Gefühl ruhiger Gewißheit, daß sie trotz der von allen Seiten auf sie einschlagenden propagandistischen Wogen im Westen ihre geistige und moralische Heimat weiß (Beifall), in der sie sich in einem tieferen Sinn auch geborgen fühlt. (Beifall.)

Es ist schwer, um nicht zu sagen unmöglich, Ihnen in Prozentziffern anzugeben, wieviel Prozent der Jugend hinter dem Westen und wieviel Prozent hinter den östlichen Machthabern stehen. Sicher aber scheint mir eins zu sein: ein ganz großer Teil der Jugend dort steht zwischen den Welten, schon allein deswegen, weil sie den Westen oft aus eigener Anschauung gar nicht einmal kennt. Aber der Teil der Jugend — und es ist ein größerer als man im skeptischen Westen oft zu glauben geneigt ist —, der sich seine innere Freiheit bewahrt hat, stellt das beste Kapital des deutschen Volkes dar (Beifall), ein Kapital, das nicht vergeudet, sondern für bessere Tage aufgespart werden sollte. Und ich darf mich an dieser Stelle zum Dolmetsch des Parteitages machen, wenn ich an alle unsere jugendlichen Freunde in der Zone und auch an die Jugend anderer politischer Richtungen den Dank der Christlich-Demokratischen Union ausspreche (Beifall), den Dank für das Opfer an Kraft und an persönlichem Glück, an Freiheit, ja oft an Leben. Was diese Jugend drüben an Entsagungen und Entbehrungen, an terroristischer Verfolgung und Verhaftungen erlitten hat, das ist mehr als nur persönliches Leid, das ist ein Stück Geschichte. (Beifall.)

Was wir aber tun können und sollten, ist vor allem, die westdeutsche Jugend aufzurufen, daß auch sie ihren Teil der politischen Verantwortung tragen lernt. Die beste Stütze der Jugend des Ostens ist die Aufgeschlossenheit der Jugend im Westen und damit das Gefühl, daß der Westen sie hört und ihr durch die eigene Tat antwortet. Es scheint mir geboten, hier unserer Jugend im Osten zu sagen, daß in dieser Richtung schon erhebliches im Westen getan wird. Pfingsttreffen und Weltjugendfestspiele haben den Westen aufgerüttelt und eine breite Aktion der Jugend für die Jugend entfacht. Vor allem aber muß die Jugend im Osten spüren, daß der Westen eine innere und manchmal auch äußere Stärke hat, und dadurch unwiderleglich demonstriert, daß er nicht dem Untergang geweiht ist, daß die marxistische These falsch und ihr Ideal ein Phantom ist. Denn nichts kann die Jugend schwerer verwinden als die Schwäche, dort, wo sie Liebe und Stärke finden will.

Hier muß ich einmal ein parteipolitisches Wort sagen. Diese Jugend drüben versteht nicht, wenn es im Westen noch Menschen gibt und auch jugendliche Menschen gibt, die nicht bereit sind, das Geschenk, das sie 1945 bekommen haben, nämlich ihre Freiheit zu verteidigen. (Beifall.) Ich glaube jetzt im Namen der Jugend der Zone sprechen zu können, wenn ich sage, es fehlt doch nicht an Ideen im Westen, die verteidigungswert sind, die freiheitliche Demokratie, die Selbstverantwortung des Staatsbürgers vor Gesetz und Recht, der Europagedanke und die Politik zu einer deutschen Wiedervereinigung in Freiheit. Das sind Gedanken, die auch im Westen eine Jugend zu gemeinsamem Handeln bringen können und die schließlich auch im Westen eine Jugend zur Einsicht bringen müssen, daß sie etwas zu verlieren hat. (Beifall.) In diesem Zusammenhang wäre vielleicht zu überlegen, ob für die politischen Akademiker der Jugend nicht ein Vorschlag gemacht werden könnte. Es müßte möglich sein, auf der Basis der Jugendringe ein vorparlamentarisches Feld für die Jugend in Form eines Jugendparlaments zu schaffen, wie es etwa im RIAS-Schulfunk-Parlament auf kleiner Basis schon sehr gut funktioniert, wo die Jugend Vorschläge über ihre eigenen Probleme und Jugendfragen erarbeiten soll.

Der Jugend im Osten, die etwas für uns tun will, der müssen wir sagen und die müssen wir bitten, zunächst mal für sich selbst etwas zu tun. Wenn es ihr gelingt gegen die eindringende Tendenz zur Vermassung durch geistige Bildung, durch handwerkliches Tun, durch selbständiges Denken zur Persönlichkeit zu werden, dann hat sie die sowjetischen Machthaber geschlagen und dann hat sie der freien Welt und sich selbst den bestmöglichen Dienst erwiesen. (Beifall.)

Eines glaube ich, muß gesagt werden, eine politische Breitenarbeit in die Zone hinein ist nicht möglich und lebensgefährlich. Was möglich ist und was getan werden sollte, das ist, die Jugend so zu erziehen und die Jugend so zu bilden und so zu beeinflussen, daß sie in sich eine für alle feindlichen Stürme unzugängliche feste Burg, eine Gott verantwortliche Existenz wird. Wenn wir so arbeiten, dann ist es eine Gewißheit, daß die freie Welt wohl strategisch und staatspolitisch hinter dem Eisernen Vorhang aufhört, daß sie aber nicht nur in den Herzen, sondern auch in den Hirnen und Händen der Menschen jenseits der Grenzen weiterlebt und bis in das tiefste Rußland hineinstrahlt, ja, sie lebt noch in dem bösen Gewissen der Machthaber selbst; und, es gibt eine Dialektik, die eigentlich die Pankower Machthaber scheuen sollten; je stärker der Terror, desto unbeugsamer auch der Wille zur Freiheit. (Beifall.)

Wir haben im Westen eine große Hilfe, die wir nie vergessen dürfen, und das ist die menschliche von Gott geschaffene Natur selber. Die jugendalterlichen Stürme verwehen einmal, der Klärungsprozeß kommt und der Mensch hat, wie Bert Brecht es ausdrückte, einen Fehler, er kann denken, und diesen Fehler hat er gerettet auch in die kommunistische Gesellschaft. Der Mensch muß denken, er ist beinahe verurteilt, denken zu müssen. Es gibt nur eine Gefahr dabei, daß dieses Gefühl den jungen Menschen schädigen und sich festfressen kann und daß dadurch eine Radikalisierung im Denken für das ganze Leben entsteht. Das ist wichtig für die Politik in den Fragen des Flüchtlingsproblems. Die Anfälligkeit für den Rechtsradikalismus ist gerade bei den politischen Flüchtlingen ein schwieriges Problem.

Aber eines wollen wir festhalten und das wollen wir den Leuten aus Pankow sagen, daß gerade diese Vergiftung, dieser geistige Appell an den Affekt diesen Radikalismus und diesen Rechtsradikalismus und Neofaschismus geradezu züchten. Immer wieder finden wir bei diesen Machthabern das Gerede vom jungen Volk. Sie wissen ganz genau, daß es darauf ankommt, die Menschen nie reif, nie selbständig denkend werden zu lassen, sondern daß man sie jung und plastisch und biegsam in ihrem Sinne halten muß. Irgendwo schlummert in jedem jungen Menschen der Funke der Freiheit. Ich möchte ein sehr interessantes Beispiel aus meinem jugendpolitischen Leben erzählen. Ich bin einmal in einer westdeutschen Stadt in einer kommunistischen Versammlung gewesen und habe zur Diskussion gesprochen. Da kam ich ins Gespräch mit einem FDJler, der in Leipzig studierte und seine Semesterferien in Westdeutschland verlebte. Ich hatte Bilder herumgezeigt mit Gewehr marschierende FDJ-Mädels und gesagt: daß es in keiner kapitalistischen Geschichte, ja nicht einmal im Kriege so etwas gegeben habe. Und da entgegnete mir der FDJler: doch bei Adolf Hitler. Wir wollen nicht darüber streiten. Ich habe ihm daraufhin gesagt: Jawohl, das wollte ich gerade hören, also stimmt es doch, daß wir sagen, daß Ihr genau so Politik treibt wie Adolf Hitler. (Beifall.) Aber das ist nicht wichtig, wichtig ist eines, ein psychologisches Moment. Ich hoffe, Sie können das aus dem Wort heraus spüren, daß dieser Mensch im Unterbewußtsein überhaupt dazu kommt, diese marschierenden FDJler mit der Hitlerjugend zu vergleichen. Es lebt selbst im überzeugten FDJler



Dr. von Brentano, Vorsitzender der Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Ernst Lemmer, Vorsitzendem der Berliner CDU-Fraktion.

im Unterbewußtsein so ein dumpfes und oft zurückgedrängtes Gefühl für das wirkliche Leben. (Beifall.) Es gibt in der Geschichte, lassen Sie mich das für den russischen Menschen sagen, ein leuchtendes Beispiel einer Selbstbefreiung des Menschen. Ich nenne den Namen von Major Klimow, den Verfasser des Buches „Der Kreml“, und mancher Deutsche könnte auf diesem Wege weitergehen, den Klimow einmal angefangen hat.

Wir müssen einige politische Konsequenzen ziehen. Wie die Jugend aussieht, das ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes und ich glaube, es ergeben sich für Bundesregierung und Bundestag auch einige klare politische Konsequenzen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wird nur dann möglich sein, wenn sich für die sowjetischen Machthaber die Unrentabilität des Besitzes der Sowjetzone erwiesen hat, und man weiß in Moskau, daß keine Propaganda die Erwachsenen gewinnen kann. Man weiß auch, daß die Wirtschaft, solange der Mensch dem System nur widerwillig folgt, nie rentabel sein wird. Und schließlich ist auch rein strategisch es ein Problem, zumindesten, ob diese Zickzack-Linie zwischen Lübeck und Hof günstiger ist als die Oder-Neiße-Linie. Was die Sowjets aber noch an die deutsche Zone fesselt, das ist die Hoffnung, einmal die Jugend für sich und damit den neuen Menschen für sich gewinnen zu können. Das bedeutet ganz nüchtern und real, daß die Jugendpolitik das Schlüsselproblem, zur Wiedervereinigung Deutschlands darstellt. (Beifall.)

Es gibt ein böses Wort, das aber, wenn es nüchtern betrachtet wird, sehr wahr ist: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Nun, Stalin hat wohl die deutsche Jugend in der Ostzone in der Hand, aber diese deutsche Jugend hat nicht Stalin in ihrem Herzen. (Beifall.) Die Jugend braucht

etwas, an das sie ihr Herz hängen kann; denn Jugend — auch das ist eine Tatsache — liebt etwas mehr als ihr Leben und es ist uns ferner aufgegeben und unserer Partei aufgetragen, dafür zu sorgen, daß das Bild, das die Jugend mehr liebt als ihr Leben, nicht die dämonischen Züge von Josef Wissarianowitsch Stalin trägt, sondern das frohe Antlitz eines freien Menschen. (Starker Beifall.)

Tagungspräsident Dittel:

Ich glaube, ich darf auch in Ihrem Namen unserem Parteifreund Siegfried Dübel für seine Ausführungen herzlichst danken. (Beifall.) Wir haben am gestrigen Tage in dem Thema „Der Mensch in der Sowjetzone“ einen sehr tiefen Einblick in das getan, was sich, für viele von uns bisher nicht recht sichtbar, in der Sowjetzone abspielte. Wir haben heute morgen die Fortsetzung dieses Themas erlebt in der Fragestellung „Die Jugend in der Sowjetzone“. Damit sind die beiden Probleme, die unsere Freunde im Osten beschäftigten, auf diesem Parteitag von der Vortragsseite her gesehen, erledigt. Heute nachmittag wird unser Parteifreund Kaiser ein Grußwort an die Deutschen der Sowjetzone richten.

Darf ich nun an diese beiden Ausführungen, die hier vorgetragen worden sind, an diese beiden Vorträge noch ein persönliches Wort anknüpfen? Ich bin dankbar, daß dieser Parteitag nach Berlin gelegt worden ist und ich bin dankbar, meine Parteifreunde, daß ich diesen Parteitag hier in Berlin mit erleben durfte. Ich habe daraus eine Einsicht bekommen. Es liegt nicht etwa im Sinne einer Selbstanklage gegenüber dem Osten, wenn ich hier feststellen möchte: ich habe die Einsicht bekommen, daß wir es uns im scheinbar gesicherten Westen mit der Liebe gegenüber unseren deutschen Brüdern im Osten doch etwas zu leicht gemacht haben. (Beifall.) Ich glaube, meine Parteifreunde, auch Sie werden eine Einsicht mit nehmen, daß die ideologische Gefahr, deutsche Menschen, die mit uns zusammengehören, zu verlieren, viel viel größer ist, als von uns bis heute in der Tiefe erkannt worden ist, wie die totale Bedrohung durch die Sowjetbajonette und Sowjetpolitik. (Beifall.) Ich glaube, daß wir es mitnehmen müssen, daß wir gerade auf diesem Gebiet etwas mehr tun müssen, um unser Herzensanliegen, die Wiedervereinigung aller Deutschen, durchzuführen, daß wir gerade auf ideologischem Gebiet, auf dem Gebiet des inneren Kontaktes von Mensch zu Mensch dort drüben, um unsere Freunde im Osten ringen müssen, um die Wiedervereinigung Deutschlands durchführen zu können.

„Die politische Entscheidung der Jugend“

Das Wort nahm

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

Nach dem, was wir eben über die Lage der Jugend in der sowjetisch besetzten Zone gehört haben, wissen wir, daß wir über die politische Entscheidung der Jugend nicht im luftleeren Raum reden können. Die Frage ist uns in einer ganz bestimmten politischen Lage gestellt, und daß sie hier in Berlin, auf dem Kampfplatz zwischen West und Ost gestellt ist, macht sie uns nur noch dringlicher und verpflichtender.

Wenn man heute über die politische Haltung der Jugend spricht, stößt man mit ziemlicher Sicherheit jedesmal auf die Behauptung, daß die Jugend kein politisches Interesse habe, daß sie sich anderen Dingen, dem Sport oder dem Vergnügen oder ihrem Beruf hingeebe und darum für politische Fragen nicht zu haben sei. Manchmal schreibt einem das auch irgend

ein Jugendlicher, zuletzt aus Hamburg, und fügt dann hinzu, für solche Dinge habe er jedenfalls keine Zeit. Es wird weiter behauptet, daß die Jugend von den Alten enttäuscht sei und daß diese ihr kein politisches Ideal vorzeigen könnten. Oder man sagt, die Bereitschaft der Jugend sei von den Organisationen des politischen Lebens mißbraucht worden und deshalb sei sie nicht bereit, in irgendeine Art politische Verantwortung hineinzugehen.

Es ist kürzlich beim sozialdemokratischen Parteitag in Dortmund die Altersgliederung der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargelegt worden, und dabei hat sich ein auffälliges Schwergewicht zugunsten der älteren Jahrgänge ergeben. Ich gebe mich nicht der trügerischen Hoffnung hin, daß es bei unserer Partei, die bei weitem nicht so straff organisiert ist wie die sozialdemokratische, in irgendeiner Weise anders sein könnte. Aber auch wenn ich das weiß, möchte ich hier der generalisierenden Behauptung, daß die Jugend ein politisches Interesse nicht habe, nachdrücklichst widersprechen (Beifall). Wir alle, die wir im politischen Leben der Bundesrepublik stehen, insbesondere diejenigen, die dem Bundestag oder dem Landtag eines Landes angehören, haben immer wieder Gelegenheit, mit jungen Menschen zusammen zu kommen, ihre Fragen zu hören, ihre Zweifel ernst zu nehmen und mit ihnen über all die Probleme zu sprechen, die uns und die sie bewegen.

Wenn ich mir die Entwicklung der letzten Jahre seit 1949 vor Augen stelle, habe ich den Eindruck, daß die Anteilnahme der Jugend am politischen Leben unseres Staates und seines Parlamentes außerordentlich gewachsen ist (Zurufe: sehr richtig!), und zwar nicht nur bei der akademischen Jugend, bei dieser in besonders erfreulichem Maße, sondern ebenfalls bei der Gewerkschaftsjugend und der Jugend anderer Berufsstände, aber auch bei den Jungen und Mädchen auf der höheren Schule und Berufsschule. Ich meine, daß es für die politische Arbeit, die wir tun, keine positivere Bestätigung geben könnte als diese Feststellung. Das heißt nun nicht, daß Parlamente, Regierungen und Parteien den uneingeschränkten Beifall dieser Jugend gefunden haben oder finden. Jeder Jugendliche, der nach Bonn kommt, — ich vermute, daß es in dem verbündeten München, in Düsseldorf und Kiel nicht anders sein wird (Heiterkeit) — hat an den Lebensformen der parlamentarischen Demokratie sehr vieles und sogar richtiges auszusetzen. Aber es gibt nur wenige, die in der nach 1949 zunächst sehr beliebten Weise es bei dieser Kritik bewenden lassen. Die meisten bemühen sich darum, hinter die Kulissen des parlamentarischen Lebens zu schauen und sich ein Bild von der wirklichen Arbeit, von der tatsächlichen Verantwortung und den gegebenen Möglichkeiten des politischen Handelns und der politischen Zielsetzung zu machen. Die Begegnung der Jugend mit den Formen parlamentarischer Demokratie geschieht naturnotwendig in einer Atmosphäre sachlicher Nüchternheit. Ich halte das keineswegs für einen Mangel, sondern für eine notwendige und förderliche Erscheinung. Wir haben erlebt, wohin eine Jugend geführt wird, der man nicht eine sachlich fundierte politische Entscheidung zumutet, sondern die man mit vordergründigen Argumenten und Begeisterungsaufrufen an der sachlich notwendigen Klärung und Entscheidung vorbeiführt. (Beifall.) Wir haben das einmal erlebt und erleben es — wir haben das eben in eindrucksvoller Weise gehört — in gleicher Weise heute wieder.

Wenn ich mir die Bilder aus der „Täglichen Rundschau“, der Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht vom 8. Oktober 1952 ansehe, die dort vom „Tag der Republik“, dem nationalen Feiertag dieses Staates,

veröffentlicht werden, dann ist kein Bild dabei, das wir nicht mit etwas anderen Uniformen — sogar die Farbe Braun ist ja inzwischen wieder aufgetaucht — mit etwas anderen Fahnen und etwas anderen Gesichtern schon einmal gesehen haben (sehr richtig). Hier lesen wir unter einem Bild: „Unter dem Stalin-Banner vorwärts zu neuen Erfolgen für den Aufbau und die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik! Das war das Gelöbnis der Freien Deutschen Jugend, deren beste Vertreter vorüberzogen.“ Und unter einem Bild von Mädchen mit Gitarren steht das Wort: „In ihren bunten Trachten mit Blumensträußen und Musikinstrumenten boten die Volkstanz- und andere Kulturgruppen aus der Deutschen Demokratischen Republik in dem gewaltigen Demonstrationenzug ein besonders lebensfrohes Bild.“ Wir haben noch vor Augen, wie Adolf Hitler der in Nürnberg versammelten Hitlerjugend zurief, daß sie hart wie Kruppstahl sein solle. Das Ende dieser kruppstahlharten Jugend zwischen dem Nordmeer und El Alamein kennen wir (Beifall).

Wenn wir von einer politischen Entscheidung der Jugend sprechen, dann meinen wir keine Demonstrationen, dann meinen wir keine Begeisterungsausbrüche, dann meinen wir keine spontanierte Lebensfreude, sondern dann meinen wir eine nüchterne, todesnste Angelegenheit, daß eine junge Generation sich den wirklichen Problemen des Lebens ihres Volkes gegenübergestellt sieht und dazu gelangt, sich zu diesen Problemen eine eigene Meinung zu bilden (Beifall. Wenn es der Demokratie irgendwann einmal einfallen sollte, den Versuch zu machen, mit den totalitären Regimen in Wettbewerb treten zu wollen in der Inanspruchnahme der Jugend mit den Mitteln der Begeisterung und der Phrase, würde sie damit kundtun, daß sie auf dem Wege zu ihrem Ende wäre (Beifall). Ich darf wohl bei dieser Gelegenheit etwas anmerken, was mir wichtig erscheint. Wenn ich sage, daß die politische Entscheidung der Jugend in einer Atmosphäre sachlicher Nüchternheit geschehen muß, dann sollten wir keinen Augenblick vergessen, daß diese Nüchternheit sich keineswegs dadurch von der lauten Begeisterung unterscheiden muß, daß sie weniger Liebe zu Volk und Vaterland aufweist, als der Lärm vortäuscht, den die anderen für nötig halten (Beifall). Eine politische Entscheidung der Jugend kann nicht gefällt werden, wenn nicht aus den Urgründen persönlichen und völkischen Lebens — lassen Sie uns ruhig dieses mißbrauchte Wort völkisch wieder für unsere Sache in Besitz nehmen (Beifall) — ich sage noch einmal: wenn nicht aus den Urgründen persönlichen und völkischen Lebens diese Liebe zu Volk und Vaterland vorhanden ist. Wir erleben es und haben eben etwas davon gehört, daß auch diese Liebe zu Volk und Vaterland schon wieder zum Gegenstand staatlicher Propaganda und falscher Inpflichtnahme gemacht wird. Ich möchte dasselbe sagen, was ich den Delegierten des Bundesjugendringes vor einigen Wochen gesagt habe, daß es nach meiner Meinung keine überzeugendere Dokumentation der Liebe zum Volk gibt als den schlichten Vorgang, daß die ersten Steglitzer Wandervögel auf einer ihrer ersten Fahrten aus dieser Stadt auf den Hohen Golm im Süden der Mark Brandenburg gewandert waren und von dort in tiefer Ergriffenheit im Blick auf das Land, das vor ihnen lag, sangen: „O Vaterland, wie bist du schön mit deinen Saatenfeldern!“ Es tut uns gut, wenn wir diese Liebe auch einmal dokumentieren. Man soll Nationalhymnen nicht zu oft singen und zum Repertoire von irgendwelchen Feuerwerken werden lassen; aber man soll auch, wenn man Delegierter deutscher Jugend ist, zu einer Jugendkonferenz des Deutschen Jugendringes das Singen des Liedes von Einigkeit und Recht und Freiheit nicht durch betonte Ablehnung und durch Hinausgehen in Gefahr bringen,

zu einer Demonstration der anderen zu werden, wie es kürzlich in der Paulskirche geschah (Beifall).

Wir haben zunächst zu fragen: was ist überhaupt politische Entscheidung? Gegenüber der Propagierung einer falschen Einheit müssen wir wissen, daß es eine Entscheidung nur dann gibt, wenn die Wahl zwischen mindestens zwei Möglichkeiten vorhanden ist. Der totalitäre Staat kennt eine solche Entscheidung nicht. Für ihn gibt es nur die Inpflichtnahme für den festgelegten politischen Willen eines Systems, nämlich des seinen. Wir dürfen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß die bei uns durch zwölf Jahre gerührte Trommel, die zur Einheit, d. h. zum politischen und weltanschaulichen Einerlei rief, zwar zunächst verstummt ist, daß aber manche Menschen offenbar ihren Klang noch im Ohr haben (Heiterkeit). Es wäre eine oberflächliche Beschönigung unserer politischen Situation, wenn wir meinen wollten, daß das, was im Osten Deutschlands heute wieder geschieht, nur auf dem Boden des Ostens wachsen könnte und daß wir insgesamt dagegen immun wären (Beifall). Die Versuchung, die einzelnen durch Fahnen, Musik und Marschieren zur formlosen Masse zu machen, mit der man willkürlich Politik betreiben kann, ist nicht auf den Osten beschränkt (Zurufe: sehr richtig! und Beifall).

Es ist auch nicht so, daß diese Einheitsparole nur unter dem politischen Vorzeichen des Ostens möglich wäre. Wir haben es erlebt, daß die Versuchung, solchen Parolen zum Opfer zu fallen, die friedlichsten Bürger und ihre Jugend in Bewegung bringen kann (Zurufe: sehr gut). Wir haben keine Veranlassung so zu tun, als ob die Scheidung zwischen Ost und West so stark wäre, daß wir uns über die Gefährdungen, die auch uns drohen mögen, und nicht nur uns, sondern auch den älteren Demokratien dieser Erde, hinwegsetzen könnten. Wir kennen alle das billige Gerede über Parteien und ihre Schlechtigkeit, und wer von uns wollte behaupten, daß die Parteien die idealsten Zusammenschlüsse von Menschen auf dieser Erde wären (Heiterkeit). Aber wenn wir die Wahl zwischen dem Zustand haben, daß es unter Aufrechterhaltung der Fiktion einer Partei nur die totalitäre Herrschaft des einen oder der wenigen gibt und der anderen Möglichkeit, daß zwei oder mehrere vielleicht an sich nicht sehr imponierende Parteigeilde sich gegenseitig kontrollieren, so müssen wir doch sagen, daß die Freiheiten der Menschen und die Lebensrechte der Demokratie bei diesem gegenseitigen Kontrollieren von Parteien immer noch am besten gewahrt werden (Beifall).

Weiterhin ist zu sagen: Entscheidung gibt es nur dann, wenn die Freiheit zu einer persönlichen Entscheidung vorhanden ist. Unser Reden über das Recht der Persönlichkeit und der Freiheit des Menschen ist nur dann glaubwürdig, wenn wir den Menschen und besonders den jungen Menschen Lebensformen zu geben vermögen, die so gestaltet sind, daß sie sich diese Entscheidung auch leisten können. Jemand, der befürchten muß, durch eine politische Entscheidung die Möglichkeit zu einer Berufsausbildung, zum Abschluß seiner Schulausbildung oder seines Studiums, den Weg in einen Beruf oder in ein Amt zu verlieren oder zu gefährden, kann keine selbständige und freie politische Entscheidung fällen (Beifall). Vor wenigen Wochen sind in einer Stadt Mecklenburgs die Kinder sämtlicher evangelischer Pastoren von der Schule verwiesen worden nur deswegen, weil sie der Jungen Gemeinde der Kirche aktiv angehörten (Pfui-Rufe). Bei einem dieser Jungen, wohl einem Tertianer, wurde diese Verweisung gemildert, weil er, wie das Ministerium für Volksbildung in Berlin feststellt, — welche Sorgen hat ein solches Ministerium? — während der Untersuchung den festen Willen, am Aufbau unserer Deutschen Demokratischen

Republik mitzuhelfen, zeigte. Es geht hier nicht darum, festzustellen, daß das auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs geschieht. Die Frage, die uns Not machen muß, ist die, ob wir bis an die Grenzen des Möglichen dafür sorgen, daß unsere Jugend den Weg in das Leben und in den Beruf gehen kann, ohne gezwungen zu sein, ihre politische Entscheidung mit einem Seitenblick auf die sich etwa bietenden oder verschließenden Möglichkeiten des Vorankommens im Leben zu fällen (Zurufe: sehr richtig! Beifall). Hier gewinnt die soziale Fürsorge für die Jugend und die Sicherung der sozialen Freiheit und Unabhängigkeit eine unmittelbare Bedeutung für die Freiheit der politischen Entscheidung dieser Jugend und damit für die Fundamente des Staates überhaupt.

Neben der Bedeutung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit für die politische Entscheidung der Jugend geht es um die Fähigkeit, überhaupt sittliche Werte zum Maßstab einer Entscheidung des Lebens zu machen. Ich meine wirkliche sittliche Werte und nicht vorgetäuschte Phrasen, die fiktiv zum Fundament politischer Entscheidungen gemacht werden. Wir haben kein Recht, in den allgemeinen Klagegesang mancher Alten einzustimmen, die so tun, als ob unsere Jugend in einer bisher nicht erhörten Weise sittlich und moralisch verkommen und verwildert wäre. Im Blick auf die Gesamtsituation der deutschen Jugend in unserem Staat müssen wir sagen, daß es ein Wunder Gottes ist, daß die Jugend trotz all dessen, was über sie hereingebrochen ist, und trotz der Beispiele, die ihnen die ältere Generation zu einem nicht geringen Teil gegeben hat, so gesund und intakt ist (Beifall), wie wir es jeden Tag erleben. Und wenn sie es nicht ist, dann sicher zu einem großen Teil nicht aus eigener Schuld, sondern, weil niemand sie gelehrt hat, sittliche Werte zum Maßstab ihrer Entscheidung zu machen. Wir sollten wissen, obwohl manche Menschen in Deutschland es immer noch nicht verstanden haben, daß sittliche Grundsätze des Lebens nicht aus irgendwelchen humanitären oder sonstigen menscheitsbeglückenden Ideen erwachsen, sondern daß sie tragfähiger Fundamente bedürfen (Beifall).

Die Entwicklung unserer Ethik hat uns mit erschreckender Deutlichkeit klargemacht, daß es keine anderen verpflichtenden und dauernden ethischen Fundamente gibt als die im Worte Gottes begründeten (Beifall). Die Fähigkeit, Entscheidungen auf Grund einer solchen ethischen Verpflichtung zu fällen, fällt einem nicht in den Schoß, sondern sie ist das Ergebnis langanhaltender, mühsamer und treuer Erziehungsarbeit. Es wäre unsinnig, von einer Jugend eine echte politische Entscheidung fordern zu wollen, der die Grundlagen, auf die eine solche Entscheidung sich stützen kann, nicht vermittelt worden sind. Die Vermittlung dieser Grundlagen ist nicht nur Aufgabe des Staates, ja vielleicht ist sie am wenigsten dessen Aufgabe (Beifall); sie liegt in erster Linie in den Händen der Eltern und ist gegründet auf die ganze Atmosphäre der Häuser, in denen die Jugend aufwächst. Wenn wir immer wieder von dieser Verpflichtung der Eltern und dem daraus wachsenden Recht der Eltern, die Erziehung der Jugend zu bestimmen, sprechen, dann meinen wir nicht irgendein System oder eine erziehungspolitische Konstruktion, sondern wir meinen die Erziehung der Jugend in den unserem Volke überkommenen ewigen Werten. Wenn wir keine gottesfürchtigen Elternhäuser haben, wenn es keine Schule gibt, in der die Jugend zur Gottesfurcht erzogen wird, wird es keine tragfähige politische Entscheidung der Jugend geben (Beifall). Hier liegt die entscheidende Stelle unseres Kampfes und das, was uns am tiefsten vom Osten unterscheidet. Die Schule des Ostens ist eine Weltanschauungsschule, eine Bekenntnisschule des dialektischen Materialismus (Zustim-

mung), die mit eiserner Konsequenz die politischen und weltanschaulichen Grundlagen für diesen Staat und sein Selbstverständnis zu legen sich bemüht. Wir setzen dagegen eine Schule, in der in der Mannigfaltigkeit der Formen das eine für uns entscheidend ist, daß die Erziehung nicht aus einer Ideologie von Menschen, sondern aus der Verbindlichkeit des Gebotes Gottes gestaltet wird (Beifall). Und hier ist der Ort, wo wir immer wieder und wiederholt das eine betonen müssen: in dieser Frage sind evangelische und katholische Christen in Deutschland in gleicher Weise gefordert (Beifall). Eine Entscheidung gibt es schließlich nur dann, wenn die Sachkunde für eine solche Entscheidung auf Grund objektiver Unterrichtung vorhanden ist. Es geht nicht nur der Jugend so, sondern auch den Erwachsenen, daß, wenn sie mit den wirklichen Hintergründen unserer politischen Problematik befaßt werden, sie sehr oft betroffen vor der Vielschichtigkeit der Probleme stehen.

Wir wünschen uns eine Jugend — und wir wollen sie so erziehen — die nicht darauf angewiesen ist, irgendwelche vorgekauften Propagandapartien, die mit sturer Hartnäckigkeit vom ganzen Propagandaapparat eines Systems wiederholt werden, zu übernehmen. Wir erwarten von allen, die mit der Jugend zu tun haben, daß sie dazu beitragen, nicht der Jugend die Entscheidung abzunehmen, sondern ihr zu einer echten und klaren eigenen Stellungnahme zu verhelfen. (Beifall.) Das gilt für die Schulen und ihren staatsbürgerlichen Unterricht, das gilt aber insbesondere für Presse, Rundfunk und Film. Es soll und darf in unserem freien Staat keinen einheitlich gesteuerten Propagandaapparat geben, der Presse, Rundfunk und Film einheitlich ausrichtet oder Sprachregelungen des Parteitages ausgibt. (Beifall.) Die Jugend soll in all diesen Formen der Meinungs- und Willensbildung die Differenziertheit und Freiheit der Ansichten vertreten sehen. Aber es wäre gut, wenn in all diesen Erscheinungsformen auch sichtbar würde, daß die Menschen, die diesen Apparat handhaben und die Freiheit, die der Staat ihnen dabei gewährt, manchmal sehr nachdrücklich gebrauchen, nicht nur Geschäfte machen wollen, sondern aus einem wirklichen Berufsethos in politischer Verantwortung zu handeln bereit sind. (Beifall.) Leider vermischen wir das oft genug und spüren nichts davon, daß man der Jugend und dem Volke dazu helfen möchte, objektive Entscheidungen auf Grund objektiver Unterrichtung zu fällen.

Ich habe von einigen Grundsätzen hinsichtlich des Inhalts politischer Entscheidungen und der Voraussetzung einer solchen Entscheidung gesprochen, und habe jetzt zu fragen: was hilft der Jugend zur Fällung einer echten politischen Entscheidung? Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Jugendgemeinschaft. Ich lege ein Bekenntnis ab zu der Notwendigkeit für den jungen Menschen, seinen Weg ins Leben und in die politische Entscheidung nicht in einer bequemen oder arroganten Isolierung zu gehen, sondern sich hineinzustellen in eine Gemeinschaft Gleichgesinnter und Gleichinteressierter. Es ist zunächst gar nicht so entscheidend, welche Gemeinschaft das ist, Das mag sich nach den Interessen und Anliegen des einzelnen herausbilden. Entscheidend ist aber, daß sie freiwillig zustande kommt. Wer das Bild der deutschen Jugend in unserem Staat vor sich hat, mag sie im Vergleich zu der organisierten Staatsjugend totalitärer Staaten sehr mangelhaft und kümmerlich finden. Er mag finden, daß nicht einmal die Hälfte solchen Jugendgemeinschaften angehört und er mag beanstanden, daß diese Jugendgemeinschaften sehr verschieden in ihrer Form, in ihrer Zielsetzung und Lebensgestaltung sind. Aber gerade das unterscheidet die Jugend von der einheitlich organisierten und geformten und dann auch nur einheitlich denken dürfenden Jugend autoritärer Staaten. Wir lehnen

jede staatliche Zwangsorganisation und Einheitsjugend ab. (Beifall.) Wir wünschen auch nicht, daß der Staat bei aller Notwendigkeit der Forderung freier und verantwortungsbewußter Jugendarbeit den Weg geht, die Jugendarbeit so zu subventionieren, daß sie nur um dieser Subventionierung willen vorhanden ist. (Beifall.)

Staatlich gegängelte Jugend, ganz gleich unter welchen Vorzeichen, ist noch niemals ein lebendiger Baustein staatlichen Lebens und kein Urgrund einer politischen Entscheidung gewesen. (Beifall.) Die Jugend muß bereit sein, für ihre Gemeinschaft selbst Opfer zu bringen, auch wenn sie klein sind. Unser Staat wird bei der Begrenzung der Mittel, die er angesichts seiner ungeheuren Aufgaben für die Förderung der Jugendarbeit aufwenden kann, sehr darauf bedacht sein müssen, daß er diesen Grundsätzen der Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit der Jugend dabei jede Achtung zuteil werden läßt. Wenn eine solche Jugendgemeinschaft einen Sinn haben soll, muß aus ihr echtes Führertum herauswachsen. Es geht nicht um die Führer, die wir erlebt haben und die uns jetzt wieder in den Staaten des Ostens präsentiert werden. Aber wir wissen aus den Erfahrungen unseres Lebens, insbesondere in der deutschen Jugendbewegung, daß jede lebendige Gemeinschaft die tragende Kraft für das Herauswachsen echten Führertums hergibt. Ein solches Führertum beruht auf zwei Vorgängen: auf dem Menschen und seiner ethischen Substanz, aus der Autorität wächst, und auf dem Getragensein durch die Gemeinschaft, aus der er herauswächst und die er führt. Man kann ein solches Führertum nicht konstruieren, aber man soll es wachsen lassen und sich darüber freuen, wenn echte Autorität auf diese Weise zunächst in den kleinen Gemeinschaften des völkischen Lebens heranreift, weil sich daraus irgendwann einmal die Bildung echter Autorität für den Gesamtbereich des Lebens des Volkes ergeben wird.

Die Jugend kann eine politische Entscheidung nur dann fällen, wenn ihr von klein auf die rechte Beziehung zwischen Beruf und Politik offenbar gemacht wird. Wir Deutschen sind vielleicht zu sehr in der Versuchung, zu meinen, daß wir politische Fragen allein mit dem Geldbeutel und Rechenstift entscheiden könnten. (Beifall.) Wir sind noch nicht losgekommen von der Zeit, die da meinte — und zwar nicht nur bei den arbeitenden Menschen, daß allein und ausschließlich die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse die Ordnung der Lebensumstände von Staat und Volk bedingen könnte. Der Glaube daran, daß man durch die Wirtschaft und durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse das Leben eines Volkes sichern könne, ist bei uns noch nicht ausgestorben, und bei manchen einzelnen und Gruppen von einzelnen wirkt sich das aus als der Glaube an die ausschließliche Bedeutung ihres Geldes und ihrer wirtschaftspolitischen Position. Das ist keine Voraussetzung für eine echte politische Entscheidung. Wir wissen, daß jede wirtschaftliche und soziale Tätigkeit im Volke nicht losgelöst, sondern nur in einer sachlichen Beziehung zu den Gesamtfragen der Nation und in einer letzten Verantwortung gegenüber dem Leben des Volkes geschehen kann. Eine Jugend, der das nicht von vornherein aufgeht, ist nicht in der Lage, eine politische Entscheidung so zu fällen, daß sie dem Volke nutzt. Wenn es uns nicht gelingt, in der Jugend die verhängnisvolle Scheidung der Berufsstände und Interessentengruppen zu überwinden und sie auf dem gemeinsamen Boden der Verantwortung für das ganze Volk zu vereinigen, werden wir nicht erwarten können, daß eine solche Gesamtverantwortung vorhanden sein kann, wenn aus den Jungen Männer geworden sind. (Beifall.)

Eine bedeutsame Aufgabe haben bei der politischen Entscheidung der Jugend die politischen Parteien. Wir wissen, daß sie nicht Selbstzweck sein dürfen, sondern daß sie Organisationselement für den politischen Willen des Volkes sind. Wir haben schon davon gesprochen, daß in allen Parteien die Jugend nur einen verhältnismäßig kleinen Raum einnimmt und daß die Anstrengungen derjenigen Menschen, die sich um eine politische Formung der Jugend bemühen, oft genug nur sehr bescheidenen Erfolg haben. Sicher wird sich das nicht von heute auf morgen ändern, vielleicht ändert es sich bei uns überhaupt nicht. Eines aber dürfte feststehen: Keine politische Partei hat das Recht, die Jugend als eine Art Rekrutendepot zu organisieren (Beifall). Bei aller notwendigen Achtung vor der politischen Erfahrung des Alters und bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, daß die wenigen, die bei uns in Deutschland mit politischer Erfahrung ausgerüstet sind, sie zum Besten des Volkes nutzen, darf niemand glauben, daß man die Jugend gewinnen könne, wenn man versucht, ihr die Ergebnisse der politischen Überlegungen der vorigen Generation auf- und überzustülpen. (Beifall.) Überlassen wir das den totalitären Systemen des Ostens. Da sie kein Wissen um eine Ewigkeit, die von Gott gesetzt ist, haben, wissen sie auch nichts von einem Ende der Zeiten, das dieser Welt bestimmt ist. Darum müssen sie die Ewigkeit ihrer Ideen und ihrer Staaten proklamieren, wie es noch alle Gewaltherrn der Geschichte getan haben. Es bleibt ihnen keine Wahl, sie müssen der Jugend das, was sie als unabänderlich und ewig anzupreisen haben, unverändert beibringen und die Jugend zu Trägern ihrer Ideen machen. Unser Staat kann und darf sich nicht als ein ewiger Staat verstehen, ganz abgesehen von der Vorläufigkeit in der Bildung dieses Staates mit Rücksicht auf das Wollen zum Staate aller Deutschen (Beifall). Unser Staat weiß um die Vorläufigkeit parteibestimmter und politischer Macht. Uns kann nichts anderes obliegen, als der immer erneute Versuch, die Jugend an die Probleme dieses Staates heranzuführen. Wir haben ihr deutlich zu machen, daß in dem Miteinander und Gegeneinander politischer Ideen und Überzeugungen sich auf geordnete Weise die politische Willensbildung vollzieht und daß nur auf diese Weise das Volk vor dem Überhandnehmen der Herrschaft einer Gruppe oder einzelner bewahrt werden kann (Beifall). Es mag sein, daß der Wechsel der Generationen Wandlungen des politischen Bildes, das die vorige Generation sich gemacht hat, mit sich bringt. Denken wir an die Idee des Liberalismus und den zum Scheitern verurteilten Versuch, noch einmal mit den Ideen des vorigen Jahrhunderts in diesem Politik zu machen. Denken wir an die Idee des marxistischen Klassenkampfes, von dem man auf dem Parteitag der SPD in Dortmund wenig mehr gehört hat. Auch wir sollten bereit sein, uns einer jungen Generation zu stellen und im Ringen mit ihren Ideen täglich neu die Konturen unserer politischen Sicht zu formen und in die Wirklichkeit umzusetzen (Beifall).

Es geht ganz primitiv darum, daß der Jugend der Weg in die Verantwortung geöffnet wird (Beifall). Eine Jugend, die sich nur zum Plakatebekleben und Flugblättern verteilen angesprochen fühlt, wird kein Träger einer politischen Entscheidung sein. (Beifall.)

Durch das, was ich gesagt habe, hat an manchen Stellen hindurchgeklungen, was von der Funktion des Glaubens und der Kirche bei der politischen Entscheidung zu sagen ist. Wir haben es nicht nötig, angesichts alles dessen, was wir durchlebt und durchlitten haben, noch einmal und immer wieder zu betonen, daß wir von der Notwendigkeit, die politische Entscheidung in einer engen sachlichen Verbindung zur Glaubensentscheidung zu sehen, überzeugt sind. Die Meinung, daß

Religion Privatsache sei, ist für uns überwunden (Beifall). Das heißt nicht, daß wir nicht darum wüßten, daß die Glaubensentscheidung eine allerpersönlichste Angelegenheit ist und daß sie niemand dem anderen abnehmen kann. Wir wissen auch, daß eine politische Partei nicht die Aufgabe hat, von sich den Eindruck zu erwecken, als ob sie allein christlich sei oder als ob sie die Glaubensunterschiede, die bei ihren Gliedern vorhanden sind, zu überwinden oder zu bagatellisieren habe. Wenn wir sagen, daß das Wort „Religion ist Privatsache“ überwunden ist, dann heißt das, daß wir uns dagegen wehren, wenn man noch heute den Menschen einreden will, daß sie die Entscheidungen in Volk, Staat und Wirtschaft fällen könnten, indem sie davon absehen, ob sie Christen oder Nichtchristen sind (Beifall).

Wir wissen, daß wir keinen christlichen Staat haben, sondern daß wir in einem verfassungsmäßig weltanschaulich neutralen Staat leben. Was wir aber wollen und was wir für unausweichlich halten, ist die Erkenntnis, daß in diesem, gerade in diesem Staat die Christen gerufen sind, ihre politische Entscheidung in der Verantwortung ihres Glaubens zu fällen. Vielleicht hat vieles, was wir an wirtschaftlichem Fortschritt seit dem Zusammenbruch dankbar hingenommen haben, die Verführung in sich geschlossen, von diesen Antrieben unserer Politik uns wieder zu entfernen. (Zurufe: Sehr gut!) Es wäre gefährlich, und es würde letztlich auch jede Überzeugungskraft unserer Ideen zerstören, wenn wir glauben sollten, daß wir die Politik noch einmal mit den abgegriffenen Mitteln von vorgestern betreiben könnten. Wir sind aber davor bewahrt, in diese Bequemlichkeit zurückzufallen, weil wir jeden Tag erleben, daß die Herrschaft des Ostens genau das angreift, was uns als Fundament unseres Lebens auch im politischen Bereich unaufgebbar ist. Daß der Osten die junge Gemeinde der Kirchen zum Angriffsziel seiner Politik macht, ist für uns ein deutliches und unübersehbares Lehrbeispiel. Er mag, wie schon Hitler, so argumentieren, daß es sich um die Alten nicht mehr lohne, daß man aber die Jugend gewinnen müsse. Hier steht die Auseinandersetzung in der Entscheidung, und hier steht auch eine junge Generation in der Entscheidung. Jeder Junge und jedes Mädchen, die dieser Eliminierung des Wortes Gottes aus dem Leben der Jugend Widerstand leisten, leisten ihn zunächst für die Kirche und ihren Herrn, leisten ihn aber auch für das Volk und für die ihm aufgetragene Verantwortung (Beifall). Es ist uns nötig, in aller wieder aufwachenden Bequemlichkeit und Oberflächlichkeit unseres westlichen Lebens zu sehen, daß die jungen Menschen, die wir zu einer politischen Entscheidung rufen wollen, sie nur fällen können wie die Jugend des Ostens, die ihren Kampf um Glauben und Kirche kämpft, auf tragfähigen und ewigen Fundamenten.

Und abschließend ist zu fragen: Was tut denn der Westen für die Jugend und für die Sicherung ihrer politischen Entscheidung? Es könnte sein, daß wir sehr richtige Erkenntnisse über die Notwendigkeit dieser politischen Entscheidung haben, daß man uns aber doch entgegenhalten könnte: Wenn man das Leben Eures Staates und Eurer Parteien ansieht, dann verwirklicht Ihr von dem, was Ihr theoretisch erkennt oder propagandistisch verkündet, wenig oder nichts. Wenn unsere Partei mit ihrer Zielsetzung ihre Aufgabe erfüllen will, kann sie es nicht, indem sie allein Außenpolitik, Innenpolitik und Wirtschaftspolitik betreibt. Der Hinweis auf alle Erfolge, die ohne Frage auf diesen Gebieten in den letzten Jahren erzielt sind, ist offenbar nicht hinreichend, um bei vielen Menschen unseres Volkes und insbesondere unserer Jugend die Überzeugung zu erwecken,

daß hier der allein richtige politische Weg gegangen wird. Wir sollten uns darum bemühen, in unserem Sprechen und Handeln Wege zu gehen, die sichtbar machen, daß wir nicht nur um die politischen Tatsachen wissen, die vor Augen sind.

Alles Leben der Menschen und ihre Bereitschaft, sich zu entscheiden, hängt davon ab, ob sie spüren, daß hinter dem Handeln und Reden über die Dinge der großen Politik eine innere Verantwortung steht, der es um den Menschen, ja wirklich um den Menschen geht. Wir können zu einer politischen Entscheidung der Jugend nur dann mit Aussicht auf Erfolg aufrufen, wenn sie bei uns und unserem politischen Handeln etwas von dem spürt, was sie zumeist in der Welt nicht erkennt, dem Wissen um den lebendigen Menschen, der Sorge für sein seelisches und leibliches Wohl (Zurufe: Sehr richtig!), etwas von dem, was das Wort Gottes die Liebe zum Nächsten nennt. (Beifall.)

Es möchte sein, daß all unsere Klagen um den Mangel der politischen Entscheidung der Jugend für unsere politischen Wege keine Frage der Organisation und auch nicht eine Frage der sichtbaren tagespolitischen Erfolge ist, sondern daß diese Entscheidung und die Bereitschaft zu ihr von Dingen abhängt, die in ganz anderen Lebensbereichen der Menschen geschehen, nämlich davon, ob wir bereit sind, Politik nicht nur als Kunst des Möglichen und nicht nur als die taktische Erreichung vordergründiger Ziele, sondern als eine Verpflichtung der Herzen zu betreiben. (Beifall.) Wenn wir dazu bereit sind, haben wir den rechten Standort für die Betrachtung der heute uns bewegenden Fragen.

Es ist nicht meine Aufgabe, all das zu wiederholen, was zur politischen, geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lage unseres Volkes und unseres Erdteiles auf diesem Parteitag gesagt ist. Aber das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Jugend sollen wissen, daß uns das alles so am Herzen liegt, nein, daß es uns so unausweichlich erscheint, daß wir uns berechtigt fühlen, alle die es angeht, in die Entscheidung zu rufen.

Dieser Ruf ist nicht nur der Ruf einer Partei. Wenn er nur das wäre, wäre er uns nicht überzeugend genug. Es ist der Ruf der Menschen und an die Menschen, die alten und die jungen, die auf dem schmalen Grat zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Leben und Sterben ihren Weg getrost gehen und sich darum verpflichtet wissen, zur Entscheidung für die Freiheit und das Leben und das heißt dann konkret und heute die Einheit der Deutschen in der Freiheit zu rufen. Hören wir, was uns Eichendorff verheißen hat und was uns verpflichtet, bei unserem Wege zu bleiben und um Gottes willen zu bleiben:

Denn eine Zeit wird kommen, / Da macht der Herr ein End, / Da wird den Falschen genommen / Ihr unecht Regiment! (Großer Beifall.)

Präsident Fay:

Herr Bundestagspräsident! So sprach ein junges Herz! Ich danke Ihnen im Namen aller Anwesenden für diese herzlichen Worte zur Jugend. Sie haben als Jugendlicher zu uns gesprochen und ich kann Ihnen versichern, daß die christlichen Jugendlichen nicht angetan sind von Krämergeist und von Taktik, daß sie kein Verständnis haben dafür, daß in wichtigen Lebensfragen Parteitaktik das Entscheidende ist. Wir wollen keine Partei, wir wollen die christlichen Ideale in der Öffentlichkeit durchsetzen! Das ist unser Ziel und Sie haben uns aus dem Herzen gesprochen.

Jetzt ist wieder eine kleine Pause notwendig und dafür sorgen gewisse Leute in der Ostzone. Vor dem Haus wurden bei den Polizisten auf die Straße Zettel geworfen. Ich darf Ihnen einen Zettel vorlesen:

„Gäste der Hauptstadt Deutschlands! Benutzt Euren Aufenthalt in Berlin, um die Stalin-Allee, die erste sozialistische Straße Deutschlands, zu besichtigen. So wollen wir in allen Teilen unseres Vaterlandes aufbauen. Damit dokumentieren wir unseren festen Willen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Erhaltung des Friedens! Autobusse verkehren täglich ab 9 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße. Die Fahrt ist kostenlos . . .“

Dazu hat einer unserer Parteifreunde, der auch nicht auf den Kopf gefallen ist, folgendes geschrieben:

Tauentzien und Kurfürstendamm sind schneller zu erreichen als die Stalin-Allee. Außerdem ist der Blick dort freier. (Beifall.)

Aussprache

Tagungspräsident Fay:

Wir wollen nun mit der Diskussion beginnen. Ich darf Ihnen zunächst vorschlagen, daß wir heute morgen bis 13 Uhr zusammenbleiben und um 15 Uhr pünktlich wieder beginnen zur Fortsetzung der Aussprache. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind. Dann bitte ich das zu beherzigen, was der Präsident des Bundes-Parteitages gestern über die Disziplin bei der Diskussion sagte. Wir wollen keine Redezeit festlegen. Wir wollen aber, jeder, der in der Diskussion spricht, uns die nötige Selbstdisziplin auferlegen und uns als Ziel merken, daß wir etwa bei 5 Minuten für jeden Redner stehen bleiben. Die Zeit darf natürlich nach unten unterschritten werden, in Ausnahmefällen auch nach oben überschritten werden.

Als erster Redner in der Aussprache nahm das Wort

Dr. Gradl (Exil-CDU):

Das Kernthema des Parteitages, wie könnte das anders sein, war die Wiedervereinigung Deutschlands. Wir hätten die ganze Zeit hier mit diesem Thema nicht zu verlieren brauchen, wenn uns Deutschen der freie Entschluß gegeben wäre, in unserem Lande das zu tun, was wir wollen. Denn dann gäbe es dieses Problem längst nicht mehr. Nun hat im März dieses Jahres zwar die Sowjetunion den Anschein zu erwecken gesucht, dadurch, daß sie mit ihrer bekannten Note selbst wieder einmal in das deutsche Gespräch eintrat, als ob man ein Stückchen weiter kommen könne.

Was wir aber seitdem von jener Seite erlebt haben, dieses halbe Dutzend Noten etwa, das herübergekommen ist, hat uns gezeigt, daß jede Hoffnung darauf vergeblich war. In diesen Noten haben wir viele Worte gefunden, manchmal verführerische Worte, aber das eine, das entscheidende Wort — das hat gefehlt, das freie, uneingeschränkte, rückhaltlose offene Ja zur freien Entscheidung der Deutschen selber.

Wenn man darüber hinaus vielleicht noch nicht genug Klarheit hätte gewinnen können, dann genügt ein Blick auf das, was in dem halben Jahr, in dem diese Noten gekommen sind, in der Sowjetzone tatsächlich unter sowjetischer Herrschaft geschehen ist. (Beifall.) In diesem halben Jahr ist dort mehr zur Spaltung Deutschlands beigetragen worden, als in den sechs Jahren zuvor, obwohl das schon genug war. (Beifall.) Der natürliche, der kürzeste Weg, die eigene freie Entscheidung ist also weiter verschlossen. Das bedeutet, daß wir gezwungen sind, andere Wege zu gehen, Wege, die gegenüber dem natürlichen Weg Umwege sind und die infolgedessen Zeit kosten für uns. Wir könnten das vielleicht ertragen, aber sie

kosten vor allen Dingen Zeit für diese 18 Millionen da drüben, sie bedeuten eine entsprechende Verlängerung des Leides und der Qual, unter der sie leben müssen. Und in dieser Zeit, die ohne unsere Schuld notwendig ist, brauchen diese 18 Millionen Hilfe und Rat. Wenn das Gefühl über sie käme, daß sie da drüben auf verlorenem Posten stehen, dann wäre der Kampf für sie, aber auch für uns, verloren, und der Sieger wäre der Kommunismus, nicht nur hier, sondern weithin. Aber in dem Kampf hilft diesen 18 Millionen nicht allein unser guter Zuspruch, so gern sie ihn hören und hinnehmen. In diesem erbitterten Kampf hilft letztlich allein die Gewißheit, daß wir zu ihnen stehen in absoluter Entschlossenheit, nichts zu unterlassen, was sie in Kürze auf den Weg, der zur Freiheit führt, bringen könnte. Diesen Halt, diese Überzeugung, diese Kräftigung und Stärkung müssen wir ihnen geben! Und da, ich darf es offen sagen, fehlt trotz allem guten Willen noch viel, viel in unserem Bereich und viel draußen in der Welt.

Ich wünschte, um mit uns anzufangen, jeder Westdeutsche könnte die bitteren Worte hören, die die Besucher aus der Sowjetzone für diesen so leidenschaftlich betriebenen Alltagsstreit finden, der im weiteren Deutschland zwischen den Parteien, zwischen den Ständen und Interessengruppen mit solcher Hingabe geführt wird. Man muß das verstehen. Diese 18 Millionen stehen unter einem System von einer lückenlosen und brutalen Geschlossenheit. Und bei uns drüben, an die sich ihre Hoffnung klammert, da finden sie eine Fülle von Spannungen und Auseinandersetzungen. Vielleicht fragt der eine oder der andere von Ihnen: „Woher wissen Sie denn das, wir haben doch gehört, wie sie abgeschnitten sind?“ Wenn Sie und wir am Rundfunk sitzen und nach dem Unterhaltungsteil die politischen Nachrichten und der politische Dienst kommen, dann pflegen wir im allgemeinen etwas unwillig zu sein und sogar abzuschalten. Die da drüben aber, die in Heimlichkeit und unter Gefahr diesen Rundfunk hören, für die ist jedes Wort eine Offenbarung und sie nehmen es sehr intensiv auf. (Beifall.)

Jede Zeitung, die zu ihnen hinüberkommt, geschmuggelt unter Lebensgefahr hinüberkommt, das ist für sie eine Kostbarkeit. Und da finden sie dann so viel Streit und so viel Lärm um Dinge, die ihnen angesichts der großen Not des Ganzen so nebensächlich erscheinen. Auch da darf ich aus der Fülle der Beispiele, die sich aufdrängen, nur eines sagen: Die Bauern, die Landwirtschaft möge mir das nicht übel nehmen, diese Diskussion um die Butterpreise. Ich weiß nicht, ob sich jeder, der sie so leidenschaftlich führt oder geführt hat vor einigen Wochen, klar gemacht hat, was die Menschen in der Zone dabei denken. Ob die Bauern und Landwirtschaftsverbände drüben z. B. sich klar gemacht haben, daß der Bauer in der Zone, wenn er davon hört und liest, sagt: Ja, ob die wohl wissen, daß es bei uns nicht um ein paar Pfennig Butterpreis geht, sondern um die Kühe und nicht nur um die Kühe, sondern um den ganzen Hof. (Beifall.) Und die Hausfrauen in der Zone fragen sich dann, ob die da drüben wohl wissen, daß es bei uns praktisch überhaupt keine Butter gibt, wenn wir nicht das Vielfache im HO bezahlen.

Das sind Empfindungen, die man berücksichtigen muß, wenn man vom Westen her spricht und schreibt und Politik macht. Man kann sagen: Das ist falsch gesehen, übertrieben, es gehöre nun einmal zur Demokratie, daß etwas ungegoren und etwas ungezügelt diese Dinge ausgesprochen und ausgehandelt werden. Aber in diesem unerbittlichen Kampf, der in der Zone geführt wird und für den wir Rückhalt und Stärkung geben müssen, da kommen Rückhalt und Stärke nicht von demokratischer Ungezügeltheit, sondern nur von demokratischer Selbstzucht und nationaler Geschlossenheit.

Ich habe die Kritik an uns selbst an die Spitze gestellt, weil wir nur dann das Recht haben, auch nach außen Kritik zu üben. Nach draußen, das heißt gegenüber der freiheitlichen Welt, der wir uns verbunden fühlen. Will man die Politik des Vertragswerkes von Bonn und Paris nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers auf eine kurze Formel bringen, so lautet sie: Durch Stärkung der freien Welt die Position so zu verbessern, daß sich die sowjetische Politik schließlich doch zu echten und einsichtsvollen Verhandlungen herbeilassen muß, zu Verhandlungen und Lösungen, von denen die Befreiung kommen soll. Das ist jetzt die Hoffnung dieser 18 Millionen, das sind die Perspektiven, aus denen sie gewissermaßen den Mut zum Ausharren herleiten müssen. Aber das geht nur, wenn alle Partner dieser Politik, alle westlichen Partner klar und unverrückbar in dieser Politik auch zu dem wichtigsten deutschen Ziel stoßen, zur Wiedervereinigung.

Wir haben seit einiger Zeit zu oft Stimmen lesen und hören müssen, die sich zur deutschen Wiedervereinigung kritisch-besorgt und ängstlich ablehnend gestellt haben. Sie kamen aus Frankreich, aber nicht nur daher. Man hat das begründete Gefühl, daß der Geist eines bösen Wortes in manchen Kreisen wieder umgeht, das nach dem ersten Weltkrieg über den Rhein zu uns gekommen ist. Der Herr Bundeskanzler hat gestern vormittag selbst auf solche Kreise in Frankreich und Großbritannien hingewiesen. Er hat hinzugefügt, daß diese Kreise in ihrem Lande nicht die Politik bestimmen. In der Tat, wir wollen und wir können nicht glauben, daß verantwortliche westliche Politiker so töricht sein sollten, sich diese Haltung zu eigen zu machen; denn das Ergebnis wäre, daß 18 Millionen Deutsche in Resignation und Verzweiflung in die Hände des Bolschewismus getrieben würden. Aber auf alle Fälle gebietet uns die Ehrlichkeit, ganz klar zu sagen: Wir sind mit innerster Anteilnahme und Hingabe bereit, ein einiges und freies Europa zu schaffen und uns ihm einzufügen; aber solange 18 Millionen Deutsche draußen stehen, ist für uns der gültige Maßstab für die Bewertung aller Politik der Beitrag für die Befreiung dieser 18 Millionen. Unseren französischen und anderen Nachbarn aber sei gesagt: Es gibt keine größere Torheit als die, anzunehmen, man könne mit einem geteilten Deutschland in Europa Ruhe und Frieden und eine dauerhafte Stabilität herstellen. (Beifall.) Wenn Deutschland geteilt ist, bedeutet das immer, daß die Sowjetzone kommunistisch beherrscht ist. Und das bedeutet: Solange dieser militante Kommunismus hier in Mitteleuropa steht, gibt es hier keinen Frieden, sondern es gibt wiederum höchstens einen Waffenstillstand, und daraus kann jeden Tag der böse Zugriff auf die Freiheit des Westens herauskommen.

Für die Menschen in der Sowjetzone und für uns hier sind das alles Selbstverständlichkeiten, aber je weiter man in die Ferne geht — ich will keine Himmelsrichtungen nennen —, um so uneinsichtiger, um so nachlässiger werden die Menschen. Natürlich, es ist viel erreicht worden in den letzten Jahren. Die Aufmerksamkeit für die gesamtdeutsche Aufgabe ist im deutschen Westen erfreulich gewachsen; aber was erreicht ist, genügt nicht. Wir können dem Ausland nur zumuten, daß es sich unser Ziel der Wiedervereinigung wirklich zu eigen macht, wenn auch wir selbst, und zwar alle, das Äußerste einsetzen, um unser eigenes Volk zu mobilisieren. Und wenn das dieser Parteitag mit erreicht — und ich glaube es —, dann sind wir ein gutes Stück weitergekommen, um die freiheitliche Welt dazu zu gewinnen, uneingeschränkt mit uns an dieser Aufgabe der Wiedervereinigung zu arbeiten. Wenn wir das erreicht haben, werden sich auch die tauben Ohren des Kreml einmal öffnen müssen. (Starker Beifall.)

Das Wort nahm

Wackerzapp (M. d. B.)

Die großen soziologischen Fragen können nach der Struktur des heutigen Bundesparteitages nicht in Ausführlichkeit behandelt werden und deshalb auch das Vertriebenenproblem nicht, obwohl es eine der wichtigsten und drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar, daß er in seiner großen staatspolitischen Rede auch unserer Belange in kurzen, aber ungemein eindrucksvollen und inhaltsschweren Worten gedacht hat. Es ist für uns unabdingbar, daß wir auf die Heimat nicht verzichten wollen, aber auch auf der anderen Seite von Bundesregierung und Bundestag erwarten, daß sie alles tun, um unsere Eingliederung hier im Westen zu ermöglichen.

Wir danken unserem Parteifreund Kiesinger, daß er vom moralischen und religiösen Standpunkt diese Forderung unterstützt hat und auch die moralischen Kräfte des Bundesgebietes aufgerufen hat, uns zu helfen.

Wie stehen nun die Heimatvertriebenen zur CDU? Wir wissen, daß bei der ersten Bundestagswahl viele der Heimatvertriebenen ihre Stimme der CDU gegeben haben. Werden sie das auch bei der kommenden Wahl tun? Es läßt sich nicht bestreiten, daß in den Kreisen der Vertriebenen zum Teil eine Enttäuschung Platz gegriffen hat. Wir sehen dabei ab von den, menschlich erklärlich, verbitterten Leuten, die durch die jahrelange Not die Fähigkeit zum objektiven Urteil verloren haben und alles aus subjektiver Sicht betrachten, die behaupten, es sei nichts geschehen, die Bundesregierung habe nichts Durchgreifendes getan.

Wir, die wir die Situation zu übersehen vermögen, wissen, daß das Flüchtlingsproblem so ungeheuer schwierig, so ungeheuer verzweigt und so vielgestaltiger Form ist, daß es nur schwer gelöst werden kann und daß es einer unendlichen Feinarbeit bedarf, um in alle Verästelungen hinein zu kommen. Ich darf nur drei Schwerpunkte anführen, das sind: die Umsiedlung, der heimatvertriebene Beamte und Angestellte, und der Lastenausgleich. Die Umsiedlung ist eine unbedingt notwendige Voraussetzung zur Lösung der Vertriebenenfrage, denn nur, wenn die Heimatvertriebenen aus den überfüllten Ländern herauskommen, nur wenn ihnen die Möglichkeit einer neuen Existenz gegeben werden kann, ist diese Frage zu lösen. Auch hier sind die Vertriebenen aus begreiflicher Sorge heraus noch lange nicht beruhigt. Denn die Umsiedlung kann ja nicht darin bestehen, daß man die Umsiedler mechanisch aus einem Lande in ein anderes verlagert, sondern die Umsiedlung hat nur einen Zweck, wenn wir den Flüchtlingen dann in der neuen Heimat auch die Möglichkeit zu einer Existenzbildung geben. Das erfordert aber eine einsichtige und umsichtige Behandlung und kann nicht von heute auf morgen geregelt werden. Immerhin aber bitten wir unsere Parteifreunde, auch in den Länderparlamenten dafür zu sorgen, daß diese gesamtdeutsche wichtige Frage nicht vom Länderegoismus aus dirigiert wird und nicht im Bereich der Länderpolitik erledigt werden darf, sondern daß man Entschließungen fassen muß, die der Größe des gesamtdeutschen Problems gerecht werden.

Ich komme auf den Komplex der 131er, der heimatvertriebenen Beamten und Angestellten. Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seiner großen Rede eine sehr weise Bemerkung gemacht. Er sagte: Wir erlassen doch so viele Gesetze, die vielen hunderttausend und Millionen von Menschen Gutes bringen — und dann diese Resonanz im Volke! Anerkennung gibt es wenig, Dank überhaupt nicht! Es wird dann sofort gesagt:

Warum gibt es nicht mehr und warum sind wir von den Wohltaten bisher ausgeschlossen? Alle diese Kreise bedienen sich dann der Geräuschkulisse, die ihnen in den Berufsverbänden zur Verfügung steht und einer regen Presse. Auf diese Weise wird in der Bevölkerung der Eindruck erzeugt, als ob diese gutgemeinten und nützlichen Gesetze eigentlich gar nichts bedeutet haben.

Diesem Schicksal ist auch Bundesregierung und Parlament bei der Regelung der Frage der 131er nicht entgangen. Ich persönlich gehöre zu diesem Kreise und kann aus eigener Wahrnehmung bezeugen, wie unendlich traurig die Situation gewesen ist. Das gilt insbesondere für die Berufssoldaten, die nach Beendigung des Krieges ja vollkommen auf der Straße lagen. Hier hat eine unendliche Not geherrscht, die oft sogar zur Verzweiflung geführt hat. Alle diese Kreise haben nun durch das Gesetz einen festen Rechtsboden unter die Füße bekommen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind wieder einigermaßen in Ordnung gekommen. Aber auch die großen Opfer der Allgemeinheit und die von der Bundesregierung vollbrachte Leistung haben die Befriedigung gebracht, die man eigentlich erwarten konnte. Es ist im politischen Leben leider so, daß die große Zahl derer, die Gutes genossen, das dankbar hinnehmen und davon schweigen, daß dagegen die wenigen, die aus beachtlichen Gründen nicht vom Gesetz erfaßt werden konnten, um so lauter mitreden. Wir wissen, daß auch dieses Gesetz nicht das letzte Wort sein kann. Die Praxis ist unendlich vielseitig, sie bringt immer neue Fälle, und denen müssen wir zu Leibe gehen. Sie können versichert sein, daß wir dies allen Ernstes tun werden und daß die Herren, die im Beamtenrechts-Ausschuß sitzen, insbesondere unser verehrter Vorsitzender Herr Kleindinst, aber auch Kollege Wuermeling, um die Dinge der Beamten und Berufssoldaten wissen, so daß wir durchaus hoffnungsvoll sein können. Aber als Regierungspartei können wir nicht überspannte Forderungen stellen.

Ich komme zum letzten, dritten Komplex, dem schwierigen Problem des Lastenausgleichs. Das kann nur in Umrissen angedeutet werden. Auch hier herrscht allgemeine Unzufriedenheit, obwohl nicht zu leugnen ist, daß auch hier ein großes Gesetzgebungswerk geleistet wurde. Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seiner Rede die Namen zweier besonders verdienter Männer genannt, unsere Parteifreunde Kunze und Kather. Ich kann, weil ich von Anfang bis Ende mitgearbeitet habe, aus eigenem Wissen bestätigen, daß diese Herren, die vielleicht von verschiedenen Ebenen ausgehen, mit redlichem Bemühen, mit sittlicher Verantwortlichkeit und ungeheurer Sachkenntnis sich in dieses Problem hineingearbeitet und versucht haben, das Beste herauszubringen. Man tut den beiden Herren oft in der Beurteilung Unrecht, denn jeder ist von seinem Standpunkt aus bemüht, das Beste zu finden.

Wenn ich noch eines sagen darf, wodurch sich viele Vertriebene bedrückt fühlen, das ist, daß man ihren Vertretungen und ihren Organisationen nicht immer das gebührende Gewicht beimißt. Wir alle haben erlebt, wie die Gewerkschaften ihre Wünsche und Forderungen durchzusetzen verstehen und wie die Regierung auf ihre Meinung großen Wert legt. Auch die Vertriebenen sind zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, im Bund der Vertriebenen Deutschen. Aber dieser Bund hat eine besondere Situation. Die Gewerkschaften der Flüchtlinge sitzen im sozialen Gebäude der Deutschen Bundesrepublik mindestens zwei Etagen tiefer als die normalen Gewerkschaften des DGB. Die Gewerkschaften im DGB haben sich mit Menschen zu befassen, die im tätigen Leben, im Verdienst stehen und danach trachten, ihr Einkom-

men weiter nach oben zu entwickeln. Die Heimatvertriebenen haben es in ihrer Gewerkschaft viel schwerer, denn man muß die Leute aus ihren Notwohnungen herausholen, um ihnen überhaupt den Start zu einer neuen Lebensmöglichkeit zu geben. Diese Arbeit wird stark unterschätzt und nicht gebührend gewürdigt.

Ich darf zusammenfassen: Noch steht ein großer Teil der Vertriebenen, und zwar wertvolle Kräfte im Lager der CDU, noch ist ein hohes Kapital an Vertrauen, insbesondere auch Dank der Persönlichkeit und der Leistungen unseres Herrn Bundeskanzlers zusammengehalten. Sorgen wir dafür, daß dieses Kapital und Guthaben an Vertrauen nicht vergeudet wird, sondern reiche Früchte trägt zum Wohle der Vertriebenen. (Beifall.)

Tagungspräsident Fay

gibt bekannt, daß die Redezeit für die Redner des Nachmittags beschränkt ist.

— Ende der Sitzung 13 Uhr —

Nachmittagsitzung

Präsident Dr. Fay eröffnete um 15 Uhr die Sitzung und legte mit Zustimmung der Versammlung eine Redezeit von möglichst fünf Minuten fest.

Schwerbeck (Nordbaden) betonte, daß es nicht um Einzelfragen gehe, sondern um die Richtigkeit der großen Konzeption, wie sie in den Referaten hervortrat:

„Damit, daß wir Beifall geben, ist es hier in der besonderen Situation nicht getan. Im Hinblick auf die letzten Ereignisse, Gespräche, Verlautbarungen in der in- oder ausländischen Presse bin ich der Meinung, daß wir als Delegierte klar und eindeutig hier an diesem Platz zum Ausdruck bringen, daß wir für keine Schaukelpolitik zu haben sind. (Beifall.) Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, daß wir zum Westen gehören, wobei die Arbeit an der Persönlichkeit Grundlage und Verpflichtung einer christlichen Auffassung ist. (Beifall.) Zweitens haben wir eine Politik zu betreiben, die das Ziel der Befreiung und der Einheit so rasch wie möglich erreicht. Wir wissen, daß da und dort auch bei uns Auffassungen vorhanden sind, in bezug auf die Beschlußfassung über den Generalvertrag etwas langsamer zu treten. Ich persönlich weiß nicht, warum das sein muß oder sein soll. Einzelheiten im Generalvertrag kann man nicht mehr abändern. Sie haben bereits gehört, daß auch die Sozialdemokratie zur Auffassung gekommen ist, entweder den Vertrag anzunehmen oder abzulehnen. Wenn dem so ist — das dürfte richtig sein, denn zwei Staaten haben den Vertrag bereits ratifiziert —, dann sehe ich keine Veranlassung, daß wir noch Wochen warten, bis der Vertrag ratifiziert wird. (Beifall.)

Ich bin der Auffassung, daß wir als Delegierte einmütig feststellen müssen, daß die Ratifizierung so rasch wie möglich erfolgen muß. (Beifall.)

Wir sind aus dem Bereich des Westens, wo wir vielleicht verlernt haben, zu erkennen, daß es um Großes geht. Unsere Parteiversammlungen unterliegen allzu sehr den Einzelfragen, z. B. Steuerfragen im Kampf um das Dasein, um das Ich. (Zurufe: Sehr gut!) Damit holen wir auch die Jugend nicht heran. (Beifall.) Wohl ist die Behandlung der Fragen notwendig. Insbesondere ist es aber notwendig, daß wir von Berlin aus die Erkenntnis mit hinausnehmen, daß alle diese Fragen sekundär sind und wir sie einordnen müssen in das große Ziel, die Freiheit der Persönlichkeit zu erhalten. Unsere oberste Parole aber, für die es sich lohnt zu kämpfen, ist: Friede und Freiheit für ganz Deutschland! (Beifall.)

Haß (Exil-CDU):

Ich halte es mit der Meinung des Kanzlers, der zuerst, als er nach Berlin gekommen war, ein Flüchtlingslager aufsuchte und damit zu erkennen gab, daß ihm dieses Problem besonders am Herzen liegt.

Die Menschen, die aus der Sowjetzone gekommen sind oder vielleicht schon etwas länger im Westen verweilen, sehen auf diesen Parteitag und erwarten, daß zu ihrer Not ein Wort gesprochen wird. Dieses Wort, erlauben Sie mir, möchte ich sprechen. Wir haben in dem Referat des Herrn Prof. Köhler die Lage des Menschen in der Sowjetzone vernommen, einmal von der offiziellen Situation der säkularisierten messianischen Weissagungen, und auf der anderen Seite des Terrors. In den nachfolgenden Referaten haben wir von der Situation des Menschen in der Bundesrepublik gehört.

Zwischen diesen beiden Menschen steht der Flüchtling aus der Sowjetzone. Er hat jenes System der Verheißung aus eigener Anschauung kennengelernt, seinen Standort gewechselt und ist in das Gebiet des freien Westens, in die Bundesrepublik, gegangen. Noch ist er nicht ganz heimisch geworden in ihr. Wir müssen ihm helfen, in dieser westlichen Welt heimisch zu werden. Dazu ist mancherlei erforderlich. Ich will hier nur das Wichtigste andeuten.

Wer Gelegenheit hatte, ein Lager in Berlin aufzusuchen, weiß, daß hier viel zu tun übrig geblieben ist. Ich möchte die Bitte aussprechen, und zwar an die Fraktion im Bundestag und an die Bundesregierung, daß aus dem seinerzeit bereitgestellten Fonds von 30 Millionen DM doch Beträge zur Winterfestmachung der Lager in Berlin bereitgestellt werden. (Beifall.) Ich halte das für unerlässlich, wenn wir den Menschen, die gekommen sind, den Glauben an die freiheitliche Welt nicht nehmen wollen. Wir haben uns weiter von der Exil-CDU aus um Vorschläge für das Bundesvertriebenengesetz bemüht, da wir uns den Flüchtlingen besonders verbunden fühlen. Wir haben die Vorschläge im einzelnen der Bundestagsfraktion zur Verfügung gestellt. Als politische Partei müßten wir uns, das haben wir zum Ausdruck gebracht, besonders jener Menschen annehmen und ihnen eine besondere Berücksichtigung im Gesetz gewähren, die aus politischer Überzeugung Widerstand gegenüber dem sowjetzonalen System geleistet haben und wegen ihrer bewußten politischen Haltung an Leib und Leben gefährdet waren. (Beifall.) Es gibt genug Menschen, die aus anderen Gründen an Leib und Leben gefährdet waren, z. B. politischer Gleichgültigkeit, die damit dem bolschewistischen System Vorschub geleistet haben. Es gibt auch solche, die das System gefördert haben und hinterher aus irgendwelchen Gründen gefährdet waren. Sie sollen keine besondere Berücksichtigung im Gesetz erfahren.

Wir sind aber auch der Meinung, daß daneben jener gedacht werden sollte, die aus sonstigen zwingenden Gründen, wie es im Notaufnahmegesetz heißt, in Not waren, damit nicht der Eindruck entsteht, als hätten die Bundesrepublik und die westliche Welt für sie überhaupt nichts übrig. Wir haben bereits im Juli d. J. Vorschläge der Bundestagsfraktion zugeleitet für jene Menschen, die nicht einmal nach dem Gesetz die Notaufnahme der Bundesrepublik erhalten konnten, die aber doch aus gewichtigen Gründen die Sowjetzone verlassen haben, weil sie es einfach nicht ertragen konnten, unter einer ständigen Bespitzelung zu leben, oder ihre Kinder nach einem sowjetischen System erzogen werden sollten.

Ich hoffe, daß nicht nur unsere Freunde in der Bundestagsfraktion, sondern auch in den Länderparlamenten, wo diese Fragen unter Umständen auch behandelt werden, Verständnis für unsere Anliegen haben. Ich will nicht auf Einzelheiten der Situation in Berlin eingehen, wo diese Dinge uns auf den Nägeln brennen. Trotzdem möchte ich bitten, daß die gesamte Partei das, was wir im Namen der Flüchtlinge zu sagen haben, achtet und anerkennt. Darüber hinaus möchte ich bitten, daß wir noch energischer an die gesamte freiheitliche Welt die dringende Bitte richten, sich dieser Not, die fast zum Himmel schreit, anzunehmen, damit auch diese Freunde den Glauben an die freiheitliche Welt nicht verlieren. (Beifall.)

Jöhren (Exil-CDU):

Ich habe gestern die Ehre gehabt, Ihnen hier eine Begrüßungsbotschaft vorzulesen von Freunden drüben aus der sowjetisch besetzten Zone. Heute glaube ich, etwas sagen zu müssen über die Menschen, die mit uns zusammen diese Erklärung ausgearbeitet haben. Ich weiß nicht, inwieweit unsere Freunde von der gesamtdeutschen CDU darüber im Bilde sind, daß General Tschukow am 2. Oktober eine Note an die Hohen Kommissare gerichtet hat, in der er verlangt, daß auch das Ostbüro der CDU als verbrecherische Organisation aufgelöst werden sollte. (Pfui-Rufe.) In dieser Note werden wir bezichtigt, draußen in der Zone „Diversionsakte“ zu begehen. Weiter werden wir bezichtigt, die Menschen draußen anzuhalten, Menschen zu rauben für das freie Westberlin, (Heiterkeit!) und auch Menschen zu überwachen und zu verschleppen. Ich möchte dazu folgendes sagen: Die Arbeit, die wir leisten, ist nichts anderes, als daß wir aufklärend in die Zone hineinarbeiten. Ich möchte weiter sagen, daß dieses Recht, aufklärend zu arbeiten — was Sie ja auf Grund der Vorträge, die hier über die Zone gehalten wurden, sicherlich auch verstehen werden —, nicht nur ein Recht ist, sondern auch eine Pflicht, die uns auferlegt ist. (Beifall.) Wenn ich Ihnen nun gestern eine Erklärung vorgelesen habe von den Freunden aus der Sowjetzone, dann habe ich Ihnen heute noch eine neue Erklärung vorzulesen, die mir heute morgen überreicht worden ist von Mitgliedern des Nuschke-Parteitages. (Hört-Hört-Rufe.) Bevor ich die Erklärung vorlese, möchte ich noch darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Freunden nicht um Funktionäre handelt, die etwa hier um ein Gespräch nach Einheit bitten, sondern um Menschen, die gleich wie die anderen diesem Parteitag ihren Gruß übermitteln. Ich möchte es daher nicht verfehlen, diesen Brief vorzulesen:

„Anläßlich Ihres dritten Parteitages übersenden Ihnen einige Teilnehmer des Parteitages der Ost-CDU die herzlichsten Brudergrüße. Wir erwarten von Ihrem Parteitag, daß dieser Beschlüsse fassen möge, die der Einheit der deutschen Sache dienen. Wir hoffen, daß überall dort, wo es um Wahrheit und Recht geht, die CDU diesen beiden Grundsätzen laut ihrem Gründungsauftrag treu bleibt.

Unser ganzes Hoffen und Sehnen ist in diesen Grundsätzen enthalten. Wir Mitglieder der Ost-CDU versprechen, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß Wahrheit und Recht auch in unseren Reihen wieder zur Geltung kommt. Tausende Unionsfreunde und Millionen Menschen unserer Heimat erwarten von Ihrem Parteitag und von den Politikern der Bundesrepublik, daß die Zeit des Handelns nunmehr gekommen ist. Aus Ihnen bekannten Gründen ist es uns nicht möglich, diese Grüße persönlich zu überbringen. —

Es lebe das freie Deutschland! Es lebe die CDU!

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. Fay

dankt dem Parteifreund Jöhren: „Ich glaube, wir sind alle tief beeindruckt von dem Brief unserer Brüder und Schwestern, die drüben in Not leben und nicht frei sprechen können.“

Ich darf nun unseren Parteifreund Dr. Hein, Hamburg, bitten, das Wort zu ergreifen.

Dr. Hein (Hamburg)

wendet sich dagegen, daß Diskussionsredner mit fertigem Manuskript zum Parteitag kommen und fordert, daß eine Diskussion zu jedem Vortrag stattfindet, die sich aber nicht auf einzelne Punkte beschränken kann. Er bittet dann darum, die Predigt von Generalsuperintendent Dr. Jacobi im evangelischen Gottesdienst von der politischen Verantwortung des Christen und von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen evangelischen und katholischen Christen allen Parteimitgliedern bekanntzumachen: (Beifall.)

„Wir als evangelische Christen leiden ja darunter, daß gerade die evangelische Kirche dem Problem nicht so aufgeschlossen ist. Hier ist noch sehr viel zu tun. Dieses Problem haben wir auch auf der Tagung der evangelischen Politiker in Siegen angefaßt.“

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers: Ich stehe nicht unter Führerkomplexen. Ich sage nicht, daß alles das, was unser Parteivorsitzender sagt, richtig ist. Jedesmal muß ich mich neu von ihm überzeugen lassen. Er macht sich die Mühe, uns die Ideen, die ihn beseelen, auseinanderzusetzen. (Beifall.) Das müssen wir, die wir gerade in der kleinen Front draußen stehen, immer wieder neu hören, weil wir unter dem Trommelfeuer stehen. Ich muß nun sagen, ein geschlosseneres System, als wir gestern zur Außenpolitik gehört haben, war gar nicht denkbar. (Beifall.)

Lassen Sie mich bitte einen Dank hier aussprechen. Ich habe vor über Jahresfrist in Hamburg einmal gesagt, daß die Judenfrage eine klare Stellungnahme notwendig macht. Ich habe nicht irgendeine Resonanz gefunden. Sie kam erst, als der Bundeskanzler einen Monat später diese Frage mit Mut anfaßte.

Hier möchte ich nur eines sagen: Das Wort des Kanzlers in der Politik stimmt. Ich sage das, weil ich einmal die Geschichte des 19. Jahrhunderts als mein Spezialfach auf der Universität gehabt habe und über die Revolution von 1848 eine Doktorarbeit fertigte. Man muß die ganze Situation als solche sehen und die moralischen Werte als echten Faktor einer echten Realpolitik anerkennen.“

Der Redner wies dann auf die Parallelen der großdeutsch-kleindeutschen Entwicklung und Bismarcks Realpolitik hin und wandte sich Fragen der Innenpolitik und Sozialpolitik zu. Anknüpfend an die Ausführungen des Kanzlers über das Betriebsverfassungsgesetz und über die Sozialisierung der Betriebe an Rhein und Ruhr stellte er die Frage: „Hier müßte doch einmal dem Parteitag gesagt werden: sind wir etwa — das sage ich als Mitglied des Sozialausschusses in Hamburg — dem Ahlener Programm untreu geworden? Ich glaube — das wurde von Frau Brauksiepe unterstrichen —, daß es darauf ankommt, Grenzen der Staatsmacht zu ziehen. Es ist richtiger, eine Machtverteilung durchzuführen, als eine Sozialisierung. Ich habe das Glück gehabt, am 17. September 1947 an einer Sitzung teilzunehmen unter Vorsitz von Herrn Albers, bei der

auch der Kanzler den ganzen Tag zugegen war. Es drehte sich um ein Programm für die Sozialversicherung. Bezüglich der angeblichen Schutzbedürftigkeit sind Grenzen abgesteckt worden. Wir haben von Hamburg aus in Büchern und Schriften unsere Kritik dargelegt. Eine Resonanz haben wir niemals gefunden. Hier muß ich leider feststellen, daß es jetzt heißt: weg von der Sozialversicherung zur Staatsbürgerversorgung. Das sind durchaus nicht so abseits liegende Probleme. Wir müssen uns in unserer Partei daran gewöhnen, auch einmal abweichende Ansichten zu hören und dann zu entscheiden, wie wir uns verhalten wollen.

Diese Kritik zeigt, daß wir in der großen Linie einig sind. Ich gehöre zu den wenigen, die für geheime Abstimmung hier den Zettel hochgehoben haben. Ich freue mich, daß diesem Antrag zugestimmt wurde. Jetzt kann nicht davon gesprochen werden, daß hier eine Diktatur des Kanzlers herrsche. Wenn die Wahl per Akklamation erfolgt wäre, hätte es keiner gewagt, gegen den Kanzler zu stimmen. Wenn auch Herr Jakob Kaiser einige Stimmen weniger bekommen hat, so ist das viel mehr wert als die Zustimmung mit Akklamation. (Beifall.) Gestärkt durch Ihren Beifall verlasse ich befriedigt diesen Parteitag. (Beifall.)

Dr. Nowack (Niedersachsen)

setzte sich für die geistig Schaffenden ein:

Auch der geistig schaffende Mensch — ich denke jetzt an die mir nahestehenden Schriftsteller, Komponisten, Maler und Bildhauer — muß in diesem Staat irgendwie leben. Es darf nicht so sein — glauben Sie mir, es ist so —, daß die Bezüge eines geistig schaffenden Menschen die eines Wohlfahrtsempfängers sind. Die Kultusministerien der Länder tun nichts, als an Weihnachten an die Berufsverbände etwa 5000 DM auszahlend, damit sie an die schlimmsten Hungerleider — sagen wir es ehrlich — verteilt werden in Raten von 50 bis 100 DM. Das sind die ganzen Beziehungen des Staates zur Literatur, zur schaffenden Musik, zur bildenden Kunst.

Im Jahre 1952 sind die Beziehungen etwas enger geworden dadurch, daß wir ein Gesetz gegen Schmutz und Schund wiederbekommen, eine Sache, die irgendwie polizeilichen Charakter hat. Ich will mich über das Gesetz nicht verbreiten, sondern nur das eine sagen: die Beziehungen des Bundes zur deutschen Schriftstellerei dürfen natürlich nicht nur polizeilicher Natur sein. Es muß darüber hinaus auch noch positivere geben. Wenn sie nicht da sind, müssen sie geschaffen werden. Beispielsweise kämpfen wir schon lange darum, daß das Bundesjustizministerium endlich der revidierten Berner Konvention über das Urheberrecht beitrifft. (Beifall.) Wir haben immer noch den skandalösen Zustand, daß ausländische Autoren in Deutschland mehr Rechte genießen als deutsche Autoren, nur deshalb, weil der Bund der Berner Konvention nicht beitrifft. Ich weiß nicht, warum er das nicht tut. Das Bundesparlament ist auch damit beschäftigt, ein neues Autorenrecht herauszubringen. Von diesen Vorarbeiten sind die deutschen Autoren durch den Herrn Bundesjustizminister ausgeschlossen. Er hat gesagt, wir wären Partei. Ich frage mich, ob die Verleger keine Partei sind. Diese sind nämlich in dem Ausschuß.

Wir haben noch einige andere Wünsche, aber leider ist der Herr Finanzminister nicht da. Ich hätte ihn gerne einmal gefragt, worin die Umsatzsteuer eines Komponisten besteht. Was er eigentlich umsetzt. (Heiterkeit.) Ein Mann, der ein Theaterstück beispielsweise schreibt, wird zur Umsatzsteuer veranlagt wie ein Käse- und Kohlenhändler. Ich begreife das nicht. Der Staat müßte irgendwie an den geistigen Arbeiter etwas

freundlicher herankommen. Wenn der Herr Bundesarbeitsminister da wäre, würde ich ihm sagen, er sollte endlich dem Zustande ein Ende machen, daß wir auf dem Arbeitsamt folgendermaßen kategorisiert sind: Angestellte des Gastwirtsgewerbes und sonstige. Sonstige, das sind die deutschen Schriftsteller, Komponisten, Maler und Bildhauer. (Hört-Hört-Rufe.)

Alle diese Dinge, meine ich, müßten einmal geregelt werden, wenn man von einer Existenz des geistig schaffenden Menschen im Staat und mit dem Staat überhaupt reden will. Wenn hier einige Oberbürgermeister vielleicht anwesend sein sollten, dann würde ich mich darüber deshalb besonders freuen, weil die deutschen Theater seit etwa vier Jahren Devisenstellen sind, die verschleierte Reparationszahlungen ins Ausland leisten müssen. Es werden von den deutschen Theatern zu 90 vH nur noch ausländische Autoren herangezogen, und das von denen, die jährlich drei und mehr Millionen Subventionen einstecken. (Sehr richtig.) Hier in Berlin gibt es einen besonders großen Mann — ich will den Namen nicht nennen —, der gesagt hatte: die deutschen Autoren interessieren mich nicht. (Hört-Hört-Rufe.) Auch dieser Herr bezieht einen Millionenzuschuß in seinem Theater. Das deutsche Geld scheint ihn offenbar zu interessieren.

Ich glaube, Sie haben einigermaßen verstanden oder erraten, wie ich mir die Tätigkeit des Staates im Zusammenhang mit seinen geistigen Arbeitern denke. Es muß ja doch nicht so sein und bleiben wie vor 25 Jahren, wo dreiviertel aller Schriftsteller, Maler, Bildhauer und Komponisten Salonbolschewiken waren. Heute hier an der Zonengrenze können wir ja sagen — die Berliner Künstler sind ja das Beispiel dafür —, daß diese Zeit des Salonbolschewiken zu Ende ist. Trotzdem, meine ich, soll es auch nicht so bleiben, daß der geistig schaffende Mensch aus irgendwelchen Gründen immer nach links hängt. Man müßte ihm auch eine Existenz abseits von der Linken erlauben. (Beifall.) Ich glaube, es käme darauf an, daß die CDU nicht nur für die geistig schaffenden Menschen Heimat bleibt, sondern vor allem die Heimat wird für alle die, die noch nicht dort ihre Heimat zu erkennen vermögen. (Beifall.)

Lambrecht (Rheinland-Pfalz)

weist hin auf das Loch im Osten, und zwar zwischen West- und Ostberlin:

Es ist unerträglich, wenn man sieht, wie im Ostsektor von Berlin die HO-Läden von morgens bis abends durch Schlangestehen bestürmt werden. (Zurufe: Von Westberlinern!) Die Ostberliner Hausfrauen und auch ein großer Teil der Westberliner Hausfrauen haben dafür kein Verständnis. Wir müssen Mittel und Wege suchen, um diesem Ubelstand in irgendeiner Form ein Ende zu bereiten. Es handelt sich wirklich hier um ein Problem, das nicht nur die Erwachsenen betrifft, die aus irgendwelchen Gründen, sagen wir Freß- oder Verdienstgier, hinüberwandern. Es handelt sich vor allen Dingen auch darum — ich nehme auf das Referat des Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers Bezug —, daß wir politische Fragen nicht mit dem Geldbeutel entscheiden können. Herr Dr. Ehlers sagte weiter, daß nicht allein und ausschließlich die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse geordnete Lebensumstände von Staat und Volk bedingen können. Entgiften wir diese materielle Einstellung der Jugend. Ich wende mich hier insbesondere an die neuerstandene Studentenvereinigung der Christlich-Demokratischen Partei. Es ist mir gesagt worden, es wäre eine gewisse Notwendigkeit vorhanden, daß sich die Jugend mit dieser Sache beschäf-

tigt, weil sie nicht die nötigen Mittel hat, um ihrem Studium nachkommen zu können. Das geht so nicht. Ich bitte dringend, Maßnahmen zu treffen, daß diese Zustände abgestellt werden.

Fredburger (Rheinland)

spricht zu dem Referat des Bundestagsabgeordneten Kiesinger „Unser Kampf um den Menschen im Staat“:

Wenn ich im Büro, um Menschen für unseren Staat zu gewinnen, vom Staat spreche, so begegnet mir allenthalben ein Kopfschütteln. Denn es sind nicht alle in der Lage wie wir, über diese Dinge zu sprechen oder auch etwas zu wissen. Wenn ich noch weitergehe und versuche, eine Definition des Staates zu finden für diesen Menschen, den ich gewinnen will, so kann ich ihm vielleicht sagen: Du selbst bist der Staat! Sein Gesicht wird aber nur länger, und er wird sich bestimmt nicht für den Sonnenkönig halten. Wenn ich jetzt aber mit diesem Menschen über die Institutionen des Staates, über seine Führer spreche, dann komme ich ihm begrifflich und gedanklich näher. Er geht aber in eine gewisse Kontraststellung zu dem, was ich jetzt sagen will. Denn es handelt sich jetzt schon um die Parteien.

Im Staate brauchen wir die Parteien. Wir müssen aber auch wissen, daß eine gewisse Schicht des Volkes, und zwar die „Ohne-mich-Menschen“, gegen die Parteien sind und dagegen reden. Man muß versuchen, diese Menschen davon zu überzeugen, daß die Parteien nicht nur zum Politisieren da sind, sondern daß unsere Menschen im aktiven politischen Kampf auch Menschen sind, die um den Menschen ringen. Wir finden den Menschen im politischen Leben, im Parteikampf, aber nur dann, wenn wir unsere Parteimenschen als Beispiel hinstellen können.

Dürfen wir nicht auch unseren Parteianhängern klar und deutlich das sagen, was hart ist in der Politik, und sie nicht über Dinge im Ungewissen lassen, die doch über kurz oder lang geschehen? Ich erinnere da an ein Beispiel. Zu Beginn des Krieges hat Churchill — ich habe es selbst im Rundfunk gehört — zu den Engländern gesagt: Wir müssen durch ein Meer von Blut, von Sorgen und von Kummer. Ob das heute bei uns möglich wäre, den Menschen zu sagen, daß wir auch noch durch manche Sorgen hindurchmüssen? Wenn wir das fertigbringen, dann hat der Politiker seinen Wert gezeigt.

Ich möchte, wenn ich den Menschen für den Staat gewinnen will, noch zum Schluß sagen, daß dieser Mensch, der für den Staat gewonnen werden will, etwas sehen möchte. Dieser Staat wird so aussehen wie die Träger dieses Staates. Das sind wir selber. Wie dieser Träger aussieht, so wird dieser Staat einst aussehen. (Beifall.)

Pfarrer Siebrecht:

Lassen Sie mich als katholischen Pfarrer aus der Sowjetzone erst ein Wort des Dankes an den evangelischen Theologieprofessor Dr. Köhler spechen für die tiefe und echte Analyse unserer Situation. Aber ich möchte vor etwas warnen. Die beiden Referate, die wir heute gehört haben, waren wahr, echt und lebendig. Nun möchte ich nicht, daß deswegen unsere westdeutschen Freunde glauben, weil sie diese Referate gehört und wahrscheinlich auch ernst genommen haben, daß sie dieserhalb jetzt die wirkliche, totale Situation kennen. (Sehr richtig.)

Die Wirklichkeit ist noch unendlich viel schlimmer und gefährlicher, als Ihnen auch diese beiden berufenen Interpreten mit

ihren Teilthemen darlegen konnten. Ich habe es immer wieder in Westdeutschland erlebt, wie so viele Menschen der Meinung waren: wir wissen alles, wir haben den Nationalsozialismus miterlebt. Es hat mich gefreut, daß unser Unionsfreund Dichtel aus Südbaden in einer echten Erschütterung gesagt hat: „Ja, wenn ich das gewußt hätte... oder so ähnlich. Ich bin Ihnen dankbar, daß ich hergekommen bin.“ Südbaden ist eine der Gegenden gewesen, wo die Menschen, höflich und freundlich, nicht nein sagen wollen, wo sie aber so weit entfernt von der grausamen Wirklichkeit der Sowjetzone sind, daß sie es nicht für notwendig hielten und halten, das auch noch rechtzeitig zu besprechen und zu hören. Das gilt auch von anderen Gegenden.

Wie wäre es, wenn tatsächlich die Männer unserer Bundestagsfraktion, die Glieder unserer Landtagsfraktionen alle einmal einen Nachmittag hergeben und aus berufem Munde, aus erster Hand und Quelle, sich über die Wirklichkeit der Sowjetzone unterrichten ließen? (Starker Beifall.) Es würde auch gar nichts schaden, wenn die leitenden und höheren Beamten unserer Ministerialverwaltung dabei wären (Zustimmung und erneut starker Beifall), selbst wenn es solche sind, die einmal zeitweise eine Gastrolle in dem jetzigen Gebiet der Sowjetzone gegeben haben. (Beifall.)

Ein Freund vorher hat hier gestanden und sich beklagt über das Loch im Osten, nach West-Berlin herüber. Es muß wenigstens ein Wort dazu gesagt werden. Lieber Freund! Sprechen Sie nachher mit irgendeinem von uns darüber. Dann werden Sie vieles hören, was die Voraussetzung zur Beurteilung dieser Sache ist. (Zustimmung und Beifall.) Eins sage ich: wo soll der Mann — es gibt an hunderttausend in West-Berlin —, der nur Ostgeld zur Verfügung hat — das ist auch nur eine ganz klägliche Menge —, anders kaufen als im Osten?

Unser Freund Jöhren hat einen Brief vorgelesen von CDU-Mitgliedern, die auf der Funktionärskonferenz der Nuschke-Kommunisten waren, echte Leute. Darüber freuen wir uns. Wir wollen das nicht etwa so deuten, als ob wir dieserhalb die ganze christliche Maskierung, die dort in einem unheimlichen Ausmaße betrieben wird, annehmen. Ich habe hier ein Heft in der Hand; hier ist das Sanktissimum — das Allerheiligste — vorn. So geht es durch. Hier sehen wir Ministrantenzüge. Das Ganze ist sowjetische Propaganda. (Pfui-Rufe.) Wir haben hier die Zeitung vom Nuschke-Parteitag, vom ersten bis zum letzten: „Der Weg des Christen“, „Hinein zum echten Christen“, aber im Dienst dieser sowjetischen Bewegung.

Das ist so bitter ernst, wir wissen es aus unseren Volksdemokratien der Nachbarschaft, und wir wissen es aus unserer Zone allein, daß Tausende — jeden Tag sind es Dutzende und Hunderte — aufs neue fallen wegen dieser Maskierung. Sie fallen immer weiter, besonders dann, wenn Kirchenmänner auftauchen. Sie tauchen auch auf, dort, in dieser Gesellschaft.

Das Letzte, was ich sagen will, sei das: wir müssen diese Bewegung nicht auf die leichte Schulter nehmen und sagen, es hat keinen theologischen Grund. Hat es auch nicht. Das ist ein Ding, das kommt mit dem Bolschewismus und geht auch mit ihm, keine religiös-theologisch fundierte Bewegung. Es wird vorher das tun, was es in den anderen Satellitenstaaten getan hat: Hunderttausende irreführen und nach einem oder zwei Jahren Millionen irreführen. Da liegt eine Aufgabe, die erarbeitet werden soll. Dazu seid Ihr alle berufen. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Fay: Wir danken Herrn Pfarrer Siebrecht. Ich glaube, Sie können mit in die Zone nehmen, daß die Herzen der hier Anwesenden bei ihnen sind. (Beifall.)

Dumstrey (Berlin)

dankt dafür, daß dieser Parteitag endlich in Berlin stattfand und dankt auch den Rednern:

„Vor allen Dingen hat es mich gefreut, daß unser Freund Dr. Ehlers von der politischen Erziehung der Jugend gesprochen hat und dabei das Jugendlalter recht weit hinausgeschoben wissen wollte. Ich gebe mir auch immer Mühe, dieses Problem anzupacken, von der politischen Erziehung der Erzieher zu sprechen. Es ist aber so, daß wir bei diesen Reden, die so in die Tiefe gingen, manchmal um das Praktische noch herumgekommen sind. Da möchte ich aus der Erfahrung des letzten Vierteljahres eine Anregung geben. Es würde uns Ostsektoraner oder uns Ostlinge freuen, wenn der Parteitag sich dieser Dinge besonders annähme.

Seit einem Vierteljahr sind besorgte Mütter zu uns gekommen und haben gesagt: Was raten wir unseren Jungen, was sollen sie tun, wenn sie jetzt in die VOPO oder in die sogenannte Nationalarmee der Deutschen Demokratischen Republik gepreßt werden.

Das ist eine sehr bittere Sache, weil man die jungen Menschen nämlich ohne dieses erpreßte Zugeständnis meist nicht zu Reifeprüfungen zuläßt und nicht ihre Gesellenprüfung machen läßt. Wir sind nicht so, daß wir meinen: laßt sie, wir haben das Vertrauen zu diesen jungen Menschen, daß sie auch dann nicht ins Wanken kommen. Das ist eine sehr gefährliche Haltung, die Sie vor allen Dingen sehen wollen in dem Schlaglicht, das uns Prof. Koehler gestern hier gegeben hat. Wir stehen vor der Frage, diesen jungen Menschen, die ihre Lehre abbrechen müssen, weil sie sich nicht unter den Zwang stellen, aufzunehmen und sie in Arbeits- oder Lehrstellen zu bringen. Freund Kaiser hat uns von seinem Ministerium aus geholfen derart, daß Schüler, die im Sowjetbereich nicht zur Reifeprüfung zugelassen wurden, bei uns ein Jahr noch die Schulbank drücken konnten, um endlich ihre Bildung abzuschließen. Ich bitte daher, daß der Westen sich dieser Frage ganz besonders annimmt. Es muß möglich sein, daß wir gerade Menschen aus unseren Kreisen ansprechen, daß sie eine abgebrochene Ausbildung als Schneidergeselle beispielsweise fortsetzen können.

Sehen Sie zu, daß wir diese jungen Menschen nicht immer in die Lager bringen mit ihren großen Gefahren. Wir sind gerade berufen, ihnen eine Heimstatt zu schaffen. Vielleicht ist unter uns ein Meister bereit, wie früher ihn in die Familie aufzunehmen. Wo das nicht möglich ist, wollen wir ihm die Familie ersetzen, indem meinestwegen drei oder vier Räume zusammengezogen werden, wo ein aufrechtes, ernsthaftes, christliches Ehepaar sich dieser 3, 4 oder 5 Jungen annimmt, um ihnen etwas die Familie zu ersetzen. (Beifall.) Denn die Mütter drüben trennen sich nicht gerne von ihren Kindern. Wenn sie aber diese Gewißheit haben, dann sind sie um einiges getröstet. Sie würden getröstet sein, wenn wir als Parteitag heute von Berlin diese Auffassung uns zu eigen machten. Auf einen dementsprechenden Vorschlag an die Bundesgeschäftsstelle haben wir bis heute noch nichts gehört.

Das wird die Aufgabe zweier Ministerien sein. Unsere Freunde Kaiser und Lukaszek werden hoffentlich nicht viel Zeit brauchen, um die Kompetenzen abzustecken. Es ist richtiger, sie schaffen beide etwas und schaffen dadurch mehr, um dem Ganzen zu dienen. (Beifall.)

Wenn wir so die Zukunft bauen, glaube ich, dann haben wir die Jugend. Das ist eine Umkehrung der sonst immer wieder wiederholten und heute morgen gehörten These: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Ich

meine: Wenn die Jugend weiß, bei uns sind verantwortungsbewußte Menschen, die ihnen den Weg bereiten, dann haben wir auch die Jugend.

Ganz zum Schluß noch eine ins Politische gehende Forderung für die Berliner. Wie wäre Berlin geholfen, wenn die These, die unser Freund Dr. Ehard bei seinem letzten Hiersein hinausgerufen hat: Einen festen Weg, einen festen unkontrollierten Weg zwischen Berlin und dem Bundesgebiet zu schaffen, verwirklicht würdel (Beifall.) Wir wissen, daß das nur eine Posaune ist. Aber wir wollen sie denen ins Ohr dröhnen lassen, die von der Einheit Deutschlands sprechen und sie hindern. Es wäre für sie ein bequemer Weg. Wenn wir das aber unablässlich tun, dann wollen wir hoffen wie in so vielen anderen Fällen, daß eines schönen Tages die Lösung auf dem Tisch liegt und wir dann unserer Parole unseres heutigen Parteitages am besten dienen: eine Einheit für ganz Deutschland zu schaffen. (Beifall.)

Stengel (Berlin):

Wir haben heute morgen mit Genugtuung festgestellt, daß unser Bundestagspräsident Dr. Ehlers der Jugend keineswegs vorgeworfen hat, sie sei schlecht, sondern festgestellt hat, daß die Jugend durchaus bereit sei, politische Entscheidungen zu treffen. Sie hat vielleicht nicht an allen Stellen die Entscheidung in einer Parteipolitik getroffen. Daher müssen wir der Jugend die Entscheidung erleichtern, dahingehend, daß von einem christlichen Fundament her ihre Situation geändert und sie in ihrem Persönlichkeitswert gestärkt werden kann.

Das Erziehungsproblem ist nicht nur ein Problem unserer Jugend, sondern auch derer, die sie erziehen. Darum sollten wir darauf dringen, uns immer mehr Kräfte zu schaffen, die eine wirklich christliche Erziehung gewährleisten, d. h., daß wir den Leuten einen Anreiz geben müssen, auch Lehrer zu werden, um die Jugend zu bilden dafür, wofür sie später da ist. Wir sollten uns auch, glaube ich, damit beschäftigen, daß die Jugend eine Gewähr findet, um Mensch zu sein, und diejenigen, die eine Familie gründen wollen, nicht in engen Stuben hausen müssen.

Ich weiß, daß gerade dieses Hausen in engen Stuben und das Herumschlagen mit der täglichen Not viele Familien zu echtem christlichen Zusammenleben führt. Aber weil das, meine Freunde, dazu führt, daß sie gut zusammenleben, sollten wir uns nicht veranlaßt sehen zu sagen, wir sollten nichts ändern.

Ich glaube, wenn wir ihnen die Gewähr geben, daß sie möglichst früh ihre Familie zu dem machen, was sie sein soll, dann müßten wir als Christen dem Staat die Verpflichtung auferlegen, den jungen Familien einen guten Start zu geben.

Es sollte dabei darauf gedrungen werden, daß die Jugend nicht erst in einen Beruf steigt mit der Hoffnung, wenn sie 50 Jahre alt ist, ein gesichertes Auskommen zu haben. In Berlin ist eine unendlich große Zahl von Jugendlichen ohne die Möglichkeit, zu erfahren, wieviel Wert es hat, durch seiner Hände Arbeit eine wertvolle Sache zu schaffen. Vielen Jugendlichen können wir nicht die Möglichkeit geben, eine Lehrstelle zu erhalten.

Lassen Sie mich von Berlin aus auch eine große Sorge sagen. Die Jugend hat eine politische Entscheidung getroffen. Sie können an allen Stellen sehen, daß nirgendwo die Bereitschaft für ein vereinigtes Europa größer ist als in Jugendkreisen. Die Jugend weiß auch, daß es Werte gibt, die man zu verteidigen bereit ist. Sie ist auch bereit, der Politik des Kanzlers zu folgen. Aber sie will, daß ihr bei dieser Verteidigung nicht das Rückgrat gebrochen wird, sondern daß gerade dort die

Persönlichkeit gestärkt werden und wachsen muß. Daher meine Sorge, daß man für diese Ausbildungsarbeit für die Verteidigung des Westens Menschen die Fragen vorlegt: Wie hältst du es mit der Demokratie? (Beifall.)

Ich weiß, daß man Fachleute dafür braucht und diese Menschen in Divisionen denken müssen. Ich weiß aber, daß dies allein nicht genügt, denn sie denken dann in Divisionen auch anderen gegenüber. Sie müssen sich bewußt sein, daß es darum geht, hier ein freiheitliches Leben zu verteidigen. Es geht nicht nur darum, Fachkenntnisse für irgendwelche Diktatur zu haben, sondern darum, diese Fachkenntnisse einzusetzen in dem Bewußtsein, daß wir Werte haben, die wir verteidigen müssen. Darum sollte man bei der Neuaufstellung fragen: was hast du seit 1945 getan und wie hast du gezeigt, daß du Demokrat und nicht nur Landsknecht bist. (Beifall.)

Präsident Fay gibt bekannt:

Auf den Appell des vorigen Redners hin hat sich bereits ein Parteifreund gemeldet, der einen Platz zur Verfügung stellt. (Beifall.)

Görges:

Das, was ich Ihnen sagen will, möchte ich aus der Sicht eines jungen Menschen sagen, der sich um ein Problem besondere Sorge macht, das meines Erachtens auf diesem Parteitag noch nicht genügend erörtert worden ist. Es handelt sich um den Einfluß der christlichen Arbeitnehmerschaft im öffentlichen Leben und auch in der Christlich-Demokratischen Union.

Wir fragen uns oft, warum steht die Arbeiterschaft zu einem so großen Teil im sozialistischen Lager; warum sind unsere Leute in den Betrieben so still; warum melden sie sich nicht zum Wort und sagen ihren Kameraden, worum es geht? (Beifall.)

Ich glaube, wir müssen daher einmal ein klares mea culpa sprechen. Es ist so, wenn man beispielsweise in einem Betrieb ist, wo irgendein Redner das Wort ergriffen hat, innerhalb von 10 Minuten kann man sehen, wo unsere Menschen stehen: In den Ecken, sie schweigen! Es ist unsere Aufgabe, diese Menschen aus ihrer Verschwiegenheit herauszureißen. Darüber hinaus müssen wir vor allen Dingen den Kollegen, die als Arbeiter glauben, daß sie nur die SPD vertreten kann, deutlich sagen, daß das ein Irrtum ist. Mit dem müssen wir aufräumen. Es ist beispielsweise auch so, als Karl Marx 1848 mit seinem kommunistischen Manifest in der „Rheinischen Zeitung“ an die Öffentlichkeit trat, da gab es auch schon einen Adolf Kolping, der einen sozialen Gesellenverein auf die Beine gebracht hatte. (Starker Beifall.)

Wenn wir uns die SPD ansehen, so muß ich sagen: seit 80 Jahren besteht diese Partei, und seit dieser Zeit leben sie von der Kritik. Als sie nach dem ersten Weltkrieg die Möglichkeit hatten, unserem Volke bessere Dinge zu bringen, da haben sie versagt. Sie kann sich nicht damit entschuldigen, daß die Nachkriegszeit daran schuld war. Unsere Bundesregierung hatte wesentlich größere Schwierigkeiten nach diesem Kriege zu bewältigen gehabt. (Beifall.)

Ich bin nur ein politisches Küken und wollte Ihnen sagen, was ich denke. Es ist eine heilige, christliche Verpflichtung, liebe Freunde, daß man diesen Menschen, die draußen im Betrieb stehen, nicht nur Gehör schenkt, sondern sie auch unterstützt, wo man irgend kann. (Beifall.)

Vergessen Sie nicht, daß der Vater unserer Christlich-Demokratischen Partei der großer Arbeiterführer Adam Stegerwald gewesen ist, der

es 1920 gewagt hat, mit allem Nachdruck zu fordern: Christen beider Konfessionen vereint Euch! (Beifall.) Nur so, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß etwa 60 vH unserer Wählerschaft Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte sind, können wir unsere Existenzberechtigung als Volkspartei gegenüber unserem Vaterland und unserem Volk verantworten, um mit Konrad Adenauer für Frieden und Freiheit für ganz Deutschland mit Nachdruck einzutreten. (Starker Beifall.)

Gocht (Exil-CDU)

spricht zur Lage des Menschen in der Sowjetzone:

Wir singen unsere Nationalhymne: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.“ Wir müssen sehen, — das ist bisher noch nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen — daß die Menschen drüben unglücklich sind und sein müssen, weil sie kein Recht haben. Das deutsche Recht in der Sowjetzone ist durchlöchert an allen Ecken und Enden. Das bürgerliche Recht gilt nicht mehr zum Teil, die Bodenreform hat es durchlöchert. Kein Mensch weiß mehr, wie lange er sein Eigentum besitzen darf. Es gibt keine Handelsbeziehungen und keine privaten Handelsgesellschaften mehr. Das gesamte Handelsrecht liegt tot. Es gibt kein öffentliches Recht in der gesamten Sowjetzone. Der Bürger ist schutzlos der Willkür jedes unausgebildeten Beamten oder Angestellten preisgegeben. Wir haben keine Verwaltungsgerichtsbarkeit in der gesamten Sowjetzone; der Bürger kann nicht mehr seine Rechte finden, was Jhnen, meine Freunde, aus dem Westen, eine vollständig geläufige Situation ist: daß Sie sich wehren können. Das ist drüben nicht möglich.

Das letzte Machtmittel des Staates, das Strafrecht, ist drüben in einem Umfange ausgeweitet, daß der Mensch nur noch zum Objekt eines Terrorstrafrechts geworden ist. Außer dem Strafgesetzbuch existieren drüben strafrechtliche Begriffe wie: Sabotage, Diversionismus und ähnliche unverständliche Fremdwörter, hinter denen jedesmal 3, 5 oder 10 Jahre Zuchthaus stehen. Es muß gesagt werden, daß die Rechtspflege der Sowjetzone materiell überhaupt nicht mehr funktioniert. Es gibt so gut wie keinen Staatsanwalt mehr in der ganzen sowjetischen Zone, der akademisch ausgebildet ist.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer erscheint und wird mit starkem Beifall begrüßt.)

Die Handhabung dieses an sich lächerlichen Rechtes liegt in den Händen von Menschen, die nichts davon verstehen und die tendenziös-fanatisch nicht mehr das Recht wollen, sondern den Gewaltstaat.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit ist den Gerichten entzogen. Die Durchlöcherung der Anwaltschaft, der letzten Säule des Rechtes, die man sich denken konnte, ist damit eingeleitet. Es wird nicht mehr lange dauern, und wir haben auch keinen Anwalt des Rechtes mehr drüben.

Als Ergebnis unserer Diskussion müssen wir feststellen: Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Unrecht, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch. Sie ist durch Unrecht zustande gekommen; sie tut laufend Unrecht, und sie muß möglichst bald im Unrecht enden. (Beifall.)

Graf von Schmettau:

Ich spreche zu Ihnen als Deutscher aus dem ostelbischen, aus dem preußischen Raum. Wenn ich das Wort „Preußen“ hier erwähne, so tue ich

dies deshalb, weil das preußische Ethos die stärkste Anti-These des Bolschewismus ist. (Beifall.) Sie werden es mir nicht verübeln, daß wir Exil-Preußen alles, was westlich der Elbe geschieht, unter dem Gesichtspunkt sehen, wie weit es zur Befreiung unseres ostdeutschen preußischen Landes dienen kann.

Es sind dies zunächst die Deutschlandverträge, die europäische Integration und auch die Frage eines europäischen Staatenbundes oder Bundesstaates. Ich muß sagen, daß die kristallklare Rede des Herrn Bundeskanzlers von gestern mir viele von den Sorgen genommen hat, die ich in meinem Herzen hegte, auch das, was der Herr Bundeskanzler nicht gesagt hat. Das, was an Sorgen übriggeblieben ist, deckt sich wohl mit den Sorgen, die der Herr Bundeskanzler auch noch hat.

Wir bejahen die Deutschlandverträge einfach deshalb, weil sie einen Substanzzuwachs für die Bundesrepublik darstellen und ohne politische Substanz einfach keine Politik gemacht werden kann. Wir bejahen auch die europäische Integration. Diese Integration wird ja nicht nur bedingt durch den schwarzen Mann im Osten, sondern durch die Technik und durch die Emanzipation der bunten Völker der Entkolonisierung Europas, die an sich schon ein näheres Zusammenrücken der europäischen Völker bedingen. Ich sehe das als eine empirische Entwicklung an, die mindestens ebenso wertvoll ist wie die Ostentwicklung.

Aber gegen die Integration der Bundesrepublik in einem europäischen Bundesstaat habe ich Bedenken, einfach deshalb, weil ein europäischer Bundesstaat auf der Linie Karls des Großen praktisch ja übersieht, daß inzwischen noch eine Aktion Otto I. stattfand. Gegen eine Integration der Bundesrepublik in einem europäischen Staatenbund ist m. E. nichts einzuwenden.

Den französischen Freunden möchte ich sagen, daß die Trompete von Mars-La-Tour—Vionville verklungen ist, aber die Freiheitsglocke von Berlin nicht nur hier, sondern auch an der Oder-Neiße-Linie läutet. (Beifall.)

Luster (Berlin):

Es ist von der Wiedervereinigung Deutschlands in den letzten zwei Tagen sehr viel gesprochen worden, insbesondere unter außenpolitischen Gesichtspunkten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Wiedervereinigung nur durch die Politik, die Außenpolitik, erreicht werden kann.

Ich bin aber der Meinung, daß wir zu dieser Wiedervereinigung von oben, wie ich sie nennen möchte, unsererseits auch den Beitrag zur Wiedervereinigung von unten zu leisten haben. Die Bundesregierung hat sich seit ihrer Gründung für diese Wiedervereinigung ausgesprochen. Sie hat das sehr deutlich gemacht, indem sie ein Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bereits eingerichtet und dieses mit dem legalen Vorsitzenden der CDU der Ostzone besetzt hat.

Die Wiedervereinigung von unten, das ist ein Gedanke, der auf der Landeskonzferenz der Jungen Union schon vor über Jahresfrist beschlossen worden ist. Wir haben uns das etwa so gedacht: Es muß eine Sammlungsbewegung aller Deutschen gebildet werden, in der die mancherlei verschiedenen Bestrebungen dieser Art, die vorhanden sind, zusammengefaßt werden für eine Bewegung; das ganze Deutschland. Unter diesem Motto steht ja dieser Parteitag. Dieses Anliegen darf aber nicht nur ein Bekenntnis dieses Parteitages sein, sondern es bedarf auch eines gewissen organisatorischen Ausdrucks.

Diese Bewegung sollte ins Leben gerufen werden von den besten lebenden Deutschen, getragen vom ganzen Volk und durchgeführt insbesondere von der jungen Generation. In allen Städten und Dörfern sollten Gemeinschaften sich um die Frage der Wiedervereinigung bemühen. Es sollte auch von den Menschen im Westen ein, wenn auch geringes, Opfer, das sich in Geld ausdrücken soll, gebracht werden. Wenn es monatlich 0,10 DM ist, die jeder beibringt, reicht das vielleicht aus, um z. B. eine Propaganda aufzuziehen. Wir müssen uns, meine Damen und Herren, darüber klar sein: Propaganda ist nichts Verbotenes, wenn sie wahrhaftig getrieben wird; wenn z. B. ein deutscher Rundfunksender errichtet wird, der nicht nur dann und wann einmal, sondern sehr häufig und in seinem ganzen Programm sich mit den Problemen der Deutschen im Osten auseinandersetzt und sie anspricht.

Es ist viel vom Rausch gesprochen worden, unter den die Menschen der Ostzone gesetzt werden. Rausch und Begeisterung sind zweierlei. Wir brauchen für die Wiedervereinigung auch eine echte Begeisterung, von der eine solche Bewegung, von der ich sprach, getragen sein müßte. Die Jugend bekommt mit einer solchen Bewegung eine neue Idee, für die sie sich einsetzen kann. Sie steht immer und zu allen Zeiten auf der Seite des Mutes, der Klarheit und der Initiative; sie steht auf der Seite der Politik der Bundesregierung. Wenn diese Politik der Bundesregierung nicht nur eine Politik der Initiative für Europa, sondern auch noch stärker von diesem Tage an für die Wiedervereinigung Deutschlands ist, dann brauchen wir uns, meine lieben Freunde, um die politische Entscheidung der Jugend von unserer Partei keine Sorgen zu machen. (Beifall.)

Präsident Fay stellt fest, daß um 16.30 Uhr die Rednerliste erschöpft ist. Er teilt dann der Versammlung mit, daß sich auf den Appell nun ein zweiter Parteifreund gemeldet hat. Er wird einem jungen Handwerker Aufnahme gewähren. (Beifall.)

Er teilt weiter mit, daß das Präsidium des Bundesparteitages am Vormittag an dem Denkmal „Opfer des Stalinismus“ und nachmittags an dem Mahmal der Heimatvertriebenen je einen Kranz niedergelegt hat. (Beifall.)

Bei beiden Kranzniederlegungen wurde der Opfer des Stalinismus, der Heimatvertriebenen und ihrer Opfer gedacht. Dann wurde noch folgendes Telegramm vorgelesen:

„CDU-Parteitag, Technische Hochschule, West-Berlin. Die große Kundgebung der CDU Essen erwidert herzlich eure durch Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold übermittelten Grüße. Aus unserem Bekenntnis zu Berlin rufen wir euch zu: wir vergessen Berlin und unsere Freunde in der Ostzone nie! In treuer Verbundenheit CDU Essen.“ (Beifall.)

Darauf verlas Dr. Wuermeling Entwürfe von Entschliefungen, die die Kommission ausgearbeitet hat.

Entschliefungen

Dr. Wuermeling (MdB):

Aufgabe der Entschliefungen eines Parteitages ist es, aus der Atmosphäre des Parteitages einige wesentliche Gesichtspunkte herauszuschälen, nicht aber, allzu viele Dinge anzusprechen, damit nicht die Bedeutung des einen durch das andere gemindert wird.

Wir sind unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Erstens: Unser Parteitag in Berlin hat eine betont gesamtdeutsche und außenpolitische Note. Dieser Note dient die große außenpolitische EntschlieÙung, die hier bereits zur Verteilung gelangt ist.

Zum zweiten müssen wir zur Situation von Berlin etwas sagen und zu dem harten Los der Sowjetzonenflüchtlinge Stellung nehmen, das wir hier erlebt haben.

Drittens muß eine Brücke gebaut werden zu dem bevorstehenden Hamburger Parteitag, der sich sehr eingehend mit den innenpolitischen Fragen zu befassen hat. Wir haben auf diesem Parteitag hier keine Ausschüßsitzungen gehalten und kommen deshalb nicht zu allzu detaillierten innenpolitischen EntschlieÙungen im einzelnen. Wir haben es aber für notwendig gehalten, ganz wenige, besonders für uns heute im Vordergrund stehende Gesichtspunkte anzusprechen. Dem dient die letzte EntschlieÙung, die ebenfalls zur Verteilung gelangt ist.

Ich darf die EntschlieÙungen nunmehr nacheinander vortragen und um Ihr Einverständnis bitten, daß ich die wichtigste außenpolitische EntschlieÙung an den Schluß stelle. Zunächst zum Thema Berlin:

„Der Berliner Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands grüÙt in Dankbarkeit alle Berliner, deren Freiheitswille unsere Hauptstadt inmitten sowjetischer EinschlieÙung vor dem östlichen Terror bewahrt hat. Die Christlich Demokratische Union wird weiter dafür sorgen, daß die Deutsche Bundesrepublik alles in ihren Kräften Stehende tut, um die politische, wirtschaftliche und soziale Existenz Berlins zu sichern und fortzuentwickeln.“

Präsident Dr. Fay stellt nach Abstimmung fest, daß die EntschlieÙung einstimmig angenommen ist. (Starker Beifall.)

Dr. Wuermeling verliest die zweite EntschlieÙung:

„Wir Delegierten des Parteitages haben mit Erschütterung das Schicksal der durch kommunistische Gewalt aus der Sowjetzone vertriebenen deutschen Männer, Frauen und Kinder gesehen, die zunächst Aufnahme in den Flüchtlingslagern des freien Berlins gefunden haben. Ihnen jede Hilfe zuteil werden zu lassen, ist eine selbstverständliche Pflicht der Bundesrepublik. Die Christlich-Demokratische Union wird sich für schnelle, wirksame Hilfsmaßnahmen einsetzen.“

Präsident Dr. Fay stellt nach Abstimmung fest, daß die EntschlieÙung ebenfalls einstimmig angenommen ist. (Beifall.)

Dr. Wuermeling:

Die dritte EntschlieÙung behandelt, wie eben gesagt, einige ganz besonders aktuelle Kernfragen, die wir glauben, an diesem Parteitag — obschon die Ausschüsse nicht getagt haben — nachdrücklich herausstellen zu müssen:

1. Der Parteitag beauftragt die Ausschüsse der Partei, dem Hamburger Parteitag Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterbreiten, insbesondere zur Förderung der Familie und der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes.

Ich darf dazu ergänzend erläutern, daß wir uns mit den Antragstellern des gestrigen Antrages Albers dahin verständigt haben, daß zur Frage der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes ein Sonderausschuß der Bundespartei gebildet wird, der sich zusammensetzt aus Angehörigen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Ausschusses für Sozialpolitik.

2. Der Parteitag erwartet noch von diesem Bundestag die Verabschiedung des Gesetzes über Familienausgleichskassen, wirksame Hilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Aufbesserung der Bezüge für die noch benachteiligten Kreise der Rentner.
3. Der Parteitag fordert Vorfinanzierung des Aufkommens aus dem Lastenausgleich zugunsten der Heimatvertriebenen und Lastenausgleichsberechtigten.

Präsident Dr. Fay:

Wünscht jemand hierzu das Wort? Das Wort hat

Dr. Hein (Hamburg):

Es liegt im Sinne meiner Ausführungen, die Sie trotz Kritik freundlich hingenommen haben, daß die Ziffer 1 angenommen wird, weil es sich hierbei um ein Referat des Herrn Bundesarbeitsministers handelt, zu dem in einer eingehenden Aussprache Stellung genommen wurde. Ich wende mich aber mit allem Ernst gegen den Punkt 2. Der Versicherungsausschuß Hamburg hat dringend vor dem Antrag der CDU gewarnt, die sogenannte dreizehnte Monatsrente den Sozialrentnern zu geben. Es mag hier etwas schwerfallen, zu sagen, daß sich das unsozial und nicht sozial auswirken wird. Das soziale Programm ist das, was der Herr Bundesarbeitsminister am 18. Juni angesprochen hat: ein versicherungstechnisches Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung von 50 Millionen. Und das muß saniert werden. Ich habe ausdrücklich die Zustimmung des Versicherungs- und des Sozialausschusses zu erklären, daß die Leute, die keinen Anspruch haben, die Rente bekommen und die andern, die Ärmsten der Armen, ihre Wohlfahrtsunterstützung gestrichen bekommen. Ich habe das in Siegen eingehend begründen können. Es ist ein ernstes politisches Problem. Ich bitte dringend, den Punkt 2 nicht einzunehmen, wenn das nicht vorher geklärt ist. Es genügen vollkommen die Rahmenbestimmungen der Ziffern 1 und 3.

Präsident Dr. Fay:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Im allgemeinen ist es auch nicht Aufgabe des Präsidenten dieses Hauses, zu den einzelnen Problemen Stellung zu nehmen. Ich möchte nur eine Kleinigkeit dazu sagen. Es dreht sich hierbei lediglich um eine Rahmenbestimmung; von einzelnen Gesichtspunkten ist dabei nicht die Rede. Ich bitte, jetzt über diese Entschliebung abzustimmen.

Wer dafür ist, den bitte ich, die Karte zu erheben!

Dr. Hein: Antrag zur Geschäftsordnung! Ich bitte, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen!

Präsident Dr. Fay:

Wird zu diesem Geschäftsordnungsantrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, daß geschlossen abgestimmt wird über die Entschliebung. —

(Unruhe und Widerspruch. — Zuruf: Einzelabstimmung!)

Gut, ich lasse über jeden Punkt einzeln abstimmen. Wir hätten es auch einfacher machen können. (Zurufe: Sehr richtig.) Aber wir wollen ganz genau vorgehen. Wir stimmen nun ab über den Punkt 1.

Wer dafür ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Wer enthält sich der Stimme! — Niemand. Die Entschliebung zum Punkt 1 ist einstimmig angenommen.

Wer für Punkt 2 ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Wer ist dagegen? — Auszählen! —

19 Stimmen dagegen. Wer enthält sich der Stimme? — Das sind 30. Ich glaube, bei dieser hohen Zahl will ich doch noch einmal — um ganz korrekt zu sein — diejenigen bitten, die dafür sind, das Zeichen nochmals zu geben. — Ich glaube, das ist die überwältigende Mehrheit. Es sind jedenfalls mehr als 30 und mehr als 19. Ich danke Ihnen. Die EntschlieÙung zu Ziffer 2 ist auch angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Ziffer 3 der EntschlieÙung. Wer für die Ziffer 3 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist gegen diese Erklärung? — Niemand. Wer enthält sich der Stimme? — 3 Stimmenthaltungen.

Damit ist diese Erklärung bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich wiederhole das Ergebnis: Ziffer 1 einstimmig, Ziffer 2 mit Mehrheit und Ziffer 3 angenommen bei einigen Enthaltungen.

HauptentschlieÙung

Dr. Wuermeling:

Die außenpolitische EntschlieÙung wird wie folgt vorgeschlagen:

„Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Berlin ist ein Bekenntnis zur deutschen Einheit, zum Frieden und zur Freiheit. In brüderlicher Verbundenheit mit allen durch den Eisernen Vorhang von uns getrennten Deutschen bekunden die aus ganz Deutschland vollzählig erschienenen Delegierten ihren gemeinsamen Willen:

Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu verwirklichen. Noch steht dieser Verwirklichung der Machtwille des Bolschewismus entgegen. Er lebt — wie in den letzten Wochen wieder eindeutig klar geworden ist — von der Erwartung, daß die Mächte der freien Welt sich nicht zusammenfinden, sondern sich in Gegensätzen verzehren. Demgegenüber bleibt es die erste Aufgabe der freien Welt, zu der Deutschland gehört, ihre Kräfte zusammenzuschließen und damit der Sowjetunion zu zeigen, daß für sie weder der Kalte noch der HeiÙe Krieg zum Erfolg führen kann. An dieser Einigung mitzuarbeiten, ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe der Bundesrepublik in ihrem Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Daher bekennt sich der Parteitag erneut zur europäischen Föderation in der Erkenntnis, daß die europäischen Völker ihre gemeinsamen Lebenswerte, die im Christentum begründet sind, nur gemeinsam wahren und nur vereint den Frieden erhalten können.

Durch den Vertrag über die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist ein erster Schritt zu dieser Föderation getan. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und der Deutschlandvertrag setzen diese Politik folgerichtig fort. Die innere und äußere Freiheit, die damit der Bundesrepublik gesichert wird, ist die wichtigste Voraussetzung für eine freiheitliche Ordnung auch für die noch von uns getrennten Deutschen in einem gemeinsamen Vaterland. Dieses Vaterland muß begründet sein auf der Anerkennung des unverzichtbaren Rechts des Menschen auf seine Heimat.“

Der dann folgende Satz soll entfallen. Es heißt weiter:

„Deswegen fordert der Parteitag die baldige Verabschiedung der Bonner und Pariser Verträge. Er steht in Vertrauen und Verehrung zu Konrad Adenauer und seinem Werk.“

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

Trotz Ihres Beifalls müssen wir der Ordnung halber noch einmal abstimmen. Es steht diese EntschlieÙung, die zuletzt Herr Dr. Wuermeling vorgelesen hat, zur Entscheidung. Im Abs. 4 wird der letzte Satz gestrichen. Ich bitte um das Handzeichen derer, die für die Annahme dieser EntschlieÙung sind. — Die Gegenprobe! Eine Stimme. Wer enthält sich? — Niemand!

Ich stelle fest, daß bei einer Gegenstimme die gesamte Versammlung die Erklärung angenommen hat. (Beifall.)

Damit sind wir am Ende unserer Nachmittagsitzung. Es beginnt sofort die Schlußsitzung.

Schlußsitzung

Präsident Dr. Tillmanns übernimmt den Vorsitz und erteilt das Wort

Dr. von Brentano:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, die Schlußkundgebung des dritten Parteitages der Christlich-Demokratischen Union in Berlin zu eröffnen. Ich glaube, daß ich in Ihrer aller Namen spreche, wenn ich das wiederhole, was Sie eben durch Ihre Zustimmung zu der dritten Resolution zum Ausdruck gebracht haben, wenn ich für uns alle, aber ganz besonders auch als Sprecher der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union im Deutschen Bundestag, unserem verehrten ersten Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer den Ausdruck des Vertrauens, der Dankbarkeit und der unwandelbaren Treue zum Ausdruck bringe. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Als wir hierher kamen, wurden wir gefragt, warum wir nach Berlin kämen und was dieser Parteitag zu bedeuten habe. Ich meine, daß wir darauf eine Antwort nicht mehr zu geben brauchen. Wir sind nach Berlin gekommen, weil wir glaubten, daß das innerste Anliegen des gesamten deutschen Volkes nirgends besser ausgesprochen und diskutiert werden könne als in der Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes, (Lebhafter Beifall.) dieser Stadt, von der nicht nur wir wissen, sondern von der die ganze freie Welt weiß, daß sie ein Vorort der Freiheit ist, eine Insel der Freiheit in einem Ozean des Terrors und der Unfreiheit, und weil wir weiter glaubten, daß es keine andere Stadt in Deutschland gibt, die so geeignet ist, dieses Anliegen von der Kanzel Berlin aus auch mit unseren Freunden, unseren Landsleuten in der sowjetisch besetzten Zone, zu besprechen und ein gesamtdeutsches Gespräch zu führen, wie wir es führen wollen. (Beifall.)

Wir sind — und das ist aus allem, was hier gesagt worden ist, herausgeklungen — der festen und heiligen Überzeugung, daß der Friede und die Freiheit untrennbar sind, daß sie in einem gesetzlichen Verhältnis zueinander stehen, in einem gesetzlichen Verhältnis der Affinität, daß es einen Frieden ohne die Freiheit nicht gibt, daß die schauerlichste Form der Unfreiheit die Friedlosigkeit, und die schauerlichste Form des Unfriedens die Unfreiheit ist.

Wenn wir das Thema „Friede und Freiheit für ganz Deutschland“ gewählt haben, danq deswegen, weil wir wissen und uns auch dazu bekennen, daß niemand von uns in Frieden und Freiheit leben kann, solange noch ein einziger Deutscher in Unfrieden und Unfreiheit leben muß. (Beifall.)

Der Sinn dieses Parteitages war ein leidenschaftliches Bekenntnis zu den Zielen unserer Politik, die maßgeblich von der Christlich-Demokratischen Union und unserem Bundeskanzler Dr. Adenauer getragen ist, zu deren Sprecher wir uns machen und zu deren Vollzugsorgan Sie Ihre Abgeordneten bestellt haben; ein leidenschaftliches Bekenntnis zu einem Deutschland, das wir erneuern wollen im Geiste eines lebendigen und bewußten Christentums, zu einem Deutschland, das wir erneuern wollen im Sinne des Friedens, dem wir eine friedliche Entwicklung geben wollen und von dem wir hoffen und wünschen, daß es seinen Beitrag leisten wird zur Sicherung und Erhaltung des Friedens in der Welt; zu einem Deutschland, das wieder die Achtung und das Vertrauen der Umwelt genießen soll, und zu einem ganzen Deutschland, das alles, was wir erarbeiten, gemeinsam genießen und erleben sollen.

Aber ich glaube, wir würden diese Ziele nicht erschöpfend auführen, wenn wir nicht auch hier ein Bekenntnis ablegten zu einem neuen Deutschland, das ein Glied in einem neuen freien Europa sein will. (Beifall.) Der Weg, den Europa in den letzten Jahren gegangen ist, ist untrennbar verbunden mit der Politik der Christlich-Demokratischen Union. Es ist der Weg, der uns geführt hat in den Europarat nach Straßburg, in die Montan-Union, und der, wie ich hoffe, uns führt in die Verteidigungsgemeinschaft zum Schutze und zur Sicherung des Friedens; es ist der Weg, von dem ich hoffe, daß er uns weiterführen wird auch zu einem politisch geeinten Europa.

Es wird unsere Aufgabe sein, unsere ganze Kraft daranzusetzen, dieses neue Europa zu schaffen und daran zu glauben, daß es kein Problem geben darf zwischen den europäischen Völkern, das nicht im Sinne einer europäischen Gesinnung, eines europäischen Geistes, in Freundschaft und Vertrauen gelöst werden kann. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich sagte, Sie haben Ihre Abgeordneten bestellt, um diese Politik, zu der wir uns hier bekannt haben, zu verwirklichen und in die Tat umzusetzen. Dazu bedürfen wir Ihrer Unterstützung. Es muß so sein, daß ein echtes Spiel freier Kräfte in der Partei sich entwickelt und von ihnen aus die Wünsche, Anregungen und Forderungen kommen — auch die Kritik —, aber daß von ihnen auch die Kraft für unsere Arbeit kommt. Für diese Arbeit brauchen wir einiges. Wir brauchen dazu das Vertrauen der Partei und das Vertrauen unserer Wähler, um das ich Sie bitte. Wir brauchen dazu den festen und leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft unseres Volkes und an die Zukunft ganz Europas. Wir brauchen dazu den Segen unseres Herrgotts. Man hat irgendwo lesen können, daß dieser Parteitag — es wurde schon gesagt in der Diskussion — einem Kirchentag ähnele. Ich weiß nicht, ob derjenige, der das geschrieben hat, sich bewußt ist, wie klein er ist; denn ich meine, es wäre gut, wenn auch auf anderen Parteitag etwas mehr von dem Geiste lebendigen Christentums leben würde. (Starker Beifall.)

Wie es unser verehrter zweiter Vorsitzender, der Bundestagspräsident Dr. Ehlers, heute gesagt hat, wissen wir als Christen, die wir in der politischen Verantwortung stehen, um die Grenzen unserer Aufgabe. Wir wissen auch um den Inhalt unserer Aufgabe. Wir sind entschlossen — das verspreche ich Ihnen im Namen der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag —, mit den besten Kräften weiterzuarbeiten an dem gemeinsamen Ziel, damit das arme deutsche Vaterland, das so schwer gelitten hat und heute noch leiden muß, in Freiheit wieder erstehen möge, daß das ganze Deutschland wieder erstehen möge, daß 70 Millionen freie Menschen wieder in einem freien Deutschland

leben können. Wir bitten — ich wiederhole es — um Ihr Vertrauen, um Ihre Mitarbeit und um den Segen des Herrgotts. Mehr können und wollen wir Ihnen nicht versprechen, auch nicht, wenn wir vor Wahlen stehen.

Ich glaube nicht, daß man Politik mit Aktionsprogrammen machen kann. Wir wollen Politik machen aus der inneren Überzeugung, aus dem inneren Gewissen, im gegenseitigen Vertrauen und im festen Glauben, daß der Weg, den wir gehen wollen — und wir haben uns alle vor unserem Gewissen geprüft, ob er der richtige ist — der einzige ist, den wir gehen dürfen, wenn wir es gut mit unserer Vaterlande meinen. Niemand von uns kann sich der Verantwortung entziehen. Jeder von uns ist aufgerufen, auf diese Lebensfragen des deutschen Volkes eine Antwort zu geben. Ringen wir gemeinsam um die richtige Antwort, und wenn wir sie gefunden haben, haben wir dann auch den Mut, uns zu der Entscheidung zu bekennen! (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich danke dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Herrn Dr. von Brentano, für seine einleitenden Worte.

Das letzte Wort dieses Parteitages ist gerichtet an die Deutschen in der Sowjetzone. Für uns alle wird dieses Wort sprechen

Bundesminister Jakob Kaiser

(Mit starkem Beifall begrüßt):

Meine Damen und Herren! Meine Freunde! Sie hörten es eben schon, ich werde mich in meinen Ausführungen im wesentlichen an die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang wenden. Diese Millionen, die heute noch von unserer Gemeinschaft ferngehalten sind, sitzen ja bei jeder unserer Tagung — wenn auch unsichtbar — mitten unter uns am Beratungstisch. Zudem steht bei dieser Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union hier in Berlin der beherrschende Wille im Vordergrund: den Deutschen in der Zone soll erneut das Bewußtsein unlösbarer Verbundenheit mit den Deutschen in der Bundesrepublik gegeben werden. (Beifall.)

Ebenso soll aber auch den Deutschen in der Bundesrepublik die Situation hinter dem Eisernen Vorhang erneut unmittelbar vor Augen geführt werden. Das geschieht, wie wir es alle in diesen Tagen bewegend und erregend erlebt haben, am eindrucksvollsten in dieser Stadt Berlin.

Ich weiß, daß gerade wir, die christlichen Demokraten, in der Zone gehört werden; denn wir haben als echte Volkspartei Verständnis für alle Schichten, für Bürger, Bauern und Arbeiter. (Beifall.) Sie alle, die ich genannt habe, Bürger, Bauern und Arbeiter, sind ja in der Zone in gleicher Weise bedrängt und entrechtet.

Die Rückführung der Millionen unserer Landsleute in die Freiheit und in ein menschenwürdiges Dasein ist der Motor unserer Politik. Dem Verlangen, dem Drängen von 20 Millionen Deutschen — dessen mögen diese Millionen gewiß sein — werden wir ständig Ausdruck verleihen, bis das Ziel erreicht ist. Eine solche Politik ist auch die einzig sinnvolle; denn ohne die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit den Ländern Mitteldeutschlands, mit Brandenburg, Mecklenburg, mit den beiden Sachsen und Thüringen, ist ein gesundes Deutschland nicht möglich (Beifall), genau so wenig aber auch ein befriedetes Europa. Niemand kann ja annehmen, daß eine Festigung Europas möglich werden kann, solange die Zerrissenheit, solange die Teilung Deutschlands anhält. Allerdings

gehört zu einem wirklichen Frieden auch, daß das Heimatrecht der Deutschen im Lande jenseits der Oder-Neiße anerkannt wird. (Lebhafter Beifall.) Dabei denken wir in diesem Augenblick zugleich an die Tausende und Zehntausende von Deutschen, die dort noch zurückgeblieben sind, in Ostpreußen und in Westpreußen, in Pommern, in Niederschlesien und in Oberschlesien. (Starker Beifall.)

Ihr Schicksal ist nach allem, was wir hören können, das aller schwerste.

Ich weiß, daß die Stärke unseres Willens zur entschlossenen Wiedervereinigungspolitik hier und da in Zweifel gezogen wird. Auf die Zone selbst prasselt täglich ein Hagel von kommunistischer Propaganda nieder, Westdeutschland habe die Zone abgeschrieben, die Politik der Bundesrepublik sei auf nichts anderes gerichtet, als sich unter den militärischen Schirm der Amerikaner zu flüchten, sie sei der sogenannten Kriegspolitik Amerikas verhaftet. Den Vereinigten Staaten und Frankreich zuliebe gehe Westdeutschland zwischenstaatliche und überstaatliche Bindungen ein, durch die Mitteldeutschland abgeschrieben würde.

Über diese zweckbedingten Vorwürfe können wir mit einer Handbewegung hinweggehen; denn alles, was östlich lizenzierte Zeitungen oder östlich lizenzierte Politiker von sich geben, stößt bei den Deutschen in der Zone ohnehin auf Unglauben. Jeder in der Zone weiß: hier handelt es sich nicht um aufrichtigen Willen zur Wiedervereinigung, hier sind Hammer und Sichel am Werk. Der Hammer der Propaganda soll jede Wahrheit, jedes Persönlichkeits- und Volksbewußtsein erschlagen; dazu sucht die Sichel des SSD noch die hinwegzumähen, die eine Spur von Eigenbewußtsein verraten. Östliche Propagandamethoden finden niemals bei Deutschen Glauben, die östliche Taten erleben oder erdulden müssen, sondern gelegentlich nur bei denen, die solche Taten am eigenen Leibe noch nicht erlebt haben. (Zurufe: Sehr richtig!)

In der Bundesrepublik dagegen gibt es echte Auseinandersetzungen über die Wiedervereinigungspolitik. Bei uns wird um den besten Weg der Politik gerungen; denn die Bundesrepublik ist ein Staatswesen, in dem Demokratie verwirklicht wird. Es gibt bei uns kein Anliegen, das die Gemüter so sehr bewegt und so sehr erregt wie die Frage nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, nach der Wiedervereinigung unseres Volkes (Beifall), und gerade deshalb die ersten Auseinandersetzungen über den Weg dazu. Leider sind bei diesen Auseinandersetzungen auch parteitaktische und propagandistische Motive mit am Werk. Das gilt vor allem von der Opposition. Sicherlich hat in einer Demokratie die Opposition die Aufgabe, der Regierungspolitik die Sporen zu geben. Wir, die christlichen Demokraten, sind nun einmal der verantwortlichste Faktor in der heutigen deutschen Politik. Deshalb bekommen wir die Sporen der Opposition am meisten zu spüren, aber die Opposition sollte doch die Kirche im Dorfe lassen; denn daß bei ihr nicht immer sachlich-politischer Wille ausschlaggebend ist, ist längst in die Zone gedrungen. (Beifall.) Ich erfahre immer wieder, daß die Zone nicht allzuviel Verständnis für das Hin und Her der Meinungen hat, welche Partei nun den stärksten Antrieb für die Wiedervereinigungspolitik in sich trägt. Die Zone begegnet dem parteipolitischen Konkurrenzkampf mit einer gehörigen Dosis von Skepsis und von Unwillen. Sie sähe es lieber, daß die Parteien sich in dieser lebensentscheidenden Frage unseres Volkes zur Einmütigkeit durchringen würden. (Starker Beifall.) Ich kann nur sagen, daß ich mich in diesem Wunsche mit den 20 Millionen bedrängter Deutscher vollkommen einig fühle.

Es gibt schließlich kein Rezept für die deutsche Wiedervereinigung, das mit absoluter Sicherheit seine Wirkung tun könnte. Es gibt auch kein sicheres Konzept, das dieser oder jener Gruppe die Sicherheit geben könnte, sie habe den Stein der Weisen gefunden. Es gibt weder ein absolut wirksames Rezept noch ein absolut gültiges Konzept. Diejenigen, die anderen Konzeptionslosigkeit vorwerfen, haben selbst noch keine Konzeption verraten (Zurufe: Sehr richtig!); denn das bloße Verlangen nach einer Viererkonferenz ist noch lange kein Konzept. Soweit überhaupt Konzeptionen entstanden sind, stammen sie schließlich aus unseren eigenen Reihen. (Beifall.) Aber keiner nimmt dabei in Anspruch, die Patentlösung gefunden zu haben. Wohl aber sind sich in unseren Reihen alle verantwortlichen Politiker der Verpflichtung bewußt, unablässig nach dem gangbarsten und kürzesten Weg zu suchen.

In der Zone weiß man so gut, wie wir es wissen: die Wiedervereinigung Deutschlands aus eigener Kraft ist für unser Volk, so wie die Dinge nun einmal liegen, leider nicht möglich. Hinge die Wiedervereinigung nur vom deutschen Willen ab, so wäre sie längst vollzogen. (Starker Beifall.) Ohne die Einwirkung, ohne den Willen fremder Mächte gäbe es längst keine Zonengrenzen mehr. Hammer und Sichel wären längst vom deutschen Boden verschwunden. (Beifall.) Gewiß, es gäbe ganz bestimmt auch keine Kommunisten mehr in dem Land rund um Berlin (Beifall), sondern freie Deutschen würden von heute auf morgen freie Wahlen in ganz Deutschland durchführen. In kürzester Zeit wäre eine freigewählte Nationalversammlung und aus ihr eine gesamtdeutsche Regierung gebildet. Dabei bin ich überzeugt: die Kommunisten und ihre Helfershelfer würden die Kraftprobe freier Wahlen nicht einmal abwarten. Sie würden schon vor dem Scherbengericht, das freie Wahlen für sie bedeuten, sang- und klanglos verschwinden. (Beifall.)

Dabei haben wir alle Verständnis dafür, daß wir aus der Zone immer wieder hören, man wolle keine Worte der Verträge und der ständigen Mahnung nur zum Durchhalten, der Zone gehe es um Taten statt Worte. Wir wissen, wie sehr die 20 Millionen recht haben, aber die Zone kann hinter dem Sperrfeuer kommunistischer Propaganda die verwickelte weltpolitische Situation nicht immer durchschauen. Gerade die Verstrickung der deutschen Frage mit weltpolitischen Gegensätzen ist es ja, die eine rasche Lösung so sehr erschwert. Das muß den Wartenden hinter dem Eisernen Vorhang noch weit klarer gemacht werden als bisher. Deshalb muß die Zone künftig stärker noch an der politischen Willensbildung um die Wiedervereinigung unseres Volkes teilhaben; sie muß über die Gründe und über die Hintergründe der Wiedervereinigungspolitik besser noch in Kenntnis gesetzt werden. Dem gelten — ich darf es sagen — die besonderen Bemühungen der Bundesregierung, und dem gelten — das darf ich weiter sagen — vor allem auch die Bemühungen meiner Freunde und Mitarbeiter aus der Exil-CDU.

Wir wissen, daß man da und dort im Ausland in diesen Wochen und Monaten auf den Ton gestimmt ist, die Teilung Deutschlands sei dabei, sich zu stabilisieren, mehr noch, die Deutschen der Bundesrepublik könnten sich mit dieser Stabilisierung abfinden. Solche Auslandsstimmen werden in propagandistischer Verstärkung auch den Millionen hinter dem Eisernen Vorhang zu Gehör gebracht. Dazu kommt — der Kanzler erwähnte es gestern schon in seiner Rede — der Besuch des Präsidenten des Obersten Sowjets, Schewernik, in der sogenannten Deutschen Demokra-

tischen Republik. Schwernik verließ als Präsident zum ersten Male sein Land, um diesen Besuch in Ostberlin zu machen. Man hörte die besorgte Vermutung, das könnte die Manifestation für die endgültige Einkassierung des mitteleuropäischen Raumes in den Ostblock sein.

Und dann die umfangreichen Aufsätze Stalins! Hat Stalin, so fragt man, nicht zugunsten einer Konsolidierung der erreichten sowjetischen Machtposition entschieden? Will er in dieser Machtposition die von ihm prophezeite Entzweiung der freien Welt abwarten? Nach dieser Entzweiung, so scheint wohl seine Auffassung zu sein, könnte dann die weitere Welle sowjetischer Expansion folgen.

Angesichts dieser Situation stellt mancher die Frage, ob alles geschehen sei, um einer Verhärtung, der deutschen Teilung zuvorzukommen. Nun, es besteht auf keinen Fall ein Zweifel daran, daß es zu einer Verständigung der vier Mächte über eine Regelung der deutschen Frage kommen muß; denn niemand kann die Wiedervereinigung mit den Mitteln der Gewalt wünschen.

Rußland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich haben nach dem Zusammenbruch des Hitler-Systems die Vierteilung Deutschlands vollzogen. Diese Teilung war das Ergebnis der Konferenzen von Teheran und Jalta. Lassen wir einmal außer Betracht, daß diese Politik falsch war, lassen wir außer Betracht, was an ihr gegen die endgültige Befriedung der Welt, was illusionär und was verhängnisvoll war. Die Westmächte haben schließlich in ihrem Bereich die Zonen-grenzen abgeschafft; die Sowjetunion dagegen hat nicht nur auf Fortsetzung der Teilung bestanden, sie hat sie nun sieben Jahre lang von Monat zu Monat vertieft. Sie hat im Bereich ihrer Besatzungszone einen Zustand geschaffen und schaffen lassen, der einfach jedem Begriff von Freiheit, von Volks- und Menschenwürde ins Gesicht schlägt und der einen vollständigen Bruch mit jeder echten deutschen Tradition darstellt. Das gilt vor allem von der Entwicklung der letzten Monate. Denken wir nur an die russischen Waffenröcke, in die man unsere deutsche Jugend in der Zone steckt. (Pfui-Rufe.) Denken wir an den Sperrgürtel, an die Verödung dieser fünf Kilometer breiten Steppe mitten im Herzen Deutschlands. (Pfui-Rufe.) Denken wir an die fortschreitende Bolschewisierung der Zone.

Die Sowjetunion ist noch jeden Beweis schuldig geblieben, daß sie bereit wäre, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zuzuerkennen. Sie hat Propaganda für Einheit, Freiheit und Friede gemacht; sie hat ihre Werkzeuge in Pankow immer wieder mobilisiert, um die Bundespolitik zu gesamtdeutschen Beratungen mit allzu durchsichtigen Zielen zu veranlassen. Sie glaubte dabei wohl immer noch, zu einem regierungsähnlichen Zentralgebilde zu kommen, zu einer Zentralregierung, die sie in die Zange nehmen kann.

Als das alles nichts fruchtete, hat sie Noten an die Westmächte gesandt. In der Aufeinanderfolge wurden diese Noten dabei so nebelhaft, sie enthielten soviel Ungereimtes, daß die Westmächte — durchaus verständlich — bisher keinen Ansatzpunkt für echte Verhandlungen sahen.

Aber wir wissen, welche propagandistischen Gesten die Sowjetunion auch macht, die sowjetische Diktatur hat stets die Möglichkeit, ihre eigene Propaganda von heute auf morgen Lügen zu strafen. Welche propagandistischen Reden ihre verantwortlichen Männer auch halten, was sie auch immer niederschreiben, sie haben täglich und stündlich die Möglichkeit, den

Inhalt ihrer Reden und Schriften in ihr Gegenteil zu verkehren; selbstverständlich nur dann, wenn ihr Interesse es erfordert. Deshalb weiß die Zone so gut wie wir: weder der Besuch von Schwernik noch die politischen Betrachtungen von Stalin lassen auf endgültige Entscheidungen der russischen Politik schließen. Denn über die Wiedervereinigung entscheiden weder Stalin noch Schwernik allein, darüber entscheidet der Weg und die Entwicklung der Politik. Und beides, Weg und Entwicklung der Politik, hängt nicht nur von Stalin und Schwernik ab, sie hängen nicht zuletzt auch von der Einsicht und von der Entschlossenheit der Westmächte ab. (Beifall) und Deutschland spricht heute schon ein gewichtiges Wort dabei mit. (Beifall.)

Bei der für Deutschland so verhängnisvollen Haltung der Sowjetunion konzentrierte sich die Hoffnung Deutschlands immer stärker auf die Westmächte. Dazu kommt: Unserer Geschichte, unserer Geisteswelt, unserer Lebensform nach gehören wir zum christlich-abendländischen Kulturkreis. Im demokratischen Aufbau unseres Staates, im Bekenntnis zu freiheitlicher Politik sind wir der Welt der freien Völker zugehörig. Das ist die Tatsache, die wir, die echten christlichen Demokraten der Zone, in unseren früheren Auseinandersetzungen den Sowjets immer wieder mit Nachdruck und mit letztem Freimuth vor Augen geführt haben. (Beifall.) Viele aus den Reihen der Exil-CDU, die hier im Saal vor mir sitzen, sind Zeugen und Mitkämpfer dieser Auseinandersetzungen gewesen. Und deshalb haben wir die Zone verlassen müssen, aber um so entschlossener werden wir unsere gemeinsame Arbeit denen, die dort aushalten, widmen. (Starker Beifall.)

Wir wissen um die Tapferkeit und um die Opferbereitschaft dieser Millionen von namenlosen Deutschen, die unser unterdrücktes Land behaupten. Während in der Zone die Bedrückung ständig wuchs, gaben uns die Westmächte — bei allen schmerzlichen Begleiterscheinungen der Besatzungstatsache — in wachsendem Maße demokratische Rechte zurück. Sie halfen uns, unseren Lebensstandard durch Belebung und Kräftigung unserer Produktion zu erhöhen. Sie taten es, weil sie erkannten, daß gegenüber dem Kalten Krieg und den wachsenden Rüstungen der Sowjets die Freiheit wirksamer gesichert werden müsse. Dazu, so erkannten sie weiter, bedarf es der deutschen Mitwirkung.

Das ist der Hintergrund der Verträge, um deren Ratifikation es im Bundestag geht. Von den Männern und Frauen der Zone hören wir immer wieder: So handelt doch nur schnell! Die Sowjetunion muß die Stärke des Westens sehen, sie muß die Stärke des Westens spüren. Kern dieses Drängens ist die Erkenntnis, daß zunächst einmal militärische Stärke der freien Welt nottut. Jeder, der um die Militarisierung im Sowjetbereich weiß — und die Zone erlebt diese Militarisierung ja unmittelbar mit —, kann kaum zu einer anderen Auffassung kommen. Keiner, der den Kalten Krieg miterlebt hat, kann zu einem anderen Schluß kommen, als daß für die Sicherheit der Freiheit militärische Stärke nottut. (Beifall.)

Aber diese Sicherung macht — dessen sind wir uns bewußt — aktive Wiedervereinigungspolitik nicht entbehrlich: im Gegenteil, die Wiedervereinigungspolitik kann und muß sich die erhöhte Sicherheit zunutze machen.

Nun gibt es allerdings Leute, die einen Gegensatz zwischen militärischer Stärke und politischer Initiative feststellen wollen. Sie fordern auf jeden Fall zuerst eine Viermächtekonferenz. Sollte sie fehlschlagen, so habe man



Bundesminister Kaiser spricht

ja immer noch Zeit, auf Stärkung bedacht zu sein. In der Zone drüben — davon überzeuge ich mich immer wieder — will man von dieser Haltung nicht mehr viel wissen. (Starker Beifall.) Für die Männer und Frauen in der Zone manifestiert sich die Auffassung der Sowjetunion in der täglich fortschreitenden Bolschewisierung klar und deutlich genug. Sie geben immer wieder der Überzeugung Ausdruck, daß alle sowjetischen Vorstöße mit Pankower Briefen alle sowjetischen Manöver nur den Sinn haben, die Stärkung der freien Welt zu verlangsamem oder gar zu verhindern.

Wir, die christlichen Demokraten, geben der Zone die Gewißheit, daß wir auf der Hut sind. Kein sowjetisches Täuschungsmanöver wird uns von der klaren Erkenntnis abbringen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands niemals erreicht wird, wenn die freie Welt schwach ist. (Beifall.)

Solange Stalin verkündet, daß er auf die Schwäche der freien Welt spekuliert, bleibt uns aufgegeben, ihm zu beweisen, daß er die Rechnung ohne den Wirt macht. (Beifall.) Dabei sind wir über eines klar: bei aller Besorgtheit um die Stärkung der freien Welt muß Deutschland auch Wert darauf legen, daß es da mitredet, wo die Weichen gestellt werden und wo über Strategie und Politik entschieden wird.

Im übrigen wissen wir, auch die Westmächte werden uns die Wiedervereinigung nicht einfach in den Schoß legen, zumal ein Volk von 70 Millionen Deutschen bei manchen Westeuropäern immer noch Mißtrauen und Besorgnis auslöst. (Zurufe: Sehr richtig!) Würden wir diese Tatsache ignorieren, so würden wir den Anschein des Glaubens erwecken, die Politik der freien Welt werde von Engeln gemacht. Das aber ist ganz bestimmt nicht der Fall; doch wird sie sicherlich nicht von Fanatikern gemacht wie in Diktaturen. Deshalb dürfen wir der Überzeugung sein: die Westmächte werden sich der Notwendigkeit baldmöglichster Wiedervereinigung unseres Volkes nicht verschließen. Sie haben sich dazu auch feierlich verpflichtet. Es kommt nur darauf an, diese Verpflichtung in die Tat umzusetzen. Dazu hat die deutsche Politik immer wieder entscheidenden Antrieb zu geben.

Es gibt sicherlich noch einige Sonderlinge, die meinen, sich selbst und Europa retten zu können, wenn sie die Zone abschreiben. Die Zone darf überzeugt sein, diese Sonderlinge sind nicht repräsentativ für deutschen Willen. (Starker Beifall.) Sie repräsentieren auch nicht das wahre Europa; denn das wirkliche Europa beruht auf dem echten Staatsbewußtsein seiner Völker. Das deutsche Staatsbewußtsein aber kann gar nicht anders als auf dem Willen zur deutschen Einheit beharren. (Beifall.)

Dabei, Graf Schmettau, werden wir uns gerade hier auf dem Boden von Berlin auch erneut der Tatsache bewußt, welche staatliche Gestaltungskraft nicht zuletzt auch von Mittel- und von Ostdeutschland ausgegangen ist. (Beifall.) Niemand kann und wird diese Kraft — das sei insbesondere der Zone gesagt — für Deutschland je entbehren wollen. Stalin mag noch so sehr an den Nationalismus appellieren, wie er es zum Abschluß des Moskauer Parteikongresses getan hat, weder die Zone noch die Bundesrepublik wird sich dadurch irremachen lassen. Je länger sich der Kreml der Wiedervereinigung Deutschlands widersetzt, um so stärker wird echtes nationales Bewußtsein alle Schichten des deutschen Volkes durchdringen (Beifall) und zwar des deutschen Volkes diesselts und jenseits des Eisernen Vorhanges. Je mehr Stalin den Nationalismus als Sprengstoff verwenden will, desto sicherer werden sich die europäischen Völker und Nationen zusammenfinden.

Gerade deshalb bleibt es auch unser Anliegen, daß unser Volk möglichst bald als Ganzes in Erscheinung tritt, und zwar sowohl auf der Bundesebene als auch auf internationaler Ebene. Wir sollten der Zone schon heute stärkeren Anteil an der Politik unseres Landes geben. (Beifall.) Im vorigen Jahr schon hat unsere Exil-CDU angeregt, man möge Vertreter aus den Reihen der politischen Flüchtlinge als Repräsentanten in den Bundestag berufen. (Starker Beifall.) Ich erinnere an diesen Vorschlag und bin gewiß, daß sich die Freunde von der Exil-CDU demnächst noch eingehender dazu äußern werden. Auch in allen internationalen, vor allem in allen europäischen Organen, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist, sollten Repräsentanten der Sowjetzonenbevölkerung an den deutschen Vertretungen teilhaben (Beifall); denn nichts könnte die tatsächliche Einheit des deutschen Volkes vor aller Welt klarer bekunden. Ich weiß, welche Zuversicht und welche Stärkung das für die Menschen in der Zone bedeuten würde. (Zurufe: Sehr richtig!) Und auf Stärkung nicht durch Worte, sondern durch Taten kommt es an! (Beifall.)

Aufgabe dieser unserer Tagung war nicht zuletzt die Klärung und Festigung unseres politischen und sozialen Willens für ein wiedervereinigtes Deutschland. Aber jeder, der auch nur wenige Tage auf Berliner Boden verweilt, erfährt, wie sehr die Befreiung der 20 Millionen Deutschen auch eine rein menschliche Pflicht, ein sittliches Gesetz, ist. Die Zone mag wissen, daß wir nicht zuletzt als Christen, als christliche Demokraten, ihrer Befreiung unablässig zu dienen entschlossen sind. (Stürmischer Beifall und begeisterte Zustimmung.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Lieber Freund Jakob Kaiser! Dieser Parteitag hat Ihnen gedankt für diese Ihre Worte an die Deutschen in der Sowjetzone, und ich bin sicher, mit uns gemeinsam dankt Ihnen in diesem Augenblick die große Schar derer in der Sowjetzone, die am Rundfunk Ihren Worten gelauscht haben. Der Parteitag hat bereits vorhin von dieser Anteilnahme Kenntnis genommen, die unseren Beratungen aus der Sowjetzone entgegengebracht wird.

Da inzwischen eine Reihe von Delegierten und Gästen hinzugekommen sind, mache ich nochmals davon Mitteilung, daß uns ein Grußwort zugegangen ist von Teilnehmern des Parteitages der Ost-CDU, indem sie uns erklären, daß sie, die Mitglieder der Ost-CDU, uns die Versprechung geben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß Wahrheit und Recht auch in ihren Reihen wieder zur Geltung kommen. Sie schreiben weiter:

„Tausende Unionsfreunde und Millionen Menschen unserer Heimat erwarten von Ihrem Parteitag und von den Politikern der Bundesrepublik, daß die Zeit des Handelns nunmehr gekommen ist. Aus Ihnen allen bekanntesten Gründen ist es uns nicht möglich, diese Grüße persönlich zu überbringen.“

Zu dieser Botschaft ist mir vor wenigen Augenblicken noch ein Brief eines Mannes aus der Ostzone überreicht worden, der auch bittet, seinen Namen nicht zu nennen, der mir aber seinen Namen und seine Anschrift mitgeteilt hat. Er schreibt:

„Zu Ihrem Parteitag in Berlin entbieten Ihnen Hunderttausende deutscher Schwestern und Brüder und deutsche Jugend aus allen Ständen und Berufen, aus den Organisationen und Parteien aus der Ostzone und Ostberlin herzliche Grüße und Wünsche. Mögen alle Ihre Beratungen und

Arbeiten erfolgreich sein zum Segen des ganzen deutschen Volkes und Vaterlandes. Wir können Ihnen aus dem Land des kommunistischen Sozialismus keine offiziellen Delegierten, keine Telegramme und Botschaften senden, weil unsere Freiheit und unser Eigentum gefährdet wären. Aber unsere Herzen, unser Glaube, unsere Hoffnung lassen sich nie und nimmer vernebeln. Wir danken der CDU und CSU für die bereitwillig übernommene verantwortungsbewußte Pflichterfüllung gegenüber Volk und Vaterland. Wir wissen, daß auch in Zukunft nach den Wahlen 1953 die CDU mit ihren hervorragenden Führern die Geschicke Deutschlands erfolgreich lenken wird. Deutschland muß umgehend bündnisfähig werden und deshalb den Verteidigungsbeitrag leisten. (Beifall.) Die Politik des Herrn Bundeskanzlers und der Bundesregierung sowie der Mehrheit des Bundestages des deutschen Volkes ist in dieser Frage unbedingt richtig." (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte diese Stunde nicht zu Ende gehen lassen, ohne daß wir zum Schluß noch einmal gemeinsam aller derer gedenken, die in der Sowjetzone heute noch in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Wir gedenken aller politischen Inhaftierten und Gefangenen. Wir machen uns schmerzlich klar, daß ihnen im Gegensatz zu kriminellen Häftlingen dort in der Sowjetzone neben anderen Benachteiligungen sogar das auferlegt ist, daß sie keinerlei geistlichen Zuspruch erhalten dürfen.

Sie haben sich zum Gedenken dieser unserer Deutschen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Es obliegt mir jetzt, wo wir an dem Schluß unserer Tagung angelangt sind, allen denjenigen zu danken, die an diesem Parteitag mitgewirkt haben, Ihnen allen, die Sie hierher nach Berlin gekommen sind, vor allen Dingen den Rednern, den Diskussionsrednern und unseren Freunden, die uns Grußworte gesandt haben, ganz besonders unseren ausländischen Freunden und schließlich der Technischen Universität selbst, die uns hier beherbergt. Ich möchte weiter den Dank aussprechen allen Mitarbeitern in den Büros und in der Tagungsleitung, die unsere Arbeit hier zu einem guten Gelingen gebracht haben. (Lebhafter Beifall.)

Das Ergebnis

Wenn ich nun den vielleicht etwas vermessenen Versuch mache, das Ergebnis dieses dritten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union in wenigen Sätzen zusammenzufassen, so möchte ich voranstellen, daß dieser Parteitag gezeigt und aufs neue bestätigt hat die große innere und äußere Geschlossenheit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. (Starker Beifall.)

Das haben nicht zuletzt die gestrigen Wahlen bestätigt. Ich möchte von hier aus allen politischen Gruppen in Deutschland, die vielleicht auch mit dem Blick auf die kommenden Bundestagswahlen immer noch meinen, sie könnten irgendwie in unsere Gemeinschaft Unsicherheit oder Zwietracht hineinbringen, sie könnten vielleicht sogar konfessionelle Gegensätze hineinbringen, von hier aus sagen, sie sollten doch endlich die Hoffnung fahren lassen, daß solche reaktionäre Methoden noch irgendeinen Erfolg haben. (Stürmischer Beifall.)

Das zweite, das dieser Bundesparteitag erbracht hat, scheint mir die einmütige Zustimmung zu sein zu den Grundlinien der Politik

der Bundesregierung, insbesondere in der Frage der Einigung Europas und der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden. Der Parteitag hat sich einmütig hinter die Grundlinien dieser Politik der Bundesregierung gestellt und unserem Bundeskanzler aufs neue einmütig sein Vertrauen rückhaltlos bekundet. Auch das scheint mir ein großes und wichtiges Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr starker Beifall.)

Schließlich haben wir — das war unsere Absicht, als wir zu dem Parteitag nach Berlin einluden — den Versuch unternommen, uns allen einmal ein vertieftes Bild der Situation der Menschen in der Sowjetzone Deutschlands zu geben. Wir haben das deswegen getan, weil wir der Auffassung waren, daß es nicht genügt, nur sozusagen oberflächlich von Terror und Unfreiheit etwas zu wissen, sondern daß es notwendig ist — um überhaupt richtige Politik in Deutschland machen zu können —, sich einmal klar darüber zu werden, wie sich die menschliche Situation drüben in der Herrschaft des kommunistischen Sozialismus in den letzten Jahren entwickelt hat; denn nur aus einem klaren Wissen und Erkennen dieser Realitäten ist es möglich, echte, in die Zukunft weisende deutsche Politik zu machen.

Mir scheint, unser Freund D i c h t e l hat heute beinahe das entscheidende Wort dieses Parteitages gesagt, als er nach diesen Referaten von heute morgen uns erklärte: Ich bin hier zu der Einsicht gekommen, wir haben es uns b i s h e r mit der Wiedergewinnung unserer Brüder zu leicht gemacht.

Meine Freunde! Wenn wir mit diesem Wissen von Berlin weggehen und aus diesem Wissen der Entschluß sich ergibt, daß wir es uns in Zukunft nicht mehr so leicht machen, sondern uns ernster darum bemühen, eine soziale und wirtschaftliche Ordnung, die in die Zukunft weist und für die Zukunft tragbar ist, herbeizuführen, — dann, glaube ich, ist dieser Parteitag nicht umsonst gewesen.

Wir haben uns heute morgen insbesondere den großen und schweren Fragen zugewandt, die auch für die Zukunft der Jugend unseres Volkes uns am Herzen liegen. In der Diskussion bzw. in den Referaten ist das Wort angeklungen, das man so oft hört: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Ich möchte dieses Wort nach einem Ausspruch, den Professor Spranger im vorigen Jahr in seiner Rede zum 7. September im Bundestag in Bonn getan hat, etwas umkehren und sagen, besser und richtiger heißt es vielleicht: Wer die Zukunft hat, der bekommt die Jugend. (Beifall.)

Sorgen wir dafür, daß es uns gelingt, einen politischen Willen zu entwickeln und Wege zu zeigen für die Gesundung unseres Volkes in seinem Zusammenleben in allen Schichten, so daß dieses unser Leitbild wirklich tragfähig wird für die Zukunft. Dann wird ganz von selbst die Jugend mit uns gehen.

Das ist die Aufgabe, die wir uns setzen wollen, wenn wir in die Wahlen des nächsten Jahres hineingehen. Wir setzen uns diese Aufgaben unter der Leitung und Führung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer. (Starker Beifall.) Das S c h l u ß w o r t hat

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

(Mit stürmischem Beifall, in Ovationen übergehend, begrüßt.)

Meine Freunde! Meine Aufgabe ist es, das Schlußwort dieses Parteitages zu sprechen. Ich glaube, wir alle sind von Gefühlen bewegt wie noch auf keinem der beiden vorhergegangenen Parteitage. Wir sind zunächst erfüllt mit Dank und mit Freude; mit Freude über die Klarheit der vornehmsten Aufgaben unserer Partei — und einer

jeden deutschen Partei — in dieser Zeit; mit Freude erfüllt auch über die Klarheit, die aus allen Referaten über die Richtung, die wir einschlagen müssen, um unser Ziel zu erreichen, hervorleuchtete. Wir sind mit Freude erfüllt über die Einheit und die Geschlossenheit unserer Partei, die überall — manchmal ganz spontan — hervorgetreten ist.

Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich auch ein Wort zur konfessionellen Frage sprechen. Unsere Christlich-Demokratische Union stützt sich auf die christlichen Grundanschauungen. Sie ist keine katholische Partei, und sie ist keine evangelische Partei. Wir stützen uns auf das, was beide Konfessionen gemeinsam haben: auf unsere christliche Auffassung von dem, was der Mensch auf dieser Erde tun soll. (Starker Beifall.) Das, was die beiden Konfessionen eint, ist für das Leben — auch für das politische Leben — viel wichtiger und es ist viel stärker als das, was sie trennt. (Zurufe: Sehr gut!)

Wer diese gemeinsame Arbeit der beiden Konfessionen zu stören versucht, der sündigt am deutschen Volk! (Beifall.)

Unser Präsident hat den Dank ausgesprochen an alle diejenigen, die zu dem Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben. Aber lassen Sie mich seine Ausführungen noch etwas ergänzen. Unser herzlichster Dank gebührt insbesondere der Organisation unserer Partei in Berlin, und unser herzlichster Dank gebührt dem Leiter dieses Parteitages. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich noch eine Dankspflicht erfüllen. Unser Dank gebührt auch denen, die die Reden für diesen Parteitag nach einer bestimmten Richtschnur ausgesucht haben. Darin unterscheidet sich unser Parteitag des Jahres 1952 von den beiden vorhergehenden und erst recht von den Parteitagen anderer Parteien.

Der Mensch in allen seinen Beziehungen ist in den Mittelpunkt der ganzen Reden gestellt worden, und für uns, meine Freunde, als Christen ist und bleibt der Mensch der Mittelpunkt alles politischen und wirtschaftlichen Geschehens. (Lebhafter Beifall.) Das spürt man wohl nirgendwo stärker als hier, wo die Grenze zwischen dem Menschen und zwischen dem Sklaven des Staates so ganz nahe vorbeiläuft.

Dieser Parteitag hat uns wirklich tief im Innern bewegt. Man sagt mir manchmal nach, daß ich zu kühl sei und daß ich nur den Kopf regieren lasse. Ja, meine lieben Freunde, man ist manchmal anders, als es aussieht. Und jemand, der eine so große politische Verantwortung trägt, der muß ein warmes Herz haben. Aber er muß auch einen kühlen Kopf haben; denn wenn er keinen kühlen Kopf hat und wenn er nicht sehr kühl und ruhig alles überlegt, dann wird sein warmes Herz ihn irre führen.

Aber hier, meine Freunde, bin ich in diesen Tagen durch Gespräche, die ich gehabt habe, durch einen Besuch im Lager der Vertriebenen, durch eine längere Aussprache, die ich heute vormittag mit Männern und Frauen — die aus dem Zuchthaus in Waldheim entlassen worden sind —, durch Gespräche, die ich mit Menschen aus der Ostzone gehabt habe, tief beeindruckt und tief gerührt. Diese Eindrücke, die Sie auch gehabt haben, meine Freunde, werden — das hoffe ich, und ich bin davon überzeugt — eine tiefe Wirkung auf die Arbeit unserer Partei haben und auch auf die Arbeit der Bundesregierung.

Ich weiß — und Kollege Kaiser hat es eben anklingen lassen —, im Osten sagt man: nun handelt doch! Wir wollen Taten sehen! — Aber, meine Freunde, ich hoffe, es ist doch manchem von Ihnen auf diesem Parteitag klar geworden, daß

Jeder Schritt, jede Tat, die beiträgt, uns im Innern zu konsolidieren und die uns wieder Einfluß gibt in der Außenpolitik, ein Schritt ist auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands. (Starker Beifall.)

Noch etwas anderes ist auf diesem Parteitag so ganz klar hervorgetreten, das ist die Überzeugung und der Wille, unsere christlichen Grundsätze zum Fundament alles unseres Tuns zu machen. Und das ist die einzige Möglichkeit, unser Volk und — ich übertreibe nicht — auch Europa wieder in die Höhe zu bringen. Woran leidet denn unsere Zeit? Wodurch ist das ganze Unheil über uns und die Menschheit gekommen? — Durch die Entgottung der Menschen (Beifall), dadurch, daß man sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik nicht mehr berücksichtigt hat, daß es ewige Grundsätze gibt, deren Verletzung in Tod und Verderben führt.

Mit diesem Gefühl wollen wir nun Abschied nehmen. Wir wollen zum Schluß noch einmal Berlin und der Ostzone und allen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges sagen:

Wir sind vereint im Geiste, und wir werden eines Tages in Frieden und Freiheit auch wieder in Wirklichkeit vereint werden. Wir werden unseren Brüdern und Schwestern dort Frieden und Freiheit bringen! (Stürmischer Beifall.)

Lassen Sie mich noch ein Wort hinzufügen. Wenn wir so im tiefsten davon überzeugt sind, daß nur die christlichen Grundsätze, auf denen unsere Partei aufgebaut ist, der Welt wieder Frieden und Freiheit bringen können, dann tragen wir Christen auch eine doppelte Verantwortung, eine viel größere Verantwortung als irgendein anderer. Dieser Verantwortung, die gerade den trifft, der mit Recht davon überzeugt ist, daß nur auf seiner Grundlage neu aufgebaut werden kann, wollen wir uns immer bewußt bleiben und danach handeln und unsere ganze Kraft, gleichgültig wo wir stehen, dafür einsetzen, daß diese Grundsätze wieder Wirklichkeit werden.

Wir dienen unserer Partei, aber wir dienen darüber hinaus Europa. Wir dienen der Erhaltung eines christlichen Europas. Nur in einem in Wahrheit freien und christlichen Europa wird auch das deutsche Volk, dem unsere ganze Liebe gilt und dem unsere ganze Arbeit dient, wieder ein freies und glückliches Volk werden. Das walte Gott!

(Langanhaltender stürmischer Beifall und jubelnde Zustimmung.)

Die Versammlung singt stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Präsident Dr. Tillmanns:

Der Parteitag ist geschlossen!

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr.

Entschliessungen

Hauptentschliessung

Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Berlin ist ein Bekenntnis zur deutschen Einheit, zum Frieden und zur Freiheit. In brüderlicher Verbundenheit mit allen durch den Eisernen Vorhang von uns getrennten Deutschen bekunden die aus ganz Deutschland vollzählig erschienenen Delegierten ihren gemeinsamen Willen:

Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu verwirklichen.

Noch steht dieser Verwirklichung der Machtwille des Bolschewismus entgegen. Er lebt, — wie in den letzten Wochen wieder eindeutig klar geworden ist — von der Erwartung, daß die Mächte der freien Welt sich nicht zusammenfinden, sondern sich in Gegensätzen verzehren. Demgegenüber bleibt es die Aufgabe der freien Welt, zu der Deutschland gehört, ihre Kräfte zusammenzuschließen und damit der Sowjetunion zu zeigen, daß für sie weder der kalte noch der heiße Krieg zum Erfolg führen kann. An dieser Einigung mitzuarbeiten, ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe der Bundesrepublik in ihrem Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Daher bekennt sich der Parteitag erneut zur europäischen Föderation in der Erkenntnis, daß die westeuropäischen Völker ihre gemeinsamen Lebenswerte, die im Christentum begründet sind, nur gemeinsam wahren und nur vereint den Frieden erhalten können. Durch den Vertrag über die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist ein erster Schritt zu dieser Föderation getan. Der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft und der Deutschlandvertrag setzen diese Politik folgerichtig fort. Die innere und äußere Freiheit, die damit der Bundesrepublik gesichert wird, ist die wichtigste Voraussetzung für eine freiheitliche Ordnung auch für die noch von uns getrennten Deutschen in einem gemeinsamen Vaterland. Dieses Vaterland muß begründet sein auf der Anerkennung des unverzichtbaren Rechts des Menschen auf seine Heimat.

Deswegen fordert der Parteitag die baldige Verabschiedung der Bonner und Pariser Verträge. Er steht in Vertrauen und Verehrung zu Konrad Adenauer und seinem Werk.

Weitere Entschliessungen

Hilfe für die Vertriebenen

Die Delegierten des Parteitages haben mit Erschütterung das Schicksal der durch kommunistische Gewalt aus der Sowjetzone vertriebenen deutschen Männer, Frauen und Kinder gesehen, die zunächst Aufnahme in den Flüchtlingslagern des freien Berlin gefunden haben. Ihnen jede Hilfe zuteil werden zu lassen, ist eine selbstverständliche Pflicht der Bundesrepublik. Die Christlich-Demokratische Union wird sich für schnelle wirksame Hilfsmaßnahmen einsetzen.

Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

1. Der Parteitag beauftragt die Ausschüsse der Partei, dem Hamburger Parteitag Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterbreiten, insbesondere zur Förderung der Familie und der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes.

2. Der Parteitag erwartet noch von diesem Bundestag die Verabschiedung des Gesetzes über Familienausgleichskassen, wirksame Hilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Aufbesserung der Bezüge für die noch benachteiligten Kreise der Rentner.

3. Der Parteitag fordert Vorfinanzierung des Aufkommens aus dem Lastenausgleich zugunsten der Heimatvertriebenen und Lastenausgleichsberechtigten.

Dank an Berlin

Der Berliner Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands begrüßt in Dankbarkeit alle Berliner, deren Freiheitswille unsere Hauptstadt inmitten sowjetischer Einschließung vor dem östlichen Terror bewahrt hat.

Die Christlich-Demokratische Union wird weiter dafür sorgen, daß die deutsche Bundesrepublik alles in ihren Kräften stehende tut, um die politische, wirtschaftliche und soziale Existenz Berlins zu sichern und fortzuentwickeln.

Gäste des Berliner Parteitages

Am Parteitag nahmen neben den Landesvorsitzenden der CDU, Ministerpräsidenten und Landesminister, die Bundesminister Dr. L e h r, Dr. L u k a - s c h e k, K a i s e r und S t o r c h teil.

Mit dem Bundeskanzler waren erschienen Staatssekretär Dr. L e n z, Ministerialdirektor B l a n k e n h o r n, Bundespressechef v o n E c k a r d t, der stellvertretende Pressechef K r u e g e r und der persönliche Referent des Bundeskanzlers, Oberregierungsrat K i l b. Mit dem Innenminister war Staatssekretär R i t t e r v o n L e x zugegen. Die CDU war durch ihren Generalsekretär, Bundestagsabgeordneten S t r a u s s, vertreten. Bei der Eröffnung konnte der Parteitagspräsident Dr. T i l l m a n n s die Vertreter des Berliner Senats, der Kirchen, der Gewerkschaften und zahlreicher Organisationen und Verbände begrüßen. (Siehe Parteitagsbericht Seite 2.)

Als Vertreter christlich-demokratischer Parteien des Auslandes

waren erschienen:

Kjell B o n d e v i k, Christliche Volkspartei Norwegen

Prof. Dr. J. J. G i e l e n, Vizepräsident der Kath. Volkspartei, Holland

Dr. Heinrich G l e i s s n e r, Landeshauptmann, Landesparteiobmann von Oberösterreich, Österreichische Volkspartei

Dr. G o s k e r, Antirevolutionäre Partei, Holland.

Laurent L e r o y, Vizepräsident der Mouvement Republicain Populaire

J. W. v a n d e P o e l, Sekretär der Katholischen Volkspartei, Holland

d e S p o t, Attaché beim Premierminister, Mitglied der belgischen Nationalversammlung (Parti Social Chrétien)

d e l a V a l l é e P o u s s i n, belg. Senator, Mitglied der parl. Vers. des Europarates in Straßburg, Präs. der Europabewegung Belgien (Parti Social Chrétien).

Prof. Z u i d m a, Antirevolutionäre Partei, Holland

I N H A L T

Zum Geleit: Aus dem Schlußwort des Parteivorsitzenden	4
Das Ergebnis von Berlin	5
Erster Tag	8
Zweiter Tag	10
Eröffnung des Parteitages durch den Vorsitzenden	10
Begrüßung durch Parteitagpräsident Dr. Tillmanns	12
Begrüßung durch den Senat von Berlin (Dr. Schreiber)	18
„Friede und Freiheit für ganz Deutschland“, die große Rede des Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer zur innen- und außenpolitischen Lage	20
<i>Einzelbegrüßungen</i>	36
„Der Mensch in der Sowjetzone“ (Universitätsprofessor Dr. Hans Köhler, Berlin)	45
„Unser Kampf für den Menschen“	
Der Mensch im Staat (Bundestagsabgeordneter Kiesinger)	60
Der Mensch in der Familie (Frau Bundestagsabgeordnete Brauksiepe)	66
Der Mensch im Betrieb (Bundestagsabgeordneter Dr. Schröder)	71
<i>Die Vorstandswahlen</i>	
Aussprache und Wahlvorgang	81
Aussprache über die Referate	85
Das Wahlergebnis	91
Dritter Tag	
„Stellung des jugendlichen Menschen in unserer Zeit und der Umwelt“	94
Die Jugend in der Sowjetzone (Siegfried Dübel)	95
Die politische Entscheidung der Jugend (Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers)	103
Fortsetzung der Aussprache	113
<i>Entschliebungen</i>	131
Bericht Dr. Wuermeling, M. d. B., Abstimmungen	131
<i>Schlußsitzung</i>	
Dr. Heinrich von Brentano, M. d. B.	135
Bundesminister Jakob Kaiser	137
Präsident Dr. Tillmanns	144
<i>Schlußwort des Parteivorsitzenden Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer</i>	146
Texte der Entschliebungen	149
Gäste des Parteitages	150
(Bilder: Wale-Fotos, Berlin NW 21)	



Bundespolitik

Länderpolitik

Wirtschaftspolitik

Soziales Leben

Kulturfragen

Lest die

Wochenzeitungen der CDU:

Niederdeutsche Stimmen, Hannover

Hessische Rundschau, Frankfurt/Main

Schwäbische Rundschau, Stuttgart

Badische Rundschau, Freiburg

Inneren Anteil

zu nehmen an dem Geschehen unserer Zeit, offenen Blick zu gewinnen für die geistigen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, das ermöglicht Ihnen in hervorragendem Maße die

Kölnische Rundschau

Sie zeichnet sich dabei ebenso aus durch Klarheit ihres Standpunktes wie durch täglich neues Ringen um Wahrheit. Dem Leser vermittelt sie ein besseres Verständnis für die geistigen Kräfte der Gegenwart und wird ihm dadurch unentbehrlich.

Die Kölnische Rundschau erscheint täglich, die Stadtausgabe dazu auch am Sonntag. Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei Probeflieferung vom

RUNDSCHAU-HAUS, Stolkasse 25-45